

Berlin – 15 Jahre später

Am 26. Juni 1963 rief John F. Kennedy den Bewohnerinnen und Bewohnern der geteilten Stadt zu: «Ich bin ein Berliner» – und eroberte mit diesen vier Worten nicht nur die Herzen der Deutschen, sondern schrieb Geschichte. Der Enthusiasmus des amerikanischen Präsidenten für Berlin entstand, will man den historischen Quellen Glauben schenken, spontan beim Besuch der Mauer wenige Stunden vor seiner Rede vor dem Rathaus Schöneberg. Nur knapp zwei Jahre vorher war vom Berliner Bürger Kennedy noch wenig zu spüren: Am 13. August 1961, als Berlin dem Mauerbau fassungslos gegenüberstand, unterbrach Kennedy seinen Wochenendausflug auf der Yacht keineswegs, sondern nahm lediglich zur Kenntnis, was da in Berlin geschah.

Diese beiden Episoden sind für die Situation Berlins nach 1945 durchaus typisch. Das vom Westen politisch, wirtschaftlich und moralisch abhängige Berlin (West) hat in der Nachkriegszeit ein Wechselbad des politischen Interesses im In- und Ausland erfahren. Da gab es Höhepunkte wie die Luftbrücke 1948/49 oder die eben erwähnte Rede Kennedys im Sommer 1963. Da gab es aber auch Zeiten, in denen Berlin mit Zurückhaltung bedacht wurde oder fast gänzlich in Vergessenheit geriet: Im Sommer 1989 veröffentlichte Robert E. Hunter unter dem Titel «Berlin: Forty Years On» einen Artikel, in welchem er festhielt, dass Berlin nicht nur am Rande des ökonomischen und politischen Wandels in Europa stünde, sondern vor allem auch die Bundesrepublik Deutschland mehr und mehr das Interesse an der Zukunft Berlins verloren habe. Und dann dieser 9. November 1989, an dem sich Ost- und Westberliner nach 38 Jahren erstmals wieder kollektiv in den Armen lagen, an dem die Welt den Atem anhielt, und an dem sich eine ganze Nation hemmungslos ihren Emotionen hingab.

Heute schreiben wir das Jahr 2004. In wenigen Monaten werden 15 Jahre seit diesem unvergessenen Tag im Herbst 1989 vergangen sein – 15 Jahre, in denen sich nicht nur in Berlin, aber eben doch ganz besonders in Berlin viel verändert hat. Die Mauer ist ver-

schwunden, Berlin ist zur Hauptstadt des vereinten Deutschlands geworden, aus der Bonner Republik wurde die Berliner Republik und aus der einstigen Insel Berlin (West) ist zusammen mit Berlin, (ehemalige) Hauptstadt der DDR, eine nach Brandenburg hineinreichende «Metropole Berlin» entstanden, die seit dem 1. Mai 2004 auch das Tor zu den neuen EU-Beitrittsländern im Osten ist und in die Mitte Zentraleuropas gerückt wurde.

Berlin – 15 Jahre später. Hält die Berlin-Euphorie des Jahres 1989 noch an? Konnte Berlin von der ihm zuteil gewordenen Aufmerksamkeit und den Chancen, die sich durch die Wiedervereinigung Berlins und Deutschlands ergeben haben, profitieren? Sind die Augen der Nation und der Welt nach wie vor auf Berlin gerichtet? Oder sieht sich Berlin wieder einmal mit Desinteresse konfrontiert? Auch wenn manch einer gerne von einem Akzeptanzproblem Berlins innerhalb Deutschlands spricht: Mit dem Umzug der Regierung von Bonn nach Berlin können es sich Deutschland und die Welt gar nicht mehr leisten, den Blick von Berlin wegzulenken. Zu bedeutsam ist die Metropole an der Spree heute in politischer Hinsicht. Die Euphorie, die Berlin mit dem Fall der Mauer und mit dem Ende des Kalten Krieges erfasst hat, ist jedoch spürbar abgeebbt. Und auch das «Ballett der Baukräne auf Europas grösster Baustelle» [1] hat an Tempo verloren. Doch das ist normal. Keine Stadt kann auf Dauer in einem Ausnahmezustand leben. Und ebenso, wie sich die Berlinerinnen und Berliner nach dem Bau der Mauer im Alltag der geteilten Stadt einrichten mussten, mussten sie nach dem Fall der Mauer auch in den Alltag der geeinten Stadt hineinfinden.

Alltag hin oder her – geändert hat sich für Berlin und seine Bewohnerinnen und Bewohner in den vergangenen 15 Jahren viel. Für manche von Ihnen vielleicht zu viel. Denn während eine Million neue Bürgerinnen und Bürger nach Berlin kam und das Abenteuer, den Boom und die Lebendigkeit einer aus dem Dornröschenschlaf erwachten Metropole suchten, schwand manch alteingesessenem Berliner die lieb gewonnene Ruhe, Beschaulichkeit und Abge-

schiedenheit Berlins, die die Stadt zur Zeit des Kalten Krieges geprägt hatten, dahin. Verschwunden sind auch die Subventionen der Vorwendezeit und 300 000 Arbeitsplätze im zweiten Sektor. Aufgetaucht sind hingegen ein Schuldenberg von über 50 Milliarden Euro und ein Büroflächenleerstand von rund 1,3 Millionen Quadratmeter.

Gleichfalls geändert hat sich das Gesicht der Stadt. Während das Berliner Baufieber an vielen Stellen im Stadtbild seine Spuren hinterlassen hat, so stand doch und steht noch immer eine Fläche im Rampenlicht: der Potsdamer Platz. Dieser einst verkehrsreichste Platz Europas ist durch die Kriegseinwirkungen und später durch den Bau der Mauer zur Unkenntlichkeit zerstört und seines einstigen Glanzes beraubt worden. Es erstaunt daher nicht, dass dieser Ort Berlins nach 1989 im Zentrum des Interesses stand und zusätzlich durch eine gezielte Medienkampagne zu einem der Höhepunkte der neuen Hauptstadtarchitektur stilisiert wurde. Doch aus dem einstigen Filetstück Potsdamer Platz ist in den Augen der Kritiker «nicht viel mehr als eine riesige Shopping-Mall mit U- und S-Bahn-Anschluss in einer ebenso zentralen wie isolierten Lage entstanden», die am Abend suburban wirkt und deren mit Terracotta verkleidete Fassaden an eine Retortenstadt erinnern [1]. Wie zu Beginn jeder neuen Entwicklung wurden nach dem Fall der Mauer im November 1989 vor allem die Chancen, die Berlin aus dieser Umwälzung ziehen kann, gesehen. Heute werden von vielen fast ausschliesslich die Fehler, die passiert sind, in den Vordergrund gestellt. Vieles sei falsch gelaufen, viele Chancen seien verpasst worden, vieles hätte man besser machen können.

Diese Ausgabe der DISP möchte einen Rückblick auf die bisherigen Entwicklungen, eine Standortbestimmung der derzeitigen Situation Berlins und einen Ausblick auf die künftigen Herausforderungen und Chancen Berlins geben.

[1] Roman Hollenstein: Geduckte Berliner Skyline: Das Beisheim-Center schliesst den Potsdamer Platz. In: NZZ vom 2. April 2004.

Berlin – 15 Years on

On June 26, 1963, John F. Kennedy delivered his famous "Ich bin ein Berliner" address to the divided city of Berlin. With these words, Kennedy won not only the hearts of the German people, but also wrote a piece of history. If one is to believe the historians, the American President's enthusiasm for Berlin came to him spontaneously on a visit to the Berlin wall, just a few hours before his famous speech at the Schöneberg town hall. Only two years earlier, Kennedy's identification with Berlin was much less evident: with the city watching the erection of the wall in helpless disbelief, Kennedy simply acknowledged the unfolding events and declined to let the crisis interrupt his weekend yachting adventure.

These dichotomous episodes are in many ways typical of events in Berlin after 1945. The politically and economically dependent West Berlin experienced frequent fluctuations in the amount of attention it received both domestically and abroad. Besides the peaks in attention that came with events such as Kennedy's 1963 visit or the airlift of 1948–49, there were many periods during which political authorities in Germany and the West kept a cautious distance from the subject of Berlin. In his summer of 1989 article entitled "Berlin: Forty Years On," Robert E. Hunter wrote that Berlin not only stood at the margins of political and economic development in Europe, but had also increasingly lost the interest of the German Federal Republic itself. But then came that fateful day in November 1989, when the world looked on in astonishment as East and West Berliners were reunited after 38 years of division.

In a few months, 15 years will have gone by since that fateful and unforgettable day. In these fifteen years, the city has witnessed a tremendous degree of change. With the wall gone, Berlin has become the capital of a reunited Germany and the most important geographic and cultural gateway to the EU's newest member states in the East.

Yet will the Berlin euphoria of the post-reunification era last? Has Berlin really been able to profit from the unprecedented attention and opportunity that

has come from reunification? Will the world keep its eyes fixed on Berlin? Or will interest in the city revert back to the old fluctuations? Many speak of a reluctance within Germany to accept Berlin and its newly won stature. The reality is that with the German government's move from Bonn to Berlin, Germany and the rest of the world have been forced to take the city on the Spree seriously. Too important has it become from a political perspective. Nonetheless, the euphoria felt toward the city in the wake of the Cold War's end has ebbed away noticeably, as has the frantic post-unification construction boom. All of this, however, is normal. No city can remain the centre of attention forever. Just as Berliners had to adjust to life with the wall, so now will they have to adjust to the new routine of life after unification.

For many in Berlin, the changes have been dramatic, perhaps even too dramatic. As over a million newcomers came to relish in the boom and urban renaissance, many long-time residents have missed the calm associated with Cold War isolation, as deceptive as that calm may have been. Gone were also the generous federal government subsidies of the pre-unification days, and with them over 300,000 jobs. In their place has come a mountain of debt worth over 50 billion euros, as well as 1.3 million square meters of empty office space.

The face of the city has changed dramatically through the construction frenzy, which left its most pronounced mark at Potsdamer Platz. The once busiest urban crossroads in Europe had been destroyed beyond recognition by the bombs of WWII and the path of the wall. It thus comes as no surprise that Potsdamer Platz became a focus of attention in the reconstruction period, culminating in a broadly targeted media campaign depicting it as the architectural highlight of a new Berlin. Yet in the eyes of its critics, the new Potsdamer Platz has become nothing but a "huge shopping mall with a location that manages to appear isolated and suburban despite its centrality." [1] As is the case with any new beginning, the focus in the years immediately after 1989 was on

the opportunities offered by the dramatic changes that had occurred. Now, as the days of reunification fade into distant memory, the focus is almost exclusively on the mistakes made in the transformation of Berlin. Indeed many mistakes were made and many opportunities lost.

This issue of DISP presents a review of the developments since reunification, an assessment of the current state of affairs, and a consideration of future challenges and opportunities facing the German capital.

Translation: Martin Gahbauer, Birmingham

[1] Roman Hollenstein: Geduckte Berliner Skyline: Das Beisheim-Center schliesst den Potsdamer Platz. In: NZZ vom 2. April 2004.

Die Stadt der nebeneinander liegenden Unterschiede

Berlin zwischen Rekonstruktion und Neuerfindung

Berlin, that mythical metropolis of the twentieth century, immortalized in the literature of Walter Benjamin and Franz Hessel, has always been a city ready to renovate itself in a radical way. After the destruction of the Wall on 9 November 1989, it has become the largest and liveliest experimental field of European (but not only European) architectural culture. It poses the most crucial questions of contemporary urban and architectural design, from the investigation of the relationship between plan and building to that of reconstruction versus innovation. In this context, the projects for the Potsdamer Platz and the Alexanderplatz as well as the debate around the reconstruction of the Hohenzollern City Castle are case studies that go far beyond the immediate Berlin reality. They should be analyzed both in their specificity and in their universal quality, keeping in mind that which is probably the most important and most modern aspect of Berlin's intellectual heritage: its tradition as a city of tolerance.

Als Victor Hugo sich um einen Sitz in der Académie Française bewarb, wurde nicht einmal ihm der zum Ritual gehörende lästige Besuchsrundgang bei den Mitgliedern der hoch angesehenen Institution erspart. Unter denen, die er um Unterstützung zu bitten hatte, befand sich der Philosoph Pierre-Paul Royer-Collard. Vor dem greisen Herrn sitzend, begann Hugo mit der Aufzählung und Kommentierung des eigenen Werks. Aber schon bald musste er einsehen, dass der alte Philosoph, der ihm gegenüber sass, nicht das geringste Zeichen des Erkennens gab, als er den Schriftsteller über «Notre-Dame de Paris» und «Les Misérables» reden hörte, bereits damals berühmte Werke. Nach einer Reihe fruchtloser Versuche, etwas Eigenes zu finden, das auch der Greis kennen würde, rief Hugo verzweifelt: «Aber Monsieur, lesen Sie denn

nicht?» Worauf Royer-Collard ungerührt erwiderte: «Monsieur, à mon âge on ne lit plus, on relit.»

«Mein Herr, in meinem Alter liest man nicht mehr, man liest wieder.» So ungefähr, könnte man sich vorstellen, reagiert auch die alte, die historische Stadt auf Befragungen und Neuerungsvorschläge der zeitgenössischen Architekten. Sie hat so viel erlebt, so viel angesammelt und zur Darstellung gebracht in ihrer jahrhundertalten Geschichte. Was sollte sie Neues entwickeln? Und wozu? Es genügt vollauf, wenn sie sich selbst wieder liest.

Berlin macht zunächst keine Ausnahme. Die Stadt ist, wie schon Heinrich Heine auffiel, relativ neu; und doch war ihre Geschichte derart ereignisreich, dass sie den Vergleich mit den grossen historischen Metropolen der Welt – London, Paris oder Rom – nicht zu scheuen braucht. Hinzu kommt die Qualität ihrer Architektur. Auch diese ist «neu», dafür von höchstem Niveau. London ist die Stadt von Christopher Wren, John Vanbrugh, Nicholas Hawksmoor, John Soane, Paris jene von Claude Perrault, Pierre Le Muet, Jules Hardouin-Mansart, Georges-Eugène Haussmann, Auguste Perret, Rom jene von Michelangelo Buonarroti, Gianlorenzo Bernini, Francesco Borromini, Giuseppe Vala-

dier. Berlin aber ist die Stadt von Karl Friedrich Schinkel, Peter Joseph Lenné, Peter Behrens, Erich Mendelsohn, Ludwig Mies van der Rohe, Bruno Taut und Ludwig Hilberseimer. Was vermag angesichts solch illustrierter Namen und anspruchsvoller Architekturen noch hinzugefügt oder gar verbessert werden?

Die Bedenken sind verständlich, aber letztlich gegenstandslos. Jede Stadt, auch die vollkommenste, ist ein lebendiger Organismus, der sich entsprechend den Bedürfnissen der Menschen, die er beheimatet, entwickeln muss. Jede Stadt, auch die schönste, muss immer wieder ergänzt, komplettiert, modifiziert, umgestaltet werden, damit sie nicht vom Leben überholt und mithin obsolet wird. Und damit sie möglicherweise noch ein wenig schöner werde.

Im Fall Berlin kommt etwas hinzu. Die elegante Stadt des Klassizismus, die Theodor Fontane feierte, die vibrierende Metropole der Zwanzigerjahre, der Walter Benjamin und Franz Hessel literarische Denkmäler setzten, ist im Zweiten Weltkrieg durch die Bomben der Alliierten und kurz darauf durch die Abrisswut der Stadtplaner mit unvorstellbarer Gewalt verwüstet worden. Von dieser doppelten Verwüstung hat sich die Grosstadt an der Spree ein halbes Jahrhundert lang nicht mehr erholt:



Abb. 1: Alexanderplatz (© Gabriele Basilico)

Denn die 1961 erbaute Mauer, welche die Stadt in zwei Teile trennte, hat sich tief in ihr Herz eingeschnitten. Sie hat wichtige Strassenverbindungen gekappt, tiefe Wunden in die städtische Struktur gerissen und einst zentrale Stadtbereiche in marginale Positionen relegiert.

Seit dem Fall der Mauer am 9. November 1989 hat sich all dies geändert. Die Stadt ist wieder eins geworden: Ihr Leben hat sich als stärker erwiesen als die politischen Verhältnisse, die sie vierundvierzig Jahre lang bestimmt haben. Es gilt, das, was politisch stattgefunden hat, stadtplanerisch und architektonisch nachzuvollziehen.

Die Herausforderung ist gewaltig und die Aufgabe epochal. Nichts Geringeres steht an als die Neuordnung des Zentrums einer Weltstadt, welches aus zutiefst anomalen und bereits heute im Rückblick nahezu unbegreiflichen Gründen in weiten Flächen leer geblieben ist. Die grosse Schneise der Mauer mit ihrem berüchtigten Todesstreifen zieht sich teilweise immer noch als beklemmende Brache in einem surreal eckigen Muster durch das Herz der Stadt. Um sie herum sind zahlreiche Grundstücke wegen ihrer Nähe zur Grenze unbebaut geblieben, auf anderen stehen Bauten, Ruinen und Schuppen, wie sie sonst nur an der Peripherie zu finden sind, auf wieder anderen lärmen Baustellen oder erheben sich inzwischen schon erste nagelneue, teilweise noch nicht bezogene Neubauten. Das ehemals von Leben pulsierende Zentrum der ebenso leidenschaftlich gehassten wie geliebten Metropole, das eine absurde Episode von fast einem halben Jahrhundert Dauer zu einer Art Vorort gemacht hat, schickt sich an, wieder zu dem zu werden, was es einmal war. Dafür benötigt es einen angemessenen architektonischen Rahmen.

Diesen Rahmen wird das Stadtzentrum von Berlin keineswegs von selbst erhalten. Es ist wahr, dass die Städte, sieht man von einigen wenigen Ausnahmen ab, nicht wirklich von Stadtplanern und Architekten entworfen werden, sondern sich weitgehend selbst bauen: Ihr Motor ist die Bodenspekulation, und an der mangelt es im Berlin der Jahrtausendwende ganz gewiss nicht. Doch um



Abb. 2: Schiffbauer Damm (© Gabriele Basilico)

diese Dynamik in städtebaulich sinnvolle Bahnen zu lenken und der Stadt zu Nutze zu machen, bedarf es eines Plans. Genauer: Es bedarf einer übergreifenden Idee für die Neugestaltung des historischen Zentrums, die jenseits von Partikularproblemen eine grosszügige Lösung für den gesamten Bereich aufzeichnet und welcher die verschiedenen Projekte, aus denen sich die neue Stadt zusammenfügen wird, untergeordnet werden.

Diese Idee wird den historischen Plan, genauer: die historischen Pläne Berlins, reflektieren. Aus pragmatischen Gründen: Denn es wäre leichtfertig und kurz-sichtig, die Lösungen aus der Vergangenheit, die sich im Leben der Stadt bewährt haben, zu ignorieren. Auch aus kulturellen Gründen: Denn sie stellen eine Verkörperung der Identität der Stadt dar, die es schon ihren Bewohnern zuliebe zu erhalten gilt.

Diese Idee wird allerdings nicht den historischen Plan oder die historischen Pläne Berlins wieder auflegen. Weil es unmöglich ist: Der historische Plan Berlins existiert nicht, und die historischen Pläne sind natürlich nicht zusammen als Stadtgrundriss reproduzierbar. Aber auch weil es – selbst wenn möglich – unsinnig wäre: Als sei ein besserer Plan

als jener aus der Vergangenheit nicht denkbar, als könne sich die Stadt von heute nicht genau so anspruchsvoll und vielleicht dabei angemessener präsentieren als die von gestern.

Stadtplanung der Gegenwart entsteht immer, sofern ihr Gegenstand die europäische Stadt ist, aus der Reibung zwischen der Idee einer neuen Stadt, die erfunden werden will, und der Substanz einer alten, die existiert und erhalten zu werden hat. Auch in Berlin. Die alte Stadt war schön und muss neu beschworen werden. Aber die neue Stadt wird von den grundlegenden Veränderungen verlangt, welche Berlin, wie alle Metropolen der Welt, erfasst haben, und von der ihr eigenen Tradition der Selbsterneuerung.

Was ist nun aber stadttarchitektonisch in Berlin zu tun? Zunächst müssen sämtliche neuen architektonischen Massnahmen aus den vorhandenen stadtstrukturalen Gesetzmässigkeiten abgeleitet werden. Der bestehende Raster der Strassen und Plätze der historischen Stadt bildet die Grundlage aller neuen Eingriffe, die ihn verdeutlichen und vervollständigen sollen. Diese Rekonstruktion soll da, wo es geometrisch, räumlich, historisch und funktional einsichtig ist, das Stadtgefüge der Vergangenheit



Abb. 3: Reichpietschufer (© Gabriele Basilico)

wiederherstellen; wo es das nicht ist, wird eine neue Ordnung geschaffen, die aus dem Gegebenen extrapoliert und eine bessere Stadt als die historische zum Ziel hat.

Dabei zählt zum Gegebenen alles, was je in der Stadt gebaut wurde und noch besteht. Es gibt keine «guten» und «schlechten» Geschichtsperioden, es gibt nur gute und schlechte architektonische und städtebauliche Massnahmen, bezogen auf eine komplexe städtische Ordnung. Die Auswahl, was erhalten und berücksichtigt werden soll und was nicht, erfolgt daher nicht nach politischen oder gar moralischen, sondern ausschliesslich nach urbanistischen Maximen. Die Einzelbauten müssen sich der übergreifenden Gesetzmässigkeit der Stadt unterordnen; nur im dabei verbleibenden Spielraum kann Individuelles Ausdruck finden.

Ausserdem müssen die neuen architektonischen Massnahmen die Geschichte der Stadt, die «geologische» Schichtung von Sedimenten gesellschaftlichen Lebens möglichst ablesbar lassen. Eine Stadt wie Berlin ist unter anderem eine didaktische Formation, die aus ihrer eigenen Erinnerung erzählt. Ohne zu einer oberlehrerhaften Schau der Vergangenheit auszuarten, muss die

neue Stadt die Ereignisse, mit welchen die alte Stadt konfrontiert wurde, die sie zerstört oder aufgebaut, erschüttert oder gefestigt haben, die sie also, auf welche Weise auch immer, geformt haben, architektonisch verarbeiten. Nichts, was als nützliche und notwendige Erfahrung in die Zukunft eingehen kann, darf verschüttet werden.

In Berlin ist in den letzten zwölf Jahren bereits viel gebaut und noch mehr geplant worden. Beides, Bauen und Planen, geschah zu hastig. Vielleicht liess der Taumel der Wiedervereinigung keine bedächtige Entwicklung zu. Dabei sind zweifelsohne städtebauliche Fehler begangen worden. Immerhin wurden die grossen Infrastrukturen der Stadtbahn, der U-Bahn, der Fernbahn mit ihrem Bahnhofssystem und der Flughäfen mit ihren jeweiligen Anbindungen übergreifend geplant und als integrierter Teil der Stadtentwicklung begriffen. Immerhin wurde beim Wiederaufbau der Friedrichstadt ihr historischer Grundriss als bindend deklariert und damit ihre Identität gewahrt. Immerhin wurden für die zentralen Orte der Innenstadt, darunter der Leipziger und Potsdamer Platz sowie der Alexanderplatz, städtebauliche Wettbewerbe ausgeschrieben, die talentierte Architekten

aus aller Welt angeregt haben, Lösungen zu entwickeln und vorzuschlagen. Die wohl brilliantesten unter diesen Lösungen sind zwar auf dem Papier geliebt; aber immerhin ist der Neubaukomplex des Potsdamer Platzes unter der geschmeidigen Regie von Renzo Piano zu einem gebauten Experiment moderner Urbanität geraten, und der Alexanderplatz könnte, wenn er nach dem radikalen Plan von Hans Kollhoff verwirklicht wird, zu einer eindrucksvollen Neudeutung des Typus des Grossstadtplatzes geraten.

Was nach wie vor fehlt, ist ein übergreifender, bildhafter und durchaus auch visionärer Plan für das neue Berlin, ohne das jeder noch so gute urbane Eingriff Stückwerk bleiben und sogar Gefahr laufen muss, einen Schritt in die falsche Richtung zu tun. Das Planwerk Innenstadt bietet den Ansatz eines gestaltenden, umfassenden Blicks auf die Stadt, bleibt aber allzu sehr an der Oberfläche, als dass es der Komplexität der Aufgabe gerecht werden könnte.

Die stadtplanerische Neuordnung Berlins steht in engstem Zusammenhang mit der architektonischen. Analog zu den Fragen nach dem Verhältnis zwischen Neuplanung und historischem Stadtgrundriss stellen sich jene nach der Relation zwischen Neubau und Bestand. Welche Gebäude müssen erhalten, restauriert oder sogar wiederaufgebaut werden? Welche vermag man zu modifizieren, zu erneuern oder gar abzureissen?

Das sind die geradezu kanonischen Fragen der Denkmalpflege, zu welchen es – je nach Schule – ebenso kanonische Antworten gibt. In Berlin geht es jedoch, vielleicht mehr noch als in anderen urbanen Orten Europas, nicht um theoretische Orthodoxie, sondern um die historische Besonderheit und Wirklichkeit der Stadt. Und die Stadt Berlin ist, das wurde bereits gesagt, eine extrem malträtiertere, zerstörte, geschundene Stadt. Eine Stadt, die unzähliger ihrer Baudenkmäler und mithin Stücke ihrer Erinnerung und ihrer Identität verlustig gegangen ist. In einer solchen Stadt muss mehr erhalten werden als in einer, die das Glück hatte, intakt zu bleiben. Mehr noch: In einer solchen

Stadt darf rekonstruiert werden. Der Wunsch der Bürger nach Orten der Identifikation muss über dem intellektuellen Purismus der Architekten und Denkmalfleger stehen, welche die «Fälschung» scheuen. Und was ist in der Architektur schon ein Original. Jedes Gebäude entwickelt ein Eigenleben, wird repariert, verändert, erneuert. Die Anlage und einige Details mögen authentisch bleiben: Die Fenster, das Dach, der Putz und zuweilen sogar Steine müssen periodisch ersetzt werden.

So gesehen sind fast ausnahmslos alle grossen architektonischen Monumente der Welt in einigen Teilen «Fälschungen». Berlin muss sich die Monumente, die es noch hat, unbedingt erhalten. Und darf sich sogar einige der wichtigsten unter jenen, die zerstört wurden (meist mutwillig, bösartig, sinnlos zerstört wurden), vorsichtig wiederherstellen, sofern Wiederherstellung überhaupt dokumentarisch und technisch möglich ist, um seinen Bürgern zuliebe das eigene Stadtbild zu restaurieren.

Freilich darf dabei die Unorthodoxie, die Unvoreingenommenheit nicht zur Skrupellosigkeit ausarten. Es geht bei aller Vorurteilsfreiheit nicht an, dass historische Architekturen für Nutzungsaufgaben wiederaufgebaut werden, die ihrem Typus ganz und gar fremd sind, und obendrein noch mit einigen modernistischen Attributen versehen werden, um augenzwinkernd (oder genauer: heuchlerisch) darauf hinzuweisen, dass man es mit der Rekonstruktion doch nicht so bierernst meint. Wenn schon Wiederaufbau, dann konsequent, aussen wie innen; und mithin nur für verträgliche, ja kongeniale Nutzungen.

Genauso wenig geht es an, dass historische Architekturen ohne entsprechende dokumentarische Grundlagen und technische Mittel wiederaufgebaut werden. Wenn man nicht genau weiss, wie die originalen Bauten ausgesehen haben, wie sie räumlich organisiert und konstruktiv realisiert waren, muss jede Rekonstruktion approximativ geraten: eine schlechte Fälschung. Und wenn man das alles weiss, aber nicht wirklich originalgetreu nachzubilden vermag, sollte man genauso davon Abstand nehmen.



Abb. 4: Marzahn © Gabriele Basilico

Das gilt cum grano salis auch für das grösste und am kontroversesten diskutierte Objekt der restaurativen Begierde: das Hohenzollernschloss. So unstrittig seine städtebauliche Notwendigkeit als Abschluss des Strassenraums von Unter den Linden und als Gegenstück des Alten Museums am Lustgarten erscheint, so fragwürdig mutet die Rekonstruktion seiner Architektur an, der kein kohärenter (und damit nachvollziehbarer) Entwurf zu Grunde lag und die sich vielmehr aus zahlreichen, oft miteinander kollidierenden und nie abgeschlossenen Teilprojekten zusammensetzte. Hinzu kommt die funktionale und wirtschaftliche Inkompatibilität der historischen Innenräume. Hier wäre Berlin gut beraten, das Stadtgefüge mit dem Bauvolumen des Schlosses wieder herzurichten, diesem Bauvolumen aber eine neue Architektur einzuschreiben, die den neuen Nutzungsanforderungen entspricht und sie angemessen zur Darstellung bringt. Die anspruchsvolle historische Aufgabe würde jegliche avantgardistische Geste verbieten und eine produktive Auseinandersetzung mit der Erinnerung des Schlossbaus und der Tradition der Berliner Baukunst stimulieren, die dem Identifikationsbedürfnis der Berliner Bürger nicht affirmativ, sondern kritisch entsprechen würde.

Denn bei der Rekonstruktion darf es nicht bleiben; und auch nicht bei den moderaten, traditionsverpflichteten Neudeutungen. Berlin ist, auch das wurde schon gesagt, eine vergleichsweise junge Stadt. Ihre beherrschende Tradition ist jene Moderne, der sie, vor allem in der Baukunst, einen entscheidenden Impuls verliehen hat. Diese Tradition muss fortgesetzt werden: mit neuer Architektur. Ihr steht die innovatorische, experimentelle Dimension eher zu als dem neuen Städtebau.

Allerdings wird sich diese neue Architektur an der alten messen lassen müssen, also an jener, die nach der Jahrhundertwende aus der preussischen Hauptstadt das unumstrittene Zentrum der internationalen architektonischen Kultur gemacht hat. Der Anspruch verlangt Präzision, Rationalität und Radikalität. Und vor allem verlangt er Qualität. Auch im Rahmen dieses Anspruchs stellt sich die Rolle der Baugeschichte janusköpfig dar. Bietet sie einerseits einen ungeheuer reichen Vorrat bewährter und unveränderlicher Lösungen für die Beziehung von Lebensformen und Architektur, verleitet sie andererseits eben auf Grund dieses reichen Vorrats leicht dazu, sich mit dem bereits Dagewesenen zufrieden zu ge-

ben und nichts darüber hinaus zu suchen. Für ein gutes und harmonisches Zusammenleben der Menschen in einem städtischen Organismus gibt es aber keine Vorbilder; und auch wenn es sie gäbe, wäre allein ihre ständige Veränderung Gewähr ihrer Tauglichkeit im Fluss der Historie. Als einziger Ausweg aus dem Zwiespalt zwischen resignierter historischer Imitation und überschwänglicher Suche nach dem Neuen um des Neuen willen erscheint der kritische, das heisst die möglichst unvoreingenommene und komplexe Reflexion, inwieweit die Rekonstruktion der Vergangenheit in die denkbar beste Zukunft weist und inwieweit die Konstruktion von nie Dagewesenem zur konkreten Utopie führt.

Berlin ist gegenwärtig das weltweit bedeutendste Laboratorium für zeitgenössische Architektur und zeitgenössischen Städtebau. Was seine Experimente zu guter Letzt zeitigen werden, ist noch nicht abzusehen. Sicher scheint nur, dass ihre Ergebnisse einen zweifelsohne wichtigen Beitrag zum neuen Berlin liefern werden, es aber nicht als solches ausmachen werden. Denn eine Stadt ist mehr als die Häuser, Strassen und Plätze, aus welchen sie sich physisch zusammenfügt: Über ihr Leben entscheiden die Menschen, die in ihr wohnen und arbeiten.

Tatsächlich ist, in Berlin wie anderswo, das Programm wichtiger als die Architektur der Stadt: Es gibt den Rahmen vor, in dem sich die Erfindungen der Planer und Architekten bewegen können. Wo das Programm unzulänglich oder gar mangelhaft ist, vermag kein noch so guter Städtebau, vermag keine noch so gute Architektur als Korrektur zu wirken. Auch in eine schöne Form gekleidet bleibt ein falscher Inhalt das, was er ist, und es ist völlig gleichgültig, ob ihm Häuser aus Stein oder aus Glas, mit rechteckigen, spitzwinkligen oder runden Formen eine Hülle verleihen.

In dieser Hinsicht lässt in Berlin manches zu wünschen übrig. Die exzessive Sorge, ausreichend Investitionen in die Stadt zu bringen, hat die Politik und die Verwaltung zu ebenso exzessiven Kompromissen bewogen. Die Ausnutzung der innerstädtischen Grundstücke ist vielerorts zu hoch, vor allem aber ist die Art der Ausnutzung zu einseitig: Einer gigantischen Masse von Büroräumen stehen nur dürftige (und dünn gesäte) Wohnräume gegenüber. Aus einem derart unausgewogenen Verhältnis kann sich keine wirklich lebendige Stadt entwickeln, und dem Zentrum des neuen Berlin drohen die gleiche Monofunktionalität und das gleiche abendliche und nächtliche Aussterben, welche die meis-

ten deutschen Citys zu unwirtlichen Orten machen. Es bleibt zu hoffen, dass die Übersättigung des Marktes mit Büroraum aus wirtschaftlichen Gründen eine Entwicklung einleitet, die aus sozialen längst hätte eingeleitet werden müssen (und für welche die Stalinallee der jungen Deutschen Demokratischen Republik ein ebenso anschauliches wie in jedem Sinn des Wortes nahe liegendes Beispiel bietet), nämlich die erneute Aneignung der Innenstadt durch die Stadtbewohner. Und zwar nicht nur durch diejenigen, die sich die wenigen exklusiven Penthouses leisten können, sondern durch alle. Womit keineswegs der künstlichen Homogenisierung der Stadt das Wort geredet werden soll: Sie würde in Berlin genau das zerstören, was unter anderem seine Attraktivität ausmacht, nämlich seinen grossstädtischen Charakter.

Berlin ist eine Metropole, weil es auf engster Fläche nahezu alle denkbaren zeitgenössischen Stadtypen in engem Nebeneinander aufweist. Da gibt es die lebendigen öffentlichen Räume der Stadt des 19. Jahrhunderts und die kalte Pracht der hochverdichteten City, es gibt die rührende Laubenpieper-Kolonie und die raue Industriebrache, es gibt die künstliche Idylle der 1950er-Jahre und das harte Milieu der Peripherie, es gibt die lauschige Kleinsiedlung und die



Abb. 5: Kollwitz Strasse (© Gabriele Basilico)



Abb. 6: Zimmerstrasse (© Gabriele Basilico)



Abb. 7: Potsdamer Platz (© Gabriele Basilico)

anonyme Selbstwiederholung der Miets-
hausstadt. All dies nicht als abstrakter
Warenhauskatalog, sondern als kompri-
miertes Angebot unterschiedlichster Le-
bensweisen.

Deswegen ist Berlin eine Metropole:
Weil es nicht die verschiedenen Auffas-
sungen vom Zusammenleben in provin-
zieller Manier zu vereinheitlichen ver-
sucht, sondern ihnen in unerschiedli-
chen städtischen Szenarien entspre-
chende Entfaltungsmöglichkeiten ge-
währt. Weil es nicht kleinbürgerlich ni-
vellierte, sondern grossstädtisch differen-
ziert. Weil es nicht Gleichförmigkeit
(und damit Mediokrität) anstrebt, son-
dern vitale Unterschiedlichkeit.

Dem neuen Berlin, das gerade ent-
steht, ist zu wünschen, es möge die Un-
terschiedlichkeit pflegen und erweitern.
Und an die Stelle des Entweder-oder
überall dort, wo es geht, das Sowohl-
als-auch setzen. Zum Beispiel sollten die
öffentlichen Nahverkehrsmittel besser
werden (das ist übrigens nicht schwie-
rig, wenn die Züge nur kürzer sind und
dafür öfter fahren), aber die Automobile
(und die Fahrräder) sollen weiterhin in
der Innenstadt zirkulieren. Die Industrie
soll bleiben, aber die Luft muss man rei-
nigen und in der Spree und im Land-
wehrkanal muss man genauso baden

können wie in der Havel. Bäume müs-
sen an manchen Stellen der Stadt ge-
pflanzt werden, aber es muss auch
ganz und gar artifizielle Orte geben,
die nur durch Architektur geprägt wer-
den. Die Stadt muss attraktiver werden,
indem ihre öffentlichen Räume gut ge-
staltet werden (zumindest im Zentrum,
was sich schon durch radikale Entrüm-
pelung und vernünftige Pflege bewerk-
stelligen liesse) und die natürliche Qua-
lität des Umlands muss verbessert wer-
den, indem nur die wirklich notwendi-
gen Strassen erhalten oder neu angelegt
und die übrigen zurückgebaut werden;
aber die Bahnhöfe und die Flughäfen
müssen effizient werden, damit man
sich gelegentlich auch davonmachen
kann.

Dem neuen Berlin ist zu wünschen,
es möge wachsen; aber nicht in der
Fläche. Der vorhandene städtische Raum
muss besser, intensiver genutzt werden.
Das verstärkt die Urbanität, intensiviert
das metropolitane Leben, schafft eine
Kultur der Dichte (deren faszinierendstes
Beispiel nach wie vor Manhattan ist)
und schon die Landschaft der Umge-
bung.

Dem neuen Berlin ist zu wünschen, es
möge weiterhin die Stadt des Kommer-
zes und der Kultur bleiben; die unkon-

ventionelle und stimulierende Mischung
steht ihm gut an. Doch Berlin soll auch
weiterhin die Stadt der Arbeit sein; jene
der Forschung und der Lehre; jene der
Erholung und Freizeit. Es soll, wie alle
Metropolen dieser Welt, eine Stadt für
alle Berufe, alle Lebenssituationen, alle
Einkommensschichten, alle Ideologien,
alle Kulturen sein. Aber nicht, wie es so
schön heisst, als Schmelztiegel; sondern
als Ort, wo Unterschiedliches friedlich,
gegenseitig sich beobachtend und auch
gegenseitig sich anregend nebeneinan-
der zu bestehen vermag. Kurz: eine
Stadt, in der sowohl die weltabgewand-
ten Royer-Collards als auch die enga-
gierten Hugos einen ihnen kongenialen
Platz finden können, um zur kulturellen
Produktivität sowie zum politischen und
sozialen Fortschritt beitragen zu kön-
nen.

Prof. Dr. Ing. Vittorio Magnago Lampugnani
ETH Zürich
Institut für Städtebau
HIL D 70.7
ETH Hönggerberg
CH-8093 Zürich
lampugnani@gta.arch.ethz.ch

Alle Fotos von Gabriele Basilico, mit freundli-
cher Genehmigung Siebenhaar Art Project,
Frankfurt.

Ein grüner Archipel

Ein Berliner Stadtkonzept «revisited»

Berlin has always been a green metropolis, located in (splendid?) isolation amidst hundreds of square miles of forest. The city consists of many “urban islands”, separated from each other by green spaces and vast infrastructural corridors, thus resulting in a “green archipelago”. Although some local architects and town-planners prefer to see Berlin as a traditional centralist metropolis, where “good old urbanity” has been saved, in fact, the city functions on many levels as a polycentric agglomeration. In this article the idea of Berlin as a polycentric “green archipelago” is discussed and promoted. As will be seen, Oswald Matthias Ungers’ article “Cities within the City” from 1978 is not the only interpretation of Berlin as a green metropolis. It appears that throughout the last few centuries, from the “cultural landscape” of Friedrich IV, via Schinkel’s “catalytic buildings”, to Bruno Taut’s “Stadtkrone” and the Nazi’s “Generalbebauungsplan”, down to post-war reconstruction, Berlin has always been considered an urbanized landscape interwoven with verdure, rather than the compact “Grossstadt” made of stone that some people would like her to be. Now that Berlin is in crisis and shrinking, the concept of the “green archipelago” is more relevant than ever. It might more or less “reinstall” itself automatically.

Im Berliner Strassenbild fallen die zahlreichen Wohnmobile auf. Ausgerüstet mit Heizung und Satellitenschüssel stehen sie das ganze Jahr bereit. Manche sind offenbar fast dauerhaft bewohnt. Eigentlich sind es Datschen auf Rädern. Sah man sie früher ausschliesslich in West-Berlin, bewegen sie sich seit der Wiedervereinigung und dem damit entstandenen Berliner Hinterland – einem endlosen «Wildschwein-Jagdgebiet» mit Wäldern und Seen – vornehmlich rund um die Stadt. In den vielen grünen Nischen der Metropolis nisten sie sich ein.



Abb.1: Berlin – Stadt mit arkadischem Charakter.

(Foto: Kees Christiaanse)

Ihre Bewohner haben die unterschiedlichsten Nationalitäten.

Neben mehr statischen Phänomenen wie Dauercampers, Schrebergärten oder der temporären Nutzung von Bauten auf Brachearealen ist diese arkadische Beweglichkeit an der Popularität von grossen Autos – nicht nur bei Türken und Libanesen – am liebsten Kombis oder Vans, abzulesen, als Standardausrüstung sind sie mit Stiefeln, Decken, Grillgeräten und Kühlbox ausgestattet.

Die breiten Strassen und Alleen der Kulturlandschaft von Friedrich, Schinkel, und Lenné bilden ein grosszügiges Reservoir für Aktivitäten wie Parken, Strassenhandel, Picknick, Autowaschen oder für einen Flanier-Drive, wie über einen amerikanischen Parkway von der einen «urban ecology» in die andere, auf der Suche nach Kaminfeuerblöcken, die in riesigen Mengen bei den Tankstellen angeboten werden. Berlin ist ein besiedelter Wald. Wo kein Unterhalt gepflegt wird, kommt der Wald unmittelbar an die Oberfläche: Birken und Kiefern, Pilze und Humus. Schinkels Schloss Glienicke und die Schulen beim Grunewald haben Schutzkonstruktionen gegen Wildschweine. Entlang den S-Bahn-Trassen, die tief in die Stadt eindringen, grasen Rehe, die den Berlinern täglich den arkadischen Charakter ihrer Stadt bewusst machen. Die Stadtbrachen gehören zu den Biotopen mit dem grös-

ten Artenreichtum. Berlin liest sich als grüner Archipel.

Man kann in einer Metropole Urbanität definieren als die Konfrontation und Interaktion vieler sichtbarer und unsichtbarer Netzwerke unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen – einen «unsichtbaren» Archipel. Der klare Unterschied zwischen charakteristischen Stadtteilen, getrennt von Wasser, Verkehrsinfrastruktur, Kriegsresten, der Mauerzone und der Nachkriegsfragmentation bildet dagegen einen «sichtbaren» Archipel. Die Kombination mit bestimmten Konzentrationen – Klein-Ankara in Kreuzberg, der «Szene» in Prenzlauerberg, den betagten 68ern und reichen Russen in Charlottenburg und den Vietnamesen und armen Osteuropäern in Lichtenberg – ist dies im Vergleich zu anderen Städten sehr spürbar.

Dieser «doppelte Archipel» macht vielleicht die Quintessenz Berlins aus.

Grüner Archipel

1977 veröffentlichte Oswald Ungers zusammen mit Rem Koolhaas, Hans Kollhoff und anderen in der Zeitschrift Lotus einen Artikel «Cities within the City» [1]. Der Artikel besteht aus elf Kombinationen von Thesen, Kommentaren und Schlussfolgerungen, die Berlin als einen grünen Archipel charakterisieren, begründen und instrumentalisieren. Der Artikel weist eine verblüffende Vorhersa-

gefähigkeit auf in Bezug auf die Debatten, die während der IBA '84 und später während der Wende 1989 stattfanden, aber auch zur momentanen Lage von Berlin.

Der erwartete, starke Rückgang in der Bevölkerungszahl wird als positiver Faktor bewertet, um unterschiedliche Stadtteile kontrolliert schrumpfen zu lassen, wobei die wertvollen Teile geschützt und konsolidiert werden (beiläufig bemerken die Autoren: «Hinterher hat sich herausgestellt, dass es in Berlin niemals notwendig war, weiter zu verdichten.»). Dies führt zu einem Archipel von «cities within the city», einer Föderation von unterschiedlichen städtischen Inseln. Hierin können sowohl bestehende Entitäten wie die Spandauer Altstadt oder die Siemensstadt, aber auch die Museumsinsel, als neu zu definierende Inseln einen Platz bekommen. Das zwischen den Inseln übrig bleibende Restgebiet ist ein Gebilde von grünen Zonen, in welchem Verkehrsinfrastruktur, grossmasstäbliche Nutzungen, Schrebergärten, Sport- und Erholungseinrichtungen mühelos aufgenommen werden können. Als favorisierter Gebäudetyp für die Konsolidierung der Inseln wird die Stadtvilla eingeführt, die ideale Kombination der Sehnsucht nach einem identifizierbaren Eigenheim und einem kollektiven urbanen Lebensstil. Verweisend auf Schinkels «Ordnung durch katalytische Bauten» [2], aber auch auf die nackten Brandwände der durch den Krieg zum Teil frei stehenden Gründerzeithäuser, bildet dieser Typ ein flexibles Modul für die Verstärkung der Inseln. Zum Schluss wird bemerkt, dass der tiefere Sinn und die Bedeutung Berlins durch die Jahrhunderte hindurch in der «kritischen Antithese» widersprüchlicher Komponenten zu Gunsten einer «divergenten Multiplizität» liegt.

Die Besonderheit dieses Artikels liegt darin, dass er eigentlich eine nicht allzu übertriebene Beschreibung einer Wirklichkeit ist, die Berlin immer gekennzeichnet hat.

OMAs Wettbewerbsentwurf für die Koch-/Friedrichstrasse 1980 für die IBA '84 war eine Überarbeitung dieser Idee. Zwischen der Kochstrasse und der Mauer waren Patiohäuser unter einer grünen Laubdecke projiziert, wodurch

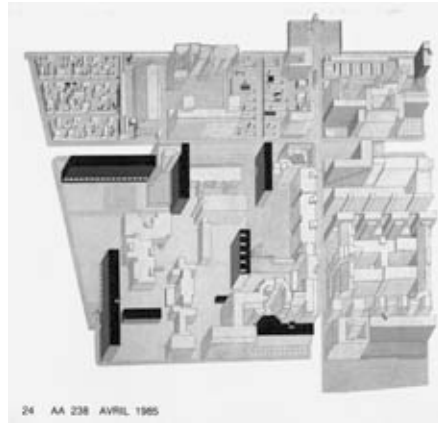


Abb. 2 und 3: IBA-Wettbewerb Sozialer Wohnungsbau: Kochstrasse-Friedrichstrasse. Quelle: AA L'architecture d'aujourd'hui OMA, Nr. 238, April 1985, S. 24 und 25.

die Mauer gleichzeitig thematisiert, neutralisiert und dem Auge entzogen wurde: die Mauer wurde konzeptionell im Entwurf integriert. Mindestens so wichtig war die zu Grunde liegende Intention, dass, falls die Mauer in Zukunft verschwinden würde, die bewachsenen Patios nahtlos an einen linearen Park, der zur Erinnerung an die Teilung der Stadt an Stelle der Mauerzone angelegt werden sollte, anschliessen würden. Der Rest der südlichen Friedrichstadt wurde mit einem abstrakten Muster farbiger Gebäude zwischen den aus dem Krieg übrig gebliebenen Häusern belegt. In der so entstandenen Landschaft bildeten

Alt und Neu einen Horizont, eine akademische Interpretation der typischen Wiederaufbausituation. Diese «Kritische Antithese» zu Gunsten einer «divergenten Multiplizität» und diese grüne Durchblutung, wiederkehrende Themen in der Geschichte Berlins, standen in radikalem Widerspruch zum Geist der IBA von Josef Paul Kleihues, die gerade eine behutsame Rekonstruktion der traditionellen Stadt im Sog der Ideen von Aldo Rossi vor Augen hatte. Als Belohnung für den 2. Preis für den Wettbewerb bekam OMA den Auftrag für das Grenzgebäude der Alliierten beim Checkpoint Charlie. Obwohl der Bebauungsplan für die IBA vorschrieb, Baulinien zu folgen und die Baublöcke in der südlichen Friedrichstadt zu schliessen, sieht das Gebäude mit seiner horizontalen Fassade, zurückliegenden Baulinien, betonten Brandwänden und riesigem Vordach aus wie eine Stadtvilla, die auf ihre Befreiung aus der Zwangsjacke des Baublocks wartet. Nach dem Fall der Mauer wurde der Geist der IBA als «Kritische Rekonstruktion» unter Führung von Senatsbaudirektor Hans Stimmann weitergeführt. Das Planwerk Innenstadt sah – so weit wie möglich – die Wiederherstellung des Stadtgrundrisses aus der Vorkriegszeit vor, bestehend aus Strassen und Blöcken, in den Fussspuren des «Steinernen Berlin» von Hobrecht im Jahr 1851. Zwar ist die Aussage von Hans Stimmann «Diese Stadt ist so kaputt, dass, auch wenn wir alles reparieren, noch genügend Fragmentation übrigbleibt.» (Vortrag TU-Delft, November 2001) verständlich. In der Friedrichstadt, in der an den Ausgangspunkten wie Blockrand und Traufhöhe festgehalten wurde, ist gut zu sehen, dass auch die «Kritische Rekonstruktion» nicht automatisch im Stande ist, die gesellschaftlichen Kräfte städtebaulich zu kontrollieren. Die Friedrichstadt hat sich von der kritischen Rekonstruktion zu einer Struktur entwickelt, in der jeder Block eine radikal abweichende Ideologie ausstrahlt: Nouvel ein erstarrter Christo der Bauregeln, Ungers ein Sockel ohne Wolkenkratzer, Rossi ein Parodie-Dekor, Kleihues eine künstlich kleinteilige Simulation, Johnson die Suche nach einer neuen Haltung des alternden Architek-

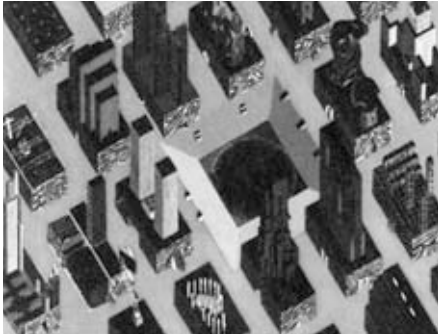


Abb. 4: City of the Captive Globe (1972)
Quelle: AA Architecture d'aujourd'hui OMA,
Nr. 238, April 1985, S. 4.

ten und Sauerbruch-Hutton eine «anti-thetische» Collage aus Alt und Neu.

Damit ähnelt die Friedrichstadt noch am ehesten OMAs «City of the Captive Globe». Dieser vielleicht nicht gerade erwünschte Zustand der Friedrichstadt, genau das Umgekehrte von dem, was man vor Augen hatte, wird von Rem Koolhaas so kommentiert: «Trotz der unglaublichen Anstrengungen, diese neue Substanz zu kontrollieren, ist eine chinesische Stadt herausgekommen [...]. Die Stadt hat in kürzester Zeit ein grosses Volumen aufgebaut und verfügt demnach nicht über die Langsamkeit, die dem traditionellen Aufbau einer Stadt und eben jenem Modell ihrer Authentizität unvermeidlich geopfert wird, selbst wenn alles aus Stein hergestellt wird.» [3]

Offensichtlich lassen sich auch in Europa die wirtschaftlichen Kräfte nur beschränkt ihre Bauform vorschreiben. Berlin bleibt eine Palimpsest-Landschaft: «Überhaupt hat Berlins Stadtbild Wesenszüge einer Landschaft: So wenig gestaltet wie die Natur, und gleicht einer Landschaft darin, dass es sich bewusstlos behauptet.» [4]

Kulturlandschaft

Am Ende des 18. Jahrhunderts hatte die französische Kulturlandschaft sich durch die geometrischen Eingriffe Le Nôtre's und anderer gegenüber der Natur emanzipiert. Im Gegensatz zur englischen, die einen mehr fließenden Übergang von «künstlich» nach «natürlich» entwickelte, unterschied die französische Landschaftsarchitektur sich als ra-



Abb. 5: Das geometrische Stadtbild um 1700.

Quelle: Philipp Oswald (2000): Berlin – Stadt ohne Form: Strategien einer anderen Architektur. Prestel, München, London, New York. Karte 4.



Abb. 6: Ansicht von Potsdam über Schloss Glienicke. Ölbild von Carl Daniel Freydanck von 1838.

Quelle: Florian von Buttlar (Hg., 1989): Peter Joseph Lenné. Volkspark und Arkadien, Katalog zur Ausstellung der Staatlichen Schlösser und Gärten Berlin. Nicolaische Verlagsbuchhandlung, Berlin, S. 244, Kat. Nr. 246.

dikales Gegengewicht gegenüber der «Natur» – ein vollständig künstliches Environment. Die Karte der geometrischen Landschaften in der Umgebung von Paris sieht aus wie eine Sammlung in der Landschaft eingekerbter Flughafen-Rollbahnen. Ein utopisches Stadtmodell wurde in der Landschaft «vorbereitet» und später von Baron Haussmann auf

Paris übertragen. Eine Anordnung von Punkten und Linien fängt die Natur wie in einem Netz auf und etabliert eine «kontrollierte» Kulturlandschaft, in der Kultur und Natur einander gegenseitig unterstützen.

Schinkel

Unter französischem und englischem Einfluss entstand in der Havel-Landschaft zwischen Berlin und Potsdam eine Konstellation, die unter Friedrich IV u. a. von Schinkel und Lenné ausgebaut wurde. Die geometrische Konstellation von Berlin und Cölln, der Dorotheenstadt und der Friedrichstadt wurde mit der Potsdamer Kulturlandschaft – Schloss Glienicke und Babelsberg, Pfaueninsel, Heilandskirche und auch Charlottenburg und Spandau – verbunden. Durch Schinkels städtebauliche Eingriffe, vor allem den Bau der Schlossbrücke in der Verlängerung von Unter den Linden, wurde das Stadtzentrum definitiv zum Teil dieser Kulturlandschaft, die für Ungers und andere den Ursprung der Interpretation von Berlin als grünem Archipel bildet.



Abb. 7: Kulturlandschaft entlang der Havel nach Wilhelm IV.

Quelle: LOTUS international, Nr. 19 (1978), Milano, S. 95.

In einem Kommentar zu den Entwürfen von Lenné und Schinkel für das Pulvermühle-Gelände nördlich des heutigen Lehrter Bahnhofs in Berlin wird bemerkt, dass man den Vorschlag von Schinkel eher einem Landschaftsarchitekten, und den Vorschlag von Lenné eher einem Architekten zuschreiben würde. Schinkel ordnet die Gebäude und den öffentlichen Raum wie eine Komposition gleichwertiger Elemente an, während Lenné einen kontrollierten, gestuften Übergang von der Stadt in die Landschaft entwickelt. Diese scharfe Beobachtung enthält die Quintessenz von Schinkels städtebaulicher Haltung, die auch seinen Entwürfen für das Zentrum zu Grunde liegt. Konsequenterweise entwickelt er eine Gleichwertigkeit zwischen dem gebauten und dem ungebauten Raum. Schinkel vernachlässigt den Raum nicht – wie die Moderne –, sondern behandelt ihn gleichwertig, kräftig, wie Colin Rowe in seinem offenen Brief über die IBA '84 an Vittorio Magnago Lampugnani schreibt [5]. Beinahe alle seine Gebäude sind allseitige, frei stehende Objekte. Sie schaffen aber keinen «Non-Space», sondern sorgfältig



Abb. 8: Karl Friedrich Schinkel: Die Bauakademie. Blick von der Schlossbrücke mit Friedrichswerderscher Kirche und ehemaligem Kommandanturhaus (1832).

Quelle: Vittorio Magnago Lampugnani (Hrsg., 1984): Modelle für eine Stadt. Schriftenreihe zur Internationalen Bauausstellung Berlin 1984, Heft 1, S. 66.



Abb. 9: Plan der Schmuck- und Anlagen der Residenz Berlin von Lenné aus dem Jahr 1834.

Quelle: Florian von Buttlar (Hg., 1989): Peter Joseph Lenné. Volkspark und Arkadien, Katalog zur Ausstellung der Staatlichen Schlösser und Gärten Berlin. Nicolaische Verlagsbuchhandlung, Berlin, S. 78, Abb. 38.

ausgewogene, öffentliche Räume. Die Gebäude stehen bevorzugt nicht in der Baulinie, Schinkel strebt nach einer «Auflockerung» der Stadt. «Schinkels Bauten sind autonome Körper, häufig gewaltige Kuben, die gleichsam als freie Individuen miteinander in Beziehung treten. Der Raum ist nicht mehr als Raumkörper fest umschalt und begrenzt, sondern die Körper werden in Schichten im unbegrenzten Raum gestaffelt angeordnet, wie es die perspektivischen Bilder der Landschaftsgärten zeigten. Das romantische Platzbild ist völlig geöffnet, der Platz ist nur noch ein Stück und Ausschnitt des Freiraums. [...] Es ist nicht mehr wie in der alten Architektur der ruhende umschlossene, sondern der sich bewegende, gegen das Unendliche hin offene Raum. Dieses neue Bild des Zentrums ist ohne Beispiel in der europäischen Geschichte.» [6]

Seine Referenzen sind nicht so sehr Grossstädte wie Paris und Rom, sondern idealisierte Kulturlandschaften, wo akropolisartige Ensembles oder palladianische Villen eine Beziehung zu der entworfenen Landschaft herstellen. Schinkel ist nicht der Vater des «Steinernen Berlin» (dies ist eher Hobrecht) – er kann vielmehr als Protagonist einer Stadt, bestehend aus sorgfältig in die «Natur» gesetzten Ensembles, gesehen werden.

Lenné hatte vielleicht eine weniger radikale Auffassung von Städtebau als Schinkel. Dennoch ist sein Entwurf der «Schmuck und Grenzlinien» für die Peripherie von Berlin als Vorschlag zu sehen, die Stadt mit einem grünen Ring zu umgeben, mögliche Erweiterungen für Kasernen, Industrie und andere grosse Einrichtungen rund um diesen grünen Gürtel zu legen, und dadurch letztendlich unterschiedlich strukturierte Stadtteile voneinander zu differenzieren.

Gross-Berlin

Lennés Vorschlag wird erst gegen Mitte des 19. Jahrhunderts von der sich überwältigend schnell ausbreitenden Industrialisierung eingeholt und wird von Hobrechts «Steinernem Berlin» aus dem Jahr 1851 ersetzt.



Abb. 10: Das Borsigsche Etablissement 1854.

Quelle: Florian von Buttlar (Hg., 1989): Peter Joseph Lenné. Volkspark und Arkadien, Katalog zur Ausstellung der Staatlichen Schlösser und Gärten Berlin. Nicolaische Verlagsbuchhandlung, Berlin, S. 45, Abb. 16.

Als Hauptstadt bildete Berlin am Anfang des 20. Jahrhunderts noch einen Archipel vieler Gemeinden, eine verkleinerte Version des aus vielen Fürstentümern bestehenden Kaiserreichs, was sich noch heute in den Rathäusern der Bezirke widerspiegelt. Erst 1920 bekam die Stadt eine zentrale Regierung. In der Zwischenzeit war der Plan von Hobrecht, der seit Mitte des 19. Jahrhunderts Leitbild für die Stadt war, von den überwältigenden Entwicklungen der Industrialisierung eingeholt worden. Es gab kein Gesamtkonzept, um diese Entwicklungen zu steuern. In dieser Zeit entstanden auch die Industrieenklaven wie beispielsweise das Borsig-Gelände, ein Fabrikgelände, das als romantischer italienischer Schlossgarten verkleidet war – ein letzter Verweis auf Lennés «Schmuck und Grenzlinien».

Zentrales Thema des Wettbewerbes für Gross-Berlin 1908 war die beabsichtigte Verminderung der Wohndichte im Zentrum. Neue Konzepte für Industrie und Transport waren notwendig, und vor allem auch für Grünflächen unter Beibehaltung der bestehenden Wälder. Der Entwurf von Möhring (ein Lehrmeister von Bruno Taut) bestand aus einem Konzept keilförmiger grüner Einschnitte [7]. Es war der Anfang des Themas der «Auflockerung», das seither ein kontinuierliches Leitmotiv in den Visionen für die Stadt wurde.

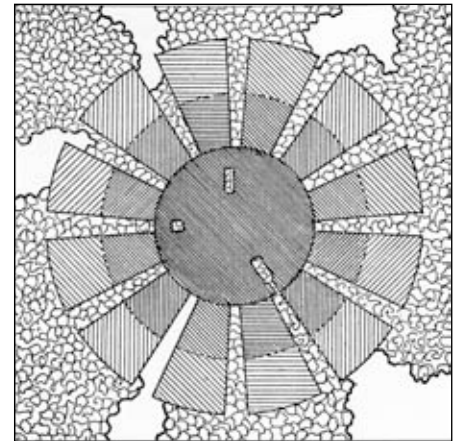


Abb. 11: Schematische Zeichnung der strahlenförmigen Stadtentwicklung. Offener Wettbewerb für Gross-Berlin 1919, R. Eberstadt, B. Möhring und R. Petersen.

Quelle: Koos Bosma und Helma Hellinga (Hrsg. 1997): Mastering the City II, North-European City Planning 1900–2000), S. 164.

Taut

1927 schrieb Bruno Taut: «Jenes entsetzliche Gewirr von engen Höfen in Hinter- und Seitenhäusern, jene grauenhaften Rattenlöcher [...]. Das neue Bauen wird aber weiter um sich greifen, man wird diese Dinge eines Tages nicht mehr ertragen können und man wird schliesslich dazu schreiten, sie – niederzureissen.» [8]

Von 1920 bis 1927 baute Bruno Taut in enger Zusammenarbeit mit dem Stadtarchitekten Martin Wagner mehr als 12 000 Wohnungen in Berlin, darunter die Siedlung Freie Scholle, die Hufeisensiedlung und Onkel Toms Hütte. Taut und Wagner wurden mitgerissen von der Gartenstadtbewegung, aber gaben dieser ihre eigene spirituelle Bedeutung. Taut äusserte sich in unterschiedlichen Publikationen und Vorträgen über die «Auflösung der Stadt» und das Versprechen einer «Freien Scholle» für jedermann im Einklang mit der Natur. «Die natürlichen Hindernisse sind die allerwertvollste Hilfe des Architekten. Dies trifft zu, ob es sich um weitestgehende Schonung des Waldes wie in Zehlendorf handelt oder um die Entwicklung der Form aus der Bodengestaltung wie bei dem Hufeisen in Britz.» [7]

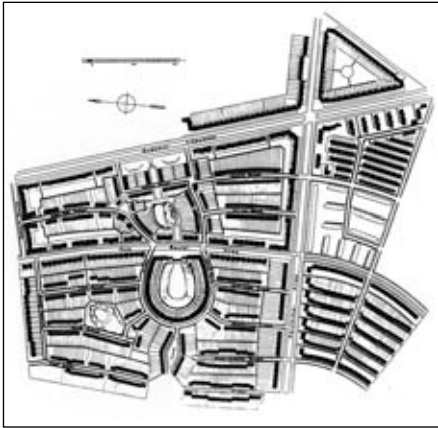


Abb. 12: Lageplan der Hufeisensiedlung von Bruno Taut, Berlin 1925–1930.
Quelle: Manfred Speidel (1995): Bruno Taut – Natur und Fantasie 1880–1938, S. 236.



Abb. 13: Innenhof der Siedlung Onkel Toms Hütte, Berlin 1928.
Quelle: Manfred Speidel (1995): Bruno Taut – Natur und Fantasie 1880–1938, S. 50.

Die Stadt sollte in kleine, in der Landschaft eingebettete Einheiten verteilt werden. Das Zentrum einer solchen Einheit sollte ein zentraler Raum bilden mit erhöhter Bebauung, «Stadtkrone», wie z. B. das Hufeisen in der Siedlung Britz. Auch die Industrie war, analog zum Borsig-Gelände, in der Form von «Schinklesken» Einheiten in der Landschaft gedacht. Die Worte «Stadtkrone» und «Scholle» waren keine harten CIAM-Begriffe, sondern verweisen eher auf den Team-X-artigen, gestuften Übergang vom Haus über das Stadtviertel zur Stadt. Auffallend ist, dass die «Stadtkrone» kein Einkaufszentrum war, sondern ein kontemplativer Raum. Der Begriff «Scholle» bekam später bei den Nationalsozialisten einen schlechten

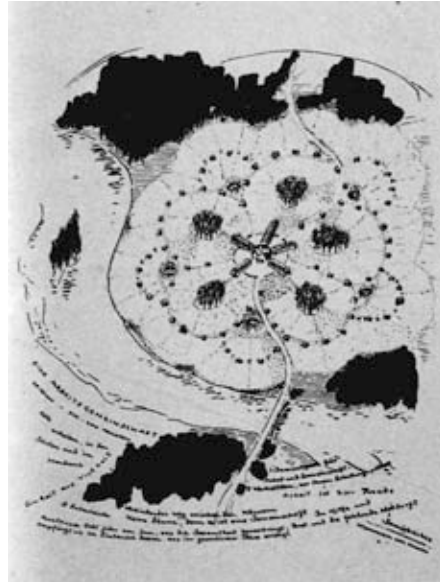


Abb. 14: Illustration aus dem Artikel «Auflösung der Städte» von Bruno Taut aus dem Jahr 1920.
Quelle: Manfred Speidel (1995): Bruno Taut – Natur und Fantasie 1880–1938, S. 153.

Beigeschmack als Ausdruck für die Heimatbewegung.

Speer

Die immer zurückkehrende Frage nach «Auflockerung» war auch Teil der Politik der Nationalsozialisten. Das nationalsozialistische Berlin ist vor allem bekannt durch seine megalomane Komponente, wie den Plan für die Nord-Süd-Achse, die Halle des Volkes und das Olympiastadion. Es gibt auch eine andere Seite. Die Nationalsozialisten mochten die Großstadt nicht, die sie als einen Ort der Verdorbenheit empfanden. Lieber brachten sie die Bevölkerung in kontrollierbaren Einheiten unter – bevorzugt in Gartenstädten wie die Siedlung Krumme Lanke von H. Gerlach im Stil der Stuttgarter Schule: eine gesunde Heimat für ein gesundes Volk. Für die Nationalsozialisten war die Kombination einer megalomanen Monumentalität und einer wesentlich deurbanistischen Einstellung kein Paradox.

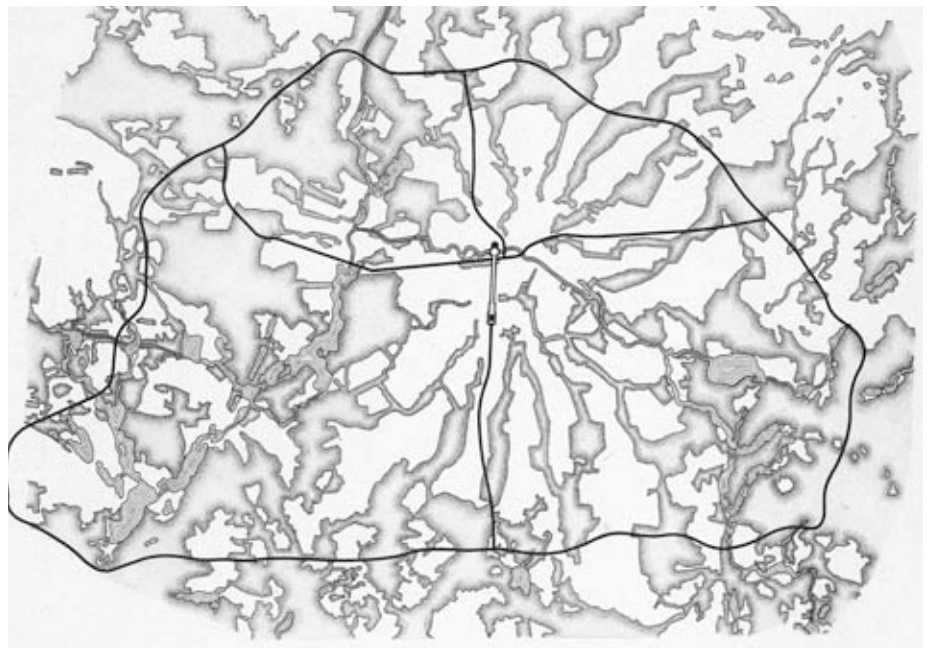


Abb. 15: Generalbebauungsplan für die Reichshauptstadt von A. Speer, 1941. Die Grünflächen reichen bis ins offene Land hinaus.
Quelle: Koos Bosma und Helma Hellinga (Hrsg. 1997): Mastering the City II, North-European City Planning 1900–2000, S. 255.

«Bereits Ende 1934 – dies ist bis heute noch wenig bekannt – wurde mit der Planung der Erneuerung der ‹roten› Mietskasernenviertel stadtweit begonnen. Wichtiges Ziel der Stadterneuerung war die Beseitigung des ‹Nährbodens› des Kommunismus: ‹Je schlechter die Wohnverhältnisse, umso öder und langweiliger die Umwelt, desto besser der Nährboden für die staats- und volkszerstörenden Irrlehren.» (Erich Frank, 1939).

«Nach der Ermächtigung Albert Speers wurde im Rahmen des ‹Programms für die Neugestaltung Berlins› das Ziel der Auflockerung der Bevölkerungsdichte in der Innenstadt verkündet. ‹Während in Bezirken wie Wedding, Prenzlauer Berg oder Kreuzberg heute noch rund 400 Menschen auf den Hektar kommen, werden es in Zukunft nach Möglichkeit nicht mehr als 150 sein dürfen.» (Speer 1938).

«Voraussetzung für die geplante Auflockerung war der Bau gigantischer Neubausiedlungen weit draussen an der städtischen Peripherie.» [9]

Willy Schelkes Landschaftsentwurf war ein essenzieller Teil von Speers Generalbebauungsplan für Berlin aus dem Jahr 1938. Sein Grünplan zeigt Berlin schwimmend im Grünen. Grosszügige grüne Finger dringen tief bis ins Zentrum durch und vernetzen sich mit dem Tiergarten und anderen Parks. Die grünen Zonen, gefüllt mit Wäldern, Parks, Sporteinrichtungen, Schrebergärten und Friedhöfen, waren als komplementäre Struktur gedacht, wobei die Distanz zwischen Wohnung und Grün nie mehr als 15 Gehminuten (oder 1500 Meter) sein durfte. Ein Unterschied zu Ungers Archipel ist, dass die Verkehrsinfrastruktur nicht durch die grünen Zonen, sondern durch die bebauten Stadtteile geführt wurde, um das Grün vor Lärm und Verschmutzung zu schützen. Auch militärische Gründe standen bei dem Plan Pate: die grünen Finger waren sehr geeignet als Schutzgebiete gegen Bombardements und für die Errichtung von Kriegsinstitutionen [10]. Gegen Kriegsende, als Teile des Berliner Zentrums schon zerstört waren, äusserte sich die Perfidität der Nazis als Städtebauer in der Form von Aussagen von Speer und



Abb. 16: Le Corbusier: Wettbewerb Hauptstadt Berlin (1957), Lageplan.
Quelle: Vittorio Magnago Lampugnani (Hrsg., 1984): Modelle für eine Stadt. Schriftenreihe zur Internationalen Bauausstellung Berlin 1984, Heft 1, S. 43.



Abb. 17: Hans Scharoun: Wettbewerb Hauptstadt Berlin (1957), Isometrie.
Quelle: Vittorio Magnago Lampugnani (Hrsg., 1984): Modelle für eine Stadt. Schriftenreihe zur Internationalen Bauausstellung Berlin 1984, Heft 1, S. 43.

anderen, dass «der Krieg für uns die Arbeit macht, die wir selber mit viel mehr Mühe zu Stande bringen würden».

Scharoun

Übrigens waren derartige Aussagen auch nach der Befreiung 1946 zu hören, z.B. von Hans Josef Zechlin in der Fachzeitschrift Neue Bauwelt: «[Es]

gehört zur Fülle der Verluste auch die Menge des Verfehlten und Hässlichen, sodass der Städtebauer manches Ruinenfeld mit wehmütigem Lächeln begesst.» [11]

Berlins Zentrum war vollständig zerstört. Ludwig Hilberheimers Plan für das Gebiet um den Gendarmenmarkt aus dem Jahr 1924 hätte nun so gebaut werden können, und Le Corbusier hätte

seinen «Plan Voisin» realisieren können, ohne Teile der Pariser Altstadt abreißen zu müssen. Die Bebauung in seinem Plan für den Wettbewerb Hauptstadt Berlin belegte aber viel mehr Grundfläche als der Plan Voisin, in dem Natur und Stadt eine gleichwertige Position hatten. Während diese Ideen weitgehend auf einem Tabula-rasa-Konzept basierten, bestand der Entwurf von Hans Scharoun aus einer «sensiblen» Kulturlandschaft, in der Fragmente aus der Vorkriegszeit und neue futuristische Bauten einen gegenseitigen Horizont in einem parkartigen Setting bildeten. Die Friedrichstadt wurde zu einer lockeren Weiterführung des Tiergartens, die das Stadtzentrum als leerer Campus in einer aufgelockerten Stadt symbolisierte, erschlossen von einem Netz von Autobahnen. Ein Ansatz in dieser Richtung wurde später als Miniaturversion in Form des Kulturforums realisiert, aber nach der Wende durch die Entwicklungen am Potsdamer Platz buchstäblich zur Seite geschoben. Auch nach der Teilung der Stadt in Ost und West wurde das deurbanistische Prinzip der Auflockerung, die ultimative Kombination von Gartenstadtbewegung und CIAM-Doktrin das Leitmotiv für die Entwicklung der Stadt auf beiden Seiten der Mauer. Dies wurde letztendlich erst von der Wende 1989, der Kritischen Rekonstruktion und ihrem Vorläufer, der IBA '84, abgelöst.

West-Berlin war zur Zeit der Mauer die einzige Stadt in Europa, in der viele jetzt in Ungnade verfallene Archipel-Komponenten, verwandt mit kritisch-utopischen Strömungen wie «Superstudio» und «Archigram», tatsächlich realisiert wurden. Ein Beispiel ist die «Autobahn der Zukunft», versehen mit integrierten Bushaltestellen, an der «Raumschiffe» wie der Flughafen Tegel, das International Congress Centre (ICC), die Wohnüberbauung Schlangenbaderstrasse und der «Pilz» bei der Schlossstrasse andockt sind. Oder auch das Strömungslabor am Tiergarten und das Gebäude der DLRG an der Havel von Ludwig Leo. Gemeinsam mit den Bauten von Scharoun und den Wohngebieten wie dem Märkischen Viertel, verkörpern sie eine heute vielleicht funktionsunfähige und

naive, aber für ihre Zeit äusserst optimistische und integrale Vision einer Metropole, in der das Fragmentarische und Diskontinuierliche mithilfe der «Landschaft» miteinander versöhnt werden.

Die zweite Luftbrücke

Heute kann der Zustand Berlins wie früher, aber mehr als nie zuvor, beschrieben werden als instabiler «doppelter Archipel».

Nur während der Industrialisierung, als Siemens, Borsig und AEG blühten, konnte sich die Stadt ökonomisch selbst erhalten. Davor und danach hatte Berlin mehr oder weniger immer eine künstliche Wirtschaft – als Folge seiner Position als Regierungszentrum. Die während des Krieges zerstörte Industrie ist nicht wiedergekehrt, und die Subventionen von Ost und West zu Zeiten des Kalten Kriegs sind seit der Wiedervereinigung verschwunden. Die zusammengefügte Stadt bekam die doppelte Anzahl an Einrichtungen, drei Universitäten, drei Opernhäuser und die doppelte Anzahl an Beamten, begleitet von einem gigantischen Nachholbedarf bezüglich der Infrastruktur. Die Wirtschaft wird vornehmlich von der Regierung und verwandten Dienstleistungen, Tourismus, Kultur und Bildung genährt. In den 1990er-Jahren entstand in der Euphorie der Wende und durch die Notwendigkeit, die Regierung unterzubringen, eine riesige Bauaktivität. War diese im Allgemeinen durch die «Kritische Rekonstruktion» relativ unsichtbar, manifestierte sie sich überdeutlich in der zentralen Mauerzone und der Friedrichstadt, wo das Kanzleramt und der Potsdamer-Platz-Komplex durch ihre Überdimensionierung und ihren kontextuellen «Autismus» isolierte Inseln schaffen, welche die Fragmentierung unbeabsichtigt verstärken.

Genau wie Friedrich der Grosse mit allen Mitteln versuchte, Handwerksleute, Künstler und Wissenschaftler in die Stadt zu holen, so versucht die transplantierte Bonner Republik mit ihren riesigen Institutionen, die Stadt am Leben und die Bevölkerungszahl aufrechtzuerhalten. In der Stadt, die eine Versorgungskapazität für fast 5 Millionen

Menschen hat, wohnen lediglich 3,3 Millionen, und es werden immer weniger. Im Kapitel «Wo kommen die Berliner her? [...]» in dem Buch «Die deformierte Gesellschaft» [12] schreibt Meinhard Miegel, dass das Bild der Deutschen über Berlin als Hauptstadt und Metropole nicht mit dessen Bevölkerungsentwicklung übereinstimmt. Er skizziert drei Szenarien: Das erste beschreibt den jetzigen Trend, in dem die Bevölkerung jährlich um 15 000 Menschen abnimmt (vornehmlich durch natürliche Abgänge), was im Jahr 2040 zu einer Bevölkerung von nur 2,7 Millionen führen würde. Im zweiten Szenario zieht Berlin junge Leute aus der gesamten Bundesrepublik an, vor allem auf Kosten der neuen Bundesländer. Berlin würde dadurch, mehr noch als bisher, eine Potenzialkonzentration in den sich entleerenden neuen Bundesländern werden. Im dritten Szenario bezieht Berlin die notwendigen Bevölkerungszahlen aus ausländischen Immigranten, vornehmlich aus Osteuropa. Hierdurch würde in Berlin der Anteil von Bewohnerinnen und Bewohnern ohne deutschen Pass innerhalb von zehn Jahren auf über ein Drittel anwachsen. Diese Szenarien deuten an, dass, trotz des riesigen Babybooms im Prenzlauer Berg – mit dem grössten Geburtenüberschuss Deutschlands – die Stadt weiter schrumpfen wird. Hiermit kommen wir wieder zurück zur These von Ungers und seinem grünen Archipel. Berlin sollte nicht mehr bauen, sondern seine wertvolle Substanz konsolidieren, seine schlechten Teile (z.B. alle Grosswohnsiedlungen in Ost und West) abreißen und kontrolliert zurückschrumpfen zu einer «situationistischen» [13] Kulturlandschaft.

Aber genauso wie die Friedrichstadt sich keine «Kritische Rekonstruktion» vorschreiben lässt, so lässt Berlin sich kein akademisches Archipel-Konzept vorschreiben. Aber glücklicherweise auch keine chinesische Stadt (die von OMA in der Ausstellung «Content» in der Form eines Müllhaufens über den Boden von Mies van der Rohe Neuer Nationalgalerie am Kulturforum geschüttet wurde). Was wirklich passiert, ist die Atomisierung der Bebauung im Speck-

gürtel durch die Realisierungen der Bebauungswünsche der neuen «primitiven» Gesellschaft von Baudrillard. Paradoerweise lehrt die Erfahrung, dass schrumpfende Städte im Allgemeinen in Oberflächen wachsen.

Die Bonner Regierungspendler, der Mangel an Arbeit und die Billigflieger haben zu einer zweiten Luftbrücke geführt. Viele Architekten und andere Berufsgruppen treffen sich montagmorgens am Flughafen Tegel, um mit Air Berlin, Germania oder German Wings zu ihren Tätigkeiten in Westdeutschland oder anderswo in der EU zu fliegen, mit der Absicht, spätestens am Freitagabend wieder nach Berlin für ein grossstädtisches Wochenende zurückzukehren – die umgekehrte Version von Brasília: Dort arbeitet man unter der Woche, um das Wochenende in Rio de Janeiro zu verbringen.

Mittlerweile ist Rem Koolhaas' niederländische Botschaft eröffnet, eine – natürlich – frei stehende Stadtvilla in einem Blockrand gefasst, frei gehalten von einem in Brandwänden verkleideten Bauteil, dazwischen eine Mini-Mauerzone. Neulich übergab Hans Stimmer, Vater der «Kritischen Rekonstruktion», den Berliner Architekturpreis für das Gebäude an Rem Koolhaas, Vordenker der «City of the Captive Globe».

Berlin bildet einen instabilen Idealzustand. Eine künstlich am Leben gehaltene Metropole, umgeben von der schönen, leeren Fontane-Landschaft, durch Hochgeschwindigkeitszüge und Billigflieger mit der Welt verbunden, still, geräumig, komfortabel, roh, unsicher, grün, melancholisch, immer noch geteilt, träge... und einer der wenigen Orte, an dem die Vergangenheit spürbar im Alltag lebt.

Anmerkungen

[1] O.M. Ungers et al. (1982): «Cities within the City». In: Lotus 19, 1978, p. 82–97. Milano.

[2] Florian von Buttlar (Hg., 1989): Peter Joseph Lenné: Volkspark und Arkadien. Nicolai.

Juergen Wenzel, Stadtplaner in weltbürgerlicher Absicht, zitiert: H.G. Pundt, Schinkels Berlin 1981, und H. Beenken, Schöpferische Bauten der Deutschen Romantik, Mainz 1952.

[3] Philip Oswald (2000): Berlin – Stadt ohne Form. Prestel.

Oswald zitiert: Die chinesische Stadt. Rem Koolhaas in Gespräch mit H.U. Olbrist in Berlin! Berlin!, Katalog der ersten Berlin Biennale, herausgegeben von Miriam Wiesel, Ostfildern 1998, S. 57.

[4] Philip Oswald (2000): Berlin – Stadt ohne Form. Prestel.

Oswald zitiert: Siegfried Kracauer, Berliner Landschaft, 1931, in ders.: Strassen in Berlin und anderswo, Berlin 1987, S. 40.

[5] IBA-Dokumente: Offener Brief an Vittorio Lampugnani von Colin Rowe.

[6] siehe [2]

[7] Koos Bosma, Helma Hellinga (eds., 1997): Mastering the City. NAI/EFL, Den Haag.

[8] Manfred Speidel (1995): Bruno Taut, Natur und Phantasie. Ernst & Sohn, Berlin.

[9] Michael Braum, Harald Bodenschatz (2002): Berliner Wohnquartiere. Dietrich Reimer Verlag, Berlin.

[10] siehe [7]

[11] siehe [9]

[12] Meinhard Miegel (2003): Die deformierte Gesellschaft. Ullstein.

[13] Situationen, Modelle. Wilfried Kühn in Bauwelt Berlin.

Literatur

BEENKEN, H. (1952): Schöpferische Bauten der Deutschen Romantik. Mainz.

BOSMA, K.; HELLINGA, H. (1997): Mastering the City. NAI/EFL, Den Haag.

BRAUM, M.; BODENSCHATZ, H. (2002): Berliner Wohnquartiere. Dietrich Reimer Verlag, Berlin.

IBA '84 Dokumente.

KRACAUER, S. (1987): Strassen in Berlin und anderswo. Arsenal, Berlin.

KÜHN, W.: Situationen, Modelle. In: Bauwelt Berlin.

MIEGEL, M. (2002): Die deformierte Gesellschaft. Ullstein.

OSWALT, P. (2000): Berlin – Stadt ohne Form. Prestel.

PUNDT, H.G. (1981): Schinkels Berlin. Propyläen.

SENATSWERK FÜR STADTENTWICKLUNG (1999): Planwerk Innenstadt.

SPEIDEL, M. (1995): Bruno Taut Retrospektive. Ernst & Sohn, Berlin.

UNGERS, O.M. (1978): Cities within the City. In: Lotus 19, Milano.

VON BUTTLAR, F. (1989): Peter Joseph Lenné: Volkspark und Arkadien. Nicolai.

WIESEL, M. (Hrsg.) (1998): Berlin! Berlin! Katalog zur Berlin Biennale. Hatje Cantz, Ostfildern.

Prof. Kees Christiaanse
Institut für Städtebau
Eidgenössische Technische Hochschule
ETH Zürich
ETH Hönggerberg
CH-8093 Zürich
christiaanse@nsl.ethz.ch

Ghosts on Display

Reconstruction and the Meanings of History in Berlin since 1989

Much of reunified Berlin is new and sparkling, but it remains a backward-looking city, weighed down by, but also thriving on, attention to its past. Even for tourists, Berlin's history appears complex and troubling. The crowds of visitors help to show where its historical appeal lies. The scarred and restored Reichstag building has become the extraordinarily popular center of the otherwise new government quarter. Among the city's three most popular museums, the Checkpoint Charlie museum recreates the drama of the divided city, and the attraction of the new Jewish Museum rests partly on interest in the Holocaust and its origins in Berlin. The venerable Pergamon Museum stands for the more comforting, pre-twentieth-century past. Berlin's connection to this history is also unsettled, however, as evidenced by the popular wish to rebuild the destroyed royal palace. Here, as elsewhere in Berlin, buildings and public space are understood to offer the physical immediacy of history, and arguments about them freely mix aesthetics, politics, and morality.

The excitement of the early years has slowly dissipated. The skeptics were proved correct: reunified Berlin has not become the center of a unified Europe. The arrival of the German government in Berlin brought neither the German nor the European economy in its wake. If Berlin had lost its glowing future, however, it still had its past. During the decades of division, West Berlin (and to a much lesser extent East Berlin) had lived off its history. To a surprising extent, that has continued to be the city's sustenance since 1989. This has not been good news for the officials responsible for economic development, or for balancing the state budget, but it has been a matter of more than negligible economic significance. Tourism looms increasingly large in the city's economy, as Berlin's aura continues to rank it

among the leading European tourist destinations. That aura is built in part on the city's established citadels of high culture, such as its museums and opera houses, in part on the visible (and well cultivated) remnants of the Golden Twenties, the Third Reich, and the Cold War, and in part on the youth culture and contemporary arts scenes that have depended on the city's ability to draw creative young migrants attracted by the image of Berlin as a place neither too new nor too staid – not too staid, because Berlin's historical appeal is very different from that of, say, Prague or Venice, or even Paris, places carefully groomed to project an image of a city that stepped off the treadmill of history at least a century ago. Berlin is struggling to combine fragments of this traditional European museum-city appeal with a history that is not only newer but more obviously unfinished.

The weight of the past does not always impress those in search of cultural or economic dynamism. A 1998 article in the American magazine *Wired* summed up one point of view: "As the locus of some of the more terrible governmental crimes in history, Berlin has had a special meaning for the twentieth century – but the century is now over." However, hardly anyone in Berlin has been inclined to dismiss the past entirely, American style, as a mere encumbrance. History is what Berlin has to offer, and the city's historical appeal depends on a careful balance between the remoteness of the famous events (they pose no threat to the tourist, as they might in many of the world's hot spots) and a sense, however mediated, of their physical immediacy.

Certainly there are places in the city where one might argue that the historical resonance is no more substantial than that of Disneyland. Fabled Potsdamer Platz, for example, is now a shopping and entertainment center with a few fragments of pre-1989 physical substance that offer scarcely more of an immersion in history than the act of having a drink at a café named Billy Wilder's or lingering on a new square named after Marlene Dietrich. As crumbling ruins and provisional reconstruc-

tions disappear from Berlin, it is easy enough to dismiss the entire city as a stage set, but that is not the prevailing view. Both the producers and consumers of Berlin's public culture understand it to be profoundly shaped by the tides of history. This has been clear to anyone aware of the debates accompanying the reunification of Berlin, the decision to move the government there from Bonn, the reconstruction of large parts of the city, and the creation of new museums and memorials. Another way to measure the resonance of history in Berlin, however, is to follow the crowds as they seek out the traces of history, first in the new government quarter and then in the city's most popular museums. The tourist gaze is inevitably less discerning than the intellectual debates about Berlin's historical landscape, but it helps us understand the broader picture of Berlin's historical resonance.

The Reichstag and the Government Quarter

In an age when the power of the German state threatens no one, the federal government has successfully moved to Bismarck's and Hitler's former capital with relatively little controversy. The completion of Axel Schultes's and Charlotte Frank's new federal chancellery in 2001 occasioned a flurry of commentary about its possible affinities with the chancellery Albert Speer had built for Hitler, but beyond the sheer size of the building, there was really no resemblance, and the building seems to be fading into obscurity, along with the memory of the chancellor who commissioned (but never occupied) it, the larger-than-life Helmut Kohl, who was voted out of office in 1998.

The centerpiece of the Berlin Republic, and of the newly built government quarter, is the renovated Reichstag building, which surely must count as a success story in the redeveloped city. It can be argued that the turning point in the building's fortunes came when, after two decades of controversy, the Bundestag voted to let Christo "wrap" the forlorn century-old neo-Renaissance edifice. The wrapping in June 1995 turned

out to be the event of the year, as crowds swarmed around the now-ghostly form and observed its transformation from battered relic of failed parliamentarism into modern artwork. As soon as the wrapping came off, renovation began according to Sir Norman Foster's plan. Foster's glass dome, opened in 1999, has already become an icon of Berlin, its favorite photographic motif (typically along with the nearby Brandenburg Gate) and, more important, a place people stand in line to visit, day and night, and from which they are visible from afar. It can of course be argued that the democratic transparency that the dome (in contrast to the stone edifice below) seems to signify, is fraudulent, since the crowds crawling atop the Bundestag's plenary chamber neither hear nor intervene in the deliberations taking place below. Still, they come here rather than to the television tower or the privately owned edifices of Potsdamer Platz. It is impossible to know how many visitors come just for the view, and how many give a thought to the government at work below, but the result in any case is to make the visit to the Reichstag into an innocent sort of civic pilgrimage, the kind of gesture that is taken for granted in older democracies but has been a rarity in Germany.

The dome succeeds in making the Reichstag a public building and the true center of the new parliamentary quarter that has been built all around it. Early in the reconstruction process, the most spectacular plan for the new Berlin was Schultes's band of parliamentary buildings extending from East Berlin westward past the Reichstag and across the bend of the Spree river, winner of a design competition in 1993. The plan was subsequently modified enough so that it cannot be known whether its formal elegance would have been retained in reality. For now, its focal point, an outdoor public forum, amounts to nothing. The Reichstag, however, attracts crowds into the parliamentary quarter so that the complex of impressive new buildings around it makes Berlin the visible capital of Germany.

At the other end of the boulevard Unter den Linden, two more buildings

represent Helmut Kohl's most personal interventions in the planning of the new capital and thus as quasi-official statements about the federal presence in Berlin. One, I. M. Pei's newly completed annex to the German Historical Museum, serves as an official repository of national memory. So does the other, an earlier and more controversial project: the renovated Neue Wache, Karl Friedrich Schinkel's masterpiece, which has served as a war memorial since its interior was rebuilt according to Heinrich Tessenow's starkly beautiful design in 1931. Its 1993 reopening as the official national Memorial to the Victims of War and Tyranny stirred up enormous controversy in intellectual circles. The attempt (as many critics saw it) to define Germany as a nation of victims flew in the face of two decades of scholarly efforts to compel Germany to face up to its history as a nation of perpetrators. The artistic focus of the controversy was Kohl's selection for the memorial's centerpiece. Although Tessenow's design was largely restored, at its center was placed an enlarged version of a Käthe Kollwitz pietà, which was variously denounced as a crude imitation of the original, an affront to modern artists, an attempt to transform private grief into public spectacle, a traditional icon suitable for mourning dead soldiers but not the many civilians who died, and an appropriation of Christian symbolism that excluded the Jewish victims of the Holocaust.

As soon as the new memorial was dedicated, however, it was effectively forgotten. Its very old-fashionedness helped assure its obscurity, and it became, as some Berliners had predicted, a mere "wreath-dumping place" (Kranzabwurfstelle), called to life on only official occasions. Tourists wander in and out, but it attracts far less attention than it did when it was the German Democratic Republic's Memorial to the Victims of Militarism and Fascism, since it lacks the GDR's goose-stepping honor guard. In a sense, however, the Neue Wache's obscurity, as much as the Reichstag's prominence, marks its success: it can be argued that every capital needs its wreath-dumping place, and, with more

particular reference to the German case, it can be argued that a degree of normalization was both inevitable and necessary, so that there could be a full and normal recognition of the losses Germany suffered in the twentieth century, even the self-inflicted ones.

Checkpoint Charlie and Memories of Division

If the Reichstag and government quarter are the most robust representatives of the new Berlin, the city's three most visited museums complete an overview of what makes the city attractive to visitors. Each is the most popular attraction related to a particular era of the past. Moving backward in time, we can look at, first, the era of the divided city, at the Checkpoint Charlie Museum; second, the Third Reich, at the Jewish Museum; and third, the more respectable or at least less troubling achievements of imperial Berlin, at the Pergamon museum.

Perhaps the most upbeat take on the horrors of the twentieth century is that offered by the privately run Haus am Checkpoint Charlie, which was established in 1963 in order to call attention to the injustice of the Berlin Wall that had been constructed two years earlier. For four decades it remained the very personal product of its founder, the human rights campaigner Rainer Hildebrandt (1914–2004). Since the demise of the Wall, the museum has subsisted by showing tourists relics of the fortified border, displayed with a panache (some would say sensationalism) foreign to state institutions like the Pergamon or the German Historical Museum. Its presence is part of what has kept the former allied Checkpoint C (Charlie, in American armyspeak) a major tourist destination. In the vacant lots that remain at the old border crossing (because a 1990s office project was never completed) street vendors still sell allegedly authentic fragments of the Wall and other relics of the Soviet empire.

The official Wall memorial has a much lower profile and attracts far fewer visitors. It is located on Bernauer Strasse, which once rivaled Checkpoint Charlie in drawing the attention of the

world, but which now sees far fewer tourists. Nor is there anything sensational about the quiet memorial, which incorporates a reconstructed segment of the original Wall. A visitor center across the street displays historical documents, photographs, and recordings, many of them drawn from GDR archives. In general they make for much drier reading and viewing than the paraphernalia of hair-raising escapes across the Wall, the staple of the Checkpoint Charlie museum. Less visible still are memorials recalling other activities of the GDR state security apparatus. These include the headquarters building at the former State Security (Stasi) complex in eastern Berlin, a place that was seized from the Stasi by GDR dissidents on 15 January 1990. They proceeded to create an exhibition which has since struggled for official recognition and funding. More recently, the Stasi prison in Berlin-Hohenschönhausen has also been opened to visitors, but lies even farther off the tourist path.

The Jewish Museum and the Third Reich in Berlin

The history of the first half of the twentieth century is the secret to the popularity of the new Jewish museum. Part of its attraction is architectural, to be sure: Daniel Libeskind's angular building is the most acclaimed new structure in reunified Berlin, and every architectural tourist is sure to visit it. The design's layers of historical symbolism, as Libeskind has elucidated them, are probably lost on most visitors, but they can read signs identifying the three axes of "continuity," "exile," and the Holocaust. Most will be able to recognize the meaning of the "voids" that traverse the building, and all will shudder knowledgeably when the door of the cold, dark, empty Holocaust Tower closes behind them. Although the museum's curators devote most of their exhibition space to the "two millennia of Jewish life in Germany," and do so with a lively informality, it is the nearly complete destruction of that life which draws crowds into the building and through its cluttered exhibits.

The Holocaust is the particular focus of other, lesser known commemorative sites, as well as the enormous Memorial to the Murdered Jews of Europe, under construction between Potsdamer Platz and the Brandenburg Gate. It remains to be seen whether this central Holocaust memorial will be a major attraction when it is completed. Peter Eisenman's austere two-hectare expanse of undulating concrete pillars bears a stylistic resemblance to Libeskind's museum. Here, however, exhibits and explanatory materials will be confined to an underground visitors' center. It is impossible to predict how visitors will interact with the field of pillars. Some critics predict that the memorial will become simply an oversized wreath-dumping place, a special-interest annex to the Schinkel/Tessenow/Kollwitz memorial. They fear it will detract attention from the authentic sites of Third Reich crimes and thus from attention to the perpetrators of those crimes.

Smaller memorials throughout the city call attention to sites associated with persecution and deportation – for example, the Grunewald rail freight ramps. The most important memorial of this kind is the acclaimed exhibit named *Topographie des Terrors*, which has long existed in a peculiar limbo. It was created in 1987, on the West Berlin side of the Wall, just as the two halves of the divided city were competing to mount splashy celebrations of Berlin's 750th anniversary. In response to public pressure to call attention to the site, a modest exhibition was opened in a temporary building on inner-city land that had been largely neglected since Heinrich Himmler's bureaucracy of terror had ceased to operate here. The former headquarters of the Gestapo and SS had been leveled soon after World War II, but excavations in 1987 uncovered the buildings' foundations, which were incorporated into the new exhibit, a sober examination of the perpetrators and victims of Nazi terror and (as the title *Topography of Terror* implies) of the myriad connections linking the bureaucratic activities here to events all across Europe. The exhibit was opened with a minimum of fuss, in contrast to the lavish

anniversary exhibition in an adjacent museum, and it was left deliberately unsightly in order to call attention to the site's postwar neglect. International acclaim assured the indefinite continuation of the temporary exhibit, but after a decade the original structure was closed to make way for a large new building in an acclaimed design by the Swiss architect Peter Zumthor. In a further irony, the simple purity of Zumthor's design proved difficult to construct, and, amid budget overruns, construction stopped for years. The building will probably be completed, but no earlier than 2007, and even then the ruins on the rest of the site will probably remain as they are. Meanwhile, an outdoor version of the original exhibit – that is, a provisional arrangement of the temporary show – has continued on one edge of the site. By 2007, the explanatory plaques of the temporary exhibit will have lasted for two decades amid the crumbling walls of the Gestapo's former cellars. It has long since become an essential stop on the itinerary of the many Berlin tourists in search of the city's places of evil (although its earnestness ensures that it will not draw crowds like those at the Jewish Museum or the nearby Haus am Checkpoint Charlie). In 1989, as the adjoining Berlin Wall crumbled, this was one of many neglected lots in the city center. Now it stands out far more than it did then, an "open wound" maintained, partly on purpose and partly by accident, in recognition of a past that cannot be overcome. Although the gleaming new buildings and beautifully renovated ones all around it display the prevailing image of the new Berlin, this expanse of paradoxically manicured weeds and rubble remains as a more self-effacing monument to a city that has not entirely closed the book on a troubled history.

The Pergamon Museum and the Glories of Prussia

The most traditional of the three most popular museums is the crumbling Pergamon museum, still awaiting its planned renovation. As a collection of fabulous treasures from the ancient Mediter-

ranean and Near East, notably the famous Pergamon altar, a Hellenistic masterpiece from Asia Minor, the museum presents a history unconnected to Berlin – except of course that the presence of these treasures in the city is a tribute to Prussia's and Germany's political and scholarly influence a century ago. As a monument to imperialism and orientalism (to put the matter tendentiously) the Pergamon can be seen as yet another locus of controversy, just as Prussian history can be seen as a dubious legacy. In this case, however, the unattractive features of history are less unique to Germany. (In fact, just as Greece thinks the British Museum should return the Parthenon marbles, the Turkish city of Bergama would dearly love to have its altar back.) Nor does the museum present itself in a self-critical manner. It, along with other museums and architectural monuments, has become the repository of a legacy worth holding onto, unlike the history of the twentieth century. The glories of anti-Communist West Berlin and the fabled excess of the Weimar years deserve their due attention, but they represent a different, less stable past.

The Pergamon is the most popular of the complex of five old museums that make up what is known as the museum island. Its overdue restoration is far from complete – the Neues Museum, in fact, remains the ruin it has been since 1945 – but the complex is at least intact. The neighboring Arsenal, home (along with its new Pei-designed annex) of the German Historical Museum, has been newly renovated, as has the monstrous Berlin cathedral, and the royal Lustgarten between them has been restored to a variant of Schinkel's landscaping, having been a barren square for six decades after Hitler paved it for his rallies. To the moderately trained eye, the nineteenth century seems to have been restored here, with the troublesome twentieth century banished.

To the south across Unter den Linden, however, we find history in its untidy and unfinished form. The most popular restoration project has turned out to be the most controversial as well. Here stood the enormous royal palace

(Schloss). Its absence is a far more potent symbol of Berlin's history than the presence of the Pergamon altar. Soon after the Wall came down, a few prominent voices called for rebuilding the palace, and the idea slowly gained adherents. A combination of motives was at work. One was a desire for revenge against the now-defunct Communist regime that had demolished the war-damaged palace in 1950. Another was simple admiration for the building's baroque architecture, but that aesthetic judgment was overshadowed by the belief that the palace had been the focal point of the city center and that any reconstruction of the surrounding area would be incomplete without it. This argument could be turned into a justification for a new building in the palace's dimensions, as was sought by a 1994 design competition, the winner of which quickly vanished into oblivion, however. Admirers of the palace prevailed in their opinion that the work of any contemporary architect would be an abominable substitute for the baroque original. Some preservationists and art historians argued that any attempt to reproduce the old design would itself be an abomination, but their belief was dismissed by supporters of reconstruction, including some distinguished architectural historians.

In 2004 the reconstruction of the palace is far from a certainty, but few people in 1989 would have predicted that the idea would find such persistent support. During the course of the 1990s, it grew from an unlikely proposition into a view supported by a majority of the public and of the political establishment. The palace's supporters scored their first great success in 1993 when they erected a scaffolding in the dimensions of the old palace and draped it with painted canvas to create the illusion of the building's presence. This proved to be an extraordinarily effective way of making the argument that the palace would fill an aesthetic and urbanistic void in the city center. In the following years, opponents struggled to make their case against a rebuilt palace until, in 2002, they failed to sway an ad hoc commission that recommended reconstruction.

Its report was followed by a debate and vote in the Bundestag. As with Christo's wrapping of the Reichstag and Eisenman's Holocaust memorial, the parliament made itself the final arbiter of aesthetic questions in Berlin, and it approved the reconstruction. What remains to be seen is whether this consensus can hold long enough to find funding for the extraordinarily expensive project.

Organic metaphors have played a prominent role in the palace debate. The city has often been described as a wounded body in need of healing, and the palace as the city's missing heart. The twentieth century is understood to have done little but inflict wounds; its history does not count as natural growth. The absence of the palace counts as a wound, but so does the presence of another building, the Palast der Republik. This showcase of Erich Honecker's GDR, part parliament building and part entertainment center, was built on a portion of the old palace's site in the 1970s. The calls for reconstructing the royal palace in the 1990s were generally accompanied by the demand that the GDR's Palast be demolished. Its presence has complicated the discourse of wounds and healing in the city center. In this case, the means to heal wounds was through destruction. And thus it became clear that the restoration of wholeness meant the elimination of traces of the era of division. The unfortunate Communist interlude had to go, so that the royal era might take form once again. Arguments to this effect freely mixed aesthetic with political motives.

As did the counterarguments. Sentimental attachments to the building became the springboard for a mobilization of eastern German resentment against overbearing westerners. Calls to preserve the Palast made it more difficult to build a consensus in favor of reconstructing the palace, since they revealed competing ideas about the legitimate historical narrative of Berlin. Asbestos, however, has played a convenient role in the delegitimization of the Palast. Because of asbestos contamination, the building was sealed in 1990

and, years later, stripped to its shell to remove the asbestos. For fourteen years, therefore, no one had a chance to cultivate any emotional attachment to the Palast. The asbestos removal having finally been completed, in 2004 the shell is being used for concerts and exhibitions. Its demolition has been scheduled for 2005. Since 1990 the building has repeatedly survived decisions to demolish it, and it has continued to stand in the way of reconstructionist plans, but by now there is surely no chance that it will be renovated.

Meanwhile the site is nearly surrounded by reconstructions. In addition to the museum island, the cathedral, and the Arsenal, a replica of the facade of the long-vanished Kommandantur has been newly constructed by the Bertelsmann media company. Next to it on Unter den Linden is a palace similarly reconstructed by the GDR three decades earlier. Up the riverbank, only a corner of Schinkel's demolished Bauakademie has been re-created, but backers hope that the rest will follow. And on the other side of the palace square is the re-created heart of medieval Berlin, the Nikolai quarter, East Berlin's contribution to the city's 750 anniversary commemoration in 1987.

Elsewhere in the city, the twentieth century remains undeniably present, in the visible form of modernist architectural masterpieces, postwar apartment and office towers of eastern and western vintage, parking garages, autobahns, and airports. But the area around the palace square, along with the rest of Unter den Linden and some well-preserved residential quarters, is intended as a respite from modernity, and not just for tourists. The controversial model of the "European city" that guided official urban planning in the 1990s has been soundly criticized on economic as well as aesthetic grounds, having satisfied neither adherents of contemporary architecture nor proponents of a more consistently backward-looking aesthetic, but it represents, among other things, an attempt to mediate between nostalgia and modernity by updating the nineteenth-century city. The demands of reconstruction, after

1945 and especially after 1989, have forced decision-makers in Berlin to be extraordinarily self-conscious in their appropriations of history. In the ensuing battles over architectural form and historical models, every side stands accused of denying the past, because, of course, any reconstruction chooses selectively from the past. The result, however, is a more diverse historical landscape than one might find in a more museally maintained European city. While there are sound reasons (economic and aesthetic, if not ideological) for banishing GDR buildings from many sites, the GDR's legacy has not entirely vanished. There is, likewise, no danger that the Third Reich will be forgotten in Berlin. And it is reasonable to argue that the entire city should not remain as a memorial to the destruction wrought by the twentieth century. Berliners, like the rest of us, may need a refuge, however inauthentic, from modernity.

Dr. Brian Ladd
Department of History
Tenbroeck 105
University at Albany
1400 Washington Avenue
Albany NY 12222-0001
USA
ladd@albany.edu

Eulogy of the Void

The Lost Power of Berlin Landscapes After the Wall

Are the challenges of landscape architecture in the city of Berlin comparable to any other European metropolis? Berlin – as the city that grew with modern expediency in the 19th century to become a precursor of urban landscape design and the city that was destined to bear witness to the ferocity of modern man.

The voids in the middle of the city are the signature of post-War Berlin. They are literal erasures of historical spaces since transformed into inaccessible or undesirable ruins. Since November 1989, these voids and the traces of the Wall have had to be addressed: to be filled, to be protected, to be projected anew.

Three different parks, three different stances that the city chose among the multiplicity of choices are discussed in this article: How did the initial design and later the city's management of the built project achieve its goals? These are perhaps some of the most challenging civic examples of contemporary fragmentation and fragility. The projects of Berlin have much to teach us of our landscapes to come.

Berlin was probably the first industrial city of the early 19th century that projected landscape architecture beyond the scale of a single park or garden to the scale of an entire metropolis [1]. The original flat topography of Berlin-Brandenburg – one of vast inhospitable post-glacial floodplains with poor agricultural soil and desolate sand beds strewn with pine tree thickets – became the ideal canvas for a landscape of romantic representation conceived for modern living. These empty landscapes required both a strong architecture of nature and of the city to support such an urban ideal. The architect Karl Friedrich Schinkel with his mix of neoclassical and italianate styles, and the Huguenot landscape architect Peter Joseph Lenné with his neo-Rousseau style inspired by the

gardens of Würlitz, offered a perfect combination of the ideal city and nature. The yearning for a civic form of nature was such that it became an integral part of the expanding structure of the city [2]. Dramatic growth at the beginning of the 19th century gradually transformed the surrounding expanses of open agricultural land into a succession of structured parks and neighborhoods.

Landscape architecture was born in Berlin from a philosophy of the town rather than from a philosophy of the land. It became an integral part of the hygienist policy of the city, serving as palliative to the sultry and overcrowded districts of Kreuzberg, and Friedrichshain with their "Mietskasernen". The dirty realism of the everyday struggle was superseded by a naturalistic manifest made real in the many parks of the Bismarckian city. The successful communion between town and nature was more than just an ideal; it had become a tangible political reality. The creations of Lenné and Schinkel were extraordinary and became the living emblem of this city, with Potsdam and Tiergarten as some of the most exquisite examples. The post-glacial expanse of the Brandenburg plain gradually transformed into one of the most delightful urban park systems of Europe. We should also note that this advance in urban landscape design preceded the works of Frederic Law Olmsted in America and those of Eugène Alphand in France by several decades.

How can such examples of 19th century landscape architectural history help us decipher the particular condition of "post-Wall" Berlin? The premonitory film by Wim Wenders and Peter Handke entitled *Wings of Desire* poetically described the particular condition of Berlin shortly before the fall of the Wall. In one episode, Hans Scharoun's exquisite solitary library stands next to the legendary Potsdamer Platz which has been reduced to an empty, dusty plain flanking the Wall. The urban space filmed is surreal; its vast dimensions alluding back to the desolate expanses of the city's ancient glacial sand beds. This barren sand horizon also serves as signature of post-War Berlin: The voids in the middle

of this city are literally erasures of previous historical spaces that have since then been transformed into inaccessible or undesirable ruins. Wim Wenders claims that the landscapes he incorporates in his films acquire a personality of their own. [3] For this particular city, more than any other European metropolis, there are many other such "voids", which were and continue to be equally charged with an acute meaning or "Stimmung". Since the fall of the Wall, each of these spaces has developed differently. Let us look at three examples that seem to have become emblematic of the "post-Wall" era.

Mauerpark

The first example is the Mauerpark, designed by the German landscape architect Gustav Lange shortly after the fall of the Wall. The project was an attempt to transform the void left by the Wall into an artificial necklace of green hills. Occupying a strip of no-man's land left by the Wall, the green hills are a metaphor of the border that once was. The eight hectares park has an elaborate topography with one major green hill, including play equipment, an amphitheater and scattered tree groves and grills. Located at the fringe of the Prenzlauerberg district, Mauerpark overlooks the rooftops of the once elegant neighborhood and reveals the skyline of Berlin.

Deemed by some as too formal, by others as not ecological enough, the park was severely criticized and shunned by both the public and critics in the first years of its existence. Mauerpark subsequently suffered from an incredible neglect and erosion. With almost no money invested in maintenance and repair, it rapidly lost its designerly attributes and transformed into a sort of sparsely planted linear hillscape at the fringe of the central city, somewhat reminiscent of a maneuvers field. Not only did the spirit of the Wall with its dusty no-man's land feeling begin to transpire, but the very essence of the place, which first served as a military exercise ground in the early 19th century, seemed to resurge. Through intentional neglect and disrepair, the original void slowly returned to Mauerpark. To-

day, there is an authentic quality to the place, a quality that could never have been integrated, designed or imagined in its original program. One could almost say that the park has recovered its *genius loci* and become more genuine and true to a certain facet of the city.

The most interesting aspect of Mauerpark is undeniably its unexpected and overwhelming identification with the youth of the city. The extraordinary sociological dimension that has developed here evades any rational thinking or explanation. It can best be described as a form of social Darwinism specific to Berlin. Mauerpark corresponds to a particular "niche" of people who identify themselves directly with some of the most celebrated alternative squatter movements of the Berlin Kreuzberg era of the early 1970s and 1980s. These were the squatters who first started to tag the Berlin wall with brightly colored graffiti. Mauerpark has become emblematic to this particular subculture, literally swarming with people by day and by night. It has become the scene of countless spontaneous events. The park is renowned for late night parties, drinking and drugs in the summer.

The point is not to celebrate Mauerpark for its recurrent smack scene and wasted needles, but rather to argue the importance of emblematic appropriation and identification in such wasted spaces. Mauerpark has developed gradually into one of the most creative and attractive subcultures of Berlin. The topography plays an important role; it is liberating and offers a view over the city, but this success could probably not have happened without the complete abandonment of landscape maintenance and control. From a 19th century point of view, it would be the city's role to maintain and control a public space in order to achieve a "civic form of nature". Mauerpark exemplifies a radically opposite stance: with the civic will gone, the park has been adopted and transformed by a particular interest group. Mauerpark is probably the most rapid park ruin ever produced in the recent history of Berlin. Today, large numbers of city inhabitants identify wholeheartedly with the incredibly destroyed



Figs. 1 to 4: Mauerpark has developed gradually into one of the most creative and attractive subcultures of Berlin.

(Photos: <http://www.mauerpark.com/pages>)

rawness of the place. It is interesting to question the intent of the original competition program. Today, there are plans to double the park's surface to a total of 15 hectares and it will be interesting to see how Gustav Lange adapts the new program and design to the power of this dusty Berlin void, and to the very particular sociology of Mauerpark itself.

Schöneberg Südgelände Park

The second example is the Schöneberg Südgelände Park project located on the site of an abandoned rail freight yard next to Tempelhof Airport. Like many other abandoned rail yards around Berlin, it developed into a spontaneous nature reserve or "biotope". Closed to public access for several decades after the war, this park, together with similar places like Gleisdreieck in Kreuzberg, developed into an interesting laboratory for urban ecology. It became the living

symbol of the staunchest environmental movement in Berlin. Following precepts of the most militant environmentalists from the "Fachbereich 14" at the Technical University in Berlin, no design was deemed acceptable or necessary for such areas [4]. The idea was to let nature follow its course without any kind of outside intervention, and to survey the course of its evolution in a scientific and analytical manner. But even the staunchest ecological dogmas carry within them the seeds of contradiction; and the spontaneous vegetation that developed there was also mixed and quite different from what the ecological canons expected. The countless trains that had transited through the area had imported innumerable vectors of seeds and insects from elsewhere. Instead of the expected Brandenburg Urwald, the nature that developed there was rather an ecological postcard of the European



Figs. 5 to 8: Schöneberg Südgelände Park: This extraordinary ecological landscape laboratory is located on an abandoned rail freight yard next to Tempelhof Airport. (Photos: Thilo Folkerts)

post-industrial era extending all the way to the steppes of Russia and Siberia.

This project is of particular interest because it deals with a post-war void of a new genre that is specific to Berlin. We are no longer in the sandy no-man's land of the Wall, but rather in ballast and gravel fields of abandoned train

yards. Schöneberg Südgelände gradually became an extraordinary natural laboratory visited only by experts. Although never conceived as a space open to the public, it developed over time into one of the most renowned nature spots of Berlin. The contorted rail tracks twisting and disappearing under

the shear strength of spontaneous plants and trees offered a seductive romantic mélange full of past and present connotations. Mixing spontaneous nature with abandoned Berlin train tracks was far from neutral, and the philosophical and aesthetic ramifications of this project could not be confused with any ordinary exercise in urban ecology. The images that started to appear throughout the green void of the Schöneberg Südgelände became highly aesthetic. This "non-designed" project gradually acquired a strength and an identity of its own, much like the process observed in Mauerpark.

In the late 1990s, the Berlin Senate decided to open this extraordinary ecological landscape laboratory to the public. The civic will in this example was clear from the onset: the ecological planning office Planland/ökocon organized the 18 hectares into two distinct parts, a nature reserve to remain inaccessible, and a landscape reserve open to a limited public. While Schöneberg Südgelände became the first public park in Berlin to charge an entry fee in order to limit access, ecological constraints determined and generated the entire space design and use. Since soil compaction was a guiding concern, all paths were to be raised from the ground. A Berlin artist group named Odious conceived the raised path system as a minimalist wood deck set on steel frames and stilts. This marriage between minimal art paths and ecology delivered one of the most stunning landscape projects of the decade. Throughout one's meanderings through the park, precise information on plant, insect and animal habitat is made available. The Schöneberg Südgelände has become a resounding success – its very contemporary mix of history, ecology, and public control assures large crowds of Berliners from all walks of life. At the same time, it is the most eloquent argument of the "laissez-faire" Berlin landscape ecologists over the "formalist" Berlin landscape designers. Whereas, the Mauerpark worked with instant image-making that then eroded over time, the Schöneberg Südgelände worked with all the slowness and patience of

ecological time. The green void was, in fact, a time capsule that delivered its treasures only after several decades of gestation. As specific to Berlin as the dusty void of the Wall, the green void of the train yards is another genre that contributes to the genuine landscape identity of this city.

Tilla Durieux Park

The third example is the Tilla Durieux park designed by the Dutch Landscape Office DS, which was finally inaugurated in Berlin Mitte last year. It is difficult to speak about this project without situating it in the impressive building euphoria of the early 1990s around the new Potsdamer Platz. Hans Scharoun originally conceived his landmark library next to the annihilated Potsdamer Platz in the early 1960s. He understood the place and recognized the undeniable power of the Berlin voids. His work was the architecture of a solitaire building facing the Wall and the terrible vacuum left by Hitler's ruined bunker. One can only speculate on what Scharoun's reaction would be to the new Potsdamer Platz with its inherent absence of public space and scale-less buildings in pastel tones. Although it seems somewhat crushed by all the built mass that surrounds it, the Tilla Durieux Park has the merit of offering a discreet yet soothing pause in the midst of all this upheaval.

The Tilla Durieux Park took over a decade to get built, and the DS team tackled severe criticism throughout its development for its overly abstract and minimalist design. The geographic position of the park at the center of Berlin between a rather discombobulated Potsdamer Platz and an affirmatively historicized Leipziger Platz, left few options for any formal fantasy. The work is clearly inspired by the early American land art movement and more particularly by the works of Michael Heizer and Robert Smithson. It is also very Dutch in its peculiar approach to flat topography. Some of the grassy slopes are quite steep and reach up to a 35° angle from the ground, but the entire project still feels rather flat in the overall context. The idea is simple: the half kilometer stretch of the Tilla Durieux Park



works as an immense urban sofa made of lawn. The lineal plain of the mid-strip constantly shifts in gradient with the public choosing their preferred inclination to determine where they will sit. The Park has become a relaxed place in the midst of this high stress business district. The lineal void of the park offers the necessary calm and orientation to a place that has become furiously urban. The two side alleys flanking the Tilla Durieux Park are planted with tree alignments, making the overall typology of the place reminiscent of a classical 19th century promenade.

The relative success of this park since its inauguration confirms two facts. First, Berliners seem to be attracted to large and open spaces that are convivial for interaction, culture and relaxation. Second, the representation of nature can remain absolutely minimal as long as it is liberating. The Tilla Durieux Park on a sunny summer day will have people lounging on the grass, but it is certainly not a place where people can feel liberated enough to appropriate the space. Once again, the city's stance is a clear one: the void that existed there before the fall of the Wall was to be filled by buildings, leaving little choice to the landscape program – a very modern and contemporary outdoor space. The sheer presence of the buildings around and the absence of a horizon transform



Figs. 9 to 12: The half-kilometer stretch of the Tilla Durieux Park works as an immense urban sofa made of lawn midst of the high stress business district in Berlin Mitte. (Photos: DS Landschaftsarchitekten: Tilla-Durieux-Park. Van Soest, Amsterdam June 2003)

it into a vast urban corridor. Upon completion, the Tilla Durieux Park fulfilled its role instantly and performed its functions as a modern urban place of relaxation for the new Potsdamer Platz district. In view of this very constrained program, could the Tilla Durieux Park have enabled a new kind of life to take place? Or, was it forced by its context to remain safe and polite?

Conclusion

I have chosen not to speak of the Berlin periphery with its big housing developments like Marzahn, because they deal with another scale and another kind of void. If we look back at the Berlin landscapes of the 19th century and early 20th century, it could be said that the representation of nature through the English style and its derivatives was rather homogeneous. Whether parks by Peter Joseph Lenné, Gustav Meyer or the Fritz Schumacher school, all were identifiable as belonging to a similar landscape tradition. The political and sociological evolution of Berlin throughout the second half of the 20th century casts a doubt on the sacrosanct unity of such landscape designs and the role of the city as guardian of this urban form of nature. The birth of militant environmental and social movements in the West, and the profound ideological and societal cleft between East and West Berlin, meant that landscape style became secondary to propaganda, protest and experimentation. The most emblematic example is probably the Berlin Tiergarten, which developed its famous Liegewiesen in the 1970s, where ball games became strictly forbidden and people were unabashedly invited to relax totally naked on the lawn only a few steps away from the Wall. In contrast, during the same period, the Trep-tower Park in East Berlin maintained a very puritan and conventional approach to landscape use, i.e., there were no naked people to be seen and the notion of communion with nature remained solely a matter of socialist realism. The consequence of this semantic shift in the meaning and use of nature has led to the different projects that we have seen.

But, landscape design in Berlin is not just a matter of contemporary environmental, ideological or social concerns. As stated at the very beginning of this article, the voids of Berlin are not a result of chaotic urban development or obsolete industrial areas. The voids of Berlin were and remain an elaborate act of erasure. Being so, even empty of objects, these spaces retain an immense amount of content and weight. What was the premise of a landscape project destined to be built upon the very traces of the Wall? Was the program simply meant to erase the traces of recent history? Or was it an attempt to re-establish the past lustre of a neighborhood through some form of high-brow landscape cosmetic? We have talked of voids of sand, voids of green, and of furiously urban voids; each example responding to a particular civic will and particular public "niche" with its given set of truths and rituals. The Berlin voids are an inherent part of the city; and it seems that each time they get replaced or filled, the city falls out of balance. This fragmentation and fragility is perhaps the most perfect expression of our times, times where the comprehension of and attention to the genius loci of a place remains the only key to good landscape design.

Notes

[1] Folkwin Wendland: *Berlins Gärten und Pärke: Das Klassische Berlin*. Propyläen Verlag, 1979.

[2] "[...] dass neben dem Nutzen, welcher der Gemeinde aus der neuen Anlage geschafft werden soll, auch dem Vergnügen der Einwohner sein Recht widerfahre." (Peter Joseph Lenné: *Gärten, Pärke, Landschaften*. Verlag für Bauwesen, Berlin 1985, p 175).

[3] "I realized that I somehow always think of the landscape in a scene as an additional character. A street, or a housefront, or a mountain, or a bridge, or a river or whatever are not just a background. They also have a history, a personality, and identity that deserves to be taken seriously. They influence the human characters in the front of the frame, they create a mood, a sense of time, a certain emotion. They can be ugly or beautiful, old or young. But they are certainly present, and even for an actor that's all that counts." (Wim Wenders: *On Film – The urban landscape from the point of view of images*. faber and faber, London 2001, p 379).

[4] Klaus Ermer: *Landschaftsplanung in der Stadt, praktischer Naturschutz*. Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart 1996.

Prof. Christophe Girot
ETH Zürich
Professur für Landschaftsarchitektur
ETH Höggerberg
CH-8093 Zürich
girot@nsl.ethz.ch

«Patchwork City» Berlin

Eine Reportage

In 1989, Berlin was still unique as a divided city. Since the fall of the Berlin Wall, it has changed. Has the maelstrom of modernity (Harvey) made it a metropolis like others, fragmented, fractured, splintering? This article looks at what has happened since November 1989 to the patchwork of historical layers that make up Berlin's urban environment. It discusses the institutionally fragmented political and administrative structures as well as the new and increasing patterns of socio-economic and ethnic segregation. Whilst much has been achieved since reunification to integrate these fragments, tendencies to fragmentation have also increased.

Berlin has always been in the making – its vacant spaces and derelict urban areas testify to its potential to develop further. Even though its highly fragmented features seem to suggest that fragmentation is the appropriate way to describe the city, the article concludes by proposing a different, complementary perspective, namely to read Berlin as a fractal metropolis.

Sonderfall Berlin?

Bis Ende der 1980er-Jahre galt Berlin als Sonderfall. Als politisch geteilte Stadt hatte Berlin den Status von Städten wie Beirut oder Jerusalem. Durch die Wiedervereinigung, die in der geteilten Stadt ihren Anfang nahm, änderte sich dies schlagartig. Mit Blick auf die vergangenen 15 Jahre fragen wir in diesem Beitrag, ob die Wiedervereinigung und der «Maelstrom of Modernity» (Harvey 1989) Berlin in eine Metropole verwandelt haben, die sich – vergleichbar mit Metropolen wie New York, Los Angeles oder São Paulo – zunehmend in Bruchstücke auflöst.

In urbanistischen Diskursen gewinnt eine Lesart von Metropolen an Boden, die Fragmentierungen in den Mittelpunkt der Beschreibung und Erklärung stellt. Aus dieser Perspektive kön-

nen wir Metropolen nur noch in ihrer Bruchstückhaftigkeit verstehen, wie sie von verschiedenen Logiken durchkreuzt und auseinander getrieben werden: Metaphern wie Frakturen («fractured city»), Splitter («splintering urbanism»), Bruchstücke, Spaltungen, Verwerfungen, Fissuren gehören im urbanistischen Grundverständnis zu den Erkenntnis leitenden Begriffen, um Metropolen zu beschreiben (Swyngedouw/Kaika 2003) – nachdem von der Stadtsoziologie bereits in den 1980er-Jahren die sozialräumliche und ökonomische Spaltung, Segmentierung und Polarisierung in den Vordergrund gerückt wurde.

Berlin scheint ein geeigneter Testfall zu sein, um die Eignung dieses Grundverständnisses zu überprüfen. Ist Berlin in den letzten 15 Jahren den Weg in eine solche fragmentierte Realität gegangen und so von der «Berliner Singularität» in der vielfach gebrochenen Normalität der Grossstädte gelandet? Wir verbinden mit dieser Frage zwei Absichten: Zum einen möchten wir über die Entwicklung Berlins seit der Wende informieren und Bilanz ziehen. Zum anderen versuchen wir, die Lesart der Fragmentierung «durchzudeklinieren» und ihre Tragfähigkeit zu testen.

Berlin war immer schon ein «Flickenteppich» (Kil 1998), Resultat von stornierten, gescheiterten, unvollendet gebliebenen, weiter gebauten oder wieder entwerteten, kurz: Fragmenten gebliebenen baulichen Artefakten. Oder es sind die städtebaulichen Verwerfungen und Leerstellen im Weichbild der Stadt, die fragmentarisch wirken, die aber die eigentlichen Potenziale Berlins bilden. Auch die politisch-administrative Gliederung Berlins erscheint politisch gebrochen. Nicht zuletzt kennzeichnen zunehmende sozialräumliche Fragmentierung und Segmentierung die Stadt. Obwohl die historischen, baulichen, politisch-administrativen und sozialräumlichen Brüche für eine traditionelle Auffassung von Fragmentierung sprechen, so unsere Schlussüberlegung, stellt sich die Frage, ob die Berliner Bruchlinien nicht auch eine andere Auffassung von Stadt nahe legen – als fragmentierte wie als fraktale Metropole.

Berliner Bruchstücke und Luftschlösser

In Fragmenten erkennen wir aufgegebene, unvollendete oder verfallene Stadien Berlins – Kontinuität und Diskontinuität der Stadt. Führungen durch die «alte neue Hauptstadt» Berlin sind Zeitreisen durch solche Fragmente. Sie führen durch das historisch unvollendete Projekt der Kaiserzeit ebenso wie durch die Moderne.

Wie viele andere Metropolen stellt Berlin solch unfertige, abgebrochene Entwicklungen wie «Luftschlösser» (Hoffmann 2003) in historischer Sortierung aus. An Berlin fällt jedoch die Intensität und Totalität auf, mit der jede Periode versuchte, «die Stein gewordenen Verhältnisse von Grund auf neu zu modeln» (Kil 1998:89), um sich neben oder auf den Rudimenten der Vorangegangenen weiterzubauen. Das Wilhelminische Berlin, das auf die wirtschaftliche Potenz von Firmen wie Borsig und Siemens gründete, wollte in den repräsentativen Einzelgebäuden noch preussischen Glanz konservieren. Vollständig verwirklichte es sich am ehesten im Ring der Mietskasernen um den Stadtkern wie in den Villenkolonien der Vororte. Die Weltstadmetropole eines republikanischen «swinging Berlin» der 1920er-Jahre blieb – wie auch die Weimarer Republik – eine kurze Episode, war aber dafür umso mächtiger, etwa in ihren Projekten des modernen Wohnungsbaus. Im nationalsozialistischen Berlin sollte die totalitäre Weltstadtvision «Germania» mit Nord-Süd- und West-Ost-Achse verwirklicht werden; doch realisiert wurden lediglich Einzelbauten wie die Neue Reichskanzlei, das Maifeld als Aufmarschplatz, die Waldbühne als Thingstätte und die Aufrüstung des Flughafens Tempelhof – der vor den Nationalsozialisten zur Flugzeugproduktion gedient hatte – zum modernsten Flughafen der Welt. Es waren jedoch, nebenbei bemerkt, die Amerikaner, die Tempelhof nach Kriegsende vollendeten und mit den westlichen Alliierten zusammen für die Luftbrücke einsetzten.

Das geteilte Nachkriegs-Berlin, Frontstadt des Kalten Krieges, wurde zum Schaufenster des Kapitalismus wie des

Kommunismus. Dies lud die Berliner Bruchstücke in Ost und West mit globaler Bedeutung auf. In den 1960er-Jahren kopierte West-Berlin mit dem Europa-Center am Breitscheidplatz das New Yorker Rockefeller Center – wenn auch nur im Westentaschenformat. Der Ost-Berliner Fernsehturm auf dem Alexanderplatz mahnte an den Sputnik der Sowjetunion. Der industriell gefertigte Massenwohnungsbau im Ost-Zentrum Berlins rund um den Alexanderplatz, die Jannowitzbrücke und die Karl-Marx-Allee wurde demonstrativ von der Interbau-Ausstellung (1957) im Hansaviertel West-Berlins beantwortet.

In rascher Folge haben zwei Weltkriege, eine Diktatur, die Mülsteine zweier gegnerischer politischer Systeme, die Teilung und das Projekt Wiedervereinigung genügend vom einst vermeintlich Vollendeten wieder abgeschliffen und zu Bruchstücken gemacht wie in kaum einer anderen Stadt. Das beste Beispiel ist die Berliner Mauer – vor vier Jahrzehnten mit Brachialgewalt ins Weichbild der Stadt implantiert und knapp drei Dekaden später wieder abgetragen. Über Jahrzehnte betonierte der «antikapitalistische Schutzwall» die Teilung der Stadt. Die «Mauerspechte», die erstmals in der Nacht des 9. November 1989 Hand anlegten, durchlöcherten sie. Millionenfach gelangten die weltweit vermarkteten Bruchstücke der Mauer in Sammlerhände und Museumsvitriolen der Welt. Die 1,3 Kilometer Berliner Mauer in der East Side Gallery oder der Checkpoint Charlie sind heute blosse Torsi, darin aber vollständige Abbilder einer abgeschlossenen Epoche. Diese Überbleibsel erinnern an die zweite Bedeutung des Begriffs Fragment – als etwas einst vermeintlich Vollendetes, aber nunmehr auf Restbestände Reduziertes. Hier bekennt sich nicht nur der Denkmalschutz zum Fragment. Die Berliner Mauerreste addieren sich zu den anderen Relikten einer einst zweigeteilten Stadt, zu den wilhelminischen Einzeldenkmälern, der im Zuge der «Germania-Planungen» versetzten Siegestsäule und den anderen, unvollständigen Zeugen von umfassend geplanten, aber nie erreichten Zuständen.

«Berlin in the making» – nie vollendet,

und in ihren fortgesetzten Abbrüchen fragmentarisch geblieben, ist die Stadt allein schon auf Grund ihrer Geschichte. Noch intensiver als andere Grossstädte schichtete sie ihr abgebrochenes Werden aufeinander und bildete Verwerfungen, Synergien und Identitäten. Das Ergebnis ist ein Patchwork des Unvollendeten. Berlin besteht mehr aus Bruchstücken als aus einem Guss. Karl Scheffler schrieb 1910, Berlin sei «dazu verdammt, immerfort zu werden und niemals zu sein» (Scheffler 1910/1989:218). Ist die Stadt dieser «Kontinuität des Diskontinuierlichen» nach der Wiedervereinigung treu geblieben? Manches spricht dafür, anderes dagegen.

Baustellen, Schaustellen und Leerstellen

Weltweit setzte sich in den 1990er-Jahren die Zahl an Kränen, die morgens neu am Horizont der Stadt zu zählen waren, bald als «Berlin-Indicator» durch – Berlin boomte, und die illuminierten Kräne zeigten seinen wirtschaftlichen Aufschwung an. Kein westliches Land konnte sich in den 1990er-Jahren so vollständig mit einem neuen Regierungsviertel ausstatten, wie es in Berlin Gestalt annahm. Mit der Wiedervereinigung erschaffte Berlin sich als «neue alte Hauptstadt» selbst neu. Vergessen waren Bauskandale, der Blick richtete sich durch die Bauzäune hindurch auf die neuen Projekte der Bundeshauptstadt. Berlin stellte sich aus: statt der «Baustelle Potsdamer Platz» nun die «Schaustelle Berlin»! Die Stadt kapitalisierte ihr Werden im «Boosterism», als vorgezogene Dividende der Hauptstadtfunktion. In der Neuerfindung Berlins seit der Wende vermarkteten der Berliner Senat und seine Partner das noch Unfertige medial.

Mit den letzten Bauten des Bundes am Reichstagsgebäude ist keineswegs alles, was einst kühn projektiert wurde, fertig gestellt worden. Die Bundesbauten sind ja selbst nur realisierte Fragmente der ursprünglichen Entwürfe für das so genannte «Band des Bundes». Gegenüber den viel beachteten grossen Projekten am Potsdamer Platz und in der

Friedrichstrasse versank manch andere Planung sang- und klanglos. Viele der grossen Projekte und Projektionen aus dem ersten Jahrzehnt, in dem sich Berlin neu entwarf, wurden nicht oder nur mit Abstrichen realisiert.

Nicht allein wegen seiner verpatzten Olympiabewerbung eilt Berlin der Ruf seiner gescheiterten Grossprojekte und Grossprojektionen voraus – unabhängig davon, ob man sie für Produkte metropolitanen Grössenwahn oder für funktional erforderlich hält. Beim Wohnungsbau beflügelten insbesondere zu Beginn der 1990er-Jahre völlig überzogene Einwohnerprognosen verfehlte Wohnungsbauprognosen, um u.a. Bundeshilfen für den Wohnungsbau zu legitimieren. Eine paradoxe Wohnungspolitik förderte massiv Wohneigentum sowohl im Innen- wie im Aussenbereich Berlins als auch im «Speckgürtel» der Region (Bodenschatz 1999:122). Bereits Mitte der 1990er-Jahre wurde das Ausmass von Überproduktion und Leerständen deutlich (Kapphan 2002). Bei den Verkehrsprojekten fällt nicht nur die Abwesenheit einer soliden Grossflughafenplanung auf. Während der Tunnel unter dem Tiergarten nun nach jahrelangen Auseinandersetzungen kurz vor der Öffnung steht, wird aus den Planungen für eine «Kanzlerlinie» vermutlich höchstens eine «Stummel-U-Bahn», wenn denn die schon fertig gestellten Röhren überhaupt genutzt werden. In der Stadtentwicklungspolitik sind das städtebaulich attraktive Quartier an Spree und Oberbaumbrücke «Oberbaum City» und sein Scheitern nur ein Beispiel für die überzogene Dienstleistungsorientierung der Stadtentwicklungspolitik in den 1990er-Jahren (Krätker/Borst 2000). Hoch gepriesen und noch bei der Weltkonferenz zur Zukunft der Städte «Urban 21» im Jahr 2000 als Empfangskulisse aufpoliert, wird heute im vermeintlichen «Start-up Center» die Leere verwaltet.

Trotz «Boosterism» und einer Stadtentwicklungspolitik der «Berlin-Buy-City» (Rada) dokumentieren heute neben Leerständen zahllose Brachflächen die wirtschaftliche Stagnation der Hauptstadt und den Niedergang einiger Wirtschaftssektoren, der sich rasch vollzog. So halbierte sich die Zahl der Beschäf-

tigten in Verwaltung und produzierendem Gewerbe in den 1990er-Jahren; im Westen der Stadt wurde in den ersten acht Jahren nach der Wende fast jeder dritte Arbeitsplatz abgebaut, im Osten bereits zwei Drittel in den ersten drei Jahren (Kaplan 2002:85) – Resultat von zum Teil gewollten und zum Teil zwangsweise hingenommenen Restrukturierungen. Baulücken, Industriebrachen, unter- oder nicht genutzte Flächen bestimmen heute das Bild vieler Innenstadtbereiche. Nach jüngsten Schätzungen liegen allein in der Innenstadt 800 Grundstücke brach, im Bezirk Mitte sind es 316 Grundstücke auf insgesamt 1,3 Millionen Quadratmetern [1].

Viele Leerstellen und Leerstände kennzeichnen das städtische Gefüge. Was manchen Kommentatoren als «urbane Wüsteneien» [2] erscheint, sind indes nur scheinbar blinde Flecken auf der Karte Berlins. Sie können aber auch als Potenzial gesehen werden. In vielen seiner Ruinen, Brachen und leer stehenden Gebäuden liegen gar, und das mutet auf den ersten Blick paradox an, die Grösse und die Zukunftschancen des heutigen Berlins. Die Aneignungsmöglichkeiten der ungenutzten Rest- wie Verfallsprodukte der Stadt sind mannigfaltig und werden teilweise bereits genutzt. Am bekanntesten sind sicherlich die Zwischennutzungskonzepte für den inzwischen von Asbest befreiten Palast der Republik. Im Südosten, in der «Oberbaum City» an der Spree, werden im Juni 2004 Komponisten aus aller Welt die leer stehenden Büroräume und Lofts zumindest musikalisch beleben. Das zwischengenutzte «Haus des Lehrers» – eine Ikone der DDR-Architektur (Henselmann-Bau 1961 bis 1964) in der Nähe des Alexanderplatzes – wurde als Inkubator für kreative Industrien bekannt. Events wie spektakuläre Partys im Tiergartentunnel oder der Weihnachtsmarkt auf der «Banane» an der Alexanderstrasse entwickeln sich zu Publikumsmagneten, während «dauerhaftere» Nutzungen wie selbst organisierte Hundenauslaufplätze, Skateparks und Galerien das Alltagsleben in den Berliner Wohnquartieren verbessern. Denn Nutzwert steht in der Philosophie vieler Zwischennutzungen über dem

Mehrwert. Allerdings begannen indes sowohl Investoren wie Konsumgüterindustrie diese Strategien erfolgreich zu vereinnahmen und mit ihrem «branding» die Freiflächen der Stadt buchstäblich zu brandmarken.

Die Potenziale der Stadt sind also weniger in den Gefässen und Scherben von gescheiterten Grossprojekten zu suchen als vielmehr in den aufgelassenen, ungenutzten, brachfallenden Flächen und Immobilien. Nach der Wende bildeten sie zunächst die jüngste und für manche die attraktivste Schicht der «Patchwork City» Berlin: Ungewordenes überall!

Doch seit den späten 1990er-Jahren scheint der Zauber verklungen. Es mehrten sich die wehmütigen Stimmen. Sie wollen Abschied nehmen vom «Festival wahrhaft metropolitaner Anarchie» der Nachwendezeit, vom «Rausch ungebremster Inbesitznahme von Stadt», «der Flickenteppich aus holprigen Fassadenfronten, Grasland und Solitären wird «normalisiert»» (Kil 1998:93f.). Die Kuratorin der diesjährigen Biennale, Ute Meta Bauer, resümiert im fünfzehnten Jahr nach dem Fall der Mauer, es sei «der Alltag eingekehrt, die Ernüchterung auch, denn die vielen Versprechen sind nicht ganz eingelöst worden» [3].

Die Kontinuität des Werdens also nur eine Selbsttäuschung? Wer heute, im Frühjahr 2004, durch die Stadt fährt oder spaziert, den beeindruckt die Überschüsse an Ungewordenem indes nach wie vor. Zwar ist der Lehrter Bahnhof nun teilweise fertig gestellt und zum eigentlichen Hauptbahnhof Berlins umgetauft worden, faktisch hat sein Umfeld aber mehr den Charakter von Bauerwartungsland mit Spundwänden, die grossflächig das Grundwasser abhalten, als harrten sie wie innerstädtische Marinas auf anlandende Yachten. Am östlichen Spreeufer wartet die Mühlenstrasse auf das Abtragen der Lagerhallen und auf die Kräne für den Bau einer Arena (insgesamt etwa 21 Hektar). Zwar wurden dort mittlerweile die Verhandlungen mit der Unterzeichnung des städtebaulichen Vertrags abgeschlossen, aber die Finanzierung der Halle gilt noch immer nicht als gesichert [4]. Von den ehrgeizigen Plänen, die neue

Arena an der Spree zur WM 2006 eröffnen zu können, nehmen die Investoren mittlerweile Abstand [5]. Der Alexanderplatz bekam allen Wettbewerben und Planungen zum Trotz immer noch kein neues Hochhaus. Dagegen wird in diesem Bereich zumindest das Haus des Lehrers unweit des Alexanderplatzes demnächst als Büro- und Geschäftshaus mit Kongress- und Veranstaltungshalle wieder eröffnet.

Auch abseits der grossen Schau- und Bauplätze ist die Berliner (Sub-)Kultur nicht zum Erliegen gekommen. Sie mag sich inzwischen in dem bis nach New York bekannt gewordenen Stadtteil Prenzlauer Berg im kulturellen Mainstream verloren haben. Wer jedoch Stadtteile wie Berlin-Friedrichshain schon in den Fängen wohl gekleideter Cocktailtrinker oder allfälliger Touristenscharen sah, kann dort und selbst in Berlin-Mitte in schmutzigen Nebenstrassen ein Heer frisch eröffneter Clubs und Veranstaltungsorte für andere Adressaten finden. Diese «venues» verbreiten nicht nur den rebellischen Charme der frühen 1990er-Jahre, sondern werden auch von deren Personal und Repertoire an Themen betrieben.

Zwischennutzungen sind von vornherein auf Schub angelegt. Der Märkische Sand, auf dem sie in Berlin ruhen, gerät schnell zum Treibsand. Die Investorenplanungen der letzten Jahre vertrieben viele Zwischennutzer, doch diese eröffneten wieder an anderer Stelle, im Osten wie im Westen der Stadt. In Berlin findet jeder seine Nische. Der wichtigste Grund dafür liegt – neben der grossen Zahl seiner Brachen – in seiner niedrigen Siedlungsdichte. «Berlin hat ein zu grosses Kleid», sagt man in Berliner Planungskreisen mit leicht gerunzelter Stirn, weil das Unterausnutzung bedeutet. Aber solch weites Gewand ist auch ein kaum messbarer Schatz; mit ihm kann die Stadt wuchern. Auf Distanz gehalten, erscheinen in Berlin sogar Gegensätze vereinbar, indem ihnen Platz gelassen wird – man tritt sich nicht auf die Füsse. Und selbst Verwerfungen müssen nicht immer gleich politisch verworfen werden. Qualitäten solcher Art sind allerdings kein Verdienst der Politik von Senat und Bezirken, die für eine

räumliche Ordnung sorgen möchten. Denn die Bauleitplanung und andere Planwerke lassen solchen Nutzungen offiziell wenig Raum. Es ist vielmehr die kreative Energie der Berliner Stadtgesellschaft, die – trotzdem und mit hohen Risiken verbunden – neue Räume erzeugen kann.

Doch Leerstellen und Leerstände sind nur die eine Seite Berlins. Wer Bilanz zieht, wird in den letzten 15 Jahren beides finden, Kontinuität wie Diskontinuität, Brüche ebenso wie mehr Kohärenz. Den gescheiterten Grossprojekten stehen gelungene Zusammenführungen von Infrastruktur in Ost und West gegenüber, die noch unfertigen Entwürfe und Andeutungen des Werdens in Zwischennutzungen, Lücken und Leerstellen der Stadt kontrastieren die kritische Rekonstruktion des Gewordenseins in der Berliner Stadtplanung. Viel Neues entstand erfolgreich, manches dümpelte dahin, anderes ging wiederum ein; die Hoffnungen auf neue Märkte wurden vielleicht stärker als anderswo durch Politik finanziert – und häufig enttäuscht.

Eine der bemerkenswertesten und auch international beachteten Bemühungen um historische Kontinuität und Kohärenz sind die Planwerke zur kritischen Rekonstruktion, welche die Hüllen des historischen Berlins aufgreifen. Mit den Planwerken unternahm die Senatsverwaltung den systematischen Versuch, die alte Stadt wieder als eine neue herzustellen, sie zu reparieren, um die Narben der Teilung zu tilgen. Über organisierte fach- und interessenübergreifende gesamtstädtische Dialoge wurde dies in einem Stadtforum vermittelt. Das Medium und die kritische Rekonstruktion mag geteilte Reaktionen provoziert haben; unstrittig hat sie aber die stadtstrukturelle und bauliche Kohärenz der Stadt zu einem wirkungsmächtigen Thema auch ausserhalb von Planungsdiskursen gemacht, und die Stadt hat gegenüber den Zuständen der 1960er- und 1970er-Jahre durch vielfältige, nicht nur wildwüchsig-unkoordinierte Reparaturen an Kohärenz gewonnen (vgl. Stimmann/Meuser 2002). Städtebaulich ist Berlin seit der Wende also auch durch die Planwerke von einer Gleich-

zeitigkeit des Ungleichzeitigen gekennzeichnet.

Institutionelle Fragmentierung: Berlins Verwaltungsaufbau

Ein Berliner Bonmot besagt, das grösste Entwicklungshemmnis der Stadt sei die Politik selbst. Dies liegt auch an der Struktur des politisch-administrativen Systems und der unklaren Kompetenzverteilung. Berlin steht sich so besonders dort selbst im Wege, wo es objektiv die schwersten Probleme zu lösen hat – wie etwa beim Verhältnis von zentralen zu dezentralen Entscheidungen oder bei der Mehrfachausstattung mit oberzentralen Einrichtungen seit der Wende.

Berlin ist ein Stadtstaat – einer der drei Stadtstaaten Deutschlands, die Elemente staatlicher und kommunaler Verwaltung vereinigen. Sie lösen das Problem von zentraler und dezentraler Steuerung auf besondere Weise. In der «dezentralisierten Einheitsgemeinde» werden staatliche und gemeindliche Tätigkeiten nicht getrennt, wobei grundsätzlich eine prinzipielle «Zuständigkeitsvermutung zu Gunsten der Bezirke» gilt (vgl. Röber 2002:44) [6]. Der Senat nimmt durch die Hauptverwaltung lediglich Aufgaben von gesamtstädtischer Bedeutung wahr, allerdings gibt es ein Eingriffsrecht für «dringende Gesamtinteressen», durch das sich die Bezirke – durchaus zu Recht – in ihrer Eigenständigkeit bedroht sehen [7]. Vermittelnd zwischen diesen beiden Ebenen steht der Rat der Bezirksbürgermeister, durch den die Bezirksverwaltungen die Möglichkeit haben, «zu den grundsätzlichen Fragen der Verwaltung und Gesetzgebung Stellung zu nehmen» [8].

Eine institutionelle Fragmentierung ist in diesem System sowohl horizontal wie vertikal angelegt. Vertikal sind bezirkliche und gesamtstädtische Aufgaben und Interessen klar aufgeteilt. Horizontal sorgt die «Versäulung» durch Fachressorts für permanentes Kompetenzgerangel [9]. Ohne Richtlinienkompetenz hat der Regierende Bürgermeister hier eine relativ schwache Stellung (was derzeit nach dem Willen der SPD geändert werden soll).

Es gab in der letzten Dekade weit reichende Versuche, sowohl die Bezirke als auch die Fachverwaltungen zu grösseren Einheiten zusammenzulegen. Aus 23 Bezirken Berlins wurden so zwölf, aus elf Senatsverwaltungen wurden acht. Diese Reformen haben das «organisatorische Kernproblem» (Röber 2002:38) des Stadtstaates – die Spannung zwischen Zentralisierung und Dezentralisierung – sicherlich gemildert, aber bei weitem nicht aufgehoben.

Komplementär zu ihrer inneren Neuformierung öffnet sich die planende Verwaltung auch nach aussen, hin zur Stadtgesellschaft. Ein Beispiel dafür sind die dezentralen Entwicklungsagenturen in ausgewählten Problemgebieten. Diese Quartiersmanager organisieren in 17 «Stadtquartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf» die lokale Kiezöffentlichkeit und -entwicklung abseits parlamentarischer oder über Parteien organisierter Entscheidungsfindung und erfreuen sich zunehmender Akzeptanz. Hintergrund ist das Berlin-eigene Programm «Sozialorientierte Stadtentwicklung», das mit dem Bund-Länder-Programm «Die Soziale Stadt» gekoppelt ist.

Das Quartiersmanagement wird durch den Senat und die beteiligten Bezirke gemeinsam gesteuert. Ihm liegt ein integriertes Handlungskonzept zu Grunde, das verschiedene Fachressorts ebenso einbinden soll wie nichtstaatliche Akteure. In einer solchen Form der Handlungskoordination liegen Anspruch und Wirklichkeit nicht selten weit auseinander, aber in diesem neuen Arrangement ist auch die Möglichkeit zur Überwindung der Verwaltungsfragmentierung angelegt. Insgesamt ist das System Quartiersmanagement indes noch ein äusserst zartes Pflänzchen, das den Schutz und Charme eines Experiments mit ungewisser Zukunft genießt. Es nährt sich noch von der Hoffnung, über seine Aussergewöhnlichkeit Bindungskraft entfalten zu können.

Ein zweites Beispiel für die Öffnung hin zur Stadtgesellschaft, hier auf gesamtstädtischer Ebene, ist die «Simultanpolitik» der Stadtforen (Schmals/Jahn 1997). Ob die – inzwischen anscheinend eingeschlafene – Institution

dazu beigetragen hat, die Verwaltungsfragmentierung abzubauen, wird jedoch von vielen kritisch hinterfragt.

Die Konsequenzen der unklaren und konkurrierenden Kompetenzen zwischen den verschiedenen Ebenen sind in vielen Politikbereichen zu erkennen. Mit Händen zu greifen sind sie etwa in der Einkaufszentren- und Gewerbeflächenpolitik. Unkoordiniert und ohne Rücksicht auf die schon bestehenden hohen Leerstandsquoten planen gegenwärtig sämtliche Bezirke neue Einkaufszentren. Unerhörte Konzessionen an die Investoren sind keine Seltenheit. Eine grüne Bezirks-Baustadträtin bereitete etwa Tiefgaragen für den erwarteten «Megastore» am Alexanderplatz vor und Entwürfe, in die der Senatsbaudirektor im Gegenzug am liebsten «eine Bombe reinwerfen» möchte [10]. Wie so oft sprang der Investor in letzter Sekunde ab. Bei einem weiteren Vorzeigeprojekt, der oben angesprochenen Sport-Arena, konkurrierten jahrelang zwei Standorte um die Investoren, ohne dass es eine gesamtstädtische Strategie oder auch nur Vermittlung gegeben hätte. Ausdruck von «Metropolitan Organising Capacity» (van den Berg et al. 2003) ist das alles nicht. Neue Hoffnungen, es könnte auch anders gehen, richten sich derzeit auf eine «One-Stop-Agency» für Investoren, die – seit 17 Jahren immer mal wieder diskutiert – nun im Sommer 2003 eingerichtet wurde.

Fazit: Politisch-administrativ ist Berlin seit seinen Anfängen hochgradig zergliedert – die Stadt begann als Verbindung der beiden Orte Cölln und Berlin, die noch im 13. Jahrhundert eine gemeinsame Mauer, aber auch zwei getrennte Verwaltungen unterhielten (Scheffler 1910/1989:48). Diese beiden Orte haben zwar seit dem 14. Jahrhundert längst zueinander gefunden; der heutige Stadtstaat hingegen bleibt allen Anstrengungen und Geländegewinnen der Verwaltungsreform um mehr vertikale und horizontale Integration zum Trotz doch in seinem Verwaltungsaufbau noch heute institutionell fragmentiert.

Die «Kieze»: Berlins sozialräumliche Segmentierung

Manche Grossstadt erscheint ihren Bewohnern wie Besuchern als eine Stadt der Dörfer, die mit der Anonymität der grossstädtischen Lebensweise wenig gemein zu haben scheinen. Mit den sozialen und ethnischen Linien, die sich durch Berlin ziehen, verhält es sich ähnlich – ausser dass die Dörfer hier anders, nämlich Kieze, genannt werden. Der Begriff Kiez markiert jene kleinräumige Identität, die seit der Chicago Schule der Stadtsoziologie als Kern des «urban mosaic» gilt und die sozialräumlich für soziale und kulturelle Bindungswirkungen steht.

Berlin ist als Stadt auf vier Ebenen beschrieben worden: Hauptstadt, Grossstadt, Bezirk und Kiez als letzte kleinräumlichste Ebene lokaler Vergesellschaftung: «Die Ebenen beschreiben als Ablagerungen der Stadtgeschichte die Karriere Berlins vom vergangenen kleinstädtischen Kiez in Handwerker und Kaufleute zur Stadt der Bürger, die das besiedelte Umland in Berliner Stadtteile umformten und zur Residenz- und Hauptstadt Preussens, des Deutschen Reichs und nun zur Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland machten.» (Rytlewski 1999:304). In diesem Gefüge hatten die Arbeiterviertel im Norden und Osten der Stadt ebenso ihren festen Platz wie die Mittel- und Oberschichtsviertel im Süden und Westen.

Seit der Wende hat sich die sozialräumliche Struktur der Stadt indessen drastisch verändert: Während die Zahl der Einwohner bei rund 3,4 Millionen stagniert [11], stieg die der Haushalte seit 1990 um rund 100 000 an [12]. Gleichzeitig wurde die Bevölkerung älter – der Anteil der über 65-Jährigen wuchs im gleichen Zeitraum um 1,8 Prozentpunkte auf 15,5% (2002) [13] – und ärmer – zwischen 1992 und 2002 stieg die Zahl der Arbeitslosen in Berlin um mehr als 85 000 [14]. Schliesslich nahm die Zahl der nichtdeutschen Berliner per saldo seit 1990 um 130 000 Personen zu – also in der Grössenordnung einer Grossstadt [15]. Vor allem änderte sich die Verteilung der Bevölkerung im städtischen Raum. Gründe dafür sind Arbeitsplatzverluste und der

wirtschaftliche Strukturwandel, der insbesondere im Osten Berlins als deutlicher Strukturbruch zu werten ist. Besonders die wegfallende Insellage eröffnete neue, ungeahnte Umzugs- und Wegzugsmöglichkeiten.

Die sozialräumlichen Tendenzen sind seit der Wende in drei Richtungen betrachtet und erklärt worden: erstens als vorrangiges Ergebnis von Wanderungen und Umzügen der privaten Haushalte, zweitens als Folge der gesamtstädtischen und globalen Beschäftigungskrise und drittens als Konsequenz einer verfehlten Wohnungspolitik.

Die erste Erklärung sieht die sozialräumlichen Fragmentierungen vor allem als mobilitätsbedingte Entmischung durch neue Freiheitsgrade bei den innerregionalen und innerstädtischen Wanderungen und Umzügen. Insbesondere im Umland wurden in Höchstgeschwindigkeit neue Siedlungen hochgezogen, um die wegzugswilligen und -fähigen Berliner aufzunehmen, auch wenn dies nicht in allen Umlandgemeinden wie gewünscht gelang. Die selektive Abwanderung im Zuge einer aufgestauten, nachvollziehenden Suburbanisierung wird hier als einer der zentralen Faktoren in einer grösseren Wirkungskette zwischen Arbeitsmarkt und Wohnungsmarkt gesehen (vgl. Häußermann/Kaplan 2000:237ff.). Die Zahl der Umzüge insgesamt und insbesondere die der innerstädtischen Umzüge stieg nach der Wende vor allem in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre, während sie inzwischen allmählich wieder abnimmt [16]. Und diese Mobilität war nicht nur für die suburbanen Zielorte selektiv. Auch an ihren Quellorten begünstigte sie als Residualeffekt die Entstehung von benachteiligten Gebieten. Die Deindustrialisierung machte viele Arbeiter zu Arbeitslosen und die Viertel, in denen sie vorrangig wohnen, zu «Arbeitslosenvierteln». Es bildeten sich «Inseln der Abwertung», und die abwandernden Suburbanisierer verstärkten diesen Niedergang zusätzlich. Die selektiven Umzüge von Mittelschichten innerhalb Berlins unterstützten schliesslich umgekehrt in anderen Quartieren die Bildung von «Inseln der Aufwertung». Eine hohe Bewohnerfluktua-

tion ist vor allem in den Sanierungsgebieten und in den Grosssiedlungen am Stadtrand zu beobachten. Neben neuen Wahlmöglichkeiten werden insbesondere bei den innerstädtischen Gebieten Konflikte in den Schulen zu Auslösern von Abwanderungsketten. Ergebnis dieses Prozesses ist eine «Ausdifferenzierung von suburbanen und städtischen Milieus» (Häußermann/Kapphan 2000: 151) oder auch kurz: sozialräumliche Fragmentierung [17].

Stärker politökonomisch orientierte Ansätze beobachten diese Tendenzen ebenso, interpretieren sie indes mit anderem Akzent. So sind für Krätke und Borst «die in Teilen der Stadt um sich greifenden Verarmungsprozesse Konsequenz einer Beschäftigungskrise in der Gesamtstadt» (vgl. Krätke/Borst 2000: 276). Auch die Studie von Gude et al./TOPOS führt das Niveau der Armut und ihre ungleiche räumliche Verteilung und die zunehmende soziale Polarisierung im Wesentlichen auf ökonomische Faktoren zurück (TOPOS 2001, Brenner 2002).

Eine dritte Argumentation setzt sowohl der Eigendynamik von Wanderungen als auch der primär wirtschaftlichen Verursachung sozialräumlicher Entmischung entgegen, dass diese zu erheblichen Teilen selbst Ergebnis politischen Handelns gewesen sei: Rückzug aus dem sozialen Wohnungsbau bei gleichzeitiger massiver Förderung von Wohneigentum – «Die politisch geförderte Überproduktion von Eigentumswohnungen hat eine Situation geschaffen, in welcher der öffentlichen Hand kaum mehr etwas anderes übrig bleibt, als ihre spärlichen Mittel auf ein absurdes Ziel zu konzentrieren: auf den Versuch, ein und dieselbe Klientel zum Bleiben zu ermuntern und zum Gehen zu bewegen. Diese ganze Entwicklung hat den Prozess der sozialräumlichen Segregation beschleunigt. Die Überproduktion von Wohnungen im Eigentum und die Entstehung von Armutsinseln sind also keine voneinander isolierten Themen, sondern haben eine gemeinsame Grundlage.» (Bodenschatz 1999:122). Hier wird also nicht auf das Versagen des Marktes, sondern vielmehr auf das Versagen der Politik hingewiesen, und sozial-

räumliche Spaltungen werden nicht aus autonomen Kräften, sondern aus politisch induzierten und überformten Entwicklungen heraus erklärt.

Während sich die unterschiedlichen Analyseansätze auch in ihren Handlungsempfehlungen an die Politik unterscheiden, besteht über das Ergebnis der sozialräumlichen Differenzierung Berlins weit gehend Einigkeit: Berlin ist zunehmend gespalten, die sozialräumlichen Gräben in der Stadt werden grösser.

Dieser Befund gilt insbesondere für die Verteilung der in Berlin lebenden ausländischen Wohnbevölkerung. So sind es die Konzentrationen der insgesamt rund 123 000 türkischen Arbeitsmigranten (2002) insbesondere im West- und von kaum 10 000 Vietnamesen (2002) vornehmlich im Ostteil der Stadt, welche die Einwanderungsgeschichten der DDR und der BRD (Gastarbeitermigration) abbilden, ohne dass in den 15 Jahren seit der Maueröffnung eine stärkere räumliche Mischung stattgefunden hätte – im Gegenteil. Vor allem im Westteil der Stadt haben sich die Konzentrationen, die schon seit den 1970er-Jahren bestehen, weiter verstärkt. Mittlerweile hat in Teilen von Kreuzberg, Neukölln, Wedding und Tiergarten mehr als ein Drittel der Bewohner keinen deutschen Pass. Im Ostteil der Stadt fällt der Anteil wesentlich geringer aus. Nur in vereinzelt Gebieten liegt der Anteil über 10% (vgl. Kapphan 2000). Doch die blosser Konzentration sagt wenig darüber aus, was sich aus ihr an Einschränkungen bei Bildungschancen, beim Spracherwerb und anderen interkulturellen Kompetenzen ergibt, wenn ethnische Gruppen in Schulen, Geschäften und im Wohnhaus und auf öffentlichen Plätzen weit gehend untereinander bleiben bzw. sich ihr Schicksal mit ausgegrenzter deutscher Bevölkerung überlagert.

Das Ergebnis der zunehmenden sozialräumlichen Polarisierung sind so genannte «Verlierergebiete» oder «Problemgebiete», auf die bereits die Politik des Quartiersmanagements reagiert. In ihnen zeigen sich als so genannte «Quartierseffekte» zunehmend selbst verstärkende Wirkungen mehrfacher

sozialer Ausgrenzung. Gravierende Sprachprobleme («Sprachlosigkeit»), Vandalismus und zunehmende Gewalt sind beispielhaft zu nennen. Die Aufmerksamkeit von Fachverwaltungen und Öffentlichkeit richtet sich zunehmend auf Letzteres. Aktuelle Veröffentlichungen der zuständigen Ressorts zeigen, dass die Zahl der (gemeldeten) Straftaten in Berlin in den letzten Jahren stark zugenommen hat [18]; besonders drastisch entwickelte sie sich in einzelnen innerstädtischen Gebieten, in denen auch ein hohes Niveau an sozialer Ausgrenzung zu finden ist. Derartige Beobachtungen veranlassten jüngst den Innensenator, einen «Problemkiez-Atlas» zu veröffentlichen, in dem neun «polizeirelevante Gebiete» ausgewiesen werden, die sich hauptsächlich in innenstadtnahen Quartieren im Westen der Stadt finden.

Die sozialräumlichen Trennungslinien sind in einem multikulturellen Mosaik gebunden: Nicht wenige Kieze werden durch soziale und ethnische (Ent-)Mischungen gekennzeichnet. Trotz aller kleinräumigen Identität, welche die Quartiere voneinander trennt, gilt Berlin auch als Quasi-Schmelztiegel. Die Kieze bringen Schupfnudeln und Döner, «White Trash» und original taiwanesischer Bauernstuben- mit Schultheiss-Eckkneipen-Gemütlichkeit zusammen, ohne sie einzuebnen. Zusammen ergeben sie jenes Gesamtbild eines Berlins der Kulturen der Welt, welches der Selbstwahrnehmung Berlins entspräche: dass der «Karneval der Kulturen» nicht nur einmal im Jahr als grossstädtischer Event stattfindet, sondern täglich im Kiez. Man möchte diesem schönen Bild zustimmen, wenn es denn hier einen anzustrebenden Gleichgewichtszustand gäbe. Gleichgewicht, Stillstand und Harmonie sind aber in Grossstädten nicht zu haben und Berlin wird – auch hier – anders.

Die Dynamik des sozialräumlichen Gefüges, so viel lässt sich festhalten, nimmt seit der Wende zu und erzeugt eine Segmentierung mit einer neuen Sichtbarkeit von Verlierern und Gewinnern. Was aus Berliner Perspektive als dramatisches Niveau von Polarisierung erscheinen mag, fällt im Vergleich zu vielen Weltstädten sicherlich eher ge-

ring aus; auch ist die zunehmende Spaltung kein gänzlich neues Phänomen, sondern verlängert und verstärkt langfristige Tendenzen. Aber die städtischen Dörfer entwickeln sich zunehmend selbst zu Städten in der Stadt, in sich heterogen und von sozialen Trennungslinien durchzogen.

Berlin bleibt Berlin

Wir haben einige Entwicklungstendenzen Berlins seit der Wiedervereinigung in ihren städtebaulichen, institutionellen und sozialräumlichen Bruchlinien beschrieben. Das Ergebnis der drei möglichen Richtungen von Fragmentierung fällt differenziert aus: Städtebaulich beobachten wir eine Gleichzeitigkeit von zersplitternden und integrierenden Tendenzen. Die Eigendynamik innerstädtischer und peripherer Bruchflächen steht bei ausbleibendem Investitionsdruck neben ordnenden Tendenzen, wie sie etwa in den verschiedenen Planwerken der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung angelegt sind. Institutionell ist Berlins politisch-administratives Gefüge allein schon auf Grund der Grösse des Stadtstaats fragmentiert. In den 1990er-Jahren haben sich eine Reihe von Projekten und strategischen Bemühungen der Herausforderung gestellt, diese stärker zusammenzuführen, sodass auch hier ein gemischtes Bild mit der Tendenz zur Integration der Fragmente entsteht. Sozialräumlich zeigen sich schliesslich am eindeutigsten Tendenzen der Segmentierung und Polarisierung. Die Berliner Stadtgesellschaft fällt sozialräumlich auseinander.

«Plus ça change, plus ça reste la même chose?» Berlin erscheint als eine «Patchwork City». Wir beobachten sich ausdifferenzierende Eigenidentitäten innerhalb der Stadtteile, und doch sind sie miteinander verbunden. Denn das heutige Berlin setzt sich mit seinen internen Spannungen auseinander. Heute findet die Stadt ihre Identität im Umgang mit den Herausforderungen ihrer inneren Dynamik und den vergangenen wie neuen Verwerfungen. Sie scheint weniger in der spezifischen Überlagerung von historischen, wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen wie ethnischen Verände-

rungen und Fragmenten zu liegen. Vielmehr begründen die vielen Logiken dieses Werdens ihre Unverwechselbarkeit: Berlin ist ein Patchwork, dessen Nahtstellen zugleich trennen und verbinden.

Fazit: Das Bild einer fragmentierten Metropole ist zwar angemessen, es trägt aber nicht weit genug. In Berlin greifen fragmentierende und integrierende Tendenzen auf verschiedenen Massstabsebenen ineinander. Die Rede von der Fragmentierung eignet sich also nur teilweise zur Beschreibung, und sie bleibt notwendig deskriptiv. Sie sagt nichts über die Logiken und Antriebskräfte der Spaltungstendenzen – ausser der unterstellten Logik des Verfalls und des Auseinanderfallens eines Stadtganzen. Anleihen für einen Perspektivwechsel in der Erklärung, wie er etwa in der sozialwissenschaftlichen Globalisierungsdebatte von Altvater und Mahnkopf (1999) vertreten wird [19], könnten hier hilfreich sein: Die aktuellen Tendenzen müssten dann nicht allein und zwangsläufig aus dem Blickwinkel des (vermeintlich) Ganzen als Herausfallen einzelner Teile betrachtet werden. Sie könnten auch aus der Position und Dynamik der einzelnen Teile selbst heraus begründet werden. Dann wäre die Eigenlogik der jeweiligen Teile als Ausgangspunkt der eigendynamischen Entwicklungen zu verstehen.

Einige vermeintliche Berliner Bruchstücke und Flicker wären unter diesem Blickwinkel eher als Fraktale und weniger als Fragmente zu charakterisieren, auch wenn diese Analogie hier nicht überstrapaziert werden soll [20]. Ein derartiger Zugang hat einen zentralen Vorteil: Er würdigt eher die jeweilige Eigenidentität der baulichen, gesellschaftlichen und politischen Teilaspekte und gesteht ihnen selbststeuernde Potenziale zu. Ein solche, die Fragmentierung ergänzende Perspektive schliesst entsprechend an politische Überlegungen der dezentralen Kontextsteuerung an und nimmt auch partizipative Steuerungsmodelle ernst.

Beschreibungen aus der Perspektive von Fraktalen könnten also die letzte Bastion der Moderne räumen – die Hintergrundannahme einer (unvollendeten, nur teilweise vorhandenen, verlorenen)

städtischen Gesamtlogik, an welcher die «Verlustsichten» einer fragmentierten Metropole noch festhalten. Die Integration nicht von Fragmenten, sondern von relativ autonomen Einzelelementen verwies schliesslich auch auf die Kunst des Regierens dieser Stadt. Stadtpolitik kann nicht mehr (allein) mit den tradierten Instrumenten einer steuernden Zentrale gelingen, und schon gar nicht ohne Beteiligung der Stadtgesellschaft, deren Vertrauen in Zeiten von Milliardenverlusten durch den Berliner Bankenskandal, Rotstiftpolitik und einen zahlungsunfähigen Stadtstaat ohnehin bereits äusserst strapaziert ist.

Wenn Berliner Stadtpolitik die Bilder eines ständigen Neuwerdens und Gewordenseins als ambivalente, ständig neu zu verhandelnde Entwicklungslogik und als Aneignungschance statt als Entwicklungsbarriere annimmt, ist einiges an Zukunft gewonnen. Dann kann Berlin in der Tat Berlin bleiben, indem es weiterhin wird, statt nur zu sein.

Anmerkungen

Viele haben uns mit anregender Kritik und ergänzenden Hinweisen versorgt – insbesondere dort, wo sie ganz und gar nicht unserer Meinung waren. Dafür danken wir Uwe Altrock, Harald Bodenschatz, Penny Franks, Thomas Hafner, Sandra Huning, Johann Jessen, Hans-Joachim Güntner, Ursula Stein und Nicole de Temple. Für die verbleibenden Fehler, Auslassungen und Fehleinschätzungen bleiben wir verantwortlich.

[1] vgl. «Tagesspiegel», 15.1.04.

[2] so Michael Naumann jüngst in der «Zeit», 14.1.2004.

[3] vgl. «Berliner Zeitung», 14.1.04.

[4] vgl. «Tagesspiegel», 12.1.04.

[5] vgl. «Tagesspiegel», 12.1.04.

[6] vgl. Art. 67 I Verfassung von Berlin (VvB)

[7] vgl. § 13a Allgemeines Zuständigkeitsgesetz (AZG).

[8] vgl. Art. 68 I VvB.

[9] vgl. Art. 58 VvB.

[10] vgl. «Tagesspiegel», 31.12.2003.

[11] 2002: 3,39 Millionen; gegenüber 1994: 3,47 Millionen; 1990: 3,43 Millionen. Alle Angaben in diesem Absatz: Statistisches Landesamt Berlin (2003): Die kleine Berlin-Statistik 2003; Statistisches Landesamt Berlin (2000): Statistische Monatsschrift 1-6, 2000.

- [12] 1991: 1,75 Millionen Haushalte; 1994: 1,842 Millionen; 2002: 1,859 Millionen
- [13] gegenüber 13,7% über 65-Jährigen 1994 und 14,2% im Jahr 1990.
- [14] Zunahme der Arbeitslosen von 1992: 199 961 auf 2002: 287 877; gleichzeitig fiel die Zahl der Erwerbstätigen von 1,67 Millionen (1992) auf 1,45 Millionen (2002).
- [15] 2002: 445 000 ausländische Einwohner im Vergleich zu 406 700 im Jahr 1994 und 315 600 im Jahr 1990.
- [16] So wurden beispielsweise im Jahr 1994 327 335 Umzüge innerhalb Berlins gezählt, 1998 waren es 453 376 und 2002 wurden 380 582 innerstädtische Umzüge registriert; vgl. Statistisches Landesamt Berlin 2003.
- [17] «Im Umland sammeln sich die Haushalte, die auf Grund freiwilliger Entscheidungen die ungeliebten städtischen Quartiere verlassen und sich in den homogenen sozialen Milieus im Umland niederlassen. Für viele in der Stadt zurückbleibende Haushalte gilt, dass sie sich auf Grund einer erzwungenen Segregation in der Nachbarschaft von Haushalten in ähnlicher sozialer Lage finden, häufig in Quartieren mit hohem Anteil an Zuwanderern, die noch keine Möglichkeit zur ökonomischen Integration hatten. Diese «Milieus der Verlierer» stehen in krassem Kontrast zu jenen urbanen Milieus, die von sozialen Aufsteigern, Alternativkulturen und den neuen Mittelschichten mit ihren differenzierten Lebensstilen gebildet werden und um die herum eine attraktive und distinguierte Infrastruktur entsteht» (Häußermann/Kapphan 2000:151).
- [18] 2002 wurden 584 000 Straftaten bekannt, 1994 waren es noch 550 843; Statistisches Landesamt Berlin: Kleine Berlin-Statistik 2003.
- [19] In der sozialwissenschaftlichen Globalisierungsdebatte wird eine ähnliche Doppelperspektive vorgeschlagen. Als «Dialektik der Globalisierung» stellen lokale Bindung und globale Einbettung zwei «Kehrseiten der gleichen Medaille» dar: Was für die einen Bedrohung ist, betrachten die anderen als Chance (vgl. Altwater/Mahnkopf 1999:40).
- [20] Als Beispiele für die fraktale Betrachtung sind etwa die Arbeiten von Humpert et al. (Humpert/Brenner 1992, Humpert/Brenner/Becker 2003) zu nennen, die als Gegenstück zur kompakten Stadt gezeigt haben, dass eine fraktale Stadt sehr viele Randlagen, d.h. viele Zugangsmöglichkeiten zu Freiflächen und -räumen, besitzt. Die vielen «inneren Ränder Berlins» erhöhen aus dieser Perspektive seine Potenziale exponentiell. Auch Zibell (1996) hat versucht, die Analogie zur mathematischen Chaostheorie fruchtbar zu machen.

Literatur

- ALTWATER, E. und MAHNKOPF, B. (1999): Grenzen der Globalisierung. Münster, 4. Auflage.
- BERLINER ZEITUNG (2004): Die De-Moderernisierung ist in vollem Gange, 14.01.2004.
- BERLINER ZEITUNG (2004): Wowereit und die zwölf zahnlosen Tiger, 28.01.2004.
- BODENSCHATZ, H. (1999): Schöner wohnen im neuen Berlin? Der Wohnungsbau Berlins in der letzten Dekade. In: Berliner Festspiele und Architektenkammer (Hg.): Berlin: offene Stadt, Bd. 2 – Die Erneuerung seit 1989. Berlin: Nicolai Verlag.
- BRENNER, N. (2002): Berlin's Transformations: Postmodern, Postfordist... or Neoliberal? In: International Journal of Urban and Regional Research, Vol. 26/3, S. 635–642.
- GRAHAM, S. und MARVIN, S. (2001): Splintering Urbanism. Networked Infrastructure, Technological Mobilities and the Urban Condition. London & New York: Routledge.
- HARVEY, D. (1989): The Condition of Post-Modernity. Blackwell.
- HÄUßERMANN, H. und KAPPHAN, A. (2000) Berlin: von der geteilten zur gespaltenen Stadt? Opladen: Leske und Budrich.
- HOFFMANN, A. (2003): Luftschlösser, Berlins unvollendete Bauten. Berlin: Transit-Verlag.
- HUMPERT, K. und BRENNER, K. (1992): Das Phänomen der Stadt als fraktale Struktur. In: Das Phänomen der Stadt. Berichte aus Forschung und Lehre, Städtebauliches Institut, Universität Stuttgart, S. 223–269.
- HUMPERT, K., BRENNER, K. und BECKER, S. (2003): Fundamental Principles of Urban Growth. Müller & Busmann.
- KIL, W. (1998). Vom Verschwinden des Himmels über Berlin. In: PRÖFENER, F. (Hrsg.): Zeitzeichen Baustelle. Frankfurt/New York, Campus Edition Bauhaus, S. 88–93.
- KAPPHAN, A. (2000): Die Konzentration von Zuwanderern in Berlin: Entstehung und Auswirkungen. In: SCHMALS, K. (Hg.): Migration und Stadt – Entwicklungen, Defizite, Potentiale. Opladen: Leske und Budrich.
- KRÄTKE, S. und BORST, R. (2000): Berlin – Metropole zwischen Boom und Krise.
- NAUMANN, M. (2004): Berlin: Good Bye, Berlin? Der Bund muss die Hauptstadt retten. In: Die Zeit 3/2004.
- RADA, U. (2003): Alexanderplatz – das erste Opfer von Buy-City. In: taz, 31.12.2003.
- RÖBER, M. (2002). Berlin – vom Zweckverband zur dezentralisierten Einheitsgemeinde. In: RÖBER, M., SCHRÖTER, E. und WOLLMANN, H. (Hg.): Moderne Verwaltung für moderne Metropolen – Berlin und London im Vergleich. Opladen: Leske und Budrich, S. 38–61.
- SCHEFFLER, K. (1910/1989): Berlin – ein Stadtschicksal. Nachdruck der Erstausgabe von 1910, Berliner Texte, Band 3, hg. v. BLUHM, D., 1989, Berlin: Fannei und Walz.
- SCHMALS, K. und JAHN, W. (1997): Simultanpolitik durch Stadtforen? Das Beispiel Berlin. In: HEINELT, H. (Hg.): Modernisierung der Kommunalpolitik – neue Wege zur Ressourcenmobilisierung. Opladen, Leske und Budrich: S. 192–215.
- SENATSWERWALTUNG FÜR BILDUNG, JUGEND UND SPORT (2003): Gewaltsignale an Berliner Schulen 2002/2003.
- SENATSWERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG (2004): Bevölkerungsentwicklung in der Metropolregion Berlin 2002–2020, Berlin.
- SENDER, H. (1985): Verwaltungsorganisation und Entwicklung der Verwaltung in Berlin seit 1945. In: Juristische Rundschau, S. 441–452.
- STATISTISCHES LANDESAMT BERLIN (2000): Statistische Monatsschriften 1-6 – zehn Jahre Berliner Einheit, Berlin.
- STATISTISCHES LANDESAMT BERLIN (2003): die kleine Berlin-Statistik 2003.
- SWYNGEDOUW, E. und KAICA, M. (2003): The Making of «Glocal» Urban Modernities. Exploring the Cracks in the Mirror. In: City, Vol. 7, No 1, April 2003, S. 5–22.
- TAGESSPIEGEL (2003): Debakel in bester Lage, 31.12.2003.
- TAGESSPIEGEL (2004): Verhandlungen für Anschutz-Halle abgeschlossen, 12.01.2004.
- TAGESSPIEGEL (2004): Ein Viertel für Unterhaltung und Sport, 12.01.2004.
- TAGESSPIEGEL (2004): Schönere Häuser, steigende Mieten? 15.01.2004.
- TAZ (2003): Freie Fahrt für die Stummel-U-Bahn, 17.12.2003.
- TOPOS (2001): Einkommens- und Armutsbericht Berlin 2000.
- VAN DEN BERG, L., VAN DER MER, J. und POL, P. (2003): Organising Capacity and Social Policies in European Cities. In: Urban Studies, vol. 40, No. 10, S. 1959–1978.
- WAGENER, F. (1981). Äusserer Aufbau von Staat und Verwaltung. In: KÖNIG, K., VON

OERTZEN, H.-J. und WAGENER, F. (Hg.): Öffentliche Verwaltung in der Bundesrepublik Deutschland. Baden-Baden, Nomos: S. 73–92.

ZIBELL, B. (1996): Lernen von der Chaosforschung? Raumplanung unter veränderten Vorzeichen. In: DISP 124, S. 24–34.

Prof. Dr. Uwe-Jens Walther
Technische Universität Berlin
Institut für Soziologie
Stadt- und Regionalsoziologie
Franklinstrasse 28/29
D-10587 Berlin
uwe-jens.walther@tu-berlin.de

Simon Güntner
Technische Universität Berlin
Institut für Soziologie
Stadt- und Regionalsoziologie
Franklinstrasse 28/29
D-10587 Berlin
simon.guentner@tu-berlin.de

Prenzlauer Berg – eine Erfolgsgeschichte?

This article analyzes the physical, cultural, and social changes in the East-Berlin district of Prenzlauer Berg. Shortly after the re-unification of the city, this area was a 'hot spot' for political radicals, cultural alternative projects and struggles about public space. Before re-unification, the social composition of the population had been very mixed, well-known for its concentration of artists of all kinds, and for the activities of political dissidents. After the fall of the Wall, many young people moved from West-Berlin to Prenzlauer Berg, houses and derelict commercial sites were taken over by squatters and many cafés and galleries were opened. When a new property pattern had been established, massive investment activities started and, as a consequence, the social composition of the population, the cultural scene and the commercial infrastructure changed quickly. The local administration sought to regulate the renewal process by introducing a renewal strategy that offered the tenants a good chance for resisting high rent increases. But in the end, the average education level and the average age of the inhabitants have been thoroughly changed. This can be explained by the effects of the post-Fordist urban renewal regime.

Aus dem Bezirk Prenzlauer Berg erreichten bereits zu DDR-Zeiten mehr Nachrichten die übrige Welt – mal abgesehen von der Ebene der internationalen Politik – als aus den übrigen Gebieten der «Hauptstadt der DDR». Im Prenzlauer Berg hatte sich eine politische und künstlerische Subkultur etabliert, aus der immer wieder Maler, Schriftsteller oder Liedermacher hervorgingen, die auch im Westen wahrgenommen wurden. Und dieser Bezirk bot auch Ansätze einer Infrastruktur für urbane Flaneure in Form von einigen, in den meisten Fällen sogar privat betrie-

benen Kneipen, Cafés und Galerien, die sich von den gastronomischen Einrichtungen der staatlichen Handelsorganisation durch ihre Improvisiertheit und ihre Unordentlichkeit deutlich abhoben.

Der Prenzlauer Berg war daher, nachdem die Mauer gefallen war, auch der erste Anlaufpunkt für Pioniere aus der Alternativszene, die sich in heruntergekommenen und teilweise leer stehenden Altbauwohnungen und ganzen Häusern einrichteten und in den Hinterhöfen und brachliegenden Gewerberäumen eine wilde und schräge Szene etablierten. Die Räume wurden einfach besetzt, neue Cafés und Kneipen eröffnet, und in den Strassen wurde durch Aktionen aller Art sowie durch Transparente der Kampf für eine bessere Welt aufgenommen. Die Zeit von November 1989 bis Mitte der 1990er-Jahre war in gewisser Hinsicht eine anarchische Periode und insofern eine Zeit, in der die Utopie einer «Freien Republik Prenzlauer Berg» nicht ganz unrealistisch war, als der institutionelle Rahmen für die Entwicklung des Bezirks zusammengebrochen war und völlig neu zusammengesetzt wurde: Der Staat, repräsentiert durch die Bezirksverwaltung, die Partei, die Hausverwaltungen und die staatliche Ökonomie, hatten ihre Legitimation bereits verloren und befanden sich in einem rasanten Prozess der Auflösung; neue Gesetze wurden eingeführt, Beamte kamen aus dem Westen und übernahmen die Leitung der Behörden, die Eigentumsverhältnisse wurden neu geordnet, Immobilienspekulanten und seriöse Investoren starteten ihre üblichen Aktivitäten, eine rege Umzugstätigkeit setzte ein, in deren Folge sich die soziale Zusammensetzung der Bewohner rasch änderte.

14 Jahre nach der Wende gibt es den Bezirk Prenzlauer Berg nicht mehr. Im Zuge einer Verwaltungsreform wurden die Bezirke Pankow und Prenzlauer Berg zusammengelegt. Einen gemeinsamen Namen haben die Parteien für den neuen Bezirk noch nicht endgültig finden können – nun benutzen die Funktionäre in den Verwaltungen den Namen Pankow, wovon Prenzlauer Berg nur noch ein Ortsteil ist. In dem neuen Grossbezirk sind höchst unterschiedliche Quartiere zusammengefasst, die

«Szene» hat darin keine Mehrheit. Von den Pankower Villen aus blickt man eher skeptisch auf das urbane Milieu an der Grenze zum Bezirk Mitte, aber man muss halt damit leben.

Gebietstypen

Was früher der Bezirk Prenzlauer Berg war, war in sich selbst schon sehr heterogen, und durch die Veränderungen seit 1990 hat sich diese Heterogenität noch verstärkt. Das betrifft zunächst die städtebauliche Struktur und – verbunden mit dem Baualter – die technische Ausstattung.

Der Wohnungsbestand des Bezirks ist überwiegend von den Mietshäusern aus der Gründerzeit geprägt. Fast 67% aller Wohnungen wurden in den Jahren bis 1918 erbaut – das sind etwa 58 000 Wohneinheiten. Damit ist Prenzlauer Berg der Bezirk mit dem grössten Anteil von Gründerzeitbebauung am Gesamtwohnungsbestand in Berlin.

Mit über 12 000 Wohnungen und einem Anteil am Gesamtwohnungsbestand von fast 15% bilden Siedlungen aus der Zwischenkriegszeit ein völlig anderes Wohnumfeld. Die von den Architekten Paul Mebes, Paul Emmrich, Bruno Taut und Franz Hillinger geplanten Siedlungen weisen eine im Gegensatz zur dichten gründerzeitlichen Blockrandbebauung aufgelockerte Struktur auf. Sie liegen als jeweils zusammenhängende Siedlungen vor allem nördlich des S-Bahn-Grabens. Der S-Bahn-Graben, Bestandteil der Ringbahn, grenzt im gesamten Berliner Raum die hoch verdichtete «Mietskasernenbebauung» von solchen Bereichen ab, die ab der Jahrhundertwende bereits nach den Prinzipien der Städtebaureform und mit besserer technischer Ausstattung gebaut worden sind.

Zu DDR-Zeiten wurden etwa 15 000 Wohneinheiten überwiegend in industrieller Plattenbauweise errichtet. Sie liegen im nordwestlichen Bereich überwiegend ausserhalb des S-Bahn-Rings und sind den Plattenbau-Grosssiedlungen, die am Rande der Stadt errichtet worden sind, sehr ähnlich. Nach 1990 wurden ausserdem etwa 500 Wohnungen im Bezirk überwiegend in den Bau-

lücken der Gründerzeitquartiere neu gebaut.

Die Bebauungsstruktur und das Baualter haben wesentlichen Einfluss auf das Wohnumfeld. Die Subkultur, von der zuvor die Rede war, hat sich ausschliesslich in den Gründerzeitquartieren gebildet, und diese Quartiere sind es auch, die sich nach der Wende am stärksten verändert haben. Die Plattenbau-Quartiere haben sich ebenso wie die Quartiere der 1920er-Jahre wenig verändert, sieht man von einer Sanierung der Haustechnik, einer Verschönerung der Fassaden und dem Wandel der Betreiber von Einkaufszentren ab. Die Häuser in diesen Beständen gehören grossen Wohnungsbaugesellschaften, z.T. Genossenschaften, und diese haben von den verschiedenen auf die Sanierung von Grosssiedlungen gerichteten Förderungsprogrammen regen Gebrauch gemacht. Zwar sind auch hier die Mieten angestiegen, aber die soziale Zusammensetzung der Bewohnerschaft blieb doch weitgehend stabil. Konkurrenz durch Zuwanderer aus dem Westen gab es kaum, und in den standardisierten Wohnungen machte sich weder ein kreatives noch ein oppositionelles Milieu bemerkbar.

Wenn nach Erfolg oder Misserfolg der Quartiersentwicklung und der Stadtpolitik gefragt wird, muss man sich auf die Gründerzeitquartiere konzentrieren – wenn von Prenzlauer Berg die Rede ist, sind meist nur diese Bestände gemeint, denn sie dominieren eindeutig das Image dieses Stadtteils.

Von Szene zu Szene

Die Altbaugelände in den Innenstädten der DDR waren weitgehend dem Verfall preisgegeben. Die Gründerzeitquartiere galten als typisches Produkt des kapitalistischen Städtebaus, und die Stadtplanung hatte vorgesehen, sie nach und nach vollständig durch Neubauten zu ersetzen, die eine grössere Gleichheit der Wohnbedingungen sicherstellen sollten. Ähnlich wie in den 1950er-Jahren in den westlichen Bundesländern sollten durch eine gigantische Flächensanierung die innerstädtischen Altbaugelände auf ein modernes Niveau gehoben wer-



Abb. 1 und 2: Renovierte Wohnhäuser in Prenzlauer Berg.
(Fotos: Hartmut Häußermann)

den. Die Wohnungspolitik konzentrierte sich jedoch zunächst auf den Neubau von standardisierten Wohnungen in vielgeschossigen Häusern.

Grosse Teile der Altbaubestände waren während der gesamten DDR-Zeit in Privateigentum verblieben, wurden jedoch von der Kommunalen Wohnungsverwaltung (KWV) bewirtschaftet und vermietet. Sie wurden nicht saniert und nur notdürftig in Stand gehalten. Ganze Häuser standen leer, weil sie unbewohnbar geworden waren. Die meisten Wohnungen hatten 1990 noch Einzelofenheizung, kein Bad und häufig nur eine Toilette im Treppenhaus für mehrere Mietparteien gleichzeitig. Viele Bewoh-

ner hatten mit den geringen Mitteln, die ihnen in der zentral gelenkten Planwirtschaft der DDR zur Verfügung standen, versucht, die Wohnqualität zu erhöhen, indem sie Gasöfen einbauten, die durch die Aussenwand entlüftet wurden. Auch wurden Badewannen in Wohnzimmern oder Duschkabinen in der Küche aufgestellt, jedoch waren solche Ausstattungsgegenstände nur einer Minderheit zugänglich.

Auf Grund dieser Situation war es zur DDR-Zeit wenig erstrebenswert, in einem Altbau zu wohnen. Die Möglichkeit angeboten zu bekommen, in eine Neubauwohnung in einer der grossen Plattenbausiedlungen am Stadtrand umzu-

ziehen, galt als erstrebenswertes Privileg. Vor allem junge Familien mit Kindern kamen bevorzugt in den Genuss dieses Angebots. Da jedoch bis zum Ende der DDR die Nachfrage das Angebot bei weitem überstieg, mussten viele, die eigentlich lieber umgezogen wären, in den Altbaugebieten wohnen bleiben. Unfreiwillige Bewohner gab es aber auch noch aus anderen Gründen: Wer z.B. einen Ausreiseantrag gestellt hatte, konnte sich jeden Gedanken an eine Neubauwohnung aus dem Kopf schlagen. Auch alten Leuten und so genannten Asozialen («Assis»), z.B. Arbeitsverweigerern oder Alkoholkranken, wurde die Möglichkeit eines Umzugs dauerhaft verweigert. Damit wurden aus den Neubaugebieten solche sozialen Probleme fern gehalten.

Andererseits aber entwickelte sich in den Altbaugebieten auch ein spezifisches Milieu aus Bewohnern, die das Wohnen in einem Plattenbau nicht attraktiv fanden, oder die eine oppositionelle Haltung zum SED-System eingenommen hatten – und ausserdem aus Bewohnern, die auf Grund künstlerischer Neigungen oder sonstiger Unangepasstheiten das Leben in einem Gebiet vorzogen, in dem politische Nonkonformität nicht so stark sanktioniert wurde. Die Altbaugebiete standen ja auf Abbruch, und sie entwickelten sich im sozialräumlichen System der DDR-Städte zu Nischen von alternativen Milieus, deren Existenz mit der Beseitigung der Altbausubstanz ebenfalls zu Ende gegangen wäre.

Besonders ausgeprägt und besonders auffällig war diese Entwicklung im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg. Da etwa 20% der Altbauwohnungen wegen niedriger Qualität oder weil sie für unwohnbar erklärt worden waren, leer standen, konnten Wohnungen auch ohne Zuweisung durch die Kommunale Wohnungsverwaltung bezogen werden. Man stellte einfach seine Sachen in eine solche Wohnung, stellte die Wohnbarkeit nordüftig her und meldete sich nach einiger Zeit bei der Kommunalen Wohnungsverwaltung an. Da diese vor allem mit dem Management des Umzugs aus den Altbaugebieten in die neu entstehenden Plattenbaugemeinschaften

beschäftigt war, schenkte sie diesen Vorgängen, die ja ohnehin nur als Übergangerscheinung betrachtet wurden, wenig Aufmerksamkeit. Nach und nach verlor die Wohnungsverwaltung tatsächlich in vielen Wohnungen die Übersicht darüber, wer sie eigentlich bewohnte. Da es im Kernbereich des Bezirks Prenzlauer Berg, zwischen Oderberger und Greifswalder Strasse, einer Gruppe von nonkonformistischen Stadtteilaktivisten gelungen war, sich von den Bewohnern in den «Wohnbezirksausschuss» (WBA) wählen zu lassen, hatten in den 1980er-Jahren diese Gruppen einen erheblichen Einfluss auf die Entwicklung dieses Gebietes erlangt. Sie widersetzten sich dem Ansinnen von flächenhaften Abrissen, unterstützten Initiativen der Bewohner und verlangten, die Altbauwohnungen bewohnbar zu erhalten oder zu machen. Zur SED-Bezirksleitung ging man nicht auf direkte Konfrontation, sondern schaffte es, ein Arrangement argwöhnischer Duldung zu erreichen.

Für politische Dissidenten oder kulturelle Abweichler aus der DDR-Provinz war der Bezirk Prenzlauer Berg ein Ort geworden, den man bewusst ansteuerte, wenn man dem genormten Alltag der DDR entgehen wollte. Dadurch entstand ein Milieu, das sich aus alten Menschen, politischen Dissidenten, Malern, Literaten, Liedermachern, Lebenskünstlern, sonstigen Intellektuellen und so genannten «Assis» zusammensetzte – während daneben und ohne viel Berührung ein traditionelles proletarisches Milieu existierte. Es gab Dichterlesungen und Liederabende in Privatwohnungen, auch die wenigen Kneipen dienten als Treffpunkte der lokalen «Szene». Dass die meisten Aktivitäten von der Staatssicherheit überwacht wurden, war den meisten Bewohnern klar – mit welcher Perfidie und mit welchem Zynismus die Agenten der Stasi bis in die Privatsphäre vorgedrungen waren, wurde den Betroffenen jedoch erst nach der Wende durch die Einsicht in die Stasiakten bewusst.

In Ostberlin waren die evangelischen Kirchengemeinden Kristallisationspunkte für eine politische Oppositionsbewegung. Dort trafen sich die Umweltschutz- und Friedensgruppen. Im Oktober und

November 1989 wurden die Zionskirche und die Gethsemanekirche in Prenzlauer Berg zu Orten grosser Versammlungen, auf denen die Bewohner ihren politischen Unmut äussern konnten.

Nach dem Fall der Mauer, begleitet von der Implosion des staatlichen Überwachungssystems, traten aus diesem heterogenen Milieu zahlreiche politische und kulturelle Aktivitäten ans Licht der Öffentlichkeit. Prenzlauer Berg wurde damit zu einem Zentrum der kulturellen Befreiung und politischen Öffnung, woraus sich rasch eine bunte und provokative Szene entwickelte. In vielen leer stehenden Ladenlokalen wurden provisorische Kneipen eröffnet, in ungenutzten Gewerberäumen etablierten sich Clubs, in denen Literaten, Liedermacher und Musikgruppen nun öffentlich auftreten konnten. In stillgelegten Brauereien («Pfefferberg», «Kulturbrauerei») entstanden Zentren für vielfältige kulturelle und politische Aktivitäten. Ungenutzte Räume weckten die Fantasie der von der politischen Öffnung animierten Bewohner, anarchische Kunstinszenierungen in Hinterhöfen zogen überlokale Aufmerksamkeit auf sich. Die Tradition, unbewohnte Häuser zu besetzen und notdürftig herzurichten, die bereits zur DDR-Zeit begonnen hatte, wurde von jungen Zuwanderern aus den Westbezirken aufgegriffen und spektakulär fortgesetzt. Sie war häufig der Beginn von Kulturprojekten oder «Spontangastronomie».

Dieses Milieu wandelte sich in den zehn Jahren nach der Vereinigung zweimal. Gleich nach dem Fall der Mauer setzte eine Umzugsmobilität von Ost nach West und von West nach Ost ein: Bewohner, die schon länger einen Ausreiseantrag gestellt hatten und im Bezirk Prenzlauer Berg gleichsam auf gepackten Koffern wohnten, nutzten sofort die Chance auszureisen. In umgekehrter Richtung zogen zahlreiche Studenten wegen der extrem niedrigen Wohnungsmieten in leer stehende Altbauwohnungen, aber auch Angehörige von linksradikalen Gruppen und Hausbesetzer aus Westberlin nahmen die Chance wahr, Wohnungen und Häuser zu beziehen, über die die Kommunale Wohnungsverwaltung längst die Kontrolle verloren hatte.

Das neu entstandene politische Milieu machte durch Veranstaltungen zur Walpurgisnacht und Demonstrationen zum Beispiel am 1. Mai auf sich aufmerksam. In den Jahren 1996 und 1997 wurde das Quartier um den Kollwitzplatz im Anschluss an solche Demonstrationen zum Schauplatz von Auseinandersetzungen zwischen gewaltbereiten Demonstranten und Polizei, die jeweils in regelrechten Strassenschlachten mit erheblichen Zerstörungen im Quartier kulminierten. Der «Kampf gegen Luxusmodernisierung und Vertreibung» wurde dabei regelmässig als Legitimation für den «Widerstand» bemüht. Die im Quartier bereits früher etablierten politischen Milieus wie die Bürgerrechtsbewegung und reformorientierte SED-Mitglieder wollten sich durch die zugereisten Aktivisten nicht ihr politisches Terrain zerstören lassen und versuchten, zwischen den verschiedenen Gruppen und der Polizei zu vermitteln, um gewaltfreie politische Aktionen zu ermöglichen. Dieser Versuch scheiterte jedoch, sodass ab 1998 mit einem massiven Polizeiaufgebot, bei dem zeitweise das ganze Quartier vollkommen abgeriegelt wurde und nur nach Ausweiskontrolle zugänglich war, den «politischen Chaoten» der Zutritt verwehrt und die Zerstörungsrituale beendet werden sollten. Endgültig hatte diese Strategie wohl die Oberhand gewonnen, als am 1. Mai 2000 das Orchester der Berliner Polizei auf dem Kollwitzplatz ein Konzert gab, begleitet von einem kommerziellen Rummel, mit dem der Platz symbolisch besetzt wurde.

Mit der Wende wurde auch der Wandel der Eigentümerstruktur eingeleitet, denn ab dem Zeitpunkt der Vereinigung konnten Alteigentümer die Rückgabe ihrer Grundstücke und Häuser beim Landesamt für offene Vermögensfragen beantragen. Solange die Eigentumsverhältnisse ungeklärt waren, wurden in dem Gebiet weiterhin keine Investitionen vorgenommen; erst ab 1993/94, als in grösserer Zahl private Eigentümer wieder die Verfügungsrechte über ihre Gebäude hatten, begann eine Welle von Instandsetzungs- und Modernisierungsinvestitionen, die rasch deutlich sichtbare Ergebnisse in restaurierten



Abb. 3: Gesundbrunnen (frühere Grenze).
(Foto: Anja Nothelfer, EUREX/Urban Visual Sociology Lab)

Fassaden und neuen Möglichkeiten für privates Gewerbe zeitigten. Angereizt durch die grosszügigen Steuerersparnisse, die das Gesetz zur Förderung von Investitionen in den neuen Bundesländern schuf, wurden von den Privateigentümern Modernisierungsinvestitionen vorgenommen, die zu erheblichen Mietsteigerungen führten. 1994 schliesslich erliess die Bezirksverwaltung zunächst im Gebiet Kollwitzplatz eine Sanierungssatzung, mit der die Erneuerungsinvestitionen koordiniert und auch kontrolliert werden sollten. Das zentrumsnah gelegene Gebiet hatte auf Grund seiner überregionalen Bekanntheit und seiner schönen städtebaulichen Situationen rasch auch die Nachfrage von finanzkräftigeren Haushalten geweckt. Im Bezirk Prenzlauer Berg findet sich das grösste zusammenhängende Gründerzeitgebiet in Berlin, das zudem von den Bombardements der Alliierten im Zweiten Weltkrieg weitgehend verschont geblieben war. Breite Strassen, in die an verschiedenen Stellen schon bei der Bebauung um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert Stadtplätze eingefügt worden waren, und eine geschlossene Bebauung haben dem Gebiet einen urbanen Charakter verliehen, der in der Folgezeit durch neue Investitionen und neue gewerbliche Aktivitäten eine neue Vitalität erlangen sollte.

Zu Zeiten der DDR war die Wohnmobilität nicht hoch gewesen, mit der be-

ginnenden baulichen Erneuerung stieg diese jedoch an. Bewohner verliessen das Gebiet oder wurden durch den Modernisierungsprozess verdrängt, die alte Subkultur verlor immer mehr ihre Träger. Durch den Zuzug von Studenten und finanziell etablierten Bewohnern aus Westberlin und den westlichen Bundesländern begann sich ein neues Milieu zu entwickeln, das von vielen Bewohnern als Entfremdung oder sogar Enteignung empfunden wurde. Die Bewohner, die sich in der DDR wie die Eigentümer ihrer Wohnungen fühlen konnten und die in der Glasglocke der Subkultur auch Gefühle politischer Autonomie entwickelt hatten, mussten nun zusehen, wie sich nach und nach ein neues Verfügungsregime und eine neue, stark kommerziell geprägte Infrastruktur etablierten. Die Zuzügler wurden von vielen früheren DDR-Bürgern als «Fremde» betrachtet und auch so bezeichnet. Dieser Sichtweise schlossen sich auch ohne Umschweife Gruppierungen an, die sofort nach der Wende aus dem Westen in den Bezirk gezogen waren und sich nun als Verteidiger der «angestammten Bewohner» oder der eigenen Freiräume engagierten.

Mit fortschreitender Entscheidung über die Restitutionsanträge verschwanden die unkontrollierten und für spontane Nutzungen zugänglichen Nischen immer mehr. Durch die Mietgesetzgebung der Bundesregierung stiegen die

Mieten auch in solchen Wohnungen, in denen keine neuen Investitionen vorgenommen worden waren, sodass die Räume für «wilde» Nutzungen und selbst bestimmte Projekte weitgehend mittellose Aktivisten zusehends enger wurden. Das kulturelle Kapital war gegen das ökonomische Kapital auf Dauer machtlos. Häuserverkäufe und nachfolgende Investitionstätigkeit lösten eine erhebliche Mobilität in den betroffenen Häusern aus.

Inzwischen bietet sich in den Altbaugebieten ein sehr differenziertes Bild: Neben Quartieren, die eindeutige Zeichen einer ökonomischen und sozialen Aufwertung zeigen, gibt es weiterhin Quartiere, in denen der Modernisierungsprozess nicht flächendeckend Fuß gefasst hat und in denen sich noch zahlreiche unsanierte Wohnungen befinden. Doch auch für diese Wohnungen sind die Mietpreise inzwischen stark gestiegen, weil die zentrumsnahe Lage eine größere Attraktivität gewonnen hat. In der Gegend um den Kollwitzplatz hat sich eine neue Gewerbestruktur etabliert, zu der neben Restaurants verschiedenen Niveaus auch Espresso- und Sushi-Bars, Musikkneipen, Delikatessen- und Weinhandlungen sowie Läden für allerhand Accessoires und Trödel gehören. Da bereits zu DDR-Zeiten der gewerbliche Mittelstand ausgetrocknet und die kleinteilige Einzelhandelsstruk-

tur zerstört worden waren, bedeutet diese Entwicklung zwar nicht die Zerstörung einer lokalen Tradition, sie setzte jedoch deutliche Zeichen einer Entwicklung auf einem anderen Niveau. In die Altbaugebiete von Prenzlauer Berg sind Angehörige der neuen Dienstleistungsberufe aus der Politik, der Werbe- und Medienindustrie sowie gastronomische Einrichtungen eingezogen, die allein auf Grund ihres quantitativen Angebots auf eine überregionale Nachfrage angewiesen sind. Die Berlin-Führer leiten dieser den Weg in ein «Szene-Viertel».

In den modernisierten Altbauten des Bezirks Prenzlauer Berg wohnen heute vor allem Angehörige solcher Lebensstilgruppen, die «bürgerliche» Bezirke wie Wilmersdorf oder Zehlendorf meiden und die die etablierten modernisierten Altbaubestände von Charlottenburg und Schöneberg umgehen und die sozial immer noch heterogenen und von den Transformationsprozessen geschüttelten Quartiere im Ostteil bevorzugen. So hat sich in weiten Teilen des Bezirks Prenzlauer Berg inzwischen eine Bevölkerungsmischung aus Ost und West und unterschiedlichen sozialen Schichten ergeben, wobei eine junge Bevölkerung dominiert. Und immer noch gibt es Orte (wie z.B. an der Kastanienallee), in denen unkonventionelle Kulturinitiativen und alternative Projekte Raum für ihre

Aktivitäten finden. Der Ausländeranteil ist nach wie vor relativ niedrig, Türken sind nach der Wende kaum in einen Ostberliner Bezirk gezogen. Lediglich die Gemüseläden und die Imbisse befinden sich in vietnamesischer oder arabischer Hand, und die dort wohnenden Ausländer kommen entweder aus den EU-Staaten oder aus den osteuropäischen Nachbarländern.

Das postsozialistische Sanierungsregime

Handelt es sich bei diesem Wandel um den inzwischen vielfach beschriebenen Prozess der «Gentrification», der gekennzeichnet ist durch die Vertreibung bzw. Verdrängung einer einkommensschwachen Schicht durch den Zuzug neuer Bewohner mit höherem Einkommen? Hat hier der wieder eingesetzte Kapitalismus mit dem gnadenlosen Wirken ökonomischer Mechanismen eine alternative, spezifisch ostdeutsche Kiezkultur zerstört? Wie hat die Politik reagiert, welchen Schutz konnte sie den Bewohnern anbieten? Wie hat sich die «soziale Zusammensetzung» verändert?

Die politische Steuerung stand vor einer fast unlösbar erscheinenden Aufgabe: Sie musste dafür sorgen, dass die Altbauten vor dem Verfall bewahrt, möglichst an historischen Vorbildern orientiert rekonstruiert und die Wohnverhältnisse auf ein modernes Niveau angehoben wurden – und gleichzeitig dafür sorgen, dass Bewohner nicht vertrieben oder verdrängt wurden, dass also die Gebietsbevölkerung vor den negativen Konsequenzen einer ökonomisch aufwändigen Erneuerung in Schutz genommen wurde. Ob und wie dies gelang, soll im Folgenden diskutiert werden.

Die Stadterneuerungspolitik hatte in den alten Bundesländern mit dem Städtebauförderungsgesetz von 1971 einen gesetzlichen Rahmen erhalten. Die Praxis der Stadterneuerung hat sich seit dieser Zeit allerdings erheblich gewandelt. War sie zunächst vor allem eine zentralistisch organisierte und staatlich finanzierte Veranstaltung zur rigorosen Durchsetzung einer Modernisierung der Stadtstruktur (Flächensanierung), so



Abb. 4: Knaackstrasse.
(Foto: Nico Giersig, EUREX/Urban Visual Sociology Lab)

durchlebte sie bereits seit Mitte der 1970er-Jahre einen Wandel zu einer eher behutsam vorgehenden, stärker dezentral organisierten Strategie, die allerdings immer noch vorwiegend aus den öffentlichen Haushalten finanziert wurde. Da Eingriffe in die Altbaugelände stets von mehr oder weniger heftigen Konflikten zwischen den Strategen der Erneuerung und den Bewohnern begleitet waren, wurde mit verschiedenen Formen der «Betroffenenbeteiligung» bzw. «Bürgermitbestimmung» experimentiert, die nicht nur helfen sollten, die Folgen der Erneuerung sozialverträglich zu gestalten, sondern auch erhebliche Mitbestimmungsmöglichkeiten beinhalteten.

Nach der Vereinigung war die Stadterneuerungspolitik in den ostdeutschen Städten mit einer neuen Situation konfrontiert: Der Umfang des erneuerungsbedürftigen Altbaubestandes war sehr gross, und der Zustand der Häuser und Wohnungen verlangte rasches Handeln. Gleichzeitig aber war der Staat durch den ökonomischen Strukturwandel und durch die Kosten der Vereinigung in eine Finanznot geraten, die eine Fortsetzung der «alten», vor allem staatlich finanzierten Stadterneuerungspolitik unmöglich erscheinen liess. So hatten sich alle beteiligten Akteure von Anfang an darauf einzustellen, dass neue Finanzierungsquellen erschlossen werden mussten. Wie im gesamten Wohnungsbau in den neuen Bundesländern wurden deshalb auch für die Altbaumodernisierung steuerliche Anreize für private Investitionen geschaffen. Damit war ein Wandel auch in der Organisations- und Entscheidungsstruktur beim Sanierungsprozess notwendig.

Die Veränderungen markieren einen Wandel von einem fordistischen zu einem postfordistischen Regime. Fordistisch kann das «alte» Stadterneuerungsregime aus folgenden Gründen genannt werden: Der Staat verfolgte ein Modernisierungsziel, mit dem «rückständige Viertel» einerseits funktional in den Prozess einer dynamisch wachsenden Stadt einbezogen werden sollten, andererseits sollten dadurch die Bewohner keine gravierenden Nachteile erfahren, sondern durch eine Reihe von begleiten-

den Massnahmen auf diesem Modernisierungspfad begleitet werden. Bürgerbeteiligungsverfahren und Sozialplanung waren dafür die Instrumente. Der Staat trat als zentraler Akteur mit wohlfahrtsstaatlicher Absicht auf, und er war auch der zentrale Partner für die Lösung der auftretenden Konflikte. Im postfordistischen Regime ändert sich die Rolle des Staates. Er verabschiedet sich von der Funktion des zentralen Akteurs, der für Planung, Durchführung, Finanzierung und Konfliktregelung gesorgt hatte, und zieht sich auf die Rolle eines Anregers, Moderators und Kontrolleurs zurück. Die privaten Eigentümer werden zu den zentralen Akteuren, bei denen die Entscheidung über das Ob, Wann und Wie der baulichen Erneuerung liegt und die sich auch mit den Bewohnern über diese Fragen auseinander setzen müssen.

Das Instrumentarium, das die öffentliche Verwaltung einsetzt, besteht überwiegend aus rechtlichen Regelungen, mit denen das Investitionsverhalten der privaten Eigentümer im Sinne der Sanierungsziele beeinflusst werden soll. Private Investitionen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse in Mietshäusern werden vorgenommen, wenn sie eine Rendite versprechen. Da das notwendige Investitionsvolumen als sehr hoch, die Zahlungsfähigkeit der Bewohner aber als ziemlich niedrig eingeschätzt wurde, führte man bereits 1990 – um die Investitionstätigkeit rasch in Gang zu bringen – im Gesetz zur Förderung von Investitionen in den neuen Bundesländern sehr weit gehende Abschreibungsmöglichkeiten ein, durch die Verluste bei Vermietung und Verpachtung mit anderen Einnahmen gegengerechnet werden konnten. Damit wurden Reduktionen bei der Einkommenssteuer in erheblichem Umfang möglich – natürlich nur bei Personen, die auch hohe Steuerzahlungen hätten leisten müssen.

Diese Regelung hatte einen weit reichenden Eigentümerwechsel in den ostdeutschen Altbaugeländen zur Folge. Nahezu alle Altbauten hatten bis 1990 unter staatlicher Verwaltung gestanden. Diejenigen Gebäude, die sich rechtlich noch in der Hand von privaten Eigentümern befanden, wurden rasch an diese zurückgegeben. Im Übrigen konnten –

zurückreichend bis zum 10. Januar 1933 – die früheren Eigentümer einen Antrag auf «Restitution» ihres Eigentums stellen, wenn dieses ohne formelles Enteignungsverfahren in «Volkseigentum» überführt worden war bzw. wenn sie unter Zwang unter Wert hatten verkaufen müssen. Dies war bei jüdischen Eigentümern in der NS-Zeit die Regel und bei «Republikflüchtlings» zur DDR-Zeit ebenfalls oft der Fall. Die früheren Eigentümer boten ihr wiedergewonnenes Haus Eigentum dann in der Regel zum Verkauf an, wobei sie bis zur Mitte der 1990er-Jahre erstaunliche Preise erzielten, weil die Aufkäufer auf erhebliche Wertzuwächse spekulierten. Da Investitionen durch das Fördergebietsgesetz grosszügig über Steuerersparnisse subventioniert wurden, sammelten «Developer» bzw. gewerbliche Investoren Kapitalanteile von solchen Geldgebern ein, die auf Grund ihres hohen Einkommens auch von der Steuerbefreiung besonders profitieren konnten; solche wohnen überwiegend im westlichen Teil Deutschlands. Die neuen Privateigentümer in den ostdeutschen Altbaugeländen kamen also überwiegend aus dem Westen – und sie waren an hohen Investitionen interessiert, weil dann ihr Steuervorteil umso höher ausfiel.

Das Sanierungsrecht, das ursprünglich für Quartiere entworfen worden war, in denen die Hauseigentümer keine Investitionen mehr vorgenommen und die Häuser hatten verfallen lassen, wandelte sich unter diesen Bedingungen zu einem Kontrollinstrument, mit dem die steuerlich angereizten Investitionen an die sozialen Ziele der kommunalen Stadterneuerungspolitik angepasst werden sollten. Intendiert wurde ein sozial domestizierter Investitionsboom.

Die postfordistische Stadterneuerung

Das Ziel, die bauliche Erneuerung und den Erhalt der Zusammensetzung der Gebietsbevölkerung mit weniger öffentlichen Mitteln in einem grösseren erneuerungsbedürftigen Bestand gleichzeitig und gleichrangig erreichen zu wollen, war eine Gratwanderung zwischen erwünschter baulicher Aufwer-

tung und unerwünschter Verdrängung der Bevölkerung. Dabei musste man zudem einer sehr heterogenen Bevölkerung gerecht werden, die nicht nur unterschiedliche Ansprüche, Bedürfnisse und Vorstellungen hinsichtlich Ausstattung und Standard der Wohnung hatte, sondern auch über unterschiedliche Ressourcen finanzieller, sozialer und kultureller Art verfügte. Ökonomisch Schwächeren sollte ein Verbleiben ermöglicht werden, aber gleichzeitig sollte das Gebiet auch für die dort wohnenden finanzkräftigen Bewohner, die höhere Erwartungen an die Ausstattung der Wohnungen hegen, attraktiv werden, um deren Wegzüge zu verhindern.

Dies wurde mit einem Politikmix zu erreichen versucht. Nebeneinander wurden verschiedene Programme und rechtliche Instrumente eingesetzt:

- Das Programm «Soziale Stadterneuerung» bestand aus dem Angebot seitens des Senats, durch finanzielle Zuschüsse die Finanzierungskosten für die Eigentümer so weit zu senken, dass diese ihre Investition durch eine vergleichsweise niedrige Miete refinanzieren konnten. Ein Drittel der Kosten wurde vom Land als Zuschuss gedeckt, für ein weiteres Drittel wurden zinsverbilligte Kredite gewährt, und das letzte Drittel musste von den Eigentümern über den Kreditmarkt oder aus Eigenkapitalmitteln finanziert werden. Im Gegenzug verlangte die Staatsseite eine Festschreibung der Miethöhe und ein Belegungsrecht für die Mietwohnungen für die Dauer der Laufzeit der Kredite (zirka 25 bis 30 Jahre). Die Mieter hatten nach Abschluss der Modernisierungsarbeiten das Recht, entweder in einer «Umsetzwohnung» zu bleiben oder in ihre frühere Wohnung zurückzukehren.

Die meisten Eigentümer zögerten, einen solchen Kontrakt mit dem Staat einzugehen, weil sie für die Dauer von etwa drei Jahrzehnten ihren Einfluss auf die Belegung und auf die Mieten weitgehend verloren – und weder die Bewohner noch die städtische Verwaltung konnten die Eigentümer zwingen, diesen Schritt zu gehen.

- Das Programm «Stadtweite Massnahmen» war ein allgemeines Programm zur Förderung von Modernisierungsin-



Abb. 5: Kollwitzplatz.

(Foto: Nico Giersig, EUREX/Urban Visual Sociology Lab)

vestitionen in der gesamten Stadt. Es beinhaltete standardisierte Zuschüsse für Einzelmaßnahmen der Modernisierung. Aus der Beanspruchung solcher Mittel ergaben sich keine weiteren Verpflichtungen für die Eigentümer.

- Das dritte Instrument war von der Bundesregierung für das gesamte «Beitrittsgebiet», also für die neuen Bundesländer inklusive Berlin-Ost, geschaffen worden: das «Fördergebietsgesetz». Es ermöglichte den Abzug der gesamten Modernisierungsinvestitionen vom zu versteuernden Einkommen innerhalb von zehn Jahren. Dieser steuerliche Anreiz war an keinerlei Bedingungen geknüpft, sondern stellte einen Rechtsanspruch dar – also weder zeitlich noch räumlich waren solche Investitionen von der Stadtpolitik zu steuern. Dieser Anreiz wurde besonders wirksam, wenn von Personen mit einem besonders hohen zu versteuernden Einkommen möglichst umfangreiche Investitionen vorgenommen wurden – er regte also Investitionen an, die vor allem von der Absicht getragen waren, Steuerzahlungen zu reduzieren.

- Nach dem Städtebauförderungsgesetz sind sämtliche baulichen Massnahmen in Sanierungsgebieten genehmigungspflichtig. Damit waren die Eigentümer gezwungen, ihre Investitionen

mit der öffentlichen Verwaltung abzustimmen. Die Genehmigungen wurden von der Verwaltung davon abhängig gemacht, ob die Mieter den geplanten Massnahmen durch ihre Unterschrift ihre Zustimmung gegeben hatten.

- Die Stadtverwaltung machte nach der Festlegung der Sanierungsgebiete von der rechtlichen Möglichkeit Gebrauch, Obergrenzen für die Miete nach der Modernisierung zu bestimmen. Die Einhaltung der Mietobergrenzen wurde zur Voraussetzung für die Baugenehmigung gemacht.

- In Sanierungsgebieten ist der Preis für Immobilienverkäufe genehmigungspflichtig. Dadurch sollte verhindert werden, dass spekulativ hohe Preise bezahlt werden, die nicht mit Mieten innerhalb der Obergrenzen hätten refinanziert werden können.

Eine sozial angepasste Sanierung sollte also durch drei Interventionen sichergestellt werden: a) durch das Angebot öffentlicher Subventionen im Austausch gegen Mietfixierung und Belegungsrecht; b) durch die Festlegung von Mietobergrenzen, um die finanzielle Belastung der Mieter nach der Modernisierung zu begrenzen; und c) dadurch, dass die Genehmigung von baulichen Massnahmen abhängig gemacht wurde von schriftlichen Vereinbarungen zwischen Mietern und Eigentümern, in denen Art und Umfang der baulichen Massnahmen sowie die spätere Miethöhe festgelegt wurden.

Die Entscheidung über eine «sozial verträgliche» Modernisierung der Wohnungen war damit letztlich den direkten Aushandlungen zwischen Mietern und Eigentümern überlassen. Der Staat und die Stadt setzten dafür nur einen Rahmen aus Investitionsförderung und Mietobergrenzen. Der Staat investiert selbst nur noch in geringem Umfang und überlässt die Durchführung der Stadterneuerung weitgehend privaten Investoren.

Veränderungen

Seit 1990 sind etwa die Hälfte aller Altbauten saniert und modernisiert worden, davon etwa je die Hälfte ohne und mit öffentlicher Förderung in unterschiedlicher Höhe.



Abb. 6 und 7: Kulturbrauerei.
(Fotos: Nico Giersig, EUREX/Urban Visual Sociology Lab)

Die Zahl der Einwohner ist 1993 von etwa 146 000 auf etwa 130 000 im Jahre 2000 zurückgegangen. Begleitet war der Bevölkerungsverlust von einer wachsenden Mobilität. Rechnerisch ist pro Jahr etwa jeder vierte Bewohner an Fort- und Zuzügen beteiligt. Die Mobilitätsraten waren etwa drei- bis viermal so hoch wie zu DDR-Zeiten.

In der Zeit von 1991 bis 2000 nahm die Zahl der neuen Haushaltstypen zu: Der Anteil der Einpersonenhaushalte stieg von gut einem Drittel auf deutlich über die Hälfte aller Haushalte. Die Verringerung der Haushaltgrößen ist verbunden mit einem Anstieg im Wohnflächenverbrauch pro Person. Rein rechnerisch wohnt etwa die Hälfte aller Singles in Wohnungen mit mehr als einem Raum. Der Anteil der grossen Haushalte (vier und mehr Personen) hat sich von 15% auf 5% verringert.

Die Bewohnerschaft des Bezirkes hat sich deutlich verjüngt. Der Anteil der 25- bis 45-Jährigen ist in den 1990er-Jahren von etwa einem Drittel auf über die Hälfte angestiegen. In der ersten Hälfte der 1990er-Jahre hat insbesondere die Zahl der 25- bis 30-Jährigen deutlich zugenommen, sie ist aber seit 1997 leicht zurückgegangen.

Der hohe Anteil von Studierenden ist die Ursache dafür, dass im Bezirk ein bildungsstruktureller Statussprung stattgefunden hat. Trotz sinkender Einwohnerzahlen hat sich die absolute Zahl der Bewohner, die einen Schulabschluss mit Hochschulreife (Abitur) erworben haben, erhöht. Während alle anderen Schulabschlüsse inzwischen unter den Werten von 1991 liegen, gaben 1999 doppelt so viele Personen das Abitur als höchsten Schulabschluss an.

Eine ähnliche Tendenz zeigt sich in der Zahl von Personen mit Hochschulabschlüssen. Während alle anderen Berufsausbildungsabschlüsse in ihrer Zahl stagnieren oder rückläufig sind, hat sich die Anzahl von Personen mit Hochschulabschlüssen im Gebiet seit 1991 mehr als verdoppelt. Jeder vierte Erwachsene des Bezirkes hatte im Jahr 2000 studiert. In der deutlichen Zunahme des Anteils von Personen mit Hochschulabschluss unterscheidet sich der Bezirk Prenzlauer Berg von der Entwicklung in allen anderen Bezirken Berlins. Studenten sehen den Bezirk nicht mehr nur als Zwischenstation ihrer Wohn- und Berufskarriere an, sondern richten sich z.T. dauerhaft dort ein. Das ist auch der Grund dafür, dass dieses innerstädtische Alt-

baugebiet inzwischen der Stadtteil in Berlin mit der höchsten Geburtenrate ist.

Erklärung

Weder fand eine flächendeckende Verdrängung und Aufwertung – wie sie nach den Theorien zur «Gentrification» zu erwarten gewesen wäre – noch ein umfassender Erhalt der Bevölkerungsstruktur statt, wie ihn sich die Sanierungspolitik zum Ziel gesetzt hatte.

Wenn man die Stadterneuerung in ihrem Erfolg nach der Erfüllung der selbst gesteckten Ziele bewertet, war sie im Hinblick auf das Erreichen des baulichen Zieles sehr erfolgreich, im Hinblick auf das soziale Ziel jedoch weniger. Allerdings muss man bei der Frage nach dem Gelingen der «Quadratur des Kreises» auch in Erwägung ziehen, dass die Ziele möglicherweise kaum erreichbar waren.

Im postfordistischen Sanierungs- und Modernisierungsprozess wurden die Mieter zu einem Verhalten als Unternehmer ihrer eigenen Lebensbedingungen gezwungen. In diesem Prozess war – weil die Sanierungsverwaltung durch die Genehmigungspflicht den Mietern eine Verhandlungsmacht gegeben hat –

nicht das ökonomische Kapital entscheidend, sondern das kulturelle und soziale Kapital, über das die Mieter verfügen. Der Staat zog sich aus dem Erneuerungsprozess nicht vollkommen zurück, sondern bot durch seine rechtliche Intervention den Mietern Schutz vor ökonomischem Druck. Die Realisierung dieses Schutzes ist aber dem Verhalten und dem Verhandlungsgeschick der Mieter überlassen. Das heisst, dass sich jene Mieter mit ihren Vorstellungen über die Modernisierung und über die spätere Miethöhe durchsetzen konnten, die über rechtliches Know-how und über politisches Standvermögen verfügten und dafür entsprechende Ressourcen mobilisieren konnten.

Die «alte» fordistische Sanierung hatte in der Regel dazu geführt, dass nach der Sanierung nur noch ein geringer Anteil der früheren Mieter im Gebiet wohnte, dass aber die neuen Bewohner doch wieder der gleichen Schicht angehörten, weil der grösste Teil der Wohnungsneubauten als sozialer Wohnungsbau errichtet wurde. Im neuen Sanierungsregime werden die Personen potenziell besser geschützt, aber auf Grund der Selektivität der individuellen Verhandlungen werden die sozial und kulturell weniger kompetenten Bewohner verdrängt. Man kann sagen, dass die «alte» Sanierung zwar eine Verdrängung der Personen bewirkt hat, aber die soziale Zusammensetzung der Quartierbevölkerung doch geschützt hat. Demgegenüber führt das neue Sanierungsregime zu einem Schutz der Personen, aber zu einer Verdrängung der sozialen Schicht.

Nach dem Ende der öffentlichen Förderung

Die bisherige Analyse beschrieb eine Periode der Stadterneuerung, die inzwischen weitgehend abgeschlossen ist. Auf Grund der Finanzkrise des Landes Berlin stehen inzwischen kaum noch öffentliche Mittel für die sozial verträgliche Modernisierung zur Verfügung. Die Steuererleichterungen für Investitionen sind ausgelaufen, und obendrein liegen inzwischen Gerichtsurteile vor, die den Erlass von Mietobergrenzen für unzuläs-

sig erklären. Damit ist das Gerüst von rechtlichen und finanziellen Steuerungsinstrumenten weitgehend zusammengebrochen. Zwar gibt es in Prenzlauer Berg kaum Leerstände von Wohnungen wie insbesondere in den Plattenbaugebieten am Rande der Stadt, wo inzwischen mit staatlicher Hilfe Wohnungen abgerissen werden. So hohe Mieten, dass damit eine Sanierung der Häuser refinanziert werden könnte, können aber von den Bewohnern in der Regel nicht bezahlt werden. Die Modernisierung von Wohnungen ist nun praktisch an die Umwandlung in Einzeleigentum gebunden, denn beim Verkauf der Wohnung gelten keinerlei Preisbeschränkungen. Mieter werden entweder durch das Angebot von Auszugsprämien zum Verlassen ihrer Wohnung motiviert, oder sie werden durch häufig illegale Massnahmen so lange schikaniert, bis sie entnervt ausziehen. Nun hängt die weitere Entwicklung des Bezirks weitgehend von Marktbewegungen ab: Bei einer starken Nachfrage wird modernisiert und privatisiert, ansonsten finden in den sanierungsbedürftigen Häusern keine Investitionen statt.

Die «Szene», die sich bei billigem Wohnungsangebot und räumlichen Reserven für kulturelle Aktivitäten aus studentischem Publikum und alternativen Lebensstilen ergibt, hat sich inzwischen in den Nachbarbezirk Friedrichshain verlagert. Dort gibt es noch genügend unsanierte Wohnungen – bis zum nächsten Wirtschaftsboom jedenfalls.

Anmerkung

Der Text beruht auf einer von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Studie, die der Autor zusammen mit Andrej Holm und Daniela Zunzer durchführte. Detaillierte Angaben sowie Hinweise auf Literatur finden sich in: Häußermann, Hartmut; Holm, Andrej; Zunzer, Daniela (2002): Stadterneuerung in der Berliner Republik. Modernisierung in Berlin-Prenzlauer Berg. Opladen: Leske + Budrich.

Prof. Dr. Hartmut Häußermann
Humboldt-Universität
Institut für Sozialwissenschaften
Unter den Linden 6
D-10099 Berlin
hartmut.haeussermann@sowi.hu-berlin.de

Economic Restructuring and the Making of a Financial Crisis

Berlin's Socio-Economic Development Path 1989 to 2004

Berlin's reinstatement as the capital of Germany raised great expectations of a transformation into a major European metropolis. However, the city has not been able to fulfil these expectations. Today, Berlin is being hit by a financial crisis that could have dramatic consequences for its future development prospects. This article outlines the main outcomes of Berlin's socio-economic restructuring in the 1990s. A tremendous loss of jobs in traditional industries contributed to a rise in unemployment and the spread of urban poverty. The city has been a prime playground for speculative real estate investment, which left behind a huge amount of unoccupied office space. On the positive side, new islands of economic growth have been developing in Berlin, particularly in knowledge-intensive economic activities. The Berlin government is now trying to consolidate the city's financial situation by making severe cuts in social expenditures, public services, education and research. This policy might damage the prospects of Berlin's few growth sectors in the field of knowledge-intensive activities.

Introduction

This article approaches the topic from a regional political economy perspective and broadly outlines the contradictory tendencies of the socio-economic restructuring in Berlin. The first part concentrates on Berlin's regional economy and its position within the German urban system. The weaknesses of Berlin's economy are highlighted as well as the emergence of particular new "islands of growth" in the realm of knowledge-intensive economic activities. The second part focuses on the 1990s real estate boom in Berlin and deals with Berlin's current financial crisis.

Berlin's Regional Economy and its Position in the German Urban System

From 1991 to 2001, Berlin's industry lost more than 150,000 jobs. The parallel increase in service sector jobs could not compensate for this loss of manufacturing jobs. Thus, unemployment of industrial workers in the region is increasing. The decline of Berlin as an industrial location is due not only to the closure of production sites in the eastern part of the city, but also to a very large extent to the structural weaknesses of the industries in the western part of the city (Krätke 1999), which had used the special Berlin subsidies for decades to expand its assembly line production of simple mass products. The termination of these special Berlin subsidies after 1990 led to factory closures and relocations. Today, traditional industries like textiles or metal processing, and the technology-centered industries like vehicle manufacturing or mechanical engineering, have a much lower representation in Berlin than in other urban economic centers of Germany.

A prominent simplistic interpretation of the restructuring processes in Berlin characterizes the development as a transformation of Berlin's economy to a "service metropolis" (Häußermann 1997). However, large cities are empirically

characterized by major differences in their economic profiles and in the way their regional economies are organized. The different activity profiles determine the development capacities of urban regions. Within the German eastern economic area and its overall development weakness, Berlin is still a relatively strong "economic island" with good prospects in particular fields of activity. However, the city's function as the new German capital city has not led to the formation of a service metropolis with a high concentration of advanced producer services. The relative concentration of these functions is much higher in Munich, Frankfurt, Düsseldorf and Hamburg, which are the established prime centers of advanced producer services in the German regional system. Relative concentration is measured by the so-called location quotient – here, a value above 1 indicates that the share of a certain activity in the particular urban region is much higher than the share of this activity in the whole of Germany [1].

Whether an urban region can be regarded as a strategic economic center is frequently determined by referring to the corporate headquarters it contains. "Headquarter cities" have a high level of centrality with respect to their economic control capacity, which can ex-

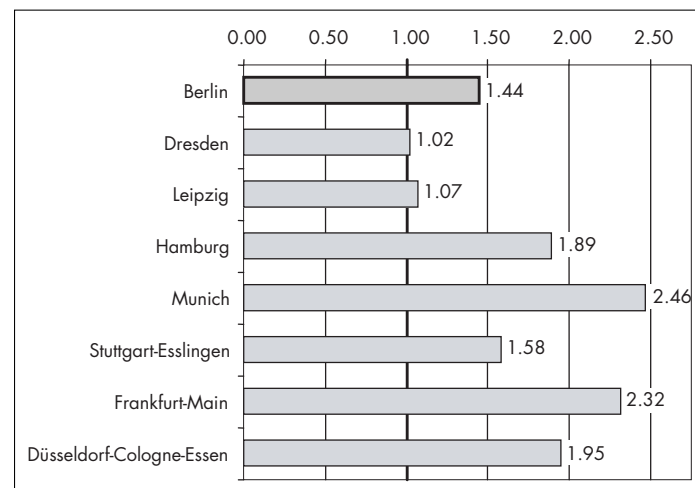


Fig. 1: Relative concentration of advanced producer services (without financial sector) in selected urban regions in 2002 by location quotient (Germany = 1.00). (Source: Author's own research)

tend to many other regions (Pred 1977). Berlin suffered an exodus of corporate headquarters following the division of Germany. The city's new role in the German and European urban framework spawned hopes that it would be able to re-establish its position as an economic center with a high level of centrality in economic terms. Skeptics were pointing out that the newly acquired role of capital city might encourage some prominent national and international companies to set up selected corporate divisions and "second-rank directional centers" in Berlin. As it turns out, a number of new headquarters have been located in Berlin since 1990 (Krätke/Borst 2000).

However, Berlin is not the only economic center in Germany and the position of a metropolis should empirically be related to its economic capacities in a regionally comparative perspective. In comparison to other regional economic centers in Germany, Berlin has quite a weak position in terms of entrepreneurial control capacity (Krätke 2001). Germany's leading headquarter cities can be identified as those cities that have a relatively high concentration of large corporations and cooperative ventures with subsidiaries and branch plants in other cities and regions and these corporations have control capacity with respect to other economic regions. Again, relative concentration is measured here by the location quotient.

The term service metropolis does not give adequate expression to the complex fabric of economic activity branches in metropolitan regions, since it subsumes very different sub-economies under the dubious statistical categories of "industry" and "services". For a long time now, we have been facing an expansion of services within industry itself, and at the same time, the contracting out of services previously performed within industry has led to an expansion of producer services which are closely tied up with industrial development. Furthermore, in many fields of economic activity, e.g., the media industry, a clear distinction between industrial production and services does not seem really meaningful.

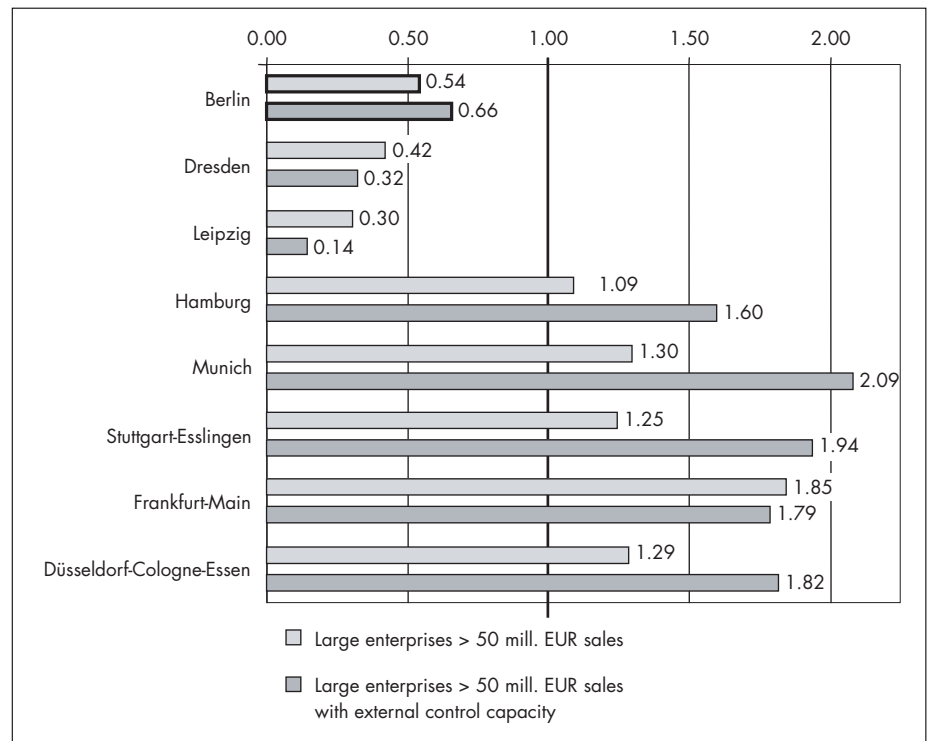


Fig. 2: Headquarter cities: Relative concentration of large enterprises/external control capacity in selected urban regions in 2002 by location quotient (Germany = 1.00). (Source: Author's own research)

There has been a clear growth of producer services in Berlin since 1990. However, if we take a closer look at different sub-sectors of producer services, it also becomes clear that the relative concentration of advanced producer services is still much lower here than in other centers of the German urban system. And, Berlin has a higher concentration of low-qualification producer services. Berlin might actually be characterized as the "capital of cleaning squads and private security firms". In the sub-sectors of office cleaning and security services, Berlin has achieved a top place in comparison with western German metropolitan regions (Krätke, Borst 2000). Thus, a comparison of metropolitan regions' economic profiles throws some light on the structural weaknesses of the Berlin metropolis. The erosion of Berlin's industrial capacities is undermining the region's long-term potential for development in the field of advanced producer services.

The problematic trends described

above do not represent the whole story of Berlin's economic restructuring process: New islands of economic growth have been developing in Berlin, particularly in knowledge-intensive and innovation-driven fields like the software industry, biotechnology and medical engineering. In addition, there has been a strong growth in Berlin's media industry, which is based on the particularly strong socio-cultural assets of Berlin.

Among the regional centers of knowledge-intensive economic activities, which cover industrial as well as service activity branches, Berlin reveals quite a strong relative concentration. In a regionally comparative perspective, the location quotient for knowledge-intensive activity branches in Berlin today even exceeds the value of Munich. The relative concentration is also very pronounced in Dresden and Leipzig, so that the metropolitan centers of eastern Germany are characterized by a strong presence of these particular branches. If the regional scientists' prediction of de-

velopment towards a knowledge-based economy (Cooke 2002; Matthiesen 2003) is right, then Berlin reveals a very promising regional base in this area. In relation to the concentration of knowledge-intensive activities, Berlin today really does have the potential for playing the role of a center of knowledge-based economic activity. However, the region's potential in science, research and development has to be maintained and extended if such a development path is to be strengthened.

A very important feature of urban and regional economic development is the formation of local and regional clusters (Porter 2001; Cooke 2002; Braczyk, Fuchs, Wolf 1999) in terms of the selective concentration of firms and institutions of a particular value chain in certain regions. This phenomenon is particularly relevant with regard to the metropolitan regions, which might be characterized as super-clusters that contain a variety of different clusters, e.g., a clustering of business services, a media industry cluster, various industrial clusters in high technology branches, etc. (Scott 2001). Berlin showed strong tendencies towards cluster building in the 1990s, and the city has gained a strong position in a number of sub-sectors of the knowledge-intensive industries.

- Berlin's most important strength lies in the culture and media industries, in which it has reached the position of a first rank "media city" (Krätke 2002). The culture and media industries include film production, television and radio, the new media, music production, the publishing trade and design agencies, and the advertising industry. The Berlin media industry cluster is growing rapidly and comprises more than 7000 firms today.

- Berlin has a strong position in the software industry, which is defined in German statistics as a service sector activity. Berlin is not a production center of micro-electronics and data processing technology (Munich holds the leading position), but the Berlin region reveals a high rate of growth and has developed a cluster of more than 1700 specialized firms in the software industry.

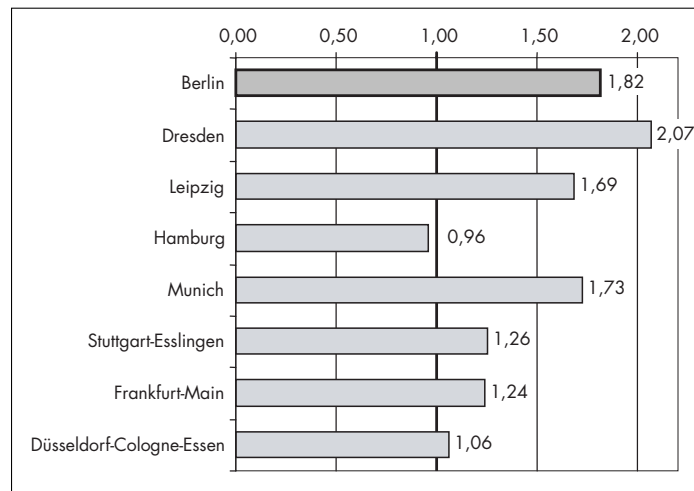


Fig. 3: Relative concentration of knowledge-intensive activity branches in selected urban regions in 2002 by location quotient (Germany = 1.00). (Source: Author's own research)

- Along with Munich, Berlin is a leading center of the European life-sciences sector, which comprises biotechnology and medical engineering firms. The knowledge-intensive industries of the life-sciences sector reveal a high concentration in the Berlin region with a cluster of more than 300 specialized firms, and these are backed by the strong presence of the pharmaceutical industry and high-ranking medical service centers and related research institutions. In Berlin, all the branches of the contemporary life-science sector are strongly concentrated.

The German urban system contains a number of competing media cities in terms of large production clusters of culture and media industries (Krätke 2002). Among these media cities, Berlin has revealed considerable growth in importance during the last ten years, in contrast to its overall weak economic development. A recent report on Berlin's media industry recorded particularly pronounced growth in the sub-sector of multimedia firms and in the music industry. Berlin is not only one of the prime media cities of Germany, it is also a city that has quite a strong position as a "global media city". The media industry is a prime mover for globalization processes in the urban system, where media industry clusters act as local

nodes in the global networks of large media groups. Global media firms have set up locational networks that extend around the globe and have "local" anchoring points in different regions and nations.

An analysis of the locational networks of large internationally operating media firms makes it possible to trace the structure of the global media cities as an interlocking network of media clusters in the same way that global city research accomplished this with regard to advanced producer services (Beaverstock, Smith, Taylor 1999). The outcome of this analysis is a ranking of cities based on the number of establishments of global media firms that are located in the respective region (Krätke 2003). The world cities of the media industry were divided into three groups ("alpha", "beta" and "gamma" world media cities) according to the number of global media establishments in the respective city. Prominent among the alpha world media cities are New York, London, Paris and Los Angeles. However, the alpha group of global media cities also includes Berlin, Munich and Amsterdam, three cities that are ranked as third-rated world cities in global city research that focuses on advanced producer services (Beaverstock, Smith, Taylor 1999). In the system of global media

cities, in contrast, Berlin, Munich and Amsterdam are included in the top group. While Berlin is still not an economic center with global control capacities, it is a first-rank global media city. Thus, we might state that in this particular sub-sector of the economy, Berlin can be placed among the leading centers, and its economic development policy can build on this strength.

Despite the positive developments in the above-mentioned sub-sectors of Berlin's economy, the overall process of economic restructuring in Berlin has led to a considerable rise in unemployment and the number of persons dependent on public social assistance. The unemployment rate increased from 10% in 1991 to nearly 19% in 2003. The number of persons living on public social assistance in Berlin also showed a rapid rise in the 1990s. From 1991 to 2001, the share of welfare support recipients in relation to the urban population has doubled.

Against this background, recent developments in Berlin's socio-spatial structure appear to confirm that Berlin is experiencing a particularly pronounced development towards social polarization. The "losers" of economic restruc-

turing are unevenly distributed within the urban spatial fabric (Hermann, Imme, Meinlschmidt 1998; Krätke, Borst 2000; Kapphan 2002). In contrast to Paris, for example, it is interesting to note that in Berlin there is a socio-spatial concentration of people who are unemployed, have low incomes, and are dependent on public social assistance, who live not in the suburbs, but in the inner urban districts of the metropolis. Furthermore, the losers are predominantly concentrated in the inner urban districts of western Berlin, namely the traditional industrial workers' districts like Wedding, Tiergarten and Kreuzberg. In terms of the socio-spatial fabric, some districts in the city's western part are facing a most spectacular concentration of social problems. A symbolic policy of "local area management" has been introduced in order to support localities with the most striking socio-spatial decline, but this approach does not really touch the socio-economic development conditions that lie at the heart of the spread of urban poverty.

Whereas the urban poor are mostly concentrated in the inner urban districts of western Berlin, other inner urban districts are transforming more and

more often into attractive "new urban scenes" that are subject to gentrification (Smith, Williams 1986; Friedrichs, Kecskes 1996). The most obvious case is the district of Prenzlauer Berg adjacent to the eastern city center (Rada 1997; Gude, Becker, Häfelinger 1999; Krätke, Borst 2000). A further candidate for gentrification is the adjacent inner urban district of Friedrichshain, which today seems to be moving into the pioneering phase of a future gentrification.

Even if the actual extent of the social divisions in Berlin cannot readily be compared with the situation in cities like New York and Los Angeles, the Berlin metropolis is on the path towards developing a more pronounced polarization of its social fabric. In terms of the urban social fabric, Berlin is a 'globalizing' city (Marcuse, van Kempen 2000) with an internationally mixed population, as well as a city with growing socio-spatial divisions. However, it is quite problematic to acquire the socio-spatial divisions of a global city without attaining the economic power of a global city.

The 1990s Real Estate Boom and Berlin's Current Financial Crisis

Since 1990, Berlin has been a prime playground for the activities of professional subsidy hunters in the real estate business. In the course of German reunification, large national and international real estate firms expected a continuous growth of demand for new office and commercial space in the metropolitan centers of the German urban system. A wave of real estate acquisition, conversion, and large-scale building projects covered eastern German cities and regions in particular, since the German state introduced a special subsidy regulation for real estate investments in eastern Germany that contained a very favorable tax write-off scheme (Krätke, Borst 2000). This incentive combined perfectly with the urban governments' belief that office building sites are a sign of economic progress and guarantee a promising future for the respective city. Thus urban governments in eastern Germany approved new office projects

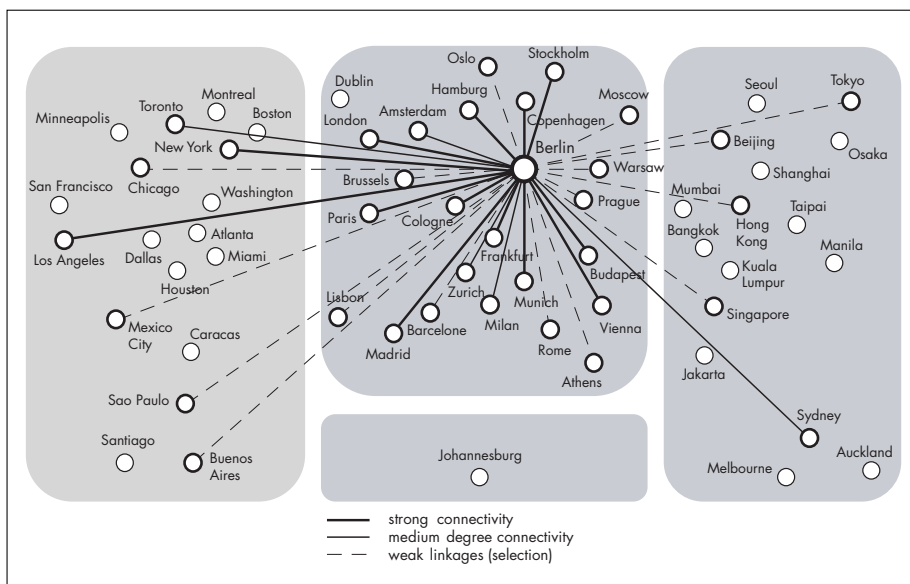


Fig. 4: Global media city Berlin: Transnational linkages of Berlin's media industry (based on resident global media firms' organizational networks in 2001). (Source: Author's own research)

of any size and number. In the case of Berlin, the city's own financial corporation (the Bankgesellschaft Berlin) actively took part in large-scale speculative real estate investments in eastern Germany. However, within four years, from 1993 onwards, the speculative real estate boom in eastern German cities had turned into a real estate market crisis with large quantities of unoccupied new office space and a very strong decrease in rents for new office space.

From 1990 to 1998, nearly seven million square meters of new office space were built in Berlin, with the largest share concentrated in the city's inner urban area (Krätke, Borst 2000). Outstanding concentrations of building activity have been recorded particularly for the Berlin City-East center (in the district of Mitte) and the well-known Potsdamer Platz area (Senat Berlin 1998), where large corporations like Daimler-Chrysler and Sony managed to acquire sites with an extraordinarily high price-subsidy from the Berlin government – and where developers implanted a US-American commercial city complex. In the early 1990s, the Berlin government had declared that the city would face a “need” to increase the supply of office space by 11 million square meters by the year 2010 in order to convert the city into a major “service metropolis”. Thus, the speculative office building boom got strong support, and there was an interplay of legal and illegal activities to foster the projects. Besides corruption, and maybe even murder, within the professional real estate scene, the Berlin government proved to be highly talented in developing specific instruments to prevent any public control of the project developments in central parts of Berlin's City-East (Lenhart 2001).

In the course of the real estate boom, Berlin built up the largest volume of unoccupied office space in absolute figures, with more than 1.5 million square meters in 1998 (Krätke, Borst 2000). This figure decreased slightly in the following years, however, today there is still more than 1.2 million square meters of unoccupied office space in the city. On the basis of the above-mentioned

special tax write-off schemes for real estate investments, the speculative bubble in eastern Germany has contributed to a considerable degree to the shrinking of the public authorities' tax income (DIW 1997).

Berlin's economic policy in the 1990s led to a severe financial crisis. However, this crisis was caused during the former urban government period when the Christian Democrats (CDU) and the Social Democrats (SPD) formed a coalition of the two largest political parties. After the outbreak of the financial crisis, a new coalition government was formed by the Social Democrats (SPD) and the Party of Democratic Socialism (PDS). The SPD managed to hide their share of responsibility for the crisis. Now, this new Berlin government is trying to consolidate the city's financial situation by making severe cuts in social expenditures and public services, particularly in schools, universities and public medical centers. This policy not only threatens the urban living conditions of broad swaths of Berlin's population, it might also damage the prospects of Berlin's few growth sectors in the field of knowledge-intensive economic activities.

The financial crisis was actively produced by setting up a large public financial corporation (the Bankgesellschaft Berlin) that engaged in speculative real estate bonds related to investments in eastern German housing and commercial estates. This business policy failed, leaving the city with an unexpected financial burden of roughly 50 billion euro. The Bankgesellschaft Berlin also created some real estate bonds that were offered exclusively to so-called “prominent” citizens, in particular, well-known representatives of Berlin's political class and urban government. Even today, members of the Berlin political class seem to continue to make private profits from these speculative real estate bonds that have a public guarantee of profits. There was public opposition against this, but the current urban government decided not to close the run-down Bankgesellschaft. Instead, it enacted a regulation called the “Risiko-Ab-schirmungs-Gesetz” (in free translation, one might call it the “risk prevention

law”) that loads the financial risks of the Bankgesellschaft and its speculative bonds onto the city and the citizens of Berlin. Indirectly, this regulation makes sure that income from the speculative real estate bonds continues to flow.

In a broader view, these speculative financial activities and the related policies also result from the ideological concept of a metropolitan urban economy that bets on financial investments and deals, including real estate business. This kind of metropolitan urban economy has got the strongest support of Berlin's political class, which has confused regional economic development with finance and real estate business and has actively participated in these activities.

Conclusion

It has been established in this article that Berlin has a comparatively strong position in several sub-sectors of the knowledge-intensive industries. These are, in particular, the media industry, the software industry and the life sciences sector. These new islands of growth might become a possible focus of the region's economic development policy. However, this potential orientation is being threatened by the new Berlin government's intention to make severe cuts, e.g., in the funding of the city's large public medical research centers, as part of a policy that deals with the city's extreme financial crisis in a very short-sighted manner.

As regards Berlin's media industry, its growth dynamics stems to a large extent from the city's “cultural assets” (Krätke 2002) and from its locational attractiveness in terms of being a prime center in all of the cultural economy's activities, which can't be reduced to the media industry's technology-intensive activities. From a broader perspective on the city's cultural economy, other important actors in the region's cultural production cluster, such as the large number of creativity boosting cultural establishments, are being threatened today by the urban government's policy of sharp financial cuts in order to deal with the financial crisis.

This financial policy will also affect Berlin's universities in a quite destructive manner. Today, the financial collapse is directly damaging the city's science base – particularly the public education and research institutions – and indirectly threatening the prospects of Berlin's innovative clusters and the city's most dynamic fields of economic activity.

In the author's opinion, the current urban government's financial policy is undermining the city's real economic capacities in knowledge- and innovation-intensive fields of activity. The future prospects of a metropolis like Berlin depend on the quality of the city's economic development policy and on the metropolitan region's economic and social coherence. In view of the particular mentality of Berlin's political class, the prospects for a high-quality urban governance in the fields of economic and social development are not as good as the citizens of Berlin would like to think.

Note

[1] The quantitative data on Berlin and selected cities of the German urban system included in the figures are based on the author's research project on the economic profiles of German cities (Krätke 2004). This research project has analyzed the largest German commercial firms' database which covers roughly 150,000 firms. The results are given for the year 2002. This firms' database has no regional bias, all administrative districts of the German regional system (in western and eastern Germany) are represented according to their share of employment. Furthermore, there is no particular sectoral bias in the data.

References

- BEAVERSTOCK, J.V.; SMITH, R.G.; TAYLOR, P.J. (1999): A Roster of World Cities. In: *Cities*, vol 16 (6), pp 445–458.
- BRACZYK, H.J.; FUCHS, G.; WOLF, H.-G. (eds.) (1999): *Multimedia and Regional Economic Restructuring*. London: Routledge.
- COOKE, Ph. (2002): *Knowledge Economies. Clusters, Learning and Cooperative Advantages*. London/New York: Routledge.
- DIW DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (ed.) (1997): *Berliner Finanzpolitik in einem fast ausweglosen Dilemma – Aktuelle Tendenzen im Landshaushalt von Berlin*. In: *DIW-Wochenbericht*, vol 64, no 39, Berlin: DIW, pp 697–709.
- FRIEDRICHS, J.; KECSKES, R. (eds.) (1996): *Gentrification. Theorie und Forschungsergebnisse*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- GUDE, S.; BECKER, A.; HÄFELINGER, M. (1999): *Sozialstruktur und Mietentwicklung in den Erhaltungsgebieten Prenzlauer Berg 1999*. Berlin: TOPOS.
- HÄUßERMANN, H. (1997): *Berlin – Lasten der Vergangenheit und Hoffnungen der Zukunft*. In: *Politik und Zeitgeschichte* 17, pp 10–19.
- HERMANN, S.; IMME, U.; MEINLSCHMIDT, G. (1998): *Sozialstrukturatlas Berlin 1997. Eine disaggregierte statistische Sozialraumanalyse*. Berlin: Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales.
- KAPPHAN, A. (2002): *Das arme Berlin. Sozialräumliche Polarisierung, Armutskonzentration und Ausgrenzung in den 1990er-Jahren*. Opladen: Leske & Budrich.
- KRÄTKE, S. (1999): *Berlin's Regional Economy in the 1990s: Structural Adjustment or "Open-ended" Structural Break?* In: *European Urban and Regional Studies*, vol 6, no 4, pp 323–338.
- KRÄTKE, S. (2001): *Berlin – Towards a Global City?* In: *Urban Studies*, vol 38, no 10, pp 1777–1800.
- KRÄTKE, S. (2002): *Medienstadt. Urbane Cluster und globale Zentren der Kulturproduktion*. Opladen: Leske & Budrich.
- KRÄTKE, S. (2003): *Global Media Cities in a Worldwide Urban Network*. In: *European Planning Studies*, vol 11, no 4, pp 605–628.
- KRÄTKE, S. (2004): *Wissens-intensive Wirtschaftsaktivitäten im Regionalsystem der Bundesrepublik Deutschland: Cluster-Potenziale und Beitrag zur regionalen Wirtschaftsleistung*. In: KUJATH, H.J. (Hg.): *Knoten im Netz*. Münster: LIT-Verlag (forthcoming).
- KRÄTKE, S. and Borst, R. (2000): *Berlin – Metropole zwischen Boom und Krise*. Opladen: Leske & Budrich.
- LENHART, K. (2001): *Berliner Metropoly*. Opladen: Leske & Budrich.
- MARCUSE, P.; VAN KEMPEN, R. (eds.) (2000): *Globalizing Cities. A New Spatial Order?* Oxford: Blackwell.
- MATTHIESEN, U. (Ed.) (2003): *Stadtregion und Wissen. Analysen und Plädoyers für eine wissensbasierte Stadtpolitik*. Opladen: Leske & Budrich.
- PORTER, M.E. (2001): *Regions and the New Economics of Competition*. In: SCOTT, A.J. (ed.): *Global City-Regions. Trends, Theory, Policy*. Oxford: Oxford University Press, pp 139–157.
- PRED, A. (1977): *City Systems in Advanced Economies*. London: Hutchinson.
- RADA, U. (1997): *Hauptstadt der Verdrängung. Berliner Zukunft zwischen Kiez und Metropole*. Berlin: Verlag Schwarze Risse.
- SCOTT, A.J. (Ed.) (2001): *Global City-Regions. Trends, Theory, Policy*. Oxford: Oxford University Press.
- SENAT BERLIN Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie (1998): *Dienstleistungsstandort Berlin. Viertes Büroflächenbericht 1998*. Berlin: Edition Stadtwirtschaft.
- SMITH, N.; WILLIAMS, P. (eds.) (1986): *Gentrification of the City*. Boston: Allen & Unwin.

Prof. Dr. Stefan Krätke
 Europa-Universität Viadrina
 Wirtschafts- und Sozialgeografie
 Grosse Scharrnstrasse 59
 D-15230 Frankfurt/Oder
 kraetke@t-online.de

Investitionsaussichten nach der Wachstumseuphorie

Der Berliner Büroimmobilienmarkt bis 2007

The development of the Berlin office market is strongly tied to the economic situation of the new German capital. When the transformation process started in 1990, it was accompanied by an initial euphoria. Market activity was characterized by a furiously investing construction industry and rising rental levels. It was supposed that the growing political importance of Berlin would have a positive effect on the economic power of the city and that Berlin would become an interesting place for investors on a national and international level. Even forecasts published by official survey institutes were optimistic that Berlin was going to become an international hub; especially in view of the EU's expected enlargement into central Europe. But the economic boom was short-lived. Most of the structural changes resulted in a strong rise in unemployment, high vacancy rates and a decline in office leases. Berlin has not recovered from its recession of the early 1990s, but the economic situation has stabilized at a consistent level.

Due to the fact that an increasing number of prime services have been implemented in Berlin recently (media, IT, governmental services) and that the enterprise structure is dominated mainly by small- and medium-sized businesses, there is a high diversity in the pattern of demand that has developed. There has also been a tendency for companies to move into secondary areas of downtown Berlin which are near the traditional city centers, thus avoiding the high-priced areas while still enjoying the benefits of Berlin's outstanding overall infrastructure and traffic connections. Basically, there are still possibilities of development and chances for a slight increase in the demand for office real estate in the future, but a lengthy upswing can only be achieved if an improvement of the general economic and

business situation in the city of Berlin can be brought about.

Erst Euphorie, dann Enttäuschung

Der Berliner Immobilienmarkt zeigte in den 1990er-Jahren, d.h. in den ersten zehn Jahren nach dem Fall der Mauer, einen im Nachkriegsdeutschland beispiellosen Aufstieg und Niedergang. Eine Wachstumseuphorie, die in der amtlichen Bevölkerungsprognose für Berlin einen Einwohnerzuwachs von bis zu 2,5 Millionen Menschen erwartete, führte zu erheblichen Wohnungsbauinvestitionen – unter anderem wurde der Stadtteil Neu-Karow komplett neu entwickelt – und im gesamten Stadtgebiet zu einem massiven Anstieg der Versorgung mit Verkaufsflächen. Der sensibelste Indikator für erfüllte und enttäuschte Erwartungen in die wirtschaftliche Entwicklung der «neuen» deutschen Hauptstadt ist in diesem Kontext auch heute noch der Büroimmobilienmarkt, der die Transformation von einem Industrie- zu einem Dienstleistungsstandort unmittel-

bar widerspiegelt. Innerhalb von zehn Jahren wurde die erstaunliche Summe von sieben Millionen Quadratmeter Bürofläche neu errichtet oder neuwertig modernisiert.

Einer von Euphorie gekennzeichneten Marktphase mit extremem Anstieg des Mietpreinsniveaus folgten jedoch nicht Jahre des Wachstums, sondern es zeigte sich, dass in vielen Bereichen die Erwartungen viel zu hoch gelegen hatten und dass die prognostizierten Entwicklungen ausblieben oder deutlich langsamer erfolgten als angenommen. Entsprechend deutlich waren der Rückgang des Mietpreinsniveaus und der Anstieg des Büroflächenleerstands. Nach solch einer Phase der Überhitzung und Rückkehr zu realen ökonomischen Rahmenbedingungen können aus heutiger Sicht wesentlich zuverlässigere und objektivere Einschätzungen hinsichtlich der Wachstumsaussichten und Entwicklungsperspektiven Berlins getroffen werden.

Die so genannte 9. Koordinierte Bevölkerungsprognose geht derzeit noch von einem leichten Bevölkerungsrück-

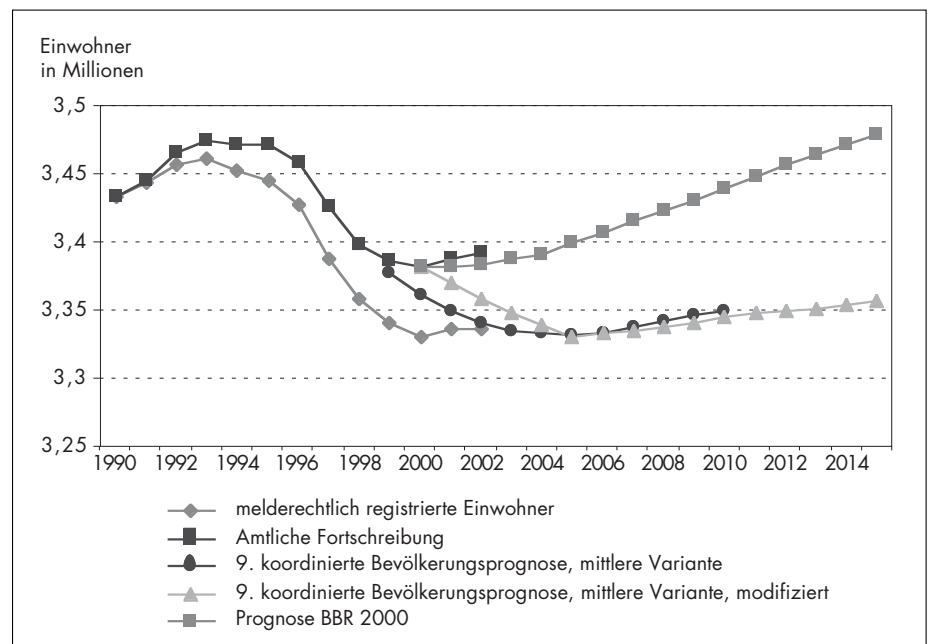


Abb. 1: Einwohnerentwicklung in Berlin von 1990 bis 2002 sowie prognostizierte Einwohnerentwicklung bis 2015.

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin, Bevölkerungsprognose des BBR 2003, Berechnungen durch AENGEVELT RESEARCH.

gang aus, der sich ab dem Jahr 2005 in ein leichtes Wachstum umkehren wird. Im Jahr 2015 soll in etwa das Niveau des Jahres 2000 erreicht werden. Optimistischer wird die Situation durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) eingeschätzt. Dessen aktuelle Prognose geht von einem Wachstum von derzeit rund 3,38 Millionen auf 3,47 Millionen Einwohner im Jahr 2015 aus, was einem Zuwachs von rund 95 000 Personen entspricht. Diese Einschätzung beruht dabei vor allem auf den erwarteten Zuzügen, die sich mit der EU-Osterweiterung ergeben können. Ob dieses Wachstum in der Realität auch eintreten wird, ist zu diskutieren.

Neben den soziodemografischen Entwicklungen spielen auch die sozioökonomischen Parameter bei der Einordnung Berlins in den immobilienökonomischen Kontext eine Rolle. Dabei sind sowohl die Kaufkraftkennziffer als auch das Haushaltsnettoeinkommen wichtige Indikatoren für die wirtschaftliche Potenz einer Region. Die Kaufkraftkennziffer Berlins bewegt sich seit 1994 knapp über dem bundesdurchschnittlichen Indexwert von 100 Punkten. Berechnet man die ostdeutschen Bundesländer auf der Basis dieses Indexwertes, so liegt der Bundesdurchschnitt für die westdeutschen Bundesländer bei 104 Punkten, sodass Berlin bei dieser Betrachtungsweise sogar unter das Bundesniveau fällt. Eine ähnliche Situation ergibt sich bei der Betrachtung des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens in der Bundeshauptstadt, das mit 1500 Euro (Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus, eigene Berechnungen) angesetzt wird und somit deutlich unter den Werten von Städten wie München oder Hamburg bleibt.

Turnaround nach Beschäftigungsrückgang

Derzeit gibt es in Berlin rund 1,1 Millionen sozialversicherungspflichtig (SVP) Beschäftigte, deren Zahl auf Grund des Strukturwandels in der Berliner Wirtschaft seit Beginn der 1990er-Jahre kontinuierlich abgenommen hat (-17,5% seit 1993), dies entspricht einem jährli-

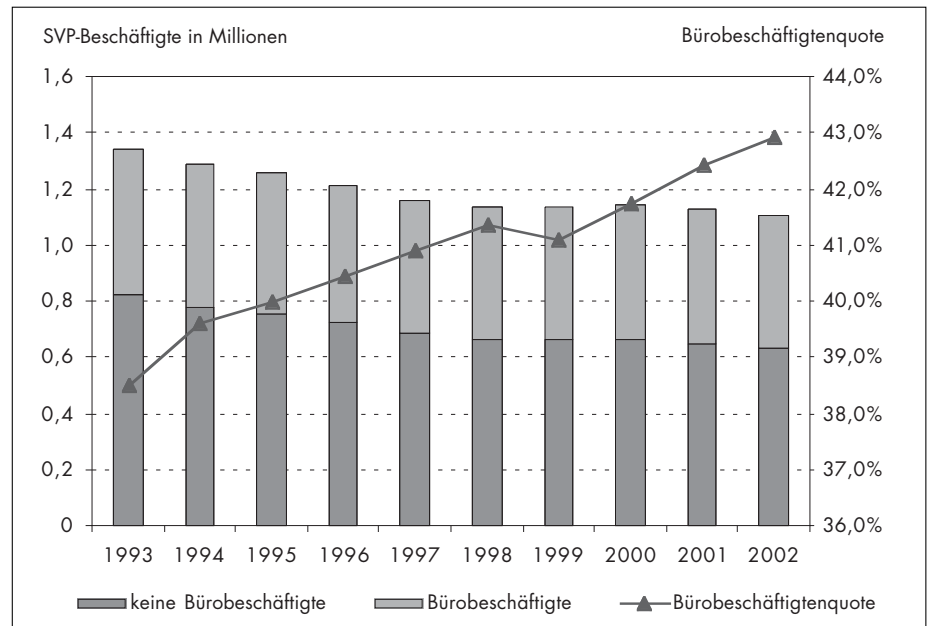


Abb. 2: Entwicklung der SVP-Beschäftigten 1993 bis 2002.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Berechnungen Bulwien AG.

Branche	Berlin 1998	Berlin 2002	München 2002	Hamburg 2002	Frankfurt 2002
Land-, Forstwirtschaft, Fischerei	0,6%	0,5%	0,3%	0,4%	0,2%
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau	15,0%	13,4%	21,1%	15,9%	11,0%
Baugewerbe	9,4%	6,0%	3,1%	4,3%	2,8%
Handel	12,8%	12,7%	13,0%	17,7%	10,3%
Gastgewerbe	3,2%	4,0%	3,8%	3,2%	3,6%
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	6,8%	6,3%	4,5%	9,5%	14,7%
Kredit, Versicherungsgewerbe	3,8%	3,6%	9,0%	6,6%	16,2%
Dienstleistungen	14,7%	17,6%	20,0%	19,4%	23,3%
Staat, private Haushalte, Organisationen ohne Erwerbszweck	9,3%	9,0%	5,3%	4,7%	3,6%
Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen	17,5%	18,9%	12,7%	12,4%	9,1%
Sonstige Wirtschaftsbereiche	6,9%	8,1%	7,1%	5,9%	5,1%
SVP-Beschäftigte gesamt (absolut)	1 132 570	1 125 714	694 559	768 687	487 736

Tab. 1: Struktur der SVP-Beschäftigten in Berlin 1998 bis 2002 und im Städtevergleich.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Berechnungen Bulwien AG.

chen Rückgang von rund 23 000 Beschäftigten (1993 bis 2002). Damit weist Berlin – verglichen mit München und Hamburg – als einzige Millionenstadt in der Bundesrepublik eine rückläufige Tendenz bei den SVP-Beschäftigtenzahlen auf.

Dieser Strukturwandel hatte mehrere

Gründe: Im Ostteil der Stadt mussten viele ehemalige volkseigene Betriebe des produzierenden Gewerbes auf Grund zu geringer Wettbewerbsfähigkeit schliessen. Aber auch im Westteil der Stadt konnten Unternehmen, die sich teilweise nur auf Grund der Berlin-Förderung dort angesiedelt hatten, nach

Wirtschaftszweig	Städte mit starker Dynamik	Städte mit schwacher Dynamik	Berlin	Deutschland
Finanzdienstleistungen	10,0	4,3	-7,9	2,7
Beratungsdienstleistungen	33,6	22,8	24,3	24,4
Recht/Wirtschaft	41,7	24,2	27,9	26,7
Technik	4,2	0,4	-4,8	3,7
Datenverarbeitung	68,4	57,8	86,1	67,3
Werbung	41,8	58,6	94,4	46,7
Wirtschaftsorganisationen	-0,4	4,8	42,0	2,4
Tourismus	15,9	19,2	20,3	14,3
Medien/Kultur	13,5	5,5	16,4	11,9
Verlagswesen	6,9	8,9	14,6	5,3
Film, TV, Radio	17,8	5,6	41,6	27,9
Kultur	21,4	0,8	0,7	9,9
Insgesamt	20,2	15,5	15,1	14,9
Alle Wirtschaftszweige	7,0	1,4	-2,5	1,3

Tab. 2: Wachstumsraten überregionaler Dienstleistungen in deutschen Grossstädten 1998 bis 2002 in Prozent.

Quelle: DIW, Berlin 2003.

der Wende ohne die Subventionen nicht mehr im Wettbewerb bestehen und mussten Beschäftigte freisetzen oder komplett die Produktion einstellen. Dieser strukturelle Wandel ist im Jahr 2003 in grossen Teilen abgeschlossen, allerdings wurde der Turnaround zu einer tertiären Wirtschaftsstruktur nur in Teilen vollzogen, was sich anhand der statistischen Daten zur Bürobeschäftigung veranschaulichen lässt.

Trotz einer fast kontinuierlichen Steigerung der Bürobeschäftigtenquote seit 1993 betrug dieser Beschäftigtentyp an der Gesamtzahl der SVP-Beschäftigten im Jahr 2002 erst knapp 43%. In wichtigen Dienstleistungszentren der Bundesrepublik lagen diese Werte im Vergleichsjahr bei rund 59% (Frankfurt/Main) bzw. 56% (München) und somit bis zu 15 Prozentpunkte über dem Berliner Anteilswert.

Da die negative Dynamik des Strukturwandels sich deutlich verlangsamt, werden ansatzweise die künftigen Wachstumsbereiche in Berlin erkennbar. So etablieren sich die höherwertigen Dienstleistungen sowie deren Verknüpfung mit Produktion, Technik und Wissenschaft langsam als neue wirtschaftliche Impulsgeber – allerdings in starker Abhängigkeit von den nationalen Konjunkturzyklen.

Zu den wichtigsten Impulsgebern in Berlin gehörten bereits in den vergangenen Jahren die Wirtschaftsbereiche Werbung, EDV-Beratung (Datenverarbeitung), Wirtschaftsorganisationen, Film, TV, Radio, Verlagswesen.

Schwächer als andere deutsche Wirtschaftszentren ist Berlin dagegen in

wichtigen Bereichen wie Rechts- und Wirtschaftsberatung oder Finanzdienstleistungen positioniert.

Vor dem Hintergrund dieser wirtschaftsstatistischen Struktur ist ein anhaltender Beschäftigungsabbau, wie er in den vergangenen Jahren zu beobachten war, zunehmend unwahrscheinlich. Die weiteren absehbaren Beschäftigungsgewinne in Wachstumsbranchen wie den oben genannten können einen drohenden Abbau von Beschäftigten in der Landesverwaltung oder im Handel mindestens kompensieren, wenn nicht langfristig sogar überkompensieren. Ausschlaggebend werden Effekte sein, die im Folgenden abgewogen werden.

Sonderfaktoren für die weitere Entwicklung Berlins

Einzelne Grossprojekte und die EU-Osterweiterung können unter Umständen auf die Bevölkerungs- und Beschäftigtenentwicklung Berlins besonderen Einfluss nehmen.

Die Einbindung Berlins in das nationale Verkehrsnetz wurde in den letzten Jahren sukzessive verbessert, wobei insbesondere der Ausbau der Autobahnen sowie der Ausbau des Schienennetzes (regional: S-Bahn; überregional: Berlin–Hannover, Berlin–Leipzig) hervorzuheben sind. Eine aktuelle wichtige Massnahme stellt die Fertigstellung der Schienenverbindung Berlin–Hamburg für Tempo 230 km/h dar, welche die Verbindungszeit zwischen den beiden Städten bis Ende 2004 auf nunmehr 90 Minuten (vorher 130 Minuten) verkürzen wird. Nach den aktuellen Plänen

der Deutschen Bahn AG sollen durch weitere Neubaumassnahmen für den ICE-Verkehr mittel- und langfristig die Verbindungszeiten noch deutlich gesenkt werden (Leipzig ab 2006 in 59 Minuten; München ab 2015 in 3 Stunden 45 Minuten). Diese Entwicklungsmassnahmen müssen im Zusammenhang mit der Errichtung des neuen Hauptbahnhofes (Lehrter Bahnhof) gesehen werden, da dieser als Kreuzungsbahnhof die Fahrzeiten aus der Stadt heraus in alle vier Himmelsrichtungen deutlich senken wird. Die Erreichbarkeit der Bundeshauptstadt per Schiene wird ab der Inbetriebnahme des Bahnhofs im Jahr 2006 somit nachhaltig verbessert werden. Die direkten Auswirkungen des Bahnhofsneubaus auf den Bürosektor beschränken sich allerdings mehr oder weniger auf das Areal rund um den Bahnhof (Lehrter Stadtquartier), der durch dieses Projekt deutlich aufgewertet bzw. erstmals in den Blickpunkt immobilienwirtschaftlichen Interesses gerückt wird.

Ähnlich verhält es sich mit dem neuen Flughafen Berlin-Brandenburg-International (BBI). Die Fertigstellung ist mittlerweile frühestens für das Jahr 2009/2010 zu erwarten. Ob der Aufbau eines Knotenpunktes im Flugverkehr mit Osteuropa gelingen kann, ist derzeit noch nicht vorhersehbar. Mit einer zeitlichen Verzögerung von mehreren Jahren könnte es in der Region um den Flughafen zu sichtbaren Beschäftigungsimpulsen kommen. Allein eine verbesserte Anbindung einer Stadt an die internationalen Verkehrswege bringt jedoch noch kein Bürobeschäftigungswachstum mit sich bzw. erzeugt eine erhöhte Nachfrage nach Büroflächen.

Neben einer nicht zu unterschätzenden generellen Imagewirkung ist der Hauptstadteffekt in vielerlei Hinsicht ein entscheidender Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung Berlins. Dies betrifft auch bzw. insbesondere die Immobilienwirtschaft. Lobbyisten, Verbände, aber auch Führungsspitzen aus der Privatwirtschaft suchen Fühlungskontakte zur Regierung und zu staatlichen Einrichtungen. In den vergangenen Jahren war der Zuzug entsprechender Organisationen bzw. Unternehmen nach Berlin deut-

liches Zeichen dieses Prozesses. Auch zukünftig sind die direkten und indirekten wirtschaftlichen Impulse, die im Zusammenhang mit der Funktion Berlins als politisches Entscheidungszentrum des wirtschaftlich stärksten Landes Europas stehen, nicht zu unterschätzen. Dies betrifft vor allem die Chance Berlins, sich im Zuge der EU-Osterweiterung mittel- bis langfristig als Ost-West-Brückenkopf zu etablieren, wobei insbesondere die Rolle als handelspolitischer Knotenpunkt hervorzuheben ist. Hierbei konkurriert Berlin im Standortwettbewerb jedoch sowohl mit einer Reihe mittel- und osteuropäischer Hauptstädte (z.B. Wien, Prag, Budapest, Warschau) als auch mit anderen deutschen Grossstädten wie München, Frankfurt/Main oder Hamburg. Zu den Konkurrenten gehören auch kleinere Standorte wie beispielsweise Leipzig und Dresden, die auf Grund ihrer «DDR-Historie» zu den traditionellen Zentren des Ost-West-Waren- und Wirtschaftsverkehrs der zurückliegenden Jahrzehnte zählten.

Mit grosser Wahrscheinlichkeit wird Beschäftigungswachstum und damit verbundener (zusätzlicher) Bedarf an Büroflächen auch zukünftig nahezu ausschliesslich im privatwirtschaftlichen Dienstleistungssektor zu erwarten sein. Demgegenüber sind auf Seiten der Industrie- bzw. verarbeitenden Produktion am Standort Berlin nur vereinzelt spürbare Ausbautendenzen absehbar (Motorola, BMW). In diesem Bereich dominieren vielmehr Rationalisierungseffekte und Verlagerungsprozesse. Eine Ausnahme bildet hierbei die in Berlin traditionell stark positionierte Pharmaindustrie. So zeigen aktuelle Entwicklungen von namhaften Grossunternehmen wie beispielsweise Berlin-Chemie und Schering, dass am Standort Berlin festgehalten und investiert wird.

Chancen als Investitionsstandort

In Fortführung der vorangegangenen Punkte lassen sich die Rahmenkriterien zur Chancenbewertung Berlins als Investitionsstandort der kommenden Jahre wie folgt zusammenfassen:

- Qualitätsverbesserung der verkehrsinfrastrukturellen Verknüpfung Berlins

mit internationalen Verkehrsnetzen durch Ausbau von Bahn- und Luftverkehrsknoten. Insbesondere ohne einen leistungsstarken Flughafen bliebe Berlin vom Globalverkehr abgekoppelt.

- Berlins Hauptstadtfunktion trägt zur Belebung des Immobilienmarktes bei. Gleichzeitig sind die damit verbundenen beschäftigungsspezifischen Effekte vergleichsweise gering.

- Durch die EU-Osterweiterung ergeben sich mittel- bis langfristig wirtschaftlich und nachfragebezogen positive Impulse und Wachstumschancen, die es zu nutzen gilt.

Die Investitions- bzw. Entwicklungsaussichten sind sektoral differenziert zu betrachten: Im Bereich öffentlicher Arbeitgeber bzw. Dienstleistungen (staatliche und Landeseinrichtungen, Institutionen, Vertretungen, Verbände/Lobbyisten) liegen die spezifischen Flächenverbräuche überdurchschnittlich hoch, Impulse für neue Projektentwicklungen sind daher vorhanden. Allerdings ist mit dem Ende der ersten Umzugswelle von Bonn nach Berlin der Nachfragehöhepunkt vorerst einmal überschritten. In welchem Zeitraum und Umfang eine mögliche zweite Umzugsphase verläuft, ist aus heutiger Sicht und unter Berücksichtigung der knappen öffentlichen Kassen nicht näher einzuschätzen. Zudem erfolgt durch Freisetzung zwischenzeitlich genutzter (angemieteter) Büroflächen eine sukzessive Angebotserweiterung im Segment der Bestandsobjekte.

Im privatwirtschaftlichen Dienstleistungsgewerbe liegen neben (einmaligen) Wachstumsimpulsen – ausgelöst durch Standortverlagerungen von Unternehmenszentralen – die grössten Investitionspotenziale in den Bereichen Wissenschaft/Forschung (Zukunftstechnologien), kleine und mittlere unternehmensbezogene (Beratungs-)Dienstleistungen sowie soziale, personenbezogene Dienstleistungen. Letztere Gruppe ist dabei im starken Masse abhängig von teilträumlichen Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklungen sowie von der Verknappung öffentlicher Mittel (leere Kassen). Regionale Wachstumsbranchen sind schon heute Medien, unternehmensorientierte Beratung, Biotechnologie und IT-Dienstleistungen.

Im Industrie- und Gewerbesektor ist in der Gesamtbilanz in den nächsten Jahren am Standort Berlin von einem eher stagnierenden Investitionsgeschehen und weiteren Flächenkonzentrationsprozess auszugehen mit der Folge, dass sich das Angebot an nicht mehr betriebsnotwendigen Liegenschaften erhöht. Damit verbunden ist auch eine Freisetzung von Büro-, Service-, Hallen- und Lagerflächen.

Wachstumseffekte bestehen hingegen zusätzlich auf dem Gebiet des Tourismus und Fremdenverkehrs, hier vor allem im Individualreiseverkehr. Berlin gilt auf Grund seiner wechselvollen Geschichte und seiner Einzigartigkeit einer geteilten Stadt als beliebtes Reiseziel. Von diesem Potenzial werden allerdings auch in Zukunft vor allem die City-Standorte profitieren können, weniger die peripher gelegenen Bezirke. Hinsichtlich des Geschäftsreiseverkehrs hat sich Berlin als bedeutende Messe- und Kongressstadt etabliert. Allerdings wirken sich hier derzeit der (nach wie vor) fehlende Grossflughafen sowie der stagnierende bis teilweise rückläufige Geschäftstourismus (v.a. Übersee) noch dämpfend aus. Inwieweit sich Berlin mittel- bis langfristig als internationaler Messeplatz behaupten kann, bleibt trotz aktueller Erfolge (u.a. Verlagerung der weltgrössten Musikmesse «Popkomm» von Köln nach Berlin) zunächst offen.

Nachfrageparameter auf dem Büroimmobilienmarkt

Die Bulwien-Prognose zur Anzahl aller Bürobeschäftigten in Berlin geht für die nächsten Jahre bis 2007 weiterhin von einem durchschnittlichen Wachstum von rund 0,6% bzw. 4000 Beschäftigten pro Jahr aus, das sich jedoch nicht unmittelbar in direkter Flächennachfrage niederschlagen wird. Das Bürobeschäftigtenwachstum in der Bulwien-Prognose basiert auf den offiziellen Prognosen des nationalen Bruttoinlandsproduktes von 0,5% für 2003 und 1,8% für 2004.

Welche Dienstleistungen in den nächsten Jahren weiteren Flächenbedarf generieren könnten, zeigt eine Betrachtung der Bürobeschäftigtenentwicklung nach Gruppen der letzten zehn Jahre.

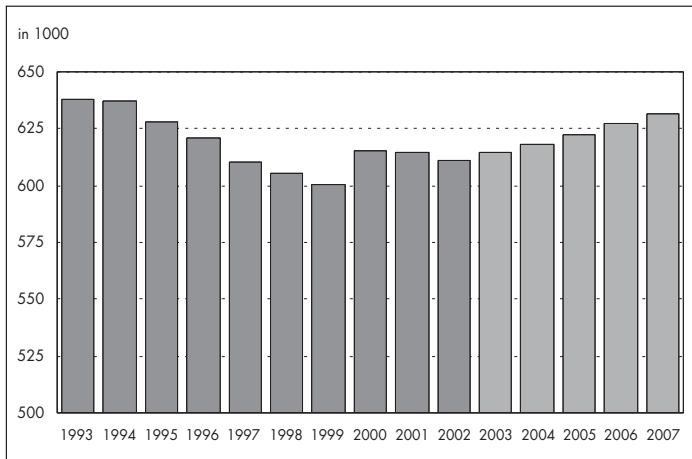


Abb. 3: Bürobeschäftigtenentwicklung in Berlin 1993 bis 2007.

Quelle: Bulwien AG.

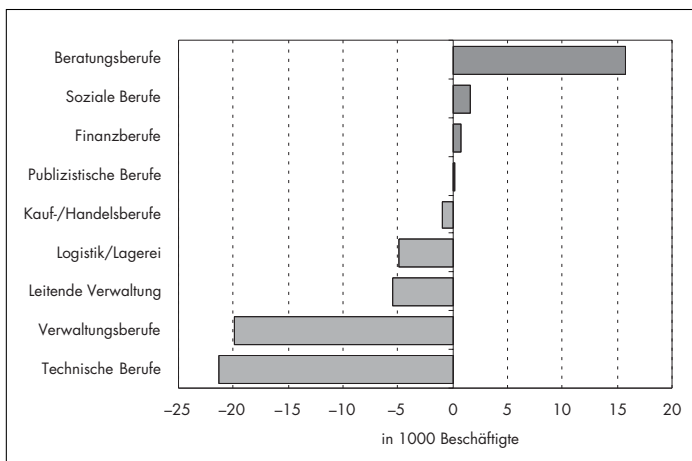


Abb. 4: Bürobeschäftigtenentwicklung in Berlin 1993 bis 2002 nach Tätigkeiten.

Quelle: Bulwien AG.

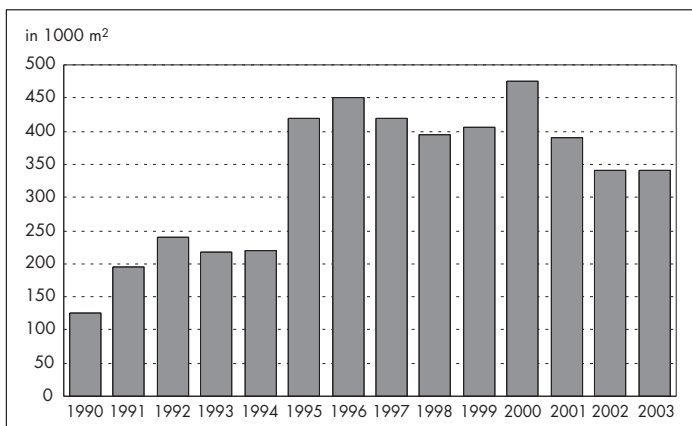


Abb. 5: Vermietungen in Berlin 1990 bis 2003.

Quelle: AENGEVELT RESEARCH, Bulwien AG.

Die expansivste Bürobeschäftigtengruppe sowohl in Berlin als auch bundesweit war mit Abstand die der Beratungsberufe. Die Gruppen der Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Unternehmensberater, Media- und IT-Consultants wuchsen um knapp 60%. Soziale Berufe wie etwa Gesundheitsdienste, Alten- und Krankenpfleger, Heilpädagogen nahmen als zweitstärkste Gruppe im Vergleichszeitraum um 13% zu.

Bei den Finanz- und Versicherungsberufen war ebenfalls ein leichtes Wachstum zu erkennen (+2%). Auf Grund des relativ schwachen lokalen Finanzdienstleistungssektors und der Krise der Bankgesellschaft Berlin ist jedoch in diesem Sektor in den kommenden Jahren mit einem Stellenabbau von bis zu 4000 Arbeitsplätzen zu rechnen.

Der grösste Rückgang liegt mit -20 000 bzw. -8% Bürobeschäftigten bei privatwirtschaftlichen und auf Grund der Haushaltslage bei öffentlichen Verwaltungsberufen sowie bei technischen Berufen (-21 000 bzw. -22%). Hier zeigt sich vor allem der anhaltende Niedergang des produzierenden Sektors in Berlin.

Im Zuge der angekündigten Haushaltskonsolidierung im öffentlichen Sektor werden weitere Arbeitsplätze abgebaut und damit z.T. sanierte Büroflächen in zentralen Lagen freigesetzt. Allerdings entsprechen nur wenige der traditionellen Verwaltungsgebäude den Qualitätsansprüchen heutiger Büronutzer.

Im Vergleich zu anderen deutschen Büromarktstandorten wies Berlin 2002 wie in den Jahren zuvor einen relativ konstanten Flächenumsatz auf. Das Vermietungsvolumen hat sich zwar im Vergleich zu 390 000 Quadratmetern 2001 mit 340 000 Quadratmetern im Jahr 2002 um knapp 13% verringert, der Flächenumsatz an Eigennutzer ist jedoch gleichzeitig von 40 000 Quadratmetern auf 90 000 Quadratmeter gestiegen.

Neben der Transaktion von 45 000 Quadratmetern an Ver.di am Kreuzberger Spreeufer Anfang des Jahres 2002 konnte die Hochtief Projektentwicklung gegen Ende des letzten Jahres den Vermietungserfolg von 20 000 Quadrat-

meter Bürofläche an KPMG im Köbis Dreieck in Tiergarten vermelden. Der Deutsche Verband der Rentenversicherer wird ein eigengenutztes Büroprojekt mit 7000 Quadratmetern an der Stresemannstrasse 45–49 in Berlin-Kreuzberg beziehen.

Auch im Fünfjahresvergleich 1997 bis 2001 zu 2002 mit anderen wichtigen regionalen Büromärkten zeigt sich, dass die Vermietungsleistung in Berlin zwar rückläufig ist, insgesamt jedoch weniger abfällt als in Städten wie München, Frankfurt/Main oder Hamburg.

Im Gegensatz zu 2001 trugen im letzten Jahr vor allem die grossflächigen Vermietungen in 1b-Lagen zum Gesamtflächenumsatz bei, während insbesondere in der Grössenklasse von 2000 Quadratmeter bis 5000 Quadratmeter kaum Vermietungen getätigt wurden. Trotz des im Vergleich zu anderen Büromärkten stabilen Flächenumsatzes liegt im Jahr 2002 das Vermietungsvolumen von insgesamt 340 000 Quadratmetern leicht unter dem Mittel der letzten 10 Jahre (354 000 Quadratmeter).

Den räumlichen Schwerpunkt bilden bei den Vermietungen mit knapp 66% die Innenstadtrandlagen – u.a. in den Bezirken Mitte (131 000 Quadratmeter), Charlottenburg (28 000 Quadratmeter) und Kreuzberg (20 600 Quadratmeter). Rund 23% des Flächenumsatzes entfielen auf die 1a-Lagen am Potsdamer Platz (32 500 Quadratmeter) sowie in den Bezirken Mitte (28 000 Quadratmeter) und Charlottenburg (18 500 Quadratmeter).

Auf Grund zweier Grossanmietungen der Deutschen Bahn ist der Transport- und Verkehrssektor 2002 der mit Abstand wichtigste Sektor hinsichtlich des Flächenumsatzes. Daneben sind Personaldienstleistungen, Fort- und Weiterbildungseinrichtungen, EDV- und IT-Dienstleister sowie unternehmensorientierte Beratungsdienstleistungen wichtige Nachfragegruppen, von denen jedoch keine Branche eine dominante Stellung einnimmt. Die Lobbyisten und öffentlichen Stellen sind weiterhin sowohl in der Vermietung als auch bei Transaktionen mit eigengenutzten Objekten stark vertreten. Berlin hat somit in den vorangegangenen Jahre eine sehr breit diversifi-

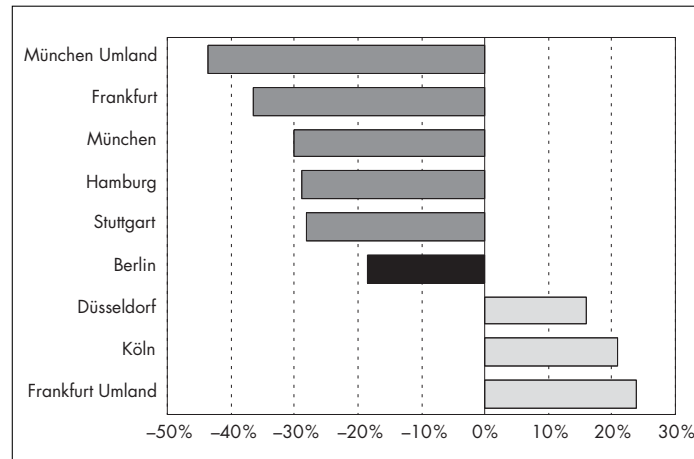


Abb. 6: Vermietungen 2002 gegenüber Fünfjahresdurchschnitt (1997 bis 2001).
Quelle: Bulwien AG.

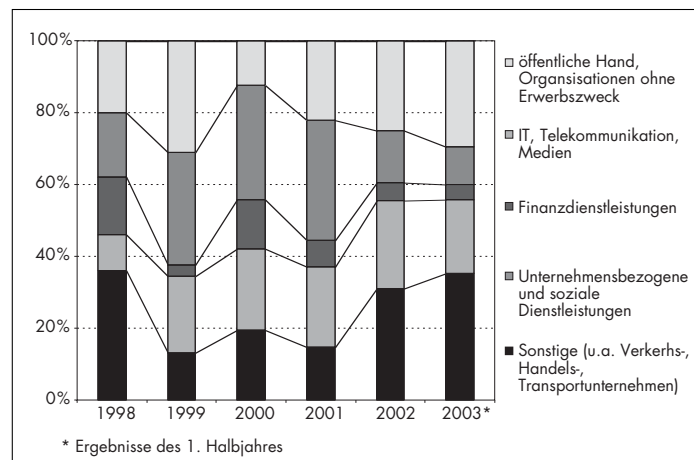


Abb. 7: Branchenstruktur der Nachfrage nach Büroflächen.
Quelle: AENGEVELT-RESEARCH.

zierte Nachfragestruktur aufzuweisen.

Die in den letzten Jahren erheblich rückläufige Nachfrage aus dem Unternehmensbereich der New Economy konnte durch grössere Flächenumsätze von Institutionen der öffentlichen Hand sowie von Verkehrs- und Transportunternehmen weit gehend ausgeglichen werden. Im Jahr 2001 entfiel noch rund ein Drittel aller Büroflächenumsätze auf Unternehmen der IT-, Telekommunikations- und Medienbranche, im ersten Halbjahr 2003 lag der Marktanteil dieser Nachfragegruppe dagegen nur bei ca. 10,5%. Die stärksten Nachfrageimpulse kamen sowohl 2002 als auch im ersten Halbjahr 2003 aus den Bereichen der sonstigen Büronutzer (v.a. Verkehrsun-

ternehmen) und der öffentlichen Hand bzw. Interessenvertretungen.

Das Vermietungsvolumen wird sich in Berlin 2003 auf einem ähnlichen bis leicht sinkenden Niveau wie im letzten Jahr bewegen. Schwerpunkt der Vermietungsaktivitäten werden wiederum die 1b-Lagen in den Bezirken Mitte, Kreuzberg und Charlottenburg sein.

Trotz des relativ hohen absoluten Volumens zwischen 300 000 und 400 000 Quadratmetern ist der Flächenumsatz in Berlin bezogen auf den Flächenbestand sehr niedrig. Das mittlere jährliche Umsatzvolumen entspricht nur 3% des Flächenbestandes, was eine sehr geringe Umzugsdynamik anzeigt. Dies ist einerseits Folge der geringen

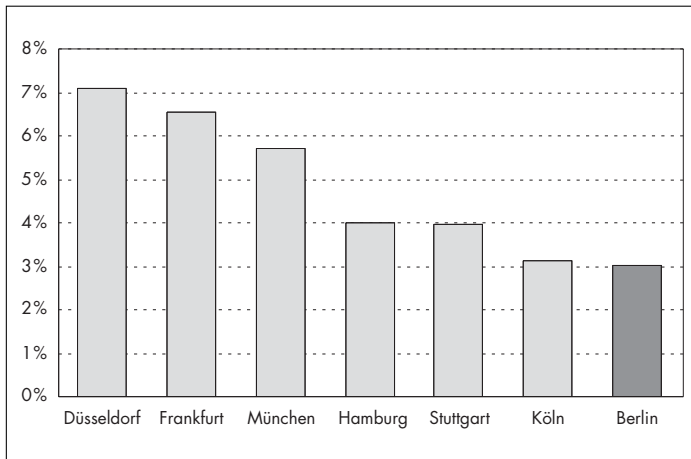


Abb. 8: Flächenumsatz im Fünfjahresmittel bezogen auf Bestand.

Quelle: Bulwien AG.

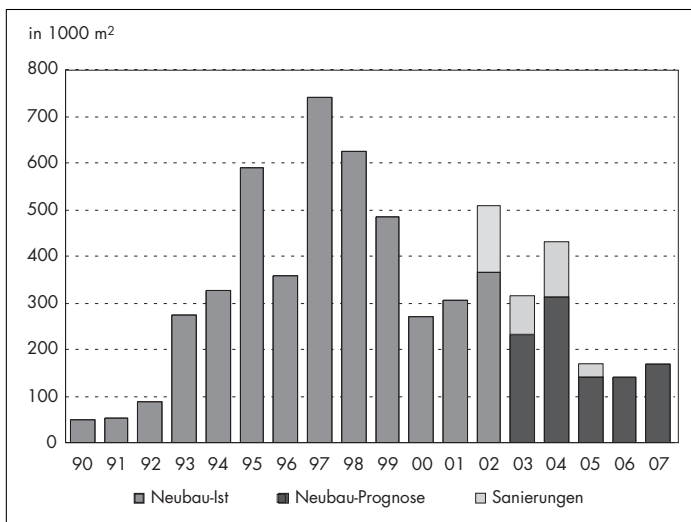


Abb. 9: Fertigstellungen von Büroflächen in Berlin 1990 bis 2007.

Quelle: Statistisches Landesamt, Berechnungen Bulwien AG.

wirtschaftlichen Dynamik in der Region wie auch der geringen Präsenz von Grossunternehmen in der Region. In Düsseldorf sind demgegenüber zahlreiche Beratungs- und Finanzunternehmen ausschlaggebend für einen sehr hohen relativen Flächenumsatz.

Mittel- bis langfristig ist für Berlin parallel zur volkswirtschaftlichen Entwicklung mit Schwankungen in der Büroflächennachfrage zu rechnen. Wie in anderen deutschen Wirtschaftsregionen auch ist in Berlin somit weder ein massiver Einbruch noch ein sprunghafter Anstieg der Flächenumsätze bis 2006/

2007 zu erwarten. Strukturell sind dagegen durchaus Potenziale zu einem Umsatzwachstum im Büroflächenmarkt gegeben – vorausgesetzt, die ökonomischen Grundlagen verbessern sich schrittweise.

Angebotsparameter auf dem Büroimmobilienmarkt

Das Fertigstellungsvolumen von Neubauten 2002 hat sich mit rund 363 000 Quadratmetern im Neubau (inklusive Jakob-Kaiser-Haus des Bundestages mit zirka 120 000 Quadratmetern) und

142 000 Quadratmetern in sanierten Objekten auf einem leicht höheren Niveau als in den Jahren 2000/2001 bewegt. Wichtige Grossprojekte, die im letzten Jahr fertig gestellt wurden, sind u.a. das SpreePalais am Dom des Deka-ImmobilienFonds mit 22 915 Quadratmetern Bürofläche und das Energie Forum Berlin der HPE Development GmbH (R+V Versicherung) mit 18 200 Quadratmetern Bürofläche am Stralauer Platz in Friedrichshain.

Die jeweils rund 233 000 und 312 000 Quadratmeter errichtete Neubaufäche in diesem und im nächsten Jahr liegen ebenfalls unter dem durchschnittlichen Fertigstellungsvolumen der 1990er-Jahre.

Rund ein Drittel der im ersten Halbjahr 2003 bzw. zurzeit im Bau befindlichen Flächen liegt in den 1a-Lagen von Mitte und dem Potsdamer/Leipziger Platz. In den 1b- bzw. Innenstadtrandlagen dieser Bezirke sowie in Friedrichshain, Kreuzberg und Prenzlauer Berg werden die restlichen zwei Drittel realisiert oder projektiert.

In den peripheren Lagen sind so gut wie keine Bauaktivitäten festzustellen. Wichtige, derzeit im Bau befindliche spekulative Büroprojekte liegen in den 1a-Lagen, so z.B.:

- Domaquarée der DIFA an der Museumsinsel mit 19 500 Quadratmetern Bürofläche (Fertigstellung 1. Quartal 2004);
- Spreekarree an der Friedrichstrasse/Ecke Schiffbauerdamm mit 13 500 Quadratmetern (Fertigstellung 1. Quartal 2004).

Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich die Mietpreisvorstellungen bei der Vielzahl von Premium-Projekten durchsetzen lassen. Nachfrager, die bereit sind, Mieten über 20 Euro je Quadratmeter zu zahlen, mieten in Berlin nur vereinzelt an – und dann vor allem kleinteilige Flächen. So sind die Ende 2002 fertig gestellten Bürogebäude SpreePalais am Dom, Leipziger Strasse 120 (HUK Coburg) und Friedrich Carré mit insgesamt rund 67 000 Quadratmetern noch grösstenteils unvermietet.

Als Spezifikum für Berlin kommen umfangreiche Sanierungen bestehender Büro- und Manufakturgebäude hinzu. Wie in keiner anderen deutschen Stadt

ist dieses Segment von ausserordentlicher Bedeutung für das Büroflächenangebot. Im Jahr 2003 sind es rund 83 000 Quadratmeter und 2004 können es bis zu 122 000 Quadratmeter sanierte Bürofläche werden. Grössere Projekte sind u. a. die Backfabrik.de mit 23 400 Quadratmetern in Prenzlauer Berg (Fertigstellung bereits Ende 2002), mehrere ehemalige Manufakturen in Mitte, wie die Reinhardtstrassen-Höfe, die Edison Höfe, die Humboldt-Höfe, der Chausseehof oder die Wall-Street-Lofts, die Königliche Eisenbahndirektion der Vivico GmbH mit 29 700 Quadratmetern oder das Bürohaus Friedrichstadt, Quartier 110 der Zurich Financial Services Group mit rund 24 100 Quadratmetern.

In der Entwicklungsphase zwischen 1999 und 2001, als sich der Berliner Büromarkt in einem zwischenzeitlichen Aufschwung befand, wurde in grösserem Umfang wieder mit dem Bau spekulativer Bürovorhaben begonnen. Das spiegelt sich deutlich in den rückläufigen Vorvermietungsquoten nach dem Jahr 2000 wider. Ende 2000 waren vom gesamten Fertigstellungsvolumen dieses Jahres bereits ca. 77% durch Mietverträge oder Eigennutzerentscheidungen vom Markt absorbiert. Im Jahr 2001 belief sich diese Vorvermietungsquote auf immerhin noch ca. 67%, im Folgejahr 2002 allerdings nur noch auf ca. 31%. Vom Fertigstellungsvolumen des laufenden Jahres 2003 sind bislang nur ca. 27% vertraglich gebunden, 73% dagegen stehen als spekulativ errichtete Flächen dem Markt noch zur Verfügung. In den kommenden Jahren werden sich diese Relationen aber drastisch verändern, da die Banken spekulative Bürovorhaben nur noch im Ausnahmefall finanzieren werden.

Für die Jahre 2005 bis 2007 sind geringere Fertigstellungsvolumina absehbar. Auf Grund des weiterhin hohen Leerstandes und einer geringen Vorvermietungsquote werden Projekte zurückgestellt oder einer anderen Nutzung zugeführt. Beispiele hierfür sind das Gläserne Bürogebäude von Bischoff & Compagnon/MAB (Hotelnutzung angedacht) an der nördlichen Friedrichstrasse und das Spreinsinus der KapHag AG in Friedrichshain.

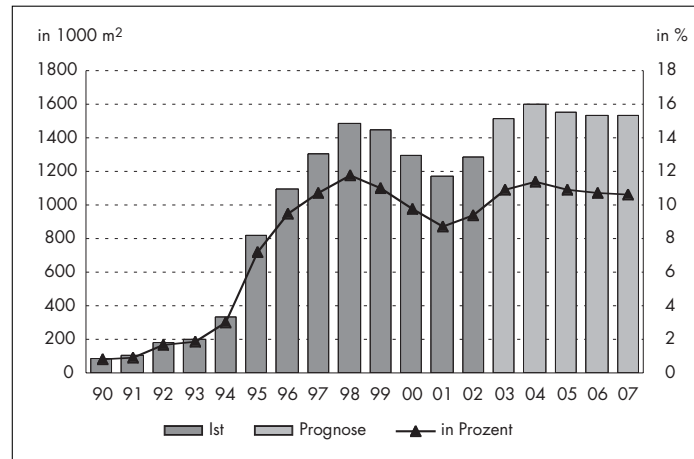


Abb. 10: Büroflächenleerstand in Berlin 1990 bis 2007.

Quelle: Bulwien AG.

Auf Grund der geringen Nettoabsorption stieg der Leerstand bis Ende 2002 bei einem Flächenbestand von 13,7 Millionen Quadratmetern nach gif-Richtlinie respektive 17,7 Millionen Quadratmetern BGF auf rund 9,4% nach gif-Richtlinie (entspricht 7,3% nach BGF) an. In den kommenden Jahren wird sich der Leerstand auf relativ hohem Niveau bei ca. 1,5 Millionen Quadratmetern bis 1,6 Mio. Quadratmetern einpendeln, was Leerstandsquoten von rund 10,5% bis 11,5% nach gif-Richtlinie (8,2% bis 8,8% bei BGF) entspricht. Damit liegt dann diese Quote in Berlin voraussichtlich niedriger als in Frankfurt/Main.

Neu ist allerdings die Qualität der leer stehenden Objekte. Die Konzentration der aktuell im Bau befindlichen, spekulativen Projekte in hochpreisigen Lagen und eine eventuell zunehmende Tendenz von Grossnutzern, eigene Büroflächen zu entwickeln, werden zu einem verschärften Preiskampf im Premium-Segment führen. Bestandsflächen mit objektspezifischen oder lagebedingten suboptimalen Bedingungen werden weiterhin schwer zu vermieten sein.

Der Anteil älterer Bestandsflächen an der gesamten kurzfristig verfügbaren Angebotsreserve an Büroflächen war deshalb in den letzten Jahren weiter rückläufig und beläuft sich aktuell nur noch auf knapp 6% des am Markt offerierten Leerstandes. Unsanierte Büroflächen in «Bestandsbrachen», die nicht

innerhalb von drei Monaten bezugsfähig sind, werden bei diesen Erhebungen nicht berücksichtigt. Der Anteil von Neubaufächen am kurzfristig verfügbaren Marktangebot war in den letzten Jahren tendenziell rückläufig. Dennoch befanden sich auch im Juni 2003 noch ca. 65% aller in Berlin leer stehenden und kurzfristig vermarktungsfähigen Büroflächen in Neubauobjekten. Der Marktanteil leer stehender Flächen in sanierten und modernisierten Büroobjekten an der gesamten kurzfristig verfügbaren Angebotsreserve hat sich auf knapp 30% erhöht. Mit der verstärkten Sanierung, dem Um- und Ausbau von Gewerbeobjekten für Büronutzungen hat sich nicht nur der Wettbewerb zwischen den Anbietern von Neubaufächen, sondern auch zwischen den Neubauobjekten und den häufig anspruchsvoll sanierten Bestandsimmobilien verschärft. Der Trend zur Modernisierung und damit stärkeren Aufwertung von Altbau-Büroimmobilien wie auch zur Umnutzung von Industrie- und Gewerbebauten für hochwertige Dienstleistungsnutzungen wird sich auch mittel- und langfristig fortsetzen, sodass sich keine Entschärfung der Wettbewerbssituation zwischen den Anbietern von Neubau- und komplett modernisierten Büroflächen abzeichnet.

Mittel- bis langfristig wird sich der Leerstand von Büroflächen zwar nicht nach oben, aber auch nicht signifikant nach unten bewegen. Büroprojektent-

wicklungen müssen selbst bei guten Objektkriterien einen gewissen Prozentsatz an Leerstand bei den Ertragserwartungen einkalkulieren.

Mietentwicklung auf dem Berliner Büroimmobilienmarkt

Ähnlich der Entwicklung in anderen Städten ist in Berlin seit 2001 ein Rückgang der Spitzen- und Durchschnittsmieten zu beobachten. Ende 2002 wurde die Spitzenmiete von den Marktteilnehmern in Berlin bei 24,50 Euro je Quadratmeter gesehen, was einen Rückgang im Vergleich zu 2002 von rund 13% ergibt. Ausnahmen bildeten zwei kleinteilige Vermietungen im Büro- und Konferenzzentrum der DG-Bank am Pariser Platz 3 mit jeweils rund 43 Euro pro Quadratmeter im zweiten Quartal. Im ersten Halbjahr 2003 wurden bei den Spitzenmieten rund 22,00 Euro pro Quadratmeter erzielt.

Bis zum Jahreswechsel 2004/2005 wird trotz eines relativ geringen Fertigstellungsvolumen und eines stabilen Vermietungsumsatzes ein weiterhin stagnierendes Spitzenmietniveau von maximal 22,50 Euro je Quadratmeter gelten. Die Spitzenmiete wird damit bis 2007 unter dem Niveau von Mitte der 1990er-Jahre liegen. Danach werden die Spitzenmieten voraussichtlich wieder leicht ansteigen.

Einen negativen Einfluss auf das Niveau der Spitzen- und Durchschnittsmieten hat die beobachtbare räumliche Divergenz zwischen Vermietungen und Projektentwicklungen. Während sich rund ein Drittel aller bis Ende 2004 realisierten Büroflächen in 1a-Lagen mit durchschnittlichen Mietansätzen von ca. 20 Euro je Quadratmeter und darüber befinden, wurden im letzten Jahren nur ca. 10% aller Vermietungen in diesem Preissegment getätigt. Es bleibt abzuwarten, inwieweit der Trend zu kostengünstigeren Standorten in den 1b-Lagen der Bezirke Mitte, Kreuzberg oder Friedrichshain anhält und ein verstärkter Preisdruck in den 1a-Lagen einsetzen wird.

Wirtschaftsbereich	2002	Erwarteter Impuls	Entwicklung bis 2015
Verarbeitendes Gewerbe	55 500	Wachstum in FuE; Abbau einfacher Verwaltungsberufe; in Summe neutral	0
Energie- und Wasserversorgung	7 600	Rationalisierung durch Verschärfung des Wettbewerbs	-600
Baugewerbe	21 000	Leichtes Wachstum mit konjunkturellem und regionalem Aufschwung; insgesamt jedoch weiterer Rückgang der Beschäftigung	-500
Handel, Instandhaltung, Reparatur von Kfz usw.	39 100	Leichter Rückgang durch Rationalisierungsmassnahmen in der Verwaltung	-1 000
Gastgewerbe	3 500	Leichter Bedeutungsanstieg durch Tourismus	300
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	20 300	Konsolidierung und Wiederanstieg von TIME-Dienstleistungen	3 700
Kredit- und Versicherungsgewerbe	41 400	Starke Rationalisierung bei Filialen – weiterer Abbau bei lokalen Banken und Versicherungen	-4 000
Allg. Dienstleistungen	116 400	Starkes Wachstum in Beratung, IT-Dienstleistungen, Medien, Immobilienwirtschaft	20 000
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	73 900	Reduzierung beim Senat und den Bezirken; Wachstum Bund; Leichter Anstieg in der Summe	3 500
Erziehung und Unterricht	27 200	Neutral durch Verschiebung von Schul- zu Erwachsenenbildung	0
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	31 500	Rückgang durch Rationalisierung des Gesundheits- und Sozialwesens versus Anstieg des Bedarfes durch demografische Entwicklung	-2 000
Erbringung sonstiger Dienstleistungen	33 700	Hohes Wachstumspotenzial bei haushaltorientierten Dienstleistungen	3 000
Sonstige Wirtschaftsbereiche (Bergbau; Landwirtschaft usw.)	500	Neutral	0
Beamte	50 500	Deutliche Reduzierung beim Land; Wachstum Bund; Leichter Rückgang in Summe	-5 000
Selbstständige	89 300	Deutliche Zunahme in Folge von Liberalisierung des Arbeitsmarktes und differenzierten Dienstleistungen	10 000
Summe	611 400		27 400

Tab. 3: Bürobeschäftigtenprognose 2002 bis 2015.

Quelle: Bulwien AG auf Basis von Daten der Bundesanstalt für Arbeit.

Prognose zum Berliner Dienstleistungs- und Bürosektor

Die Prognose der künftigen Bürobeschäftigtenzahlen in Berlin ist ein wesentlicher Parameter für die langfristige Entwicklung des regionalen Büroimmobilienmarktes. Die künftige Büroflächenentwicklung resultiert dabei weniger unmittelbar aus dem direkten neuen Büroflächenbedarf für zusätzliche Beschäftigte; dieser ergibt sich vielmehr aus den qualitativen Veränderungen der Wirtschaftsstruktur und des genutzten Ge-

bäudebestandes. Dennoch zeigt die Einschätzung der künftigen Bürobeschäftigtenentwicklung wichtige strukturelle Veränderungen auf und versucht zudem, dynamische Wirtschaftsbereiche zu identifizieren, die eventuell weiteres Bürobeschäftigtenwachstum generieren. Für die Prognose der Bürobeschäftigten ist aktuell von fünf Prämissen auszugehen:

- Der massive wirtschaftliche Strukturwandel Berlin verlangsamt sich, die Talsohle scheint durchschritten. Der Beschäftigtenabbau im produzierenden

Unternehmenstyp	Beispiele in Berlin
Global Player Indexierter, börsennotierter Konzern Überregionales Dienstleistungs- oder Warenangebot Weltweites Standortnetz (mind. 1 Standort in Berlin mit nationaler Entscheidungskompetenz; Hauptstadtrepräsentanz)	Schering, Debis, Siemens, Adtranz, Deutsche Bank, BMW, Coca-Cola, Sony
Business Community Überregionales Dienstleistungs- oder Warenangebot in etablierten Branchen Überwiegend mittelständische Struktur	Dussmann, Springer Verlag, Sarotti, KPMG, PwC, Bankgesellschaft
New Economy Gründungsunternehmen oder Technologietöchter von Grosskonzernen Überregionales Angebot in neuen Wirtschaftsfeldern	ID Media, Echtzeit, PSI, Pixelpark, Eckert & Ziegler
Local Dinos Lokales Dienstleistungs- oder Warenangebot Grosse Service-Agglomerate, oftmals (halb-)öffentlich	GSW, BEWG, Bezirks- und Senatsverwaltungen, Gerichte, Krankenhäuser, Universitäten
City Services Dienstleistungsangebot für den lokalen Markt Überwiegend kleine und mittlere Unternehmen	Rechtsanwälte, Grosshandel, Reisebüros, ambulante Gesundheitsdienste

Tab. 4: Merkmale der fünf Unternehmenstypen.

Quelle: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin: Bürostandort Berlin – Strukturen und Perspektiven bis 2010.

Gewerbe und in der Bauwirtschaft kann künftig (im Gegensatz zu den vorangegangenen Jahren) zum Teil von positiven Beschäftigungsimpulsen durch überregionale Dienstleistungen kompensiert werden.

- Im Kredit- und Versicherungsgewerbe wird der Beschäftigtenabbau im Zuge von Rationalisierungsmassnahmen bei Filialen, aber auch den lokalen Instituten insgesamt anhalten.

- Der zu erwartende Abbau von SVP-Beschäftigten in den Senats- und Bezirksverwaltungen Berlins verläuft langfristig und wird durch einen Zuwachs von Stellen im Umfeld der Bundesregierung mehr als ausgeglichen (Umzug weiterer Regierungsstellen aus Bonn nach Berlin). Bei den Beamten ergibt sich per saldo allerdings ein Stellenabbau.

- Bereits stattgefunden hat die Konsolidierung der in Berlin stark vertretenen IT-Dienstleistungen und Medien – diese ebnet den Weg für einen im Städtevergleich überdurchschnittlich stark verlaufenden weiteren Beschäftigtenzuwachs im Dienstleistungssektor. Auch aus der Biotechnologie werden langfristig positive Impulse für den Büroimmobilienmarkt erwartet.

- Inwieweit die EU-Osterweiterung positive oder negative Impulse für Berlin bringt, ist derzeit nicht absehbar. Andere Städte weisen hierbei auf Grund der bestehenden Verkehrsinfrastruktur, aber auch von Geschäftsbeziehungen eine bessere Ausgangsposition auf. Der Zuzug von Hauptstadtrepräsentanzen grosser deutscher und europäischer Unternehmen nach Berlin erfolgt jedoch weiterhin auf geringem Niveau.

Von 2002 bis 2015 wird in der Prognose von einem Bürobeschäftigtenanstieg um etwa 27 400 ausgegangen. Das entspricht einem Wachstum von knapp 4,5% in den nächsten 13 Jahren. Die Grundannahmen hierfür sind ein genereller, nachhaltiger gesamtwirtschaftlicher Aufschwung sowie geringe positive Auswirkungen durch einen funktionalen Strukturwandel innerhalb der Wirtschaftsbereiche. Wichtigste Impulsgeber werden wie schon in den vergangenen Jahren die unternehmensorientierten Dienstleistungen aus den Berei-

chen Beratung, IT und Medien sowie Verwaltungsstellen und Organisationen im Umfeld der Bundesregierung sein.

Die vorgelegte Prognose liegt unterhalb einer Bürobeschäftigtenprognose, die 2001 von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung veröffentlicht wurde. Ausschlaggebend für die Korrektur sind vor allem die erheblich geringeren Wachstumseffekte durch die so genannte New Economy und die allgemeine konjunkturelle Entwicklung, die sich auf Grund einer relativ schwachen lokalen Wirtschaftsstruktur insbesondere in Berlin negativ niederschlägt.

Eine Fortführung der Bürobeschäftigtenprognose nach Unternehmenstypen – in Anlehnung an die Bürostudie 2010 der Senatsverwaltung Berlin vom Jahr 2001 – gibt Hinweise, inwiefern sich daraus räumliche Effekte ergeben. Ausgehend von der Beobachtung, dass die Standortwahl innerhalb des Stadtgebietes wesentlich von Selbstverständnis und Aktionsradius des Unternehmens abhängt, werden die fünf Unternehmenstypen Global Player, Business Community, New Economy, Local Dinos und City Services unterschieden (vgl. Tabelle 4).

Dabei ist klar, dass sich die einzelnen Typen teilweise überschneiden. Einerseits gehen die Grössenordnungen etwa zwischen Global Player und Business-

Community fließend ineinander über. Andererseits sind die in Berlin ansässigen Funktionen oft nicht repräsentativ für das Gesamtunternehmen. In den Typ New Economy werden lediglich junge Unternehmen aus dem Internetbereich und der Biotechnologie, Venture-Kapitalisten sowie verwandte Bereiche einbezogen.

Die Standortanforderungen eines Unternehmens können vereinfacht durch die einzelnen Unternehmenstypen kategorisiert werden. Die Global Player und die Business Community stellen insgesamt die höchsten Anforderungen an einen potenziellen Standort. Innerhalb der Berliner Teilräume sind vor allem die Standortbereiche in den Citylagen und Cityrandlagen für Unternehmen aus diesen Gruppen geeignet.

Bei den Global Playern differenziert sich insbesondere bei den Themen Citylage, Image/Adresse und Nähe zu politischen Entscheidungsträgern das Ansiedlungsverhalten, je nachdem ob es sich um eine Hauptstadtrepräsentanz oder um einen Verwaltungs- und Produktionsstandort handelt. Die Business Community ist insgesamt weitaus stärker auf eine gesunde lokale Haushalts- und Wirtschaftsstruktur angewiesen als die Global Player.

Für die Gruppe der New-Economy-Unternehmen gelten prinzipiell die glei-

chen Standortanforderungen wie für die Business Community, nur in abgeschwächter Form. Die wichtigsten Unterschiede sind hierbei bei den Kriterien Image bzw. Ambiente zu beobachten. Ambiente/Adresse bedeutet hier: weg von den typischen Verwaltungsstandorten, hin zu ungewöhnlichen Trendquartieren bzw. in mischgenutzte Cityquartiere, die urbanes Leben aufweisen.

Die Local Dinos haben insgesamt betrachtet die am wenigsten spezifischen Standortanforderungen. Neben der Anbindung an das ÖPNV-Netz sind es vielmehr objektspezifische Kriterien, wie etwa günstige Mieten und Flächenverfügbarkeit, die bei einer Entscheidung die entscheidende Rolle spielen.

Für die City Services mit Ihren haushaltsorientierten Dienstleistungen ist die Kundennähe von entscheidender Bedeutung. In den Bezirkszentren finden City-Service-Unternehmen die besten Standortbedingungen vor, da hier die Erreichbarkeit mit ÖPNV und PKW gegeben ist und die Kunden im Rahmen von Einkäufen zugleich Dienstleistungsangebote wahrnehmen können (Kopplungstätigkeiten). Bei den City Services ist Wachstum vor allem in den Bezirken festzustellen, die eine positive Bevölkerungsentwicklung beziehungsweise kaufkräftige Haushalte aufweisen.

Hinsichtlich der Bedeutung der einzelnen Unternehmenstypen ergibt sich, dass die in der Öffentlichkeit viel beachteten Global Players und die Unternehmen der New Economy zusammen weniger als 10% aller SVP-Bürobeschäftigten stellen, während die überwiegend auf regionale Kunden ausgerichteten City Services und Local Dinos mehr als die Hälfte aller Bürobeschäftigten in Berlin ausmachen.

Allerdings werden die Local Dinos und die City Services, die in den peripheren Bürolagen die wichtigsten Nachfragegruppen bilden, in den nächsten Jahren ein geringeres Wachstums verzeichnen als die eher zentrumsorientierten Global Players, die Business Community und die New Economy. Die relativen Anteile dieser beiden Unternehmenstypen werden ebenfalls leicht zurückgehen.

Für den Büromarkt Berlin bedeutet dies, dass in den eher peripheren Bezir-

ken wie etwa Spandau, Marzahn-Hellersdorf, Neukölln oder Lichtenberg-Hohenschönhausen die Nachfrage nach Büroflächen weiter abnehmen wird. In den zentralen Bürolagen von Mitte, Charlottenburg oder Kreuzberg-Friedrichshain werden sich hingegen zukünftig sowohl die Nachfrage als auch die Angebotserweiterung noch stärker als in den letzten Jahren konzentrieren.

Wichtige langfristige städtebauliche Entwicklungspotenziale

Nach den übergeordneten Planungen und dem geltenden Flächennutzungsplan können innerhalb des Berliner Stadtgebietes rund 18 Millionen Quadratmeter Büroflächen (BGF) errichtet werden. Von diesem Potenzial entfallen 4,6 Millionen Quadratmeter auf die Innenstadt, 3,9 Millionen Quadratmeter auf die Ringzone (S-Bahn-Ring) sowie 9,6 Millionen Quadratmeter auf die Äussere Stadt.

Bemerkenswert ist das grosse Flächenpotenzial in der Innenstadt. Trotz der umfangreichen Potenziale zur Nachverdichtung durch Baulückenschliessung ergibt sich dieses Volumen vor allem aus einzelnen Grossprojekten und Entwicklungsgebieten: Alexanderplatz, Lehrter Stadtquartier, Potsdamer Platz/Leipziger Platz, Zoo-Bogen/Breitscheidplatz, Gleisdreieck, Spreestadt Charlottenburg, Entwicklungsachse Mediaspree, Anschutz-Areal.

Insgesamt entfallen etwa zwei Drittel aller innerstädtischen Potenziale auf Entwicklungsschwerpunkte, der Rest auf Einzelflächen im bestehenden stadträumlichen Gefüge. Die Potenziale in Relation zur Grösse der Stadträume ergeben zudem ein extrem hohes Flächenpotenzial in Berlin-Mitte.

Die Potenziale der wichtigsten innerstädtischen Entwicklungsbereiche ergeben insgesamt ca. 4,6 Millionen BGF. Wesentliche Phasen der Vorhaben in allen Entwicklungsgebieten werden über einen mittelfristigen Realisierungshorizont hinauslaufen, d.h. zum Teil erst nach 2015 komplett realisiert werden.

Neben einem eher unsicheren Entwicklungshorizont am Gleisdreieck und am Anschutz-Areal sind auch die Büro-

turmplanungen am Alexanderplatz unter immobilienwirtschaftlichen Gesichtspunkten mit Fragezeichen zu versehen. Vielmehr ist eine Realisierung von Bürogebäuden in den Randbereichen des Alexanderplatzes wahrscheinlicher.

Zusammenfassung und Fazit

Die Perspektive für den Dienstleistungsstandort Berlin und damit seinen Büroimmobilienmarkt ist also – nach der Euphorie in den Jahren nach dem Fall der Mauer und der Ernüchterung in den Folgejahren – ein zunehmender wirtschaftsstruktureller und städtebaulicher Konzentrationsprozess. In die beschriebenen vitalen Kernbereiche fliessen auch aktuell Immobilieninvestitionen von institutionellen Anlegern, die gegenüber anderen deutschen Wirtschaftszentren wie München und Frankfurt/Main auf gleichem Niveau oder zeitweise sogar darüber liegen. Wie stark diese Investitionen weiterhin von der Hoffnung auf eine überdurchschnittliche Wirtschaftsentwicklung getragen sind, belegt die Entwicklung der durchschnittlichen Nettoanfangsrenditen als Ausdruck des Immobilienwertes, der den Objekten zugeschrieben wird: Das gleich bleibende Niveau um 5%, getragen von nationalen wie von internationalen Investoren, belegt eine anhaltende Fokussierung auf die Chancen Berlins, an Stelle der offensichtlich gewordenen Risiken.

Andreas Schulten
Bulwien AG
Wallstrasse 61
D-10179 Berlin
schulten@bulwien.de

Zwischen Spardiktat und Exzellenzansprüchen

Wissenschaftsstadt Berlin

In this essay, we critically evaluate the potential of and the obstacles to successfully implementing knowledge- and science-based developmental strategies within the metropolitan area of Berlin. Taking the difficult historical background as a point of departure (peripheral metropolis, divided city, parallel institutions), our argument stresses the paradoxical co-presence of cramped knowledge sites, some excellent science clusters and highly attractive cultural scenes, on the one hand and, severe reduction politics within the realm of universities and research and development on the other. This results in a mostly self-encumbered lock-in situation, which progressively endangers any creative steps into a "knowledge-based future" for the metropolitan area as a whole.

Besides a survey of the most important science institutions and competency clusters within the Berlin Region, special attention is given to knowledge milieus and to private as well as civil-based activities as a way to overcome the above-mentioned lock-in situation. The resulting thesis is short and seems to us to be obvious: Berlin has to strengthen and concentrate its competencies within the fields of science, research and development and knowledge and it has to integrate these into a strategic science- and knowledge-development agenda. Otherwise, it will fall behind in the harsh competition between the leading European metropolitan areas, and become a truly peripheral metropolis.

0. Märchenhaftes Vorspiel: Dahlem – ein deutsches Oxford?

«Nur wenige Orte in der Welt werden als Zentren der Wissenschaft bezeichnet. Dahlem, ein Ortsteil von Zehlendorf, auf keiner Karte von Deutschland namentlich ausgewiesen, gehört zu den hervorragenden Stätten der Naturfor-

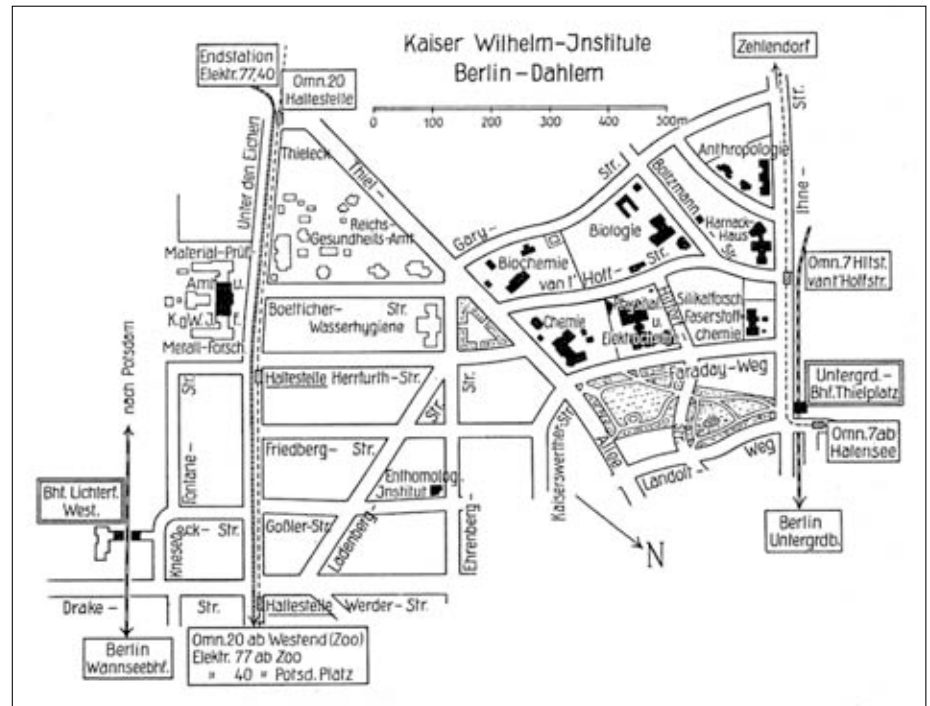


Abb. 1: Kaiser-Wilhelm-Institute in Berlin Dahlem.

Quelle: Domäne Dahlem 1992:9

schung des 20. Jahrhunderts. In Dahlem haben dreizehn Nobelpreisträger in den Kaiser-Wilhelm- oder Max-Planck-Instituten gearbeitet und mit ihnen eine weit grössere Anzahl nicht so spektakulär ausgezeichnete, aber ebenfalls überragender Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.» (Domäne Dahlem 1992:3.) Der Welterfolg der Dahlemer Forschungsinstitute insbesondere vor 1933 hatte mehrere «Treiber» und einige ökonomische wie institutionelle Kontextbedingungen. Wie in einem Brennglas zeigt dieser Erfolg erste wichtige Ingredienzien einer erfolgreichen Kontextsteuerung wissenschaftlicher Innovationen: Freiheit der Forschung im Rahmen von Exzellenznetzen (Harnack-Prinzip), eine hohe Diskurskultur und die Wahl zukunftsfähiger Forschungsthemen, eine perspektivisch denkende Verwaltung, institutionelle Lernprozesse und bürgergesellschaftliche (Mäzenaten-)Netzwerke. Mit dieser Mixtur gelang es, Berlin-Dahlem zu einem metropolitanen «sticky knowledge place» zu entwickeln – und mit diesem Konzept versucht die sozialwissenschaftliche Raumforschung heute, Clustereffekten

zwischen Hochschuleinrichtungen, F&E-Institutionen, wissenschaftlichen Ökonomieformen und dynamischen Stadtentwicklungen auf die Spur zu kommen (vgl. Malecki 2000; Markussen 1996, s.a. Florida, Cohen 1999; Nowotny et al. 2001; Meusburger 1998; Matthiesen 2004). Wir wollen es hier versuchsweise als Messlatte für die gegenwärtige Wissenschaftslandschaft Berlin benutzen.

1. Einleitende Bemerkungen: Die Stadt als Attraktor und die Wissenschaftspolitik am Rande des Kommas?

Epochenbruch: 75 Jahre später ist in der Metropolregion Berlin-Brandenburg mit älteren wissenschaftspolitischen Erfolgsgeschichten nicht mehr viel Staat zu machen. Die bedeutende Industrieforschung in der vormals grössten Industriestadt Europas etwa wurde unter den Streichen einer flächendeckenden Deindustrialisierung bis auf wenige Reste ausgedünnt. Zugleich wirkt sich der Druck einer extremen Überschuldung des Landeshaushalts immer stärker auf

die Finanzausstattung der Wissenschaftsinstitutionen aus (der Schuldenstand Berlins belief sich im Februar 2004 auf 48 Milliarden Euro; hinzu kommen 21,6 Milliarden Euro Bürgerschaft für Immobilienrisiken der Berliner Bankgesellschaft). Eine bürgerschaftliche Initiative hat diese extreme finanzielle Schieflage gerade zu dem wenig charmanten Politikurteil verdichtet, die Stadt werde durch «ein weit verzweigtes Kartell aus Unfähigkeit, Verantwortungslosigkeit und Korruption» gelähmt (s. Jan Thomsen: «Prominente gegen ein Kartell der Unfähigkeit», Berliner Zeitung, 4.2.2004). Das ist mit Sicherheit zu engagiert gesprochen. Als Konsequenz dieser Überschuldungskrise schneidet nun allerdings das Diktat einer späten, umso gnadenloseren Sparpolitik (Hauptakteur: SPD-Finanzsenator Thilo Sarrazin) in wichtige Kompetenz- und Exzellenzfelder der Wissenschaft, insbesondere der Universitäten sowie der ausseruniversitären Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen hinein. Dabei ist bisher überhaupt nicht erkennbar, dass diese strukturellen Einschnitte mit politischen und sozioökonomischen Perspektivkonzepten für die Metropolregion verbunden wären. Berlin, bekanntermassen «rohstoffarm und küstenfern», gefährdet insofern seine wichtigste zukunftsfähige Ressource: Wissen, Wissenschaft, Bildung, Humankapital, «brain». Die Rede von der «Enthauptung» (Bernd Kauffmann, Stiftung Schloss Neuhausen) geht um.

Peer Pasternack, letzter amtierender Wissenschaftsstaatssekretär, warf schon im Sommer 2003 entnervt das Handtuch. Ein entscheidendes Dreivierteljahr blieb dieser wissenschaftspolitisch zentrale Posten unbesetzt. Laienhaft und ohne gesteigerten Einsatz wurden die Geschäfte einer Neuformierung der Berliner Wissenschaftslandschaft von Kultursenator Flierl miterledigt. Pasternack, der aus der Hochschulforschung kam und nach seinem Ausflug in die Berliner Wissenschaftspolitik dorthin gern wieder zurückgekehrt ist, erklärte in einem Interview im August 2003, dass er nie damit gerechnet habe, in einer Stadtregierung mit so hoher Wissenschaftsdichte auf eine derartige «Ignoranz gegenüber

der Wissenschaft» (Matthiesen/Bürkner 2003) zu treffen. Verschlafen also Berlin und dessen altberlinerisch filzartige Akteursnetze (die gleichermaßen in West wie Ost zu Hause sind) den Anschluss an die sich weiter beschleunigenden Innovationsdynamiken in den Wissensgesellschaften? Verliert Berlin im Kontext der rapide sich verschärfenden Konkurrenzkämpfe zwischen europäischen Metropolregionen entscheidend an Boden? Und wie findet die Wissenschaftspolitik aus ihrem – zwischen Koma und Hektik alternierenden – unfruchtbaren Zustand wieder heraus?

Zunächst erscheint nur so viel sicher: Die Wissenschaftslandschaft Berlin ist in schweres Fahrwasser geraten. Kaum eine Woche ohne neue «Tartarenmeldungen», keine Woche aber auch ohne Konkurrenzgefechte zwischen den unter dem Spardiktat ächzenden Wissenschaftssparten, -disziplinen und -einrichtungen. Und dennoch: Trotz solch «alarministischer» Gesamtschätzungen gilt weiterhin, dass die Berliner Wissenschafts- und Forschungslandschaft immer noch ein faszinierendes Spektrum an wissenschaftlichen Exzellenzfeldern und kritischen Massen aufweist. Biotechnologie, Medizin, Life Science, Verkehrstechnik, Laser Optik, Medien, Metropolenforschung, Gender Studies, Governance, Bildungsforschung, insgesamt etliche Teilbereiche der Sozial- und Kulturwissenschaften gehören dazu. Allerdings ist deren Konkurrenzfähigkeit zum ersten Mal seit der Restrukturierung nach 1989 ernsthaft gefährdet. Ein Grund dafür ist, dass das harsche Spardiktat bisher alles andere als kooperationsfördernd und netzbildend wirkt. Eher fördert es Tendenzen des «Wegbeissens» von stadtinterner Konkurrenz und Förderung externer Vernetzungen (siehe etwa gerade die «Strategische Allianz» zwischen Freier Universität und – nicht etwa der Humboldt-Universität, sondern der Ludwig-Maximilians-Universität München). Bei den einzusparenden Summen ist das zunächst auch kaum verwunderlich: Die drei Berliner Universitäten sind gehalten, bis 2009 insgesamt 75 Millionen Euro zu kürzen (Freie Universität 22,8 Millionen; Humboldt-Universität 22,9 Millio-

nen; TU Berlin 29,3 Millionen). Insbesondere die TU revoltiert bislang gegen diese Auflagen. Sie möchte nur bis zu einer Sparsumme von 22 Millionen Euro «mitspielen». Die wissenschaftspolitische Drohkeule der Zwangsvergemeinschaftung zu einer überwölbenden «Berlin University» – mit nur noch drei Dependence-Hochschulen – lastet über den Restrukturierungsansätzen und bewirkt also, dass die Hochschulen viel zu sehr von Kooperation auf Konflikt oder Vermeidungsverhalten umgesteuert haben. Erst seit kurzem gibt es ernsthafte Willenssignale, die jeweiligen Strukturpläne zur Umsetzung der Sparauflagen zwischen den Hochschulen genauer abzustimmen. Eben erst wird eingeräumt, dass ein Vollangebot an Forschung und Lehre sich kaum mehr dreimal finanzieren lässt, sondern auch die Universitäten sich auf ihre Stärken zu konzentrieren haben. Das Zauberwort der Clusterbildung (auch Teilcluster der Cluster) macht endlich auch hier die Runde. Es wächst sogar allmählich die Bereitschaft, naturwüchsig entwickelte «Dubletten» oder «Tripletten» im Disziplinenpektrum der Berliner Hochschulen proaktiv zu überdenken. Krise wird hier also erstmals auch als Chance sichtbar.

In paradoxer Gleichzeitigkeit zur Finanzierungskrise gilt für die Berliner Metropolenkultur insgesamt, dass sie dadurch für kreative Wissens- und Kulturmilieus bislang keinesfalls an Attraktivität verliert. Im Gegenteil: Urbane Attraktionspotenziale, «Wissenschaftspolitik am Rande des Komas» und selbstzerstörerische Tendenzen im Umgang mit den Stärken der Wissenschaftsstadt Berlin scheinen paradox verkoppelt, mit hoch gespannten, hybriden neuen Mixturen (vgl. Kap. 4).

Eine weitere wichtige Ebene beeinflusst die Berliner Wissenschafts- und Forschungslandschaft: die Bundesebene der Wissenschafts- und Forschungspolitik. Sie tritt hier sogar spürbarer und markiger auf den Plan als andernorts. Während auf der einen Seite die drei Berliner Universitäten beinahe krampfhaft bemüht sind, die einschneidenden Kürzungsaufgaben von 75 Millionen Euro bis 2009 umzusetzen, lässt die Bundes-SPD und ihre Bundesministerin

für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Edelgard Bulmahn, im Januar 2004 kesserweise von Berlin (genauer: mit einer Rede von der Berliner Humboldt-Universität aus) eine Programminitiative zur besonderen Förderung von Innovationen, Bildung und Eliteuniversitäten vom Stapel. Unter dem neudeutschen Komplextitel «Brain up! Deutschland sucht seine Spitzenuniversitäten» und nach einem bundesweiten Wettbewerb sollen danach die fünf besten Hochschulen mit Sonderzuwendungen von je 50 Millionen Euro pro Jahr den Durchbruch zur Exzellenz-Weltspitze schaffen. Natürlich haben alle drei Berliner Hochschulen prompt schon prophylaktisch erklärt, sich an diesem Wettlauf zu beteiligen. Die Ministerin andererseits versucht mit dieser Initiative offensichtlich, eine aus den angelsächsischen Wissenschaftskulturen adaptierte Strukturvorlage zur Exzellenzgenerierung bundeszentralistisch umzurüsten.

Gleichzeitig laufen in der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) unter dem Signum «Neuordnung der bundesstaatlichen Ordnung» gerade auch für den Wissenschafts- und Forschungsstandort Berlin-Brandenburg entscheidende Verhandlungen über Entflechtungsoptionen von Bundes- und Länderaufgaben. Hauptstreitpunkte sind dabei etwa Mischfinanzierungen in der Forschungsförderung sowie im Hochschulbau – beides für Berlin und seine Wissenschaftslandschaft hoch brisante Themen. Simultan werden aber auch schon wieder neue Koppelungsarrangements ventiliert – im Falle des weltberühmten Berliner Museums für Naturkunde etwa. Der bisherige Verlauf der Entflechtungsdebatte, soweit er denn von aussen überschaubar ist, gibt für die Berliner Wissenschaftslandschaft eher zu neuen Befürchtungen Anlass (s.u. Kap. 2.2 zu den Leibniz-Instituten).

Leider machen es die sich überlagernden strukturellen Malaisen auf Bundes- und Länderebene zwingend, dass die finanzielle und institutionelle Gefährdung der Innovationskraft der Wissenschaftsmetropole Berlin einen weiterhin entscheidenden Fokus dieser Standortbestimmung ausmachen. Zugleich aber

wollen wir auch zeigen, wo zukunftsfähige Kompetenzen neu aufgebaut wurden, wo sich die alte Neugierde auf Neues gehalten hat, in welchen Nischen sich die chronische berlinische Aufgewecktheit reanimiert und wo sich insbesondere über wissens- und wissenschaftsbasierte bürgergesellschaftliche Netze neue anschlussfähige Wissens- und Kulturfelder aufbauen. Dabei bleibt es gerade im Falle Berlins zwingend, immer auch die historischen und ökonomischen Kontexte mitzubedenken.

2. Historische Skizzen: Wissenschaftslandschaft Berlin Ost und West (vor allem seit 1989)

2.1 Wirtschaftsentwicklung in der geteilten Stadt Berlin

Der besondere Entwicklungspfad Berlins als politisch und ökonomisch nach dem zweiten Weltkrieg geteilte und sowohl im Ost- wie im Westteil hoch subventionierte Stadt kam mit der Wende 1989 keinesfalls zu seinem Ende. Vielmehr läutete sie eine neue Etappe ein. Während die Industrieforschung im Ostteil schlicht zusammenbrach, blieb der privat finanzierte F&E-Bereich u.a. wegen fehlender Unternehmenszentralen im Westteil der Stadt krass unterrepräsentiert. Insofern steigerten sich der postsozialistische Transformationsprozess Ostberlins und der wirtschaftliche Strukturwandel im Westen zu einem massiven Arbeitsplatzabbau. Weder die zunehmende Tertiärisierung noch der Ausbau der Hauptstadtfunktionen konnten diese quantitativen und qualitativen Verluste bislang auffangen. Nachdem die übermässigen Wachstumshoffnungen aus der unmittelbaren Nachwendezeit (Bevölkerungsprognose 5 Millionen Einwohner) alle kläglich gescheitert waren, wurden ab Mitte der 1990er-Jahre wieder «erheblich kleinere Brötchen gebacken».

Immerhin wird inzwischen für die Metropolregion Berlin insgesamt ein leichter Bevölkerungsanstieg prognostiziert (GL 2003). Die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung in Berlin verläuft dagegen eher wieder schlechter. Neueste Daten des Statistischen Landesamtes zeigen fol-

gendes Bild (BGB 2004): Bei einer Arbeitslosenquote von durchschnittlich 17% hatte die Stadt im Jahr 2003 den stärksten Rückgang der Erwerbstätigkeit seit der Wiedervereinigung zu verzeichnen. Die Erwerbstätigenzahl sank dabei um 26 400 Personen, was einen Verlust von 2% ausmacht (Verlust bundesweit nur knapp um rund 1%). Das produzierende Gewerbe war erwartungsgemäss besonders stark betroffen. Auch das Berliner Bruttoinlandsprodukt nahm im Jahr 2003 um 0,6% ab, da Leistungsrückgänge im verarbeitenden Gewerbe nicht durch entsprechende Zunahmen im Dienstleistungsbereich kompensiert werden konnten.

Auch der Blick in die Zukunft – etwa durch die führenden bundesdeutschen wirtschaftswissenschaftlichen Institute – fällt kritisch aus: «Aktuell gibt es keine Anzeichen dafür, dass der schleichende Niedergang der Berliner Wirtschaft zum Stillstand kommt. Vielmehr ist im nächsten Jahr mit einem weiteren Rückgang der Wirtschaftsleistung zu rechnen – das ist vor allem deshalb zu erwarten, weil das Land wegen seiner desolaten Finanzlage zu Gebührenerhöhungen und insbesondere zu Einsparungen im Landeshaushalt gezwungen ist, die direkt und über Multiplikatoreffekte die regionale Nachfrage nach Gütern stark dämpfen.» (DIW 2003). Im Vergleich zu den alten Bundesländern zeigt sich also bei zentralen Indikatoren (Anteil an der Wertschöpfung und der Beschäftigung, Exportquote, Produktivität) ein teilweise weiter sich verstärkender Abstand.

2.2 F&E-Potenzial und die ausser-universitäre Forschungslandschaft

Berlin gehört heute trotz allem zu den Bundesländern mit der höchsten F&E-Dichte, d.h. dem höchsten Anteil der F&E-Beschäftigten an der Gesamtzahl der Beschäftigten (Kühn 2003:140). Allerdings ist der überwiegende Teil der Beschäftigten öffentlich finanziert. Mehr als 150 Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen sind in Berlin angesiedelt. Drei Universitäten (vgl. Kap. 3.1), sieben Fachhochschulen, vier künstlerischen Hochschulen und über 60 staatlich finanzierte Forschungseinrichtun-

gen, darunter mehrere Max-Planck- und Fraunhofer-Institute sowie 13 Institute der Leibniz-Gemeinschaft prägen gemeinsam eine diversifizierte Wissenschafts-, Forschungs- und Entwicklungslandschaft mit insgesamt rund 62 000 Beschäftigten sowie 130 000 Studierenden (vgl. <http://www.science.berlin.de>, 12.01.04).

Bei der F&E-Dichte in der Privatwirtschaft dagegen liegt Berlin zwar weit über dem Durchschnitt der neuen Bundesländer, nimmt aber bundesweit keine Spitzenposition ein. So waren beispielsweise 1999 nur 44% des Berliner F&E-Personals im Wirtschaftssektor tätig, während dieser Anteil in dynamisch sich entwickelnden Flächenstaaten wie Bayern oder Baden-Württemberg bei rund 67% bzw. 72% lag (BMBF 2002) [1]. Nach dem aktuellen Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute für Ostdeutschland zeichnen sich Berlin und sein Umland im Vergleich zu Ostdeutschland als regionaler Schwerpunkt für innovative Aktivitäten wie Gründungen im Bereich technologieintensiver Dienstleistungen aus (DIW 2003) [2].

Allerdings ähneln Strukturprobleme von F&E-Unternehmen Ostdeutschlands (ebd.) denen der F&E in Berlin stark: Ein Grossteil des Personals arbeitet in kleinen und mittleren Unternehmen (in den alten Bundesländern entfällt der Hauptteil dagegen auf grosse Unternehmen und Global Player); zudem ist ein hoher Anteil von F&E-Beschäftigten im Dienstleistungssektor tätig (wesentlich getragen von der öffentlichen Innovationsförderung). Insgesamt zeigen Berliner F&E-Unternehmen deshalb erheblich grössere Schwierigkeiten, sich am Markt zu etablieren (Lücken in der Wertschöpfungskette, relative Produktferne des impliziten Wissens etc.).

2.3 Leibniz-Institute in Berlin und Brandenburg

Die Spezifik der Problem- und Optionenlagerung der Berliner Wissenschafts- und Forschungslandschaft lässt sich durch einen Blick auf die Institute der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) verdeutlichen. Immerhin ist Berlin das Bundesland mit

den meisten Leibniz-Instituten (13 von 80 Instituten bundesweit). Finanztechnisch sind diese Institute durch eine Kofinanzierung von Bund und mindestens einem Land charakterisiert. Forschungsstrategisch zeichnet sie eine anwendungsbezogene Grundlagenforschung in Feldern mit gesamtstaatlicher Bedeutung aus. 33 der 80 Leibniz-Institute wurden nach 1989 in Ostdeutschland und in Ostberlin gegründet – auch zur allerdings ungenügenden Austarierung des Forschungs- und Wissenschaftsgefülles von West nach Ost. Inzwischen sind die meisten Institute mehrfach positiv durch den Wissenschaftsrat u.Ä. evaluiert, einige aber aus der Förderung gefallen. Insofern haben sie ihre wissenschaftliche Exzellenz eindrücklich nachgewiesen. Mit den Max-Planck-Instituten (Grundlagenforschung), den Helmholtz-Forschungszentren (Grossforschung) und den Fraunhofer-Instituten (angewandte Forschung) bilden sie eine der vier Säulen der bundesrepublikanischen Forschungslandschaft. In Berlin gehören etwa das Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), das Heinrich-Hertz-Institut für Nachrichtentechnik etc. dazu. Die Ostberliner Leibniz-Institute entstammen in der Regel Vorläuferinstitutionen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR, wurden nach 1989 aber in der Regel massiv thematisch wie organisatorisch umstrukturiert. Allein fünf dieser Institute sind im expandierenden Standort Berlin-Adlershof konzentriert (Max-Born-Institut für Nichtlineare Optik etc.). Aus der überdimensionierten Bauakademie der DDR wurde u.a. das Berliner Institut für Städtebau und Architektur (ISA) als Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung mit Sitz zunächst an Berliner Standorten, dann in Brandenburg (Erkner) neu gegründet.

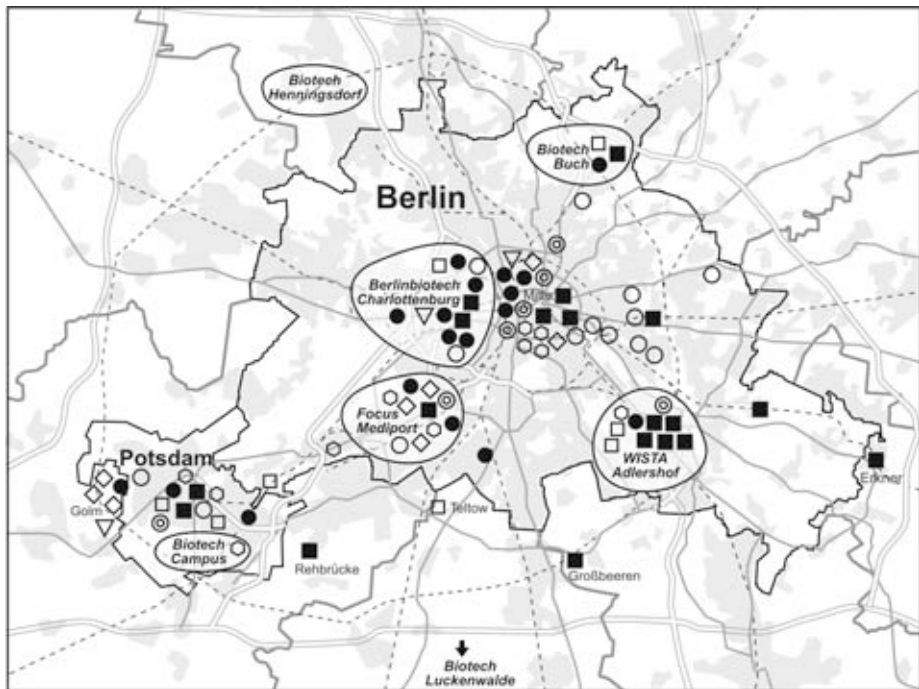
Politisch auf den ersten Blick sinnvoll erscheinende Debatten um die Beendigung der Mischfinanzierung (s.o.) gefährden jetzt mit den mischfinanzierten Leibniz-Instituten international anerkannte Forschungseinheiten, da sie Gefahr laufen, durch Rückzug des Bundes auf provinzielle oder Ressortforschungsthemen der Länder zurückgeschnitten zu

werden. Insbesondere für den Ostteil der Stadt (noch extremer natürlich für die ohnehin schwächelnden Wissenschafts- und Forschungslandschaften Ostdeutschlands) würde eine Beendigung der (internationale Forschungsthemen sichernden) Mischfinanzierung in vielen Fällen sogar das sichere Aus bedeuten. Selbst das in West-Berlin beheimatete Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), immerhin eines der grössten europäischen sozialwissenschaftlich orientierten Forschungsinstitute überhaupt, hätte sich fürderhin stärker auf beispielsweise Arbeitsmarkt- und Disparitätenfragen der Kommune Berlin zu kaprizieren: Ein offenkundiger Irrsinn, der die Wissenschaftslandschaft Berlin zusätzlich in schwere Gewässer bringt. Gerade die relative Eigenständigkeit der Leibniz-Institute, die mit zu ihren überregionalen Erfolgen beiträgt, scheint für die eher zentralistischen Exzellenzkonzeptionen des gegenwärtigen Wissenschaftsministeriums ein steter Stein des Anstosses zu sein. Hier droht also der Berliner Wissenschaftslandschaft von Bundesseite und ihren zentralstaatlichen Exzellenzhoffnungen weiteres Unge- mach.

2.4 Restrukturierung der Forschungslandschaft Ost-Berlins seit 1989

Beim genaueren Blick auf die Dramatik der Restrukturierungen in Ost-Berlin fällt ein weiteres Schlaglicht auf die Sonderbedingungen der Wissenschaftslandschaft Berlins: 1989 arbeitete hier ein Grossteil der 86 000 Beschäftigten im Kontext der betrieblichen Forschung und Entwicklung der DDR (Krakat 1993) [3]. Gleichzeitig hatten Einrichtungen der ausseruniversitären Forschung der DDR wie die Akademie der Wissenschaften und die Bauakademie, in denen 1989 insgesamt rund 45 000 Personen tätig waren (Lange 1993), ihren Hauptstandort in Berlin. Insgesamt waren 30% des gesamten DDR-Forschungs- und Hochschulpotenzials in Berlin angesiedelt (HoF 2003).

Während die Akademien – wie auch die DDR-Universitäten und -Hochschulen – vom Wissenschaftsrat der Bundesrepublik mit unterschiedlichen Empfeh-



Grafik: IRS

Ausgewählte Einrichtungen:



Abb. 2: Wissenschafts- und Forschungslandschaft in der Stadtregion Berlin.

Grafik: IRS

lungen evaluiert wurden, übernahm die Treuhandanstalt die Forschungsbetriebe [4]. Nach der massiven Umstrukturierungsphase kam in den neuen Bundesländern 1993 im Industriesektor auf 100 Beschäftigte allerdings nur noch ein Forscher (in den alten Bundesländern waren es sieben, Krakat 1993). Im Hinblick auf die DDR-Akademie-forschung empfahl der Wissenschaftsrat die Weiterfinanzierung von rund 13 000 Personen – zum überwiegenden Teil in Formen ausseruniversitärer Forschung. Dies trug wesentlich zur Restrukturierung der Forschungslandschaft in Berlin bei (Lange 1993, vgl. auch Karte 2). Beispielsweise

- wurde in Berlin-Buch das Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin (vgl. Kap. 3.3) als eine von drei neuen Grossforschungseinrichtungen gegründet – inzwischen mit weltweitem Renommee;

- ging aus den von der Max-Planck-Gesellschaft für fünf Jahre befristet eingerichteten Arbeitsgruppen das neue Institut für Kolloid- und Grenzflächenforschung mit einem Standort in Berlin-Adlershof hervor (vgl. Kap. 2.4) bzw. wurden Aussenstellen des Max-Planck-Instituts (MPI) für Plasma-Physik und des MPI für experimentelle Physik in Berlin eingerichtet.

Neben sinnvollen Abschmelzungen von enormen Personalüberhängen ist inzwischen aber auch unstrittig, dass ein Teil produktiver Forschungs- und Wissenschaftskompetenzen trotz persönlicher Integrität und fachlicher Eignung in der neu geordneten Ostberliner Forschungslandschaft keinen entsprechenden Platz mehr fand (vgl. auch Brandt 2003; HoF 2003).

2.5 Urbanisierung, Suburbanisierung, Postsuburbanisierung des Wissens

Perspektivwechsel auf die räumliche Verteilung der Wissenschafts- und Forschungsinstitutionen Berlins: Die Stadtregion bietet – auch in Folge ihres eigen geprägten Entwicklungspfad – eine interessante Palette differenzierter Forschungsstandorte und -cluster mit sehr spezifischen räumlichen Strukturen. Das trägt erheblich zu ihrer Attraktivität als Stadt der Wissenschaft (und des Wissens) bei. Es lassen sich attrahierende Raumstrukturen in zentraler, suburbaner oder postsuburbaner Lage unterscheiden. Dabei gelangen wichtige Schritte in Richtung auf eine wissenschaftsbasierte Stadtentwicklung – sowohl dank der infrastrukturellen Rahmenbedingungen und der Ausweisung von Gründer- und Technologieparks als auch insbesondere durch Urbanitätsangebote an neue Raumbedürfnisse kreativer Wissensmilieus im kernstädtischen Bereich. Durch die Nähe innerstädtischer Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen zu Politik und Kultur ergeben sich weitere Gelegenheitsstrukturen als Anknüpfungspunkte für Führungsvorteile, Face-to-Face-Kontakten und Wissensaustausch (siehe Abbildung 2):

- Die lebendige Atmosphäre der Innenstadt ist mit hochrangigen Forschungsangeboten und hoher Lebensqualität dank günstigen Mieten und überschaubaren Lebenshaltungskosten ein erstes wichtiges Attraktionspotenzial – übrigens auch für Gastwissenschaftler [5].

- In der natur- und ingenieurwissenschaftlichen Forschung wird weiter die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft an innerstädtisch-suburbanen Campus-Standorten als besonders innovationsfördernd gehandelt. Mit der lange Zeit proklamierten Absicht, die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft auch faktisch stärker zu forcieren, werden gegenwärtig die suburbanen Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorte Adlershof (WISTA) (siehe Kap. 2.2) und Buch (siehe Kap. 3.4) als Grossstandorte um bestimmte Kompetenzcluster herum entwickelt.

- Im Unterschied zu Standortentscheidungen der öffentlichen Hand bevorzugen privatwirtschaftliche Akteure für

wissenschaftliche Ansiedlungen zunehmend postsuburbane Standortlagen. Das Institut für Biochemie und Biologie der Universität Potsdam ist beispielsweise am Neuen Palais im Schlosspark Sanssouci an exklusivem Standort platziert. Für das Hasso-Plattner-Institut wurde ein Terrassengarten am Jungferensee angelegt, wo in unmittelbarer Nähe 3000 Arbeitsplätze und bis zu 400 hochwertige Wohnungen entstehen sollen.

Insofern reagiert die Raumstruktur Berlins flexibel auf ganz unterschiedliche Bedürfnisse von Wissenschafts- und Forschungsseite. Mit diesen drei Standorttypen befindet sich die Raumstruktur auf gutem Wege hin zu einer abwechslungsreichen, wissensbasierten Stadtentwicklung – mit komplementären Stärken und einigen Schwächen.

3. Tragende Institutionen der Berliner Wissenschaftslandschaft: Stärken – Schwächen – Optionen

3.1 Universitäten

Die Vielfältigkeit der Berliner Forschungslandschaft hat ihren Ursprung auch in den unterschiedlichen Gründungsschichten der drei grossen Berliner Universitäten:

- Die Humboldt-Universität zu Berlin (HU) mit Sitz Unter den Linden 6 wurde im Jahre 1810 vom preussischen Staat als «klassische Universität» gegründet. Das Humboldt'sche Gründungskonzept der Einheit von Forschung und Lehre machte sie zur «Mutter aller modernen Universitäten» – mit einem starken Anteil humanistisch-geisteswissenschaftlicher Fächer.
- Erst 1948 entstand hingegen im damaligen amerikanischen Sektor in Dahlem die Freie Universität Berlin (FU). Direkter Anlass war die zunehmende marxistisch-leninistische Einflussnahme auf die Humboldt-Universität, die schliesslich zur Spaltung des Lehrkörpers und der Studentenschaft führte (vgl. Mlynek 1999). Die Errichtung einer freien Universität sollte «der Wahrheit um ihrer selbst willen» und der freien Persönlichkeitsentfaltung im Sinne «echter Demokratie» dienen (Lenzen 2001).

- Die Technische Universität Berlin (TU) mit Sitz in Charlottenburg wurde 1879 aus drei technisch-praktisch orientierten Akademien heraus zur Königlichen Technischen Hochschule zu Berlin verschmolzen (Kutzler 2002). Die TU entwickelte sich nicht zuletzt auf Grund des steigenden Bedarfs der aufstrebenden Industrie an ausgebildeten Fachleuten zu einem «Vorbild und Brennpunkt des technischen Fortschritts». Daneben spielte sie als «geistiger Mittelpunkt» eine Vorreiterrolle für viele neue Ausbildungsformen und -inhalte (Verein Deutscher Ingenieure 1906).

Die Öffnung der Mauer am 9. November 1989 markierte einen zentralen Wendepunkt in der Berliner Hochschulgeschichte – u. a. durch die Revision der extremen Spezialisierung der DDR-Hochschulen nach sowjetischem Vorbild und durch die Entlassung einer Vielzahl von DDR-Wissenschaftlern. Neben der Humboldt-Universität wurden die drei künstlerischen Hochschulen (Kunsthochschule Berlin-Weissensee, Hochschule für Schauspielkunst Ernst Busch und die Hochschule für Musik Hans Eisler) restrukturiert und weitergeführt. Die Ingenieurhochschulen Lichtenberg und Wartenberg wurden in die Fachhochschule für Technik und Wirtschaft (FHTW) überführt, während die Hochschule für Ökonomie in Gänze abgewickelt wurde.

Ein verschärfter Wettbewerb der drei seit 1989 nebeneinander existierenden Universitäten mit z.T. doppelt und dreifach angebotenen Disziplinen und Fakultätszuschnitten tritt erst seit den extremen Sparauflagen stärker hervor. Diese verstärkte Konkurrenzsituation trägt einerseits selbst zur Profilbildung der Universitäten bei. Andererseits werden unter dem Spardiktat ohne politische Lobby («Wissenschaftspolitik im Koma» s.o.) und durch latente Lagerkämpfe (Natur- vs. Geisteswissenschaften etc.) inzwischen ganze Fachbereiche ohne viel Überlegung wegrationalisiert [6]. Das Zentralargument «Parallelforschung» greift dabei keinesfalls überall. Gut aufgestellte und profilierte «kritische Massen» von Kompetenz an mehreren Hochschulen können geradezu als Innovationsgaranten wirken. Durch Spezialisierung auf bestimmte Themenbereiche un-

terscheiden sich Fächer zudem gegen den ersten Anschein stark voneinander. Während beispielsweise an der TU die Soziologie mit dem Fachgebiet Techniksoziologie auf Innovationsforschung unter gegenwärtigen Bedingungen einer zunehmenden Technisierung des Alltags- und Berufslebens fokussiert, widmen sich Stadtsoziologen an der HU der Segregationsforschung und der «Sozialen Stadt» – allerdings ohne dass der eine Fokus mit dem anderen bislang zu tun bekommen hätte. Das geschieht wiederum eher in den ausseruniversitären, interdisziplinär arbeitenden Forschungsinstituten wie dem IRS.

Der Zwang zu drastischen Einsparungen hat – wie bereits angemerkt – insgesamt zunehmend Folgen für Forschung und Lehre. Die drei Berliner Universitäten sehen sich nicht mehr in der Lage, wie vorgesehen 85 000 Studienplätze ausfinanzieren zu können. Dabei entspricht diese Zahl exakt der Zahl der Studienplätze, die bereits 1984 im damaligen Hochschulentwicklungsplan allein für West-Berlin (2 Millionen Einwohner) festgeschrieben worden war. Das erklärte Ziel der Regierungsparteien, 40% eines Altersjahrgangs für eine Hochschullaufbahn fit zu machen, erscheint unter diesen Bedingungen völlig illusorisch. Obwohl der Aufnahmestopp für Erstsemester noch nicht in die Realität umgesetzt worden ist, ist die Studienplatzzahl in Berlin im Verhältnis zur Einwohnerzahl inzwischen schon so gering wie in keiner anderen westlichen Metropole (vgl. Klose 1996).

Gegen die Misere dieser Bildungspolitik wird auf verschiedenen Ebenen vehement protestiert. Von Anfang November 2003 bis über die Jahreswende hinaus traten die Studenten der drei Berliner Universitäten geschlossen in den Streik, um gegen die einschneidenden Kürzungen sowie die Einführung von Studiengebühren und Studienkonten zu protestieren. Neben einfallsreichen und medienwirksamen Demonstrationsformen, Aktionen und Bürobesetzungen befassten sich Arbeitsgruppen beispielsweise konkret mit den Miserethemen wie Bankenskandal, Hochschulverträge und Haushaltsplan.

Der letzte Wissenschaftsstaatssekretär

Berlins, Peer Pasternack, machte auf eine besonders brisante Folge der unterfinanzierten Hochschulen aufmerksam: Berliner Schulabgängerinnen und -abgänger – also die «Landeskinder» – seien zunehmend gezwungen, sich ausserhalb Berlins Studienplätze suchen zu müssen. Das aber stelle die Lebensgrundlage von Berlin, einer Stadt mit solch breiter Wissenschaftsdichte, massiv infrage.

3.2 Medizin

Die Berliner Hochschulmedizin ist deutschlandweit Spitze, in Forschungsranklisten stehen die Universitätsmediziner der Charité und des Campus Benjamin Franklin auf Platz 1 und 2 – auch was die Drittmittelwerbung betrifft.

Die Berliner Charité ist daneben mit über 2300 Betten in 49 Kliniken eine der grössten Kliniken in Europa. Zirka 10 000 Mitarbeiter (Stand Januar 2004), davon 2120 Wissenschaftler, arbeiten in diesem Grossunternehmen mit einem Jahresbudget von 600 Millionen Euro.

Einzelne Krankenhausteile hatten schon vor der Wiedervereinigung der Stadt eine «herausragende» Stellung. Etwa das Bettenhochhaus mit Versorgungstrakt dokumentierte den frühen Willen der DDR, die Charité als Vorzeigeeinrichtung ihres Staates bis in den Westteil hinein sichtbar aufzubauen.

Nach mehreren Voretappen fusionierten 1997/98 zunächst die medizinischen Fakultäten und dann auch die Kliniken zum gemeinsamen Klinikum Charité der HU Berlin (dazu gehören jetzt das Klinikum Charité-Mitte, das Rudolf-Virchow-Klinikum, das Benjamin-Franklin-Klinikum in Steglitz und die Robert-Rössle-Klinik in Buch).

Auf Grund der finanziellen Krisen des Senats muss die Charité bis 2010 insgesamt 98 Millionen Euro an staatlichen Zuschüssen einsparen. Gleichzeitig werden allein im Campus Charité-Mitte und im Campus Benjamin Franklin mehrere hundert Millionen Euro benötigt, um bautechnisch wie rechtlich geforderte Sanierungen durchzuführen.

Die räumlich wie institutionell weit verzweigte Struktur der jetzt integrierten

Gross-Charité zwingt in finanzstrukturellen Krisenzeiten nicht nur zu weiteren einschneidenden Umstrukturierungen, sondern wirft auch die Suche nach einem fachlich renommierten, politisch respektierten wie gestaltungsbereiten «realistischen Wunderheiler» auf. Seit Anfang Februar 2004 ist mit Detlev Ganten, der vorher erfolgreich als Direktor das Max-Delbrück-Centrum (MDC) für molekulare Medizin [7] in Buch aufgebaut hat, ein neuer Vorstandschef im Amt. Ganten strebt eine grössere räumliche Nähe der klinischen Bereiche wie der Forschungsbereiche an. Nicht zuletzt durch die Ernennung des früheren MDC-Leiters kann jetzt erwartet werden, dass es innerhalb der Charité zu einer weiteren Fokussierung auf die biomedizinische Forschung und ihrer Extensionen kommen wird.

3.3 Biotechnologie und Life Science

Vor dem Hintergrund eines traditionell engen Netzes von Lehre und Forschung im Medizinbereich kam es in den Bereichen Biotechnologie und Life Science schon seit Beginn der 1990er-Jahre zu entschlossenen Initiativen, zukunftsfähige neue F&E-Felder in der Region Berlin-Brandenburg zu besetzen. Insbesondere die Bio- und Pharmatechnologie konnte in neuen Technologie- und Scienceparks länderübergreifend und clusterartig ausgebaut werden. Zahlreiche Schnitt- und Transferstellen dieser Kette sind systematisch mit dem Universitätsklinikum Charité verbunden. Bedingt durch über 350 Medizintechnikfirmen mit ca. 5700 Beschäftigten in Produktion, Entwicklung und Service schält sich inzwischen ein Life-Science-Standort heraus, der im Jahr 2001 von der Boston Consulting Group als der führende Bio-Tech-Cluster in der BRD bewertet wurde.

Im Jahr 2002 arbeiteten in knapp 160 Unternehmen ca. 3000 Angestellte, verteilt auf die Standorte Henningsdorf, Berlin-Buch, Potsdam, Berlin-Adlershof (Wista), Berlin-Focus-Medipark, Berlin-Charlottenburg und Luckenwalde (siehe Abbildung 2) [8].

Als zukunftsfrüchtige Felder werden v.a. die Genom- und Proteomforschung angesehen. Zunehmend kristallisiert sich

ein Netzwerk von Wissenschaft und Business heraus, v.a. im Bereich der Biohybrid Technologies sowie der Gewebe- und Organzüchtung (sog. Tissue Engineering). Die F&E-Bereiche stellen auf Grund ihrer eigenen Infrastruktur (Datennetze, Technologieparks, Tagungszentren, Aufenthaltsmöglichkeiten) an grösstenteils dezentralen Standorten Ansatzpunkte für stadregionale Wirtschaftsstrukturen mit netzförmigen Ausprägungen dar.

Eingebunden ist die Biotech-Forschung in die stadregional wie länderübergreifend ausgerichtete Wertschöpfungskette einer Life-Science-Industrie. Sie setzt sich aus Diagnostik- und Medizintechnikproduzenten, Target- und Drug Development sowie Anlagenbauern zusammen. Auf Grund der länderübergreifenden strukturellen Ausprägung der Biotechnologiebranche praktiziert dieser Forschungsbereich gleichsam die Vorwegnahme der Länderfusion Berlin-Brandenburg. Zentraler Ausgangspunkt aber war eine strategisch breit angelegte (staatliche) Förderpolitik, die mit den institutionellen Formen Bio-Campus, -Finance, -Forum, -Info und -Job netzwerkartig angelegt ist (vgl. BioTop Berlin-Brandenburg Management 2003).

3.4 Potenziale wissensbasierter Dienstleistungen

Welche Rolle spielen wissensbasierte Dienstleistungen heute in der Stadtregion Berlin und wie sieht die Zusammenarbeit von wissensintensiven bzw. «Hightech»-Dienstleistern mit Fachhochschulen, Hochschulen bzw. Universitäten sowie Forschungseinrichtungen aus?

Daten einer im Jahre 2002 durchgeführten Unternehmensbefragung [9] in der Stadtregion Berlin (engerer Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin) zeigen, dass rund drei Viertel der wissensintensiven Dienstleister in der Kernstadt sitzen, knapp die Hälfte einen innerstädtischen Standort (S-Bahn-Ring) haben und zudem die meisten Betriebe, trotz eines vergleichsweise höheren Anteils überregionaler Kundenbeziehungen, gleichzeitig auch auf eine Kundenbasis in der Region verweisen können [10]. Ausserdem dominieren KMU-Betriebe, rund

drei Viertel der wissensintensiven Dienstleister haben weniger als zehn Beschäftigte [11].

Auf die Frage nach der Bedeutung der Nähe zu Fachhochschulen, Hochschulen bzw. Unis sowie Forschungseinrichtungen fanden überraschenderweise zwei Drittel diese überhaupt nicht oder weniger wichtig; knapp 20% waren bei der Beantwortung dieser Frage unentschieden. Dagegen sind mit der Nähe zu Wissenschafts- und F&E-Einrichtungen rund zwei Drittel der Betriebe zufrieden bzw. sehr zufrieden; hier äussert sich mehr als ein Viertel unentschieden. Nur für weniger als ein Fünftel der Betriebe gehören Fachhochschulen, Hochschulen bzw. Universitäten sowie F&E-Einrichtungen zu den drei wichtigsten Informationsquellen. Bei rund zwei Dritteln dieser wissensintensiven Dienstleister zählen allerdings technologische Informationen (z. B. Know-how) zu den bedeutsamen Informationsinhalten, und drei Viertel geben an, dass sie dabei auf regionale Informationsquellen zurückgreifen.

Offenkundig ist danach das Passungsverhältnis von generiertem und nachgefragtem Wissen in der Metropolregion suboptimal. Freundlicher formuliert, ist der weitere Ausbau der Zusammenarbeit von wissensintensiven Dienstleistern und Wissenschafts- bzw. Forschungseinrichtungen in der Region ein Potenzial, das bei weitem noch nicht ausgeschöpft wird.

3.5 Zwischenresümee

Ein erster Durchgang durch prominente Institutionen der Wissenschaftslandschaft Berlins zeigt

- erhebliche strukturelle Mitgiften aus der Zeit der geteilten Stadt vor 1989 (Doppelstrukturen und Anschluss-Folge-Probleme);
- Schwächen auf dem Feld unternehmensfinanzierter, produktnaher F&E;
- einen grossen Anteil staatlich finanzierter Forschungs- und Wissenschaftsinstitutionen;
- fehlende Passgenauigkeit des generierten Wissens an den Bedarfen wissensbasierter Dienstleistungen;
- daneben dynamisch sich entwickelnde

international renommierte Kompetenz-Cluster (Medizin, Biotechnologie, Life Science, Medien etc.);

- insgesamt eine – im deutschlandweiten Blick – enorme Konzentration von Kompetenz: nicht nur im technisch-naturwissenschaftlichen, sondern gerade auch im sozialwissenschaftlich-ökonomischen Bereich (Erklärungswissen, Steuerungswissen, Orientierungswissen, Moderationskompetenzen);
- nicht zuletzt ein spannend zusammengesetztes Arrangement von Universitäten und Fachhochschulen.

Umso fraprierender werden drei gravierende Mankos der Metropolregion und ihrer Wissenslandschaft deutlich:

- Einmal die an Beratungsresistenz heranreichende Verweigerung der Verwaltung, perspektivisches Orientierungswissen in die Stadtpolitik zu implementieren. Statt sich auf institutionelle Lernprozesse einzulassen, verfällt die Verwaltung mit ihren Ressorts immer wieder auf defensive Routinen. Die «Schicksale» von Agenda 21-Prozess und Berlin-Studie (Stadt und Wissen!) müssen hier als Kürzel genügen (s. Kap. 4);
- dann die Spätfolgen von Versorgungsmentalitäten im Osten wie Westen der Stadt, entstanden in einer über Jahrzehnte gewachsenen Transfer- und Förderkultur, deren Tage nun aber absehbar gezählt sind;
- nicht zuletzt das flächendeckende Manko eines sozial geteilten Bewusstseins, dass Berlin allein durch Wissen als Innovationsressource seine Zukunft wird meistern können. Was an vorderster Stelle auf die Tagesordnung der Stadtpolitik gehörte, rangiert unter «ferner liefen» – wenn überhaupt (s. das Staatssekretär-Debakel).

Damit ist aber auch klar, dass im Rahmen des traditionellen Settings von Ressorts, Wissenschaftsinstitutionen und Löchern in der Wertschöpfungskette Berlin es allein als periphere Metropole nicht schaffen wird, auf eine dezidiert wissensbasierte Stadtpolitik umzusteuern – trotz der vielen, gerade auch räumlichen Potenziale in und um die Stadt herum. Allerdings: die Unfähigkeit der Politik und der institutionellen Arrangements hat zugleich den Raum geöffnet für bürgergesellschaftliches Engage-

ment. Ihm wollen wir im nächsten Abschnitt einen Schritt weit nachgehen.

4. Neue Perspektivfelder der Wissenschaftsstadt Berlin

4.1 Private Universitäten, private Bildungs- und Forschungseinrichtungen

Lange vor Beginn der eskalierenden Diskussion um Eliteuniversitäten haben private Investoren die Potenziale Berlins als Ort der internationalen Kommunikation, der politischen Debatten und des Lernens entdeckt. Für eine Besetzung neuer zukunftsrelevanter Themenfelder im Bereich von Ökonomie, Politik, EU-Osterweiterung etc. bietet die Stadtregion in der Tat hervorragende Anknüpfungspunkte etwa für die Gründung von Privatuniversitäten. Einige Beispiele:

- Als Public-Private-Partnership wurde etwa 1998 von SAP und dem Land Brandenburg das Hasso-Plattner-Institut (HPI) als Ausbildungsstätte für Software-Ingenieure gegründet und der Universität Potsdam angegliedert.
- Seit Anfang 2004 ist der internationale Bachelor-Abschluss in Betriebswirtschaft am amerikanisch-jüdischen Touro College in Charlottenburg möglich – als Teil eines Netzwerkes aus 24 jüdischen Privatuniversitäten in Amerika, Israel und Russland.
- Im Oktober 2002 wurde die gemeinnützige European School of Management and Technology (ESMT) als «Beitrag zur Verwirklichung des europäischen Gedankens und der wirtschaftlichen Integration Europas» (Abell, Plinke 2003:2) gegründet. Das ESMT residiert im Staatsratsgebäude, welches der Berliner Senat dem Bund für 24 Millionen Euro abkaufte, um es dann kostenlos und mietfrei den führenden deutschen Wirtschaftskonzernen als Betreiber der ESMT zu überlassen.
- Im selben Gebäude wird auch die School of Governance der Herti-Stiftung ihr Domizil haben. Ab Herbst 2005 wird sie mit einem Master-Studiengang «Public Policy» Führungsnachwuchs für Politik und Verwaltung besser auszubilden versuchen.
- Mit ähnlichem Ausbildungsziel, aber

europäischem Blick wurde von der Humboldt-Universität zu Berlin und der Europa Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) Ende November 2003 die Humboldt Viadrina School of Governance gegründet. Als gemeinnützige GmbH der Viadrina und der Humboldt-Universität kann diese Governance School auf Ressourcen beider Universitäten zurückgreifen, wobei sie zugleich alle Freiheiten einer privaten Hochschule behalten soll.

Mit dem Ziel der Hochbegabtenförderung kommen diese neuen «hohen» Schulen natürlich nicht umhin, strenge Aufnahmekriterien wie gute Fach- und Englischkenntnisse festzulegen. Die Studiengebühren pendeln in der Höhe von 3000 bis 5000 Euro pro Semester [12]. Auf Grund der international anerkannten Bachelor- und Masterstudiengänge, der kleinen Lerngruppen, der intensiven persönlichen Betreuung der Studierenden, der damit einhergehenden kürzeren Studiendauer – und eines nicht zu unterschätzenden Reformdrucks auf die staatlichen Hochschulen – werden private Bildungseinrichtungen trotz dieser restriktiven Zugangsvoraussetzungen inzwischen nicht nur von politischer Seite, sondern selbst von vielen Studierenden sehr geschätzt.

4.2 Mikrostandorte für Kunst, Kultur und Gestaltung: Creative Industries, Chaoskompetenzen, Freiräume

Auf Grund des breiten Angebotes an künstlerisch-gestalterisch ausgerichteten Studiengängen in Berlin und einer breiten Demokratisierung der Produktion von analogen und digitalen Gestaltungsformaten, erlebte Berlin seit Mitte der 1990er-Jahre eine starke Zunahme von Selbstständigen oder kleineren und mittleren Unternehmen. Diese konzentrieren sich v.a. in den Bereichen Web- und Produktdesign, Architektur, Kunst, Mode, Musik, Kommunikation und Werbung. Als Mitte der 1990er-Jahre die Jahrgänge 1965–1975 an den Ort der Republik strömten, an dem es im essenziellen Sinn «zu sein» galt («The place to be!»), kristallisierte sich schnell eine produktive, lebendige Szenerie von unternehmerischen, künstlerischen, me-

dienbasierten Netzen und Projektentwürfen heraus [13].

Diese kulturell-expressiv ausgerichteten Dienstleister mit ihren Alltag und Beruf mischenden Kulturformen haben sich zunehmend zu einem wichtigen Einbettungs- und Stimulationsnetzwerk für innovative, kreative Milieus überhaupt entwickelt. Zugleich wurden diese unternehmerischen Protagonisten der kulturell-expressiven Flanke der New Economy auch von politischer Seite zunehmend als hoffnungsvolle Imageproduzenten für einen stetig wachsenden städtischen Kultursektor begriffen (vgl. Gdanic 2000, McRobbie 2002). Seither stehen diese «creative knowledge milieus» für ein neues, junges und attraktives – weil unfertiges – Berlin. Als urbane Raumpioniere praktizieren sie Raumeignungsstrategien, die zwischen örtlicher Resteverwertung und temporärer Nutzung oszillieren. Berlin bietet in der Tat immer noch genügend Kreativitätsraum und günstige Mieten, um ungewöhnlichen Projekten Mikro-Räume zuzubilligen (vgl. Lange 2004).

Bedingt durch diese diskursiv, ökonomisch, kulturell und ebenso physisch-räumlich offene Situation der Nachwendzeit versuchte auch die 1998 neu in Berlin installierte Regierung unter Gerhard Schröder den erhofften wirtschaftlichen Aufschwung zum Label der «Generation Berlin» symbolisch-politisch zu verdichten (Bude 2001). Die zarte Blüte einer entstehenden neuen Generation machte sich auf, die Diskurshoheit und Meinungsführerschaft im Generationenstreit der Medien, der Mode, der Musikproduktion, des urbanen Lifestyles, der Kunst, der Politik und der Literatur am Ort der neuen Hauptstadt zu übernehmen. Überlastet von dieser komplexen Aufgabe sowie von den «68er strong ties» der Post-Kohl-Ära und flankiert vom Crash der neuen Ökonomie in den Jahren 2001/2002 drohte die Pflanze zu verdorren, bevor sie sich überhaupt entfalten konnte. Die Fähigkeit der Akteure, auf strukturelle, finanzielle, städtische aber auch diskursive Krisenphänomene proaktiv und pragmatisch zu reagieren, zeigt sie immerhin als gekonnte «pionierähnliche» Krisenbewältiger. Als Zielgruppe werden sie nach wie vor gefei-

ert, wie der vom Senat seit 2002 ausgerichtete exportfähige Slogan «Capital of Talents» suggeriert. Oftmals behindert durch fehlende oder schwache Kapitaldeckung, manifestieren sich gerade in diesen Selbstständigkeitsstrukturen von kulturellen Start-up-Unternehmen äusserst prekäre und ambivalente Lebensentwürfe.

Dennoch: die unvollendete Stadt Berlin, ihre offenen Nahtstellen waren und sind attraktive Momente für diese letztlich den wissensbasierten Dienstleistern zuzuordnenden Unternehmensgründungen. Wenngleich der Hype um die Generation Berlin fast schon zur semantischen Post-Historie herabgesunken ist: Die Akteure machen in tragfähigen überregional bis international ausgerichteten Netzstrukturen weiter. Berlin? «A node in a net, a touch down area! Although a nice one!»

Inzwischen aber gelten urbane Kulturformen und kreative Wissensmilieus selbst für hart am Markt kreuzende Branchen (Medien) und Wissensträger avancierter Forschung (Biotechnologie etc.) als Innovationen anregende lebensweltliche Kontexte, auf die sie nicht mehr verzichten wollen.

4.3 Bürgergesellschaftliche Initiativen, Kompetenzen der Verständigung und zivilgesellschaftliche Wissensnetze

Die BerlinStudie des Jahres 2000, von der EU und dem Senat in Auftrag gegeben, hat resolute Vorschläge zur Verbesserung der Wissensneugierde und des Wissensaustausches in der Metropolregion vorgelegt. Obwohl das Schlagwort «Wissensstadt Berlin» bereits in aller Munde ist, hat der Berliner Senat bislang keine einzige der vorgeschlagenen wissens- und stadtpolitischen Vorschläge umgesetzt, geschweige denn eigene zukunftsweisende Anschlussversionen entwickelt. Wenngleich die Autoren optimistische Töne anschlagen mit der Aussage, Berlins Zukunft liege in einem «internationalen Umschlagplatz für Wissen», betonen sie gleichzeitig, dass sich die Stadt durch die Stärkung ihrer Wissensbestände dazu erst noch qualifizieren müsse. Hierfür setzt die Studie auf Prozesse, nicht mehr nur auf Pro-

gramme, setzt also auch auf bürgerschaftliche Formen der Selbstorganisation (Berlin 2000:42).

Unterstützung kommt also nicht aus der Verwaltung, sondern aus der aufgeladenen politischen Diskussion um Einsparungen im Hochschulwesen, um Elitenbildung durch Public-Private-Partnership etc. Gleichzeitig blühen Bildungs- und Innovationsinitiativen auf – von oben her, wie von unten: Von oben in der Form von Kamingsgesprächen der Chefs (s. das Bündnis «an morgen denken»); von unten her durch bürgerschaftliche Netze. Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft starteten Aufrufe zum Zusammenschluss zu «Kompetenzinitiativen» und «Wissensplattformen» und finden damit wachsenden Zulauf. Mit dem Ziel, Kräfte bezüglich wissenschaftlicher Kompetenzen zu bündeln (Cluster) und den restriktiven Beschlüssen der regierenden Parteien konstruktive Ideen für eine effektive Forschungspolitik an die Seite zu stellen sowie eigenständig Forschungsgelder einzuwerben, haben sich Wissenschaftler und Unternehmer unterschiedlichster Couleur zusammengefunden.

Beispielsweise hat sich als Ergebnis der Berlin-Studie eine Koordinationsgruppe zum Informationsaustausch über ihre Forschungsaktivitäten gebildet. Die Initiatoren sind sich darin einig, dass es einen hohen Bedarf an Transfer zwischen den «weit überdurchschnittlich ausgebauten Forschungskapazitäten Berlins und seinen unterdurchschnittlich entwickelten Unternehmens- und Wirtschaftsstrukturen» gibt (vgl. <http://zukunftscafe.de/berlinstudie>, 20.01.04).

Mit einer gemeinsamen Plattform «Berlin – Stadt des Wissens: konkret» wollen jetzt wissenschaftliche und nicht-wissenschaftliche Einrichtungen «Berlin als Stadt des Wissens weiter voranbringen» (ebd.). Plädiert wird einmal für eine bessere Identifizierung der Wissensressourcen und dann vor allem für eine neue selbstbewusstere Rolle der Trägergruppen dieser Ressourcen in Stadtpolitik und Gesellschaft.

Parallel dazu wird es immer dringender, die Hauptstadtregion mit ihren Potenzialen als «Wissenschaftsstadt» öffentlich auszuflaggen und das enorme

Spektrum der Forschungs- und Wissensaktivitäten gerade auch dem «Bürger und Steuerzahler» sichtbar zu machen. Ein hoffnungsvoller Versuch ist die seit 2001 organisierte jährliche «Lange Nacht der Wissenschaften» [14]. Das wachsende Interesse an der Arbeit von Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen scheint den Veranstaltern Recht zu geben: Im Jahre 2003 nahmen rund 70 Universitäten und Hochschulen bzw. ausseruniversitäre Forschungsinstitute teil und mehr als 80 000 Besucher kamen (BZ, 16.6.2003). Eine Umfrage ergab: ein Grossteil der Gäste besuchte die Einrichtungen von Wissenschaft und Forschung erstmalig, war jung und gebildet: 62% waren unter 40 Jahren alt und 78% hatten Abitur (BZ, 22.7.2003).

Das ist sicher nur ein erster Schritt. Generell aber gilt: Wissenschaft überhaupt – per se eher von schlechter sozialer Sichtbarkeit – muss auf vielfältigere Formen und in vielerlei Ausdrucksformen und Medien als zentrale Innovationsressourcen für die Stadtregion deutlicher werden.

5. Statt eines Resümees: Wissenschaftslandschaft zwischen Verhinderungscoalitionen und strategieloser Hektik, zwischen kreativen Optionen und konkreten Chancen

Nach diesem Streifzug durch die Kulturlandschaft metropolitaner Wissenschafts- und Forschungsressourcen in und um Berlin herum fällt das abschliessende Urteil vergleichsweise leicht: Berlin als ökonomisch periphere Metropole in der Mitte eines grösser werdenden EU-Europas hat nur eine einzige Chance auf gedeihliche, zukünftige Entwicklung: die Chance, entschlossen Wissenschaft und Forschung als prioritäre Entwicklungsressourcen in der Metropolregion auszuflaggen – und als solche wirtschaftsnäher zu implementieren. Dazu ist deren überragende Bedeutung viel intensiver in die streitende Öffentlichkeit hinein zu vermitteln.

Mit unserer Skizze zur Wissenschaftsstadt Berlin wollten wir

- zeigen, wie unter Zwängen einer

(grösstenteils selbst verschuldeten) exorbitanten Finanzkrise die Spardiktate in wesentliche Kompetenzfelder der Metropolregion hineinschneiden – mit selbstzerstörerischen Effekten;

- zugleich das enorme Potenzial und die hochgradige Differenzierung der Kompetenzen Berlins andeuten. Die Bildung von disziplinären Schwerpunkten und interdisziplinären Kompetenzzentren (wie es etwa gerade im Januar 2004 an der TU im Bereich Raumforschung und Raumplanung mit dem Kompetenzzentrum Stadt und Region in Berlin-Brandenburg geschehen ist) drängt sich unabweislich auf.

Allerdings bedürfen die institutionell geronnene Wissenslandschaft und deren «Clusteringsimperative» dringend zweier Ergänzungen:

- Sie bedürfen erstens des Anregungspotenzials urbaner Kulturformen, ihrer Chaoskompetenzen und Ruppigkeiten als innovatives Milieu; und

- zweitens bedürfen sie dringend eines breiten bürgerschaftlich-prozesshaft organisierten Netzes von Treibern, Initiativen und Akteurskonstellationen, die über die engeren Grenzen der Disziplinen und Ressorts hinaus den Fokus auch auf gesellschaftliches Wissen und gesellschaftliche Innovationen richten. Dafür ist die Beförderung von Wissensneugierde (Klaus Brake) ein anregendes Kürzel. Extemporiert heisst das, dass die Stadt, die bislang skandalös nachlässig mit ihren Wissensressourcen umgeht und ihnen nur eine völlig inadäquate gesellschaftliche Wertschätzung entgegenbringt, sich um das Projekt einer wissensbasierten Metropolentwicklung scharen muss. Das öffnet die Argumentation hin zu einem Strauss von wissensbasierten Aktions- und Produktformen: von der eigentlichen Wissensproduktion über Vermittlungsformen, Promotionsinitiativen, der Verstärkung von Wissenschaftspolitik, der sozialen Sichtbarmachung von Trägergruppen von Wissen über Organisationsfragen bis hin zu Benchmarking-Prozessen und Rahmenplanungen für Innovationen.

Berlin, die schöne und zugleich ruppige Hauptstadt im weiten märkischen Sand, hat insofern noch sehr viel Zukunft vor sich – aber nur als Wissen-

schafts- und Forschungsmetropole, in der die entsprechenden Ressourcen in Brandenburg zwingend dazugehören. – Das jedenfalls ist unsere Meinung. Streiten wir dafür.

Anmerkungen

[1] Bei einem vergleichsweise hohen sektoralen Konzentrationsgrad von F&E sind die drei forschungsintensivsten Industrien in Berlin: Nachrichtentechnik, Pharma und Maschinenbau (ISI et al. 2000).

[2] Obwohl der Raum Berlin zu den zehn patentstärksten Raumordnungsregionen in Deutschland gehört, liegt die Region bei der Patentedichte noch unter dem Bundesdurchschnitt. In der Region Berlin wurden im Jahre 2000 2,9% aller inländischen Patente angemeldet (in der Region Stuttgart waren es 9% und in der Region München 7,7%). Dabei kamen 34,4 Patentanmeldungen auf 100 000 Einwohner (Region Stuttgart 141,5; Region München 129,3 und Bundesdurchschnitt 49,2) (Greif 2001).

[3] Die betriebliche F&E war innerhalb der Kombinate, vor allem in deren Forschungsbetrieben konzentriert; teilweise existierten auch Forschungszentren, die F&E-Funktionen für andere Kombinate übernahmen. Parallel dazu hatte sich eine dezentral organisierte F&E in einigen Kombinateneinheiten etabliert (vgl. Krakat 1993).

[4] Im Jahre 1991 übernahm die Treuhandanstalt in den neuen Bundesländern und Berlin insgesamt 117 Forschungsbetriebe. Bis 1993 waren knapp ein Zehntel noch nicht privatisiert, für rund zwei Drittel konnten neue Trägerschaften gefunden werden und rund ein Fünftel wurde aufgelöst bzw. liquidiert werden (Kratat 1993).

[5] Berlin gilt noch weit vor München und Heidelberg als beliebtester Aufenthaltsort für Gastwissenschaftler (vgl. Spiewak 2003).

[6] Beispielsweise werden an der FU fünf Professuren im Fachbereich Geografie und davon allein vier in der Humangeografie gestrichen. Letztere darf sich in Zukunft lediglich mit einer Professur über Wasser zu halten versuchen.

[7] Das Max-Delbrück-Centrum (MDC) für molekulare Medizin gehört seit 1992 zu einer von 16 Grossforschungseinrichtungen des Bundes.

[8] Der Zusammenbruch der New Economy führte auch in diesen Bereichen zu einer «Konsolidierung». Die Krise am Venture-Capital-Markt im Jahr 2002 zeigte sich insbesondere für die Bio-Tech-Branche in einer gegenüber 2001 deutlich niedrigeren Kapital-

akquise. Seit Frühjahr 2003 legen Neufinanzierungen wieder zu.

[9] Vom IRS wurde gemeinsam mit der HU Berlin im Jahre 2002 eine schriftliche Betriebsbefragung von Informationsdienstleistern in den Metropolregionen Berlin und München durchgeführt, die für den Berliner Raum rund 430 auswertbare Fragebögen (ca. 15% Rücklaufquote) lieferte (vgl. Jähne, Wolke 2004). Für diesen Beitrag erfolgt eine Eingrenzung der empirischen Auswertung auf wissensintensive Dienstleistungen: Datenverarbeitung und Datenbanken, Forschung und Entwicklung, hochwertige Beratungsdienstleistungen und Marktforschung, Ingenieur- und Architekturbüros, Laboratorien und Werbung (knapp 300 Fälle).

[10] Auch beim Produktionsfaktor Wissen in Verbindung mit der regionalen Humankapitalausstattung wurde in der o.g. Befragung deutlich, dass der Raum Berlin für die hier ansässigen Informationsdienstleister als Arbeitsmarkt für hoch qualifizierte Fachkräfte grosse Bedeutung hat. In den Jahren 1999 bis 2001 haben drei Viertel der Betriebe, die Fach- und Hochschulabsolventen ohne Berufserfahrung eingestellt haben, ihr Personal aus der Region rekrutiert, bei Absolventen mit Berufserfahrung waren es zwei Drittel.

[11] Rund 12% sind Ein-Mann-Unternehmen, knapp 60% haben 2 bis 9 Beschäftigte (einschliesslich der Firmeneinhaber) und reichlich ein Viertel gehören zu der Gruppe von Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten.

[12] Über Stipendiensysteme soll ein Studium jeweils auch für Studierende mit geringeren finanziellen Mitteln ermöglicht werden.

[13] Eine im Auftrag des Internationalen Design Zentrums Berlin (IDZ) im Jahr 2003 durchgeführten Strukturanalyse der «Designszene» Berlins etwa ergab, dass von insgesamt 1153 erhobenen und registrierten Unternehmen ca. 20% in den letzten drei Jahren und über 30% seit 1994 gegründet wurden. Bezeichnenderweise weisen über 80% aller Unternehmen eine Beschäftigtengrösse von 1 bis 5 Personen auf; 75% der aufgeführten Unternehmen haben regionale und nationale Kunden, nur 7% internationale (vgl. <http://www.idz.de>).

[14] Seit 2002 sind auch Potsdamer Wissenschafts- und Forschungsinstitutionen dabei.

Literatur

ABELL, D.F.; PLINKE, W. (2003): ESMT, European School of Management and Technology – ein neues Mitglied in der Familie. Berlin, München, Schloss Gracht.

BENDER, G. (2004): mode 2 – Wissenserzeugung in globalen Netzwerken? In: MATTHIESEN, Ulf (Hg.): Stadtregion und Wissen. Wiesbaden (im Erscheinen).

[BERLIN] Der Regierende Bürgermeister von Berlin/Senatskanzlei (Hg.) (2000): Die BerlinStudie. Strategien für die Stadt. Berlin.

[BGB] Bank Gesellschaft Berlin (2004): Berlin – Wirtschaft im Überblick (23. Januar 2004), Konjunktur Berlin (6. Februar 2004), Berlin aktuell – Industrie (12. Februar 2004), Konjunktur Berlin (5. März 2004). In: <http://www.bankgesellschaft.de>.

BIOTOP BERLIN-BRANDENBURG MANAGEMENT (Hg.) (2003): Biotech Report 2002/2003. Berlin. In: <http://www.biotop.de>.

[BMBF] Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.) (2002): Faktenbericht Forschung 2002. Bonn.

BRAKE, K. (2004): Berlin: Stadt des Wissens – Optionen und Handlungsansätze. In: MATTHIESEN, U. (Hg.): Stadtregion und Wissen. Wiesbaden (im Erscheinen).

BRANDT, G. (Hg.) (2003): Die Abwicklung der Bauakademie der DDR 1989–1991. Berlin.

BUDE, H. (2001): Generation Berlin. Berlin.

[BZ] Berliner Zeitung (2003): Ausgaben vom 16.6.2003 und 22.7.2003, <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv>.

[BZ] Berliner Zeitung vom 4.2.2004: Thomsen, Jan: Prominente gegen ein Kartell der Unsicherheit.

[DIW] Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (2003): Zweiter Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland, Kurzfassung. DIW-Wochenbericht 47/03. In: <http://www.diw.de>.

FICHTER, H.; JÄHNKE, P.; KNORR-SIEDOW, T. (2004): Governance Capacity für eine wissensbasierte Stadtentwicklung. In: MATTHIESEN, U. (Hg.): Stadtregion und Wissen. Wiesbaden (im Erscheinen).

FLORIDA, R.; COHEN, W.M. (1999): Engine or Infrastructure? The University Role in Economic Development. In: BRONSCOMB, L. M.; KODAMA, F.; FLORIDA, R. (Hg.): Industrializing Knowledge. University-Industry Linkages in Japan and the United States. Cambridge/Massachusetts, London.

- GDANIEC, C. (2000): Cultural, Economic and Urban Policies in Berlin and the Dynamics of Cultural Industries. An Overview. In: iCISS Berlin Case Study. Manchester Institut for Popular Studies MIPC. Manchester.
- [GL] Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg – Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hg.) (2003): Demographischer Wandel im gemeinsamen Planungsraum Berlin-Brandenburg. Potsdam.
- GLÄSER, J. (1993): Industrieforschung in den neuen Bundesländern: Perspektiven, Herausforderungen und Fördermöglichkeiten. Electronic Ed., Bonn.
- GREIF, S. (2001): Regionale Schwerpunkte der Patentaktivitäten in Deutschland. Nürnberger Statistische Nachrichten, 3. Quartal. Nürnberg.
- [HoF] Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (2003): Die Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin. Expertise im Auftrag der Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur. Wittenberg. <http://www.senwisskult.berlin.de>.
- HÜBLER, K. H. (2002): Chance vertan? – Anmerkungen zu einer Zukunftsstudie für Berlin. http://www.tu-harburg.de/sb3/objekt/planungs-rundschau/planungs-rundschau_0304/khhcvazezfb.htm.
- INITIATIVE WISSEN SCHAFFT WOHLSTAND FÜR BERLIN (2002): Memorandum und fünf konkrete Projektvorschläge als Follow-up der BerlinStudie. Berlin.
- INTERNATIONALES DESIGN ZENTRUM BERLIN (Hg.) (2003): Designszene Berlin. Berlin. In: <http://www.idz.de>.
- [ISI] Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung Karlsruhe, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel.
- [IfW], Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung Hannover (NIW) (2000): Regionale Verteilung von Innovations- und Technologiepotentialen in Deutschland und Europa. Endbericht. Karlsruhe.
- JÄHNKE, P.; WOLKE, M. (2004): Berlin und München – Metropolregionen als vernetzte Informationsdienstleistungsstandorte? In: KUJATH, H.J. (Hg.): Knoten im Netz. Zur neuen Rolle der Metropolregionen in der Dienstleistungswirtschaft und Wissensökonomie. Münster, Hamburg, London (im Erscheinen).
- KEIM, K.D. (2003): Das Fenster zum Raum. Traktat über die Erforschung sozialräumlicher Transformation. Opladen.
- KLOSE, T. (1996): Zur Zukunft der Universität: In: <http://www.fu-berlin.de/fun/1996/5-96/t3.htm> vom 21.01.04.
- KÜHN, M. (2003): Wissenschaftsstädte – Wissenschaftsparks. Wissensbasierte Siedlungsstrukturen in deutschen Stadtregionen. In: Raumforschung und Raumordnung, Heft 3, S. 139–149.
- KRAKAT, K. (1993): Industrieforschung und Forschungspolitik – Probleme und Aktivitäten in den neuen Bundesländern. In: FORSCHUNGSSTELLE FÜR GESAMTDEUTSCHE WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE FRAGEN (Hg.): FS Analysen «Abschied von der Forschungsstelle», Heft 4, S. 51–89.
- KULICKE, M.; GÖRISCH, J. (2002): Welche Bedeutung haben Hochschulen für das regionale Gründungsgeschehen? Umfrage der wissenschaftlichen Begleitung zu «EXIST – Existenzgründungen aus Hochschulen». Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung. Karlsruhe.
- KURBUJWEIT, D. (2003): Im Schatten der Effizienz. Die Ökonomisierung der Gesellschaft und ihre Folgen. In: GDI_IMPULS (Heft 2), S. 26–33.
- KUTZLER, K. (Hg.) (2002): Geschichte und Jubiläen. In: <http://www.tu-berlin.de/uebertu/geschichte.htm>.
- LANGE, B. (2004): Landscapes of Cultural Scenes: Socio-Spatial Emplacement Strategies of «Culturepreneurs» in Berlin. In: TERKENLI, T.S.; D'HAUTESERRE, A.M. (Hg.): Landscapes of New Cultural Economy of Space (im Erscheinen).
- LANGE, E. (1993): Sozialer Wandel in den neuen Bundesländern. Beispiel: Lutherstadt Wittenberg. Opladen.
- LANGE, J. (1993): Hochschulen und Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern zwischen gestern und morgen. In: Bildung und Erziehung, 46 (2), S. 207–224.
- LEGLER, H. (2000): Regionalverteilung in der Industrieforschung. Deutliche Unterschiede zwischen den Ballungsräumen. In: STIFTERVERBAND FÜR DIE DEUTSCHE WISSENSCHAFT (Hg.): F&E Info, Heft 1, S. 10–14, <http://www.stifterverband.de>.
- Lemmerich, J. (1992): Dahlem – ein deutsches Oxford. Domäne Dahlem, Heft 17, Berlin.
- LENZEN, D. (Hg.) (2001): Zur Geschichte der Freien Universität Berlin. In: <http://www.fuBerlin.de/info/fub/geschichte/fub.html>.
- LEWIS, D. (2003): Intuitive Entscheidungen. Vom konstruktiven Umgang mit einem Management-Werkzeug. In: GDI_IMPULS (Heft 2), S. 14–19.
- MALECKI, E. J. (2000): Creating and Sustaining Competitiveness. Local Knowledge and Economic Geography. In: BRYSON, J.R. et al.: Knowledge, Space, Economy. London, New York, S. 103–119.
- MARKUSEN, A. (1996): Sticky Places in Slippery Space: A Typology of Industrial Districts. Economic Geography 72 (3), S. 293–313.
- MARKUSEN, A. (1999): Fuzzy Concepts, Scanty Evidence, Policy Distance: The Case for Rigour and Policy Relevance in Critical Regional Studies. In: Regional Studies 33 (Heft 9), S. 869–884.
- MATTHIESEN, U.; BÜTTNER, K. (2003): Interview mit Herrn Peer Pasternack, Staatssekretär für Wissenschaft, am 22.08.2003.
- MATTHIESEN, U. (2003): 10 Thesen zum Zusammenhang von Wissens-, Wissenschafts- und stadtreptionaler Entwicklung in der Metropolregion Berlin-Brandenburg. Seminar der Akademie der Künste in Berlin-Buch am 25.03.2003, (unveröffentlichtes Manuskript).
- MATTHIESEN, U. (Hg.) (2004): Stadtregion und Wissen. Wiesbaden (im Erscheinen).
- MATTHIESEN, U. (2004): Wissen in Stadtregionen. In: MATTHIESEN, U. (Hg.): Stadtregion und Wissen. Wiesbaden (im Erscheinen).
- MATTHIESEN, U.; BÜRKNER, H.J. (2004): Wissensmilieus – Zur sozialen Konstruktion und analytischen Rekonstruktion eines neuen Sozialraum-Typus. In: Matthesen, U. (Hg.): Stadtregion und Wissen. Wiesbaden (im Erscheinen).
- MCROBBIE, A. (2002): Clubs to Companies. Notes on the Decline of Political Culture in Speeded Up Creative Worlds. In: BITTNER, R. (Hg.): Die Stadt als Event. Zur Konstruktion urbaner Erlebniswelten. S. 279–281.
- MEUSBURGER, P. (1998): Bildungsgeographie: Wissen und Ausbildung in der räumlichen Dimension. Heidelberg.
- MEYER, H. (Hg.) (2003): Hochschulen in Deutschland. Wissenschaft in Einsamkeit und Freiheit? Kolloquium-Reden am 2. Juli 2003. In: HoF-Arbeitsberichte (Heft 5). Wittenberg.
- MLYNEK, J. (Hg.) (1999): Die Geschichte der Humboldt-Universität. In: <http://www.hu-berlin.de/hu/geschichte/hubdt.html>.
- NOWOTNY, H.; SCOTT, P.; GIBBONS, M.

(2001): Rethinking Science: Knowledge and the Public in an Age of Uncertainty. Cambridge.

RONZHEIMER, M. (2003): Initiative «Wissen schafft Zukunft» – Strategien für den Wissenschaftsstandort Berlin-Brandenburg. In: www.berlinews.de/archiv-2003/1338.shtml vom 20.01.04.

SCHWARZBURGER, H. (2003): Erfahrung zählt. In: Adlershof Magazin 6, <http://www.berlinews.de/wista/archiv/368.shtml> vom 12.01.04.

SHINN, T. (2002): The Triple Helix and New Production of Knowledge: Prepackaged Thinking on Science and Technology. In: Social Studies of Science (32/4), S. 599–614.

SPIEWAK, M. (2003): Im Hirn der Republik. In: DIE ZEIT, Nr. 30/03. In: <http://www.4.zeit.de/text/2003/30/B-Berlin>.

THE UNIVERSITY-INDUSTRY RESEARCH COLLABORATION INITIATIVE (2000): Working Together, Creating Knowledge. Business-Higher Education Forum. Boston.

ZÖPEL, C. (Hg.) (2002): Brandenburg 2025 in der Mitte Europas. Forum Zukunft Brandenburg. Potsdam.

<http://zukunftscafe.de/berlinstudie/article.php?sid=38> vom 20.01.04.

<http://www.an-morgen-denken.de/ueber.htm> vom 20.01.04.

<http://www.nordost.wissenschaftsforen.de> vom 20.01.04.

http://www.science.berlin.de/1_aktuell/inhalt/1_magazin/intro/intro.htm vom 12.01.04.

Prof. Dr. Ulf Matthiesen
Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung IRS
Flakenstrasse 28–31
D-15537 Erkner
matthiesen@irs-net.de

Kerstin Büttner
Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung IRS
Flakenstrasse 28–31
D-15537 Erkner
buettner@irs-net.de

Petra Jähne
Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung IRS
Flakenstrasse 28–31
D-15537 Erkner
jaehnkep@irs-net.de

Bastian Lange
Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung IRS
Flakenstrasse 28–31
D-15537 Erkner
langeb@irs-net.de

Und der Sieger heisst (noch)... Bonn!

Zur Gegenwart und zur Zukunft der Hauptstädte Berlin und Bonn 15 Jahre nach der Wiedervereinigung und 10 Jahre nach dem Bonn-Berlin-Gesetz

On 20 June 1991, the German Parliament voted to reinstall Berlin as the capital city of Germany, though with a very small majority. Those who argued for Berlin and against the provisional capital of Bonn had hoped that Berlin would become a great European metropolis in the center of Europe, a function which the city had held earlier, particularly during the Golden Twenties of the last century. More than ten years after the controversial decision, Bonn seems to be the winner. While Berlin suffers from economic stagnation, high unemployment, and a weak property market, Bonn is doing surprisingly well in economic terms. It seems that the outcome of the negotiations for compensation made by the city and the state governments of North Rhine-Westphalia and enacted in the Bonn/Berlin Act of 1991, have laid the foundation for a modern Bonn. Apart from still being a "Bundesstadt" (federal city) with a significant number of federal ministries, institutions and even a few remaining embassies, the city has become the headquarters of the Deutsche Bundespost (Federal Mail Services) and the Deutsche Telekom (German Telecom,) as well as the location of a number of UN offices. In addition, many efforts have been made since to expand and improve the quality of the city's higher education and research base. Unexpectedly, Bonn is a thriving city with a sound and sustainable economy. In contrast, Berlin, a divided city for almost half a century, has considerable economic and financial difficulties to overcome with the challenges of reunification. The article presents some arguments on why Berlin is still struggling and describes the enormous potential the city has to regain its former grandeur. In the long run, the paper argues that Berlin will become a European East-West center of culture and entertainment, a center of

knowledge and creative industries, and a tourist city with a rich multi-cultural and socio-cultural life.

1. Historischer 20. Juni 1991

In Artikel 2 des Vertrages zur Deutschen Einheit, der am 20. September 1990 vom Deutschen Bundestag in Bonn und der Volkskammer in Berlin beschlossen wurde, stand lapidar «[Die] Hauptstadt Deutschlands ist Berlin. Die Frage des Sitzes von Parlament und Regierung wird nach der Herstellung der Einheit Deutschlands entschieden.» (Der Vertrag 1990). Neun Monate später, am 20. Juni 1991, hat der deutsche Bundestag in Bonn den historischen Beschluss gefasst, ein Versprechen zu halten und Berlin wieder zur Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschlands zu erklären. Die Entscheidung war knapp. 337 Abgeordnete stimmten für den Antrag «Vollendung der Einheit Deutschland» und 320 für den Antrag «Bundesstaatslösung», also gegen eine Hauptstadt Berlin (Deutscher Bundestag 1991). Berlin war wieder Hauptstadt des vereinten Deutschlands, Bonn, das lange die provisorische Hauptstadt war (vgl. Neumaier 1969), blieb nur der Status einer «Bundesstadt». Dabei gab es eine nicht unbedeutende Zahl von Abgeordneten im Parlament, die es lieber gesehen hätten, wenn Bonn Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschlands geblieben wäre. Es war eine lange Auseinandersetzung. Viele glaubhafte, aber auch vorgeschobene Argumente wurden ausgetauscht, und jede Seite holte sich die Verbündeten, die sie brauchte, um die jeweiligen Argumente zu untermauern (Herles 1991; Kunzmann 1991). Dass Berlin nicht, wie immer wieder behauptet wurde, in der Mitte Deutschlands lag, war jedem Schulatlas zu entnehmen, aber vielleicht standen bei manchen noch die alten Atlanten aus der Zeit vor 1945 im Bücherregal. Dass Berlin eine urbane Insel ist ohne dicht besiedeltes Hinterland, das war vielen nicht bewusst. Dass der Weg von Berlin aus in die Städte und Regionen Ostdeutschlands näher war als der von Bonn, war unbestritten, doch es gab

manche Skeptiker, die an die versprochenen rasch aufblühenden Landschaften zwischen Oder und ehemaliger Zonengrenze nicht so recht glauben wollten, auch nicht daran, dass Berlin als Metropole einer inzwischen doch sehr veränderten Bundesrepublik wieder an den Glanz der preussischen Residenz und den Glamour der Zwanzigerjahre anknüpfen konnte, als die Stadt wirklich europäische Bedeutung hatte. Viele Promotoren der Hauptstadt Berlin hatten auch verdrängt, dass Berlin eine ganz junge Hauptstadt war, die nur ganz kurze Zeit demokratische Erfahrung sammeln konnte, jedenfalls sehr viel weniger als die provisorische Hauptstadt Bonn. Auch wurden Hoffnungen darauf gesetzt, dass eine Hauptstadt Berlin als Knotenpunkt von Warenströmen zwischen Ost- und Westeuropa eine alte und wichtige wirtschaftliche Rolle wahrnehmen könne, vielleicht auch eine politische und kulturelle Mittlerfunktion in einem zukünftigen grösseren Europa. Diese Hoffnungen haben sich jedenfalls bis zum Jahre 2004 nicht erfüllt. Die Korrespondenten der grossen internationalen Zeitungen – New York Times, Le Monde oder Financial Times in London – waren damals schnell auf der Seite der Berlin-Befürworter. Sie wollten lieber aus einer grossen Metropole berichten, als aus einer Stadt, die sie immer für sehr provinziell gehalten hatten. Sie wussten auch, dass die geschichtsträchtige grosse Stadt Berlin einen ganz anderen Hintergrund für politische Analysen und kulturelle Features abgibt (vgl. Kramer 1999) als eine vergleichsweise ruhige mittelgrosse Universitäts- und Beamtenstadt am Rhein, auch wenn diese nicht so weit weg war von Köln, wo es schon sehr viel munterer zugeht. Auch Berichte aus Canberra und Den Haag können mit Reportagen aus Sydney und Amsterdam nicht konkurrieren.

Drei Jahre nach der Abstimmung im Bundestag, am 26. April 1994, wurde dann das Gesetz zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschland (Bonn-Berlin-Gesetz) verabschiedet. Es regelte die Verteilung und Verlagerung von Einrichtungen des Bundes sowie die Massnahmen

des Bundes für die Bundeshauptstadt Berlin und die Region Bonn. Dieses Gesetz war die Grundlage für die Regelung der finanziellen Rahmenbedingungen der vorgeschlagenen Massnahmen (Bundesgesetzblatt 1994).

Aus internationaler Perspektive war die Entscheidung, Berlin wieder zur Hauptstadt zu machen, sicher langfristig richtig, auch wenn sie mit vielen nicht ganz so überzeugenden Argumenten quer über die ideologischen Lager hinweg getroffen wurde. Wahrscheinlich konnten nur wenige die Herausforderungen Berlins erahnen, die die Metropole ein Jahrzehnt später zu bewältigen hatte. Viele der Probleme der Hauptstadt Berlin zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind sicher hausgemacht, aber sie sind auch eine Folge von veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, auf die weder die Bundesrepublik Deutschland noch die Stadt Berlin so richtig vorbereitet waren. Sie sind vielleicht auch ein Abbild der tatsächlichen und mentalen Probleme des Zusammenwachsens der beiden deutschen Teilstaaten, das sehr viel mühsamer war und ist, als sich dies viele in ihrer ersten Euphorie vorgestellt hatten.

2. Bonn zu Beginn des neuen Jahrhunderts

Bonn ist keine grosse Stadt. Am Ende des Jahres 2002 hatte Bonn mit 310 930 Einwohnern 4000 (1,3%) mehr als zum Zeitpunkt des Bonn-Berlin-Beschlusses des deutschen Bundestags im Juni 1991 (vgl. Tabelle 1). Auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer in der Stadt Bonn ist in den Jahren von Mitte 1991 bis Mitte 2002 auf Grund einer günstigen Branchenstruktur um annähernd 11 400 Personen (5,4%) auf 145 558 angestiegen, während das Land Nordrhein-Westfalen (NRW) im gleichen Zeitraum 2,5% seiner Arbeitsplätze verlor. Prognosen gehen sogar davon aus, dass die Zahl der Arbeitsplätze in Bonn bis zum Jahre 2009 noch einmal um 5000 zunehmen wird. 14,4% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten waren im Jahre 2002 im produzierenden Gewerbe tätig, 84,4% im Dienst-

			Berlin	Bonn
Fläche	2001	km ²	892	141
Einwohner	2001	EW	3 388 400	306 000
Einwohnerdichte	2001	je km ²	3800	2167
Ausbildungsplatzzuwanderer	2000	je 1000 EW	22,9	35,8
Zuzüge	2000	je 1000 EW	36,4	74,8
Fortzüge	2000	je 1000 EW	36,7	71,9
Gesamtwanderungssaldo	2000	je 1000 EW	-0,3	2,9
Bevölkerungswachstum	1990–2001	in %	-1,3	4,7
Einwohner unter 18 Jahren	2000	in %	16,2	17,3
Einwohner über 65 Jahren	2000	in %	14,6	16,9
Anteil der Singlehaushalte an den Haushalten	2000	in %	46,8	44,2
Anteil der Schulabgänger mit Hochschulreife an den Schulabgängern	2001	in %	30,4	43,4
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im tertiären Sektor	2001	in %	79,1	81,7
Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Dienstleistungsberufen	1995–2000	in %	-3,7	3,5
Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit hoher Qualifikation an der Gesamtzahl der Beschäftigten	2001	in %	12,3	16,5
Studierende	2001	je 1000 EW	40,8	123,7
Ausländer	2001	in %	13	17,2
Entwicklung der Ausländerquote	1995–2001	in %	0,8	1,4
Arbeitslosenquote	2002		18,9	7,9
Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen	2002	in %	33,9	31,2
Sozialhilfeempfänger	2000	je 1000 EW	78,6	38,1
Entwicklung der Sozialhilfeempfänger	1995–2000	in %	55,4	-1,6
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner	2000	in Euro	22 200	36 800
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigem	2000	in Euro	47 900	53 100
Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts	1994–2000	in %	-0,1	3,0
Steuereinnahmen	2000	in Euro je EW	508	684
Durchschnittliche Baulandpreise	1998–2000	in Euro je m ²	487	206
Wohnfläche	2000	in m ² je EW	38,2	39,6
Kaufpreise für Wohnungen in guten Wohnlagen	2003	in Euro je m ²	1391–1950	1534–2133
Mieten in guten Wohnlagen	2003	in Euro je m ²	5,56–7,73	6,71–7,42
Kaufkraftkennziffer	2003	je EW	99,4	118,5
Passagieraufkommen der Flughäfen	2002	Pax	11 988 100	5 466 200

Quellen: Eigene Zusammenstellung aus Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2003) INKAR 2003, Version 5.0; <http://www.koeln-bonn-flughafen.de>; <http://www.berlin-airport.de>; DEGI Marktreport 2004; Capital 2/2003: 20–28.

Tab. 1: Berlin und Bonn im Vergleich.

leistungsgewerbe, davon 12% in der öffentlichen Verwaltung. Im benachbarten Rhein-Sieg-Kreis wuchs die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 1991 und 2002 sogar um 12,2% (Rhein-Sieg-Kreis 2003).

Der Einpendlerüberschuss der Stadt Bonn betrug im Jahre 2001 mehr als 50 000. Nur die Städte Düsseldorf und Köln hatten zum gleichen Zeitpunkt höhere Quoten zu verzeichnen. Der Zuwachs an privaten Unternehmen war in

den Jahren von 1991 bis 2002 erheblich. 33 834 neue Unternehmen wurden in diesem Zeitraum gegründet, der Saldo zwischen Gewerbean- und -abmeldungen betrug 6363 Betriebe, was einem durchschnittlichen jährlichen Überschuss von 530 – in der Regel natürlich sehr kleinen – Unternehmen entsprach. Hinter Düsseldorf, Aachen und Köln hat Bonn mit 7,4 Unternehmen je tausend Erwerbspersonen (NRW: 5,7) die vierthöchste Gründungsrate in NRW.

Die Arbeitslosigkeit war in Bonn Ende Mai 2003 mit 7,7% (sogar nur 7,3% im Arbeitsamtsbezirk Bonn/RheinSieg) geringer als in den meisten anderen Städten Nordrhein-Westfalens (NRW: 9,9% und BRD: 10,4%), 2002 lag die Arbeitslosenquote in der Stadt Bonn sogar nur bei 6,8%. Lediglich der Anteil ausländischer Arbeitsloser ist in Bonn überdurchschnittlich hoch.

Der eigentliche Umzug der Ministerien von Bonn nach Berlin erfolgte Mitte 1999, aber noch immer haben sechs Ministerien ihren Hauptsitz in Bonn. Es sind dies die Ministerien für Bildung und Wissenschaft, Umwelt und Gesundheit, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Entwicklungspolitik und Verteidigung. (Bonn-Berlin-Gesetz §1). Auch wenn alle diese Ministerien Dependancen am Sitz der Bundesregierung in Berlin haben, so ist doch die Mehrzahl der Beschäftigten am Standort Bonn verblieben. Letztenendes waren es nur etwa 2500 Beschäftigte, die die Stadt zwischen 1999 und 2002 durch den Umzug verlor.

Es ist allerdings anzunehmen, dass diese kostspielige Zerteilung des Regierungsapparates mit den sehr aufwändigen Pendelbeziehungen zwischen Bonn/Köln und Berlin nicht langfristig Bestand haben wird. Politische Kalküle, populistische Mediengeschichten und Bedenken des Rechnungshofes werden vermutlich in nicht allzu ferner Zukunft dazu führen, dass die Entscheidung von 1994 noch einmal überprüft und eventuell korrigiert wird. Doch auch dies wird dann keine spürbaren Veränderungen mit sich bringen, denn Bonn ist heute eine gesunde und attraktive Stadt, die es mit politischem Geschick

geschafft hat, sich in ihrer neuen Rolle einzurichten. Sie ist ein «höchst vitaler und dynamischer Wirtschaftsstandort, stärker privatwirtschaftlich orientiert und wettbewerbsfähiger [...], allerdings auch konjunkturabhängiger und weniger krisenresistent [...]. Sie ist eindeutig der Beschäftigungsmotor der Region.» (Bundesstadt Bonn 2003:5)

Was waren die Faktoren dieses Erfolges? Wie hat die Stadt es geschafft, den (teilweisen) Verlust der Hauptstadtfunktion so gut zu überstehen? (vgl. Generalanzeiger 2001; Trommer 2002, 2003; Kaiser 2004)

Die hohe Standortqualität der Stadt hat sich auch nach dem Hauptstadtbeschluss nicht verändert. Bonn liegt mit Köln im Schnittpunkt der hoch verdichteten Korridore von Amsterdam nach Frankfurt/Main und von Brüssel nach Dortmund. Die Stadt ist Teil der so genannten europäischen Metropolregion RheinRuhr mit über 12 Millionen Einwohnern, und sie liegt im grössten europäischen Verdichtungsraum, in dem mehr als 25 Millionen Einwohner leben. Bonn ist viel befahrener ICE-Haltepunkt, der auch nach Fertigstellung der Neubaustrecke von Köln nach Frankfurt/Main nur wenig von seiner Bedeutung eingebüsst hat. Ein Flughafen (Köln-Wahn), der wenig Beschränkungen unterworfen und bedeutender Frachtflughafen Westdeutschlands ist und der nun auch zum Hub der Billigflug-Anbieter entwickelt werden soll, liegt vor der Tür. Zwei weitere Flughäfen, Düsseldorf und Frankfurt, sind gut und bequem in etwa einer Stunde erreichbar. Viele europäische Standorte sind daher von Bonn aus im Verlauf einer Tagesreise zu erreichen. All dies sichert der Stadt, die, wie andere auch, im Wettbewerb der Standorte Europas steht, die notwendigen infrastrukturellen Rahmenbedingungen.

Doch dies allein hätte der Stadt Bonn nicht viel genützt, ihr Erfolg liegt vielmehr in beachtlichen Erfolgen auf fünf Handlungsfeldern: Mit grossem Nachdruck hat sich die Stadt dafür eingesetzt, Wissenschaftsstandort zu werden. Ihr ist es gelungen, zwei grosse ehemals staatliche Schlüsselunternehmen der Informationsindustrie (Telekom und Post) an den Standort Bonn zu binden. Und

sie betreibt eine erfolgreiche Politik der internationalen Vernetzung. Bonn hat es verstanden, Lebensqualität als Standortfaktor zu nutzen und zu stärken. Und die Stadt hat nicht zuletzt in guter regionaler Kooperation langfristige Visionen für die Stadtregion entwickelt. Die Empfehlungen des Bonn-Berlin-Gesetzes, auf dessen Formulierung die Stadt, zusammen mit dem damaligen Chef der Staatskanzlei Wolfgang Clement starken Einfluss genommen hat, haben ihr dabei sehr geholfen (vgl. Fig. 1, 2 und 3).

- *Wissensindustrien:* Bonn ist heute ein bedeutendes und international sehr renommiertes Wissenschaftszentrum der Bundesrepublik Deutschland. Die Stadt hat eine bedeutende Universität, an der im Jahre 2003 mehr als 35 000 Studierende eingeschrieben waren. Die Universität ist eine der grössten Universitäten in der Bundesrepublik Deutschland mit renommierten Fachrichtungen im Bereich der Wirtschaftswissenschaften, der Medizin und Neurowissenschaften und der Rechtswissenschaften. Etwa 19 000 Wissenschaftler und andere Beschäftigte sind dort und in anderen Forschungseinrichtungen der Stadtregion Bonn, in zwei Max-Planck-Instituten, einem Fraunhofer-Institut und im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt tätig. Hinzu kommen Einrichtungen der Wissenschaftspolitik und -verwaltung, wie die Deutsche Forschungsgesellschaft (DFG), die Alexander-von-Humboldt-Gesellschaft und der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD).

Der weitere zukunftsorientierte Ausbau dieses Wissenskomplexes war ein besonderes Anliegen der Stadt in den Verhandlungen mit der Bundesregierung. Auf diesem bereits sehr beachtlichen Fundament und auf Basis des Bonn-Berlin-Gesetzes entstanden seit 1994 in der Stadtregion Bonn zwei neue Fachhochschulen, neue interdisziplinäre Institute mit internationaler Ausrichtung (ZEF und ZEI), sowie zwei neue Fachhochschulen und das grösste so genannte «Ausgleichsprojekt», das Center of Advanced European Studies and Research (CAESAR), das als Stiftung nach amerikanischem Vorbild eingerichtet wurde und Ende 1998 seine Arbeit

Massnahmen des Bundes für die Bundeshauptstadt Berlin

(1) Der Bund und das Land Berlin arbeiten zusammen, um die Funktionsfähigkeit der Bundeshauptstadt Berlin als Sitz des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung sicherzustellen. In diese Zusammenarbeit ist das Land Brandenburg einzubeziehen, soweit dies erforderlich ist, um zur Funktionsfähigkeit der Bundeshauptstadt Berlin beizutragen.

(2) Der Bund unterstützt das Land Berlin bei den ihm vom Bund zur Wahrnehmung der gesamtstaatlichen Repräsentation vereinbarungsgemäss übertragenen besonderen Aufgaben.

(3) Die nähere Ausgestaltung bleibt vertraglichen Vereinbarungen zwischen dem Bund einerseits und den Ländern Berlin und Brandenburg andererseits vorbehalten.

Fig. 1: Massnahmen des Bundes für die Bundeshauptstadt Berlin.

Quelle: Bonn-Berlin-Gesetz §5

aufgenommen hat. Es betreibt internationale Spitzenforschung mit Marktbezug im Bereich Nanotechnologie, biologisch-elektronischer Systeme und Mensch-Tier-Interaktion.

● **Zukunftsorientierte Schlüsselunternehmen:** Mit den Unternehmenszentralen der Bundespost, der Deutschen Telekom AG und der Postbank hat Bonn drei bedeutende, ehemals staatliche Unternehmen von Zukunftsbranchen am Ort. Die Deutsche Telekom, ein Unternehmen, das weltweit über 250 000 Beschäftigte hat, war 2003 mit mehr als 11 500 Beschäftigten der grösste Arbeitgeber in Bonn, gefolgt von der Deutsche Post World Net mit weltweit 372 000 Beschäftigten, von denen über 7000 in der Zentrale in Bonn tätig sind, und der Postbank mit 1900 Arbeitsplätzen im Kammerbezirk RheinSieg und insgesamt über 10 000 Beschäftigten in ganz Deutschland (IHK Bonn/RheinSieg 2003). Diese Unternehmen geben der Stadt ein neues Profil. Sie sind aber auch Knoten im dichten Netz von vor- und nachgelagerten Produktions- und Dienstleistungsbetrieben in der Stadtregion.

Massnahmen des Bundes für die Region Bonn

(1) Die Folgen des Verlustes des Parlamentsitzes und des Regierungssitzes für die Region Bonn werden durch die Übernahme und Ansiedlung neuer Funktionen und Institutionen von nationaler und internationaler Bedeutung im politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Bereich, sowie durch Unterstützung bei notwendigen Umstrukturierungsmassnahmen angemessen ausgeglichen.

(2) Insbesondere soll der Ausgleich realisiert werden in den Bereichen:

- Bonn als Wissenschaftsstandort,
- Bonn als Kulturstandort,
- Bonn als Standort für Entwicklungspolitik, nationale internationale und supranationale Einrichtungen,
- Entwicklung Bonns zu einer Region mit zukunftsorientierter Wirtschaftsstruktur

(3) Der Bund soll darum bemüht sein, zusammen mit den betroffenen Ländern darauf hinzuwirken, dass in der Region Bonn durch die Ansiedlung ergänzender Einrichtungen Politikbereiche gebildet werden.

(4) Ausserdem unterstützt der Bund die Bundesstadt Bonn bei der ihr vom Bund zur Wahrnehmung der gesamtstaatlichen Repräsentation vereinbarungsgemäss übertragenen besonderen Aufgaben.

Fig. 2: Massnahmen des Bundes für die Region Bonn.

Quelle: Bonn-Berlin-Gesetz §6

● **Internationale Vernetzung:** Mit Hilfe der Bundesregierung, insbesondere mit aktiver Unterstützung des damaligen Umweltministers der Bundesregierung, Klaus Töpfer, der heute Chef der ENEP in Nairobi ist, hat sich die Stadt Bonn mit dem Etikett UNO-Stadt geschmückt und damit zum Ausdruck gebracht, dass sie sich auch nach dem Wegzug der Bundesregierung nach Berlin als internationale Stadt versteht (vgl. Box 4). Die Ansiedlung von zwölf Organisationen der Vereinten Nationen in Bonn war ein wichtiger Baustein für eine gezielte Stadt-Aussenpolitik. Ein Teil der Gebäude der Bundesregierung werden als UN Campus genutzt. Das ehemalige Parlamentsgebäude des Bundestages

Im Bonn-Berlin-Gesetz für Bonn festgelegte Einrichtungen

(1) Einrichtungen des Bundes:

- Bundeskartellamt
- Bundesversicherungsamt
- Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen
- Bundesaufsichtsamt für Versicherungswesen
- Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft
- Bundesamt für landwirtschaftliche Marktordnung
- Bundesrechnungshof
- Bundesinstitut für Berufsbildung
- Bundesgesundheitsamt
- Zentralstelle Postbank
- Zentralstelle für Arbeitsvermittlung

(2) Der Bund wird die Zentrale des Eisenbahn-Bundesamtes und der Hauptverwaltung des Bundeseisenbahnvermögens in der Bundesstadt Bonn ansiedeln sowie Teile folgender Bundeseinrichtungen nach Bonn verlagern:

- Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Aussenstelle Berlin),
- Bundesbaudirektion,
- Statistisches Bundesamt (Aussenstelle Berlin),
- Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (Aussenstelle Berlin),
- Bundesamt für Strahlenschutz (Aussenstelle Berlin).

(3) Der Bund soll darum bemüht sein, dass folgende Einrichtungen ihren Sitz in der Bundesstadt Bonn nehmen:

- Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung,
- Deutscher Entwicklungsdienst,
- Deutsches Institut für Entwicklungspolitik,
- Max-Planck-Institut für Bildungsforschung,
- Deutsche Gesellschaft für Ernährung,
- Pädagogische Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschulverbandes.

Fig. 3: Im Bonn-Berlin-Gesetz für Bonn festgelegte Einrichtungen.

Quelle: Bonn-Berlin-Gesetz §7

wird gegenwärtig zu einem Internationalen Kongresszentrum Bundeshaus Bonn (IKBB) umgebaut und durch eine 5000 Plätze umfassende Kongresshalle ergänzt. Die Präsenz der UNO hat sehr positive Auswirkungen auf die gesamte Stadtregion. Die lokale Wirtschaft profitiert davon durch Aufträge (über 20 Millionen Euro pro Jahr) und über hohe Übernachtungsziffern (2002: 998 000 Gäste in 94 Beherbergungsbetrieben mit über 7000 Betten). Aber nicht nur die UN, mit etwa 100 Beschäftigten in Bonn, auch die Wissenschaftskomplexe in Bonn sowie Telekom und Post sorgen dafür, dass die Stadt weltweit vernetzt ist.

In Bonn ansässige Organisationen der Vereinten Nationen

(in Klammer die Zahl der Mitarbeitenden Ende 2003)

- Das Freiwilligenprogramm der Vereinten Nationen UNV (170)
- Das Sekretariat der Klimarahmenkonferenz UNFCCC (230)
- Das Sekretariat zur Bekämpfung der Wüstenbildung UNCCD (110)
- Das Sekretariat der so genannten «Bonner Konvention» zum Schutz wandernder wild lebender Tierarten, UNEP/CMS (37)
- Das Internationale Zentrum der UNESCO für Berufsbildung UNEVOC (21)
- Das Europäische Zentrum für Umwelt und Gesundheit der WHO (27)

Fig. 4: In Bonn ansässige Organisationen der Vereinten Nationen.

Quelle: Jahreswirtschaftsbericht Bonn 2003: 9–10.

● *Kultur und Lebensqualität*: In den letzten Jahren vor der Wiedervereinigung hatte sich die Bundesregierung, unter dem besonderen Einsatz des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl, dafür eingesetzt, die bis dahin eher wenig attraktive kulturelle Infrastruktur der Stadt auszubauen. So entstanden drei grosse neue Museen, die schnell auch überörtliche Bedeutung erfuhren. Sie füllten eine Lücke in der Stadt am Rhein, die sich immer sehr darum bemüht hat, die Lebensqualität vor Ort zu erhalten, die eine moderne Grossstadt ihren Bürgerinnen und Bürgern sichern muss. Die

Wohn- und Freizeitqualität der Stadt ist hervorragend, die öffentlichen Schulen sind auf hohem Niveau, und die Preise für Wohnimmobilien halten sich dabei noch in Grenzen.

● *Regionale Kooperation*: Ein letztes Handlungsfeld kommt noch hinzu. Die Stadt Bonn war sich sehr früh darüber im Klaren, dass sie viele Aufgaben nur in enger Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden in der Region Bonn/RheinSieg/Ahrweiler bewältigen und vorantreiben kann. Sie hat dies im Rahmen vielfältiger Initiativen mit grossem Engagement und mit Blick in die Zukunft getan. Ergebnis der gemeinsamen Überlegungen war ein «5-Säulen-Strukturkonzept», das die bereits im Bonn-Berlin-Gesetz genannten Handlungsfelder bestätigte und sie zu einem gemeinsamen Leitbild machte. Zusammen mit den angrenzenden Regionen und der Stadt Köln hat sich Bonn auch mit Erfolg um die REGIONALE 2010 beworben, ein strategisches Konzept endogener Regionalentwicklung, das in den 1990er-Jahren von der Internationalen Bauausstellung Emscher Park im Ruhrgebiet erprobt wurde.

Diese fünf Handlungsfelder schaffen gute Voraussetzungen für die zukunfts-fähige Entwicklung der Stadt Bonn. Die politischen Gremien der Stadt waren jedenfalls seinerzeit klug genug, sich nicht auf einzelne spektakuläre Projekte einzulassen, sondern bestehende Felder so zu bewirtschaften, dass sie auch langfristig Ertrag bringen. Natürlich spielte und spielt das Bonn-Berlin-Gesetz dabei eine wichtige politische und wirtschaftliche Rolle. Es hat der Stadt jedenfalls die finanzielle Unterstützung gebracht, die sie brauchte, um die notwendigen Initiativen auch anschieben zu können (vgl. Box 1). Es spielte aber auch eine Rolle, dass diese Stadt mit Bärbel Dieckmann eine Oberbürgermeisterin hatte, die sich seit Jahren mit Pragmatik, Charme und Visionen für ihre Stadt eingesetzt hat.

3. Berlin, die neue (alte) Hauptstadt

Als Berlin im Juni 1991 per Beschluss des Bundestages zur neuen (alten) Hauptstadt wurde, war dies für viele der

Startschuss für eine neue Renaissance der grossen Metropole Europas (vgl. Süß 1995; Süß und Rytlevski 1999). Doch die optimistischen Hoffnungen, dass die Stadt nun, da sie zum Sitz der Bundesregierung gekoren wurde, wirtschaftlich schnell wachsen und in kurzer Zeit zusammenwachsen würde, gingen nicht auf. Der erste kurze Boom war schnell zu Ende. Natürlich machten sich viele Entwickler, Bauunternehmen und Immobilienfonds aus der ganzen Republik auf, um in und für Berlin Büros und Wohnungen zu konzipieren, zu bauen und zu managen, weil sie einen gewaltigen Nachfrageboom prognostiziert hatten. Aber die Kalkulationen waren allzu optimistisch, nicht nur weil die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland nicht mehr so günstig waren wie noch in den 1970er- und 1980er-Jahren, aber auch weil der gewinnorientierte Blick in die Zukunft den Blick in die nüchterne Gegenwart der wirtschaftlichen Realität der Stadt etwas vernebelt hatte. Die Schwierigkeiten waren grösser als erwartet und die mentalen Barrieren des politischen Umfeldes in der Hauptstadt höher als vermutet (Berliner Zeitung 2001). Was viele, die nach Berlin kamen, nicht ahnten, war die Komplexität des Planungs- und Entscheidungsumfeldes und der Akteursnetzwerke in der auch nach der Wiedervereinigung noch immer ideologisch geteilten und polyzentrisch strukturierten Stadt. Sie überschätzten aber auch die Bereitschaft internationaler Investoren und Anleger, in Berlin zu investieren. Und letztlich beruhten doch viele Argumente, warum sie es tun sollten, mehr auf dem Prinzip Hoffnung und spekulativen Trends als auf nüchtern kalkulierten Zahlen. Auch die endogene wirtschaftliche Basis der Stadt war lange nicht so solide, wie es nötig war, um auf diesem Fundament mit den neuen Impulsen der Hauptstadtfunktion das auszulösen, was die Wirtschaft einer Metropole charakterisiert. Die wirtschaftliche Lage der Stadt Berlin ist nicht rosig: «Berlin spielt in der zweiten Liga» (Berliner Zeitung 2004a). Die Arbeitslosigkeit betrug im Dezember 2003 satte 17,4% (im März 2004 in der BRD 10,9%, in Ostdeutschland 19,2% und in West-

deutschland 8,7%). Gleichzeitig ist die Schwarzarbeit in der Stadt, insbesondere in der Bauwirtschaft, sehr hoch, weil informell beschäftigte polnische Bauarbeiter sehr viel billiger sind als nach Tarif bezahlte und gewerkschaftlich organisierte Bauarbeiter aus dem Westen Deutschlands. Hinzu kommt, dass sich die Stadt, und auch dies ist eine Folge der allgemeinen Schwäche der lokalen Wirtschaft, am Rande der Zahlungsunfähigkeit steht und sich nun mit rigorosen Sparmassnahmen darum bemüht, ihren Haushalt zu konsolidieren (Projekt 2001). So bleibt wenig Spielraum für notwendige Umstrukturierungsmassnahmen, den Ausbau der Infrastruktur oder gar neue Impulse für die Stadt. Für den Haushalt 2004/2005 muss das Land Berlin Neuschulden in Höhe von rund 9,6 Milliarden aufnehmen, obwohl es heute schon jeden zehnten Euro für Zinsen ausgeben muss, mehr für Zinsen also denn für Investitionen, für die lediglich 3,8 Milliarden in den Haushalt eingestellt wurden. Der Senat weiss zwar, dass Wissensindustrien eine ganz wesentliche ökonomische Basis der Stadt sind, aber er muss die Hochschulen am Ort zur Ader lassen, weil er sie nicht mehr in bisherigem Umfang finanzieren kann. Und er weiss auch, dass Kultur einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren der Stadt ist, aber er kann nicht auf Dauer drei Opernhäuser und acht Orchester finanzieren, wie er es in der Vergangenheit getan hat, ganz einfach, weil die Verschuldung ohnehin schon extrem hoch ist und diese Einrichtungen ohne öffentliche Zuschüsse nicht auskommen. Die Stadt muss Sozialleistungen kürzen und Zuschüsse für kulturelle Ausgaben abbauen, und sie muss öffentliche Leistungen reduzieren, an die sich die Bewohner der Stadt, aber auch ihre Besucherinnen und Besucher in den letzten Jahrzehnten so gewöhnt hatten.

Was sind die Gründe für die in dieser Dimension nicht erwarteten Schwierigkeiten der Stadt, ihre Metropolenfunktion zu erfüllen? Warum haben sich die Hoffnungen auf die Renaissance der Weltstadt bis heute nicht erfüllt, obwohl keine deutsche Stadt, vielleicht mit Ausnahme von Heidelberg, weltweit so be-

kannt und geliebt ist wie Berlin, und dies trotz aller historischen Belastungen seit 1870?

Vieles ist unterschätzt worden, und viele Dinge lassen sich nicht kurzfristig ändern. Viele Faktoren kommen zusammen. Dazu einige Vermutungen:

- *Das starke föderale Deutschland:* Von vielen unterschätzt war die in 50 Jahren etablierte Kraft des föderalen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Das berechnete Interesse der Bundesländer auf eine eigenständige wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung liess wenig Verlagerungsspielräume für eine Stärkung Berlins. Auch die grossen deutschen Unternehmen sahen keinen Anlass, nach der Wiedervereinigung ihre Firmensitze aus den Bundesländern nach Berlin zu verlagern oder besondere Produktionsstätten dort neu aufzubauen. Sie liessen es in der Regel bei kleinen Hauptstadtvertretungen bewenden. Die Zentralen der grossen deutschen Unternehmen konzentrieren sich auch 15 Jahre nach der Wiedervereinigung in den Metropolregionen von München, Stuttgart, Frankfurt/Main, Rhein-Ruhr und Hamburg. Von Anfang an gab es auch keine Hoffnung, dass die Banken Frankfurt verlassen, um sich in der Nähe der politischen Macht in Berlin anzusiedeln. Und die Bundesregierung hatte weder grosses Interesse, noch geeignete Instrumente, dies zu befördern. Die Transferkosten von West nach Ostdeutschland waren bereits so hoch – insgesamt 1250 Milliarden Euro seit 1991, also mehr als 100 Milliarden Euro pro Jahr (Der Spiegel 2004) – so dass zusätzliche Sonderprogramme zur wirtschaftlichen Entwicklung von Berlin zulasten der anderen Bundesländer verständlicherweise nicht mehrheitsfähig waren.

- *Berlin und die Europäische Union:* Zwischen 1870 und 1945 hatte Berlin eine ganz andere wirtschaftliche, politische und für kurze Zeit auch kulturelle Funktion in Europa inne. Waren es früher an technischer Infrastruktur orientierte Beziehungen sowie personelle wie materielle Ströme, so sind es heute vor allem virtuelle Bezüge, die nicht mehr an physischen Linien und Knoten orientiert sind. Berlin ist zu Beginn des 21.

Jahrhunderts nur mehr einer von vielen Informationsknoten in Europa, und einer, der im Allgemeinen für lange nicht mehr so wichtig erachtet wird. Selbst wenn der europäische Osten zum Produktionsstandort des grossen Europas wird und in dieser Hinsicht China Konkurrenz macht, wird sich daraus nur wenig für Berlin ergeben, da die «deutschen» globalen Mutterunternehmen dann doch an ihren heutigen Standorten verbleiben, also in Stuttgart oder München, in Wolfsburg oder Leverkusen. Auf der «mental map» der wirtschaftlichen Entscheidungsträger im Osten Europas ist Berlin sicher eingetragen, aber doch nur als ein Ort von vielen. Heute ist es für Polen oder Esten entbehrlich, den Weg über Berlin zu suchen (Kunzmann 1992; Kunzmann 2002).

- *Begrenzte internationale Erreichbarkeit:* Berlin wartet seit der Wiedervereinigung auf einen neuen internationalen Flughafen, der die Stadt zu dem Ost-West-Kreuz macht, das der Stadt immer wieder zugedacht wurde. Berlin ist nur begrenzt erreichbar. Weder Nordamerika noch Asien und Australien können von Berlin aus, ohne Umweg über Frankfurt, München, Kopenhagen, Amsterdam, London oder Paris erreicht werden. Andere europäische Städte wie beispielsweise Wien, Genf, Venedig, Mailand, Madrid oder Frankfurt sind von Paris aus während eines Tages öfter erreichbar als Berlin (Air France 2003). Endlose politische Auseinandersetzungen in Berlin und mit dem Land Brandenburg, erst um den Standort, dann um die Trägerschaft und Organisationsstruktur sowie ein Raumordnungsverfahren mit tausenden von Einsprüchen haben die Modernisierung und den Ausbau des alten DDR-Flughafens in Schönefeld immer wieder verzögert (Berliner Zeitung 2004b). Vor 2010 wird der neue Flughafen nicht in Betrieb gehen können. Ob Berlin dann, nach Frankfurt und München, zum dritten internationalen deutschen «Hub» und zum Tor nach Osten werden kann, wird sich erst zeigen. Nicht sehr viel besser sieht es mit dem Hochgeschwindigkeitsnetz der Eisenbahn aus. Berlin ist zwar von Hamburg, Frankfurt, Köln und München im

Zweistundentakt durch ICE-Züge erreichbar, doch der Ausbau der Verbindungen nach Osten, also nach Warschau, Minsk und St. Petersburg wird trotz des Beitritts der osteuropäischen Länder in die EU noch Jahrzehnte benötigen. Berlin wird also noch lange (west-)europäischer Sackbahnhof bleiben und nicht der Zentralbahnhof eines europaweiten Verkehrsnetzes, wie es die Stadt in den Jahren zwischen 1900 und 1945 war.

- *Das fehlende Hinterland:* Im Gegensatz zu vielen Metropolen in Europa hat Berlin kein dicht besiedeltes Hinterland. Die Regionen um Berlin sind ausgesprochen dünn besiedelt und wirtschaftlich unbedeutend (Land Brandenburg: 88 Einwohner pro Quadratkilometer). Mit Ausnahme Potsdams gibt es nur wenige mittelgroße Städte (Cottbus, Brandenburg oder Frankfurt/Oder) mit mehr als 50 000 Einwohnern. Das gesamte Bundesland Brandenburg hatte im Jahre 2002 nur 2,58 Millionen Einwohner, und davon lebte fast eine Million im engeren Verflechtungsraum des Landes Berlin. Die Bevölkerungsprognosen für diese Region sind nicht sehr optimistisch. Das Berliner Umland wird lediglich durch Suburbanisierungsprozesse zunehmen, deren zukünftige Intensität nicht abschätzbar ist, solange die Wirtschaft in Gesamtdeutschland stagniert. Dies gilt auch für erwartete Zuwanderungen von Migranten aus Osteuropa nach der Erweiterung der Europäischen Union. Hier gibt es aber bereits erste Stimmen, die darauf hinweisen, dass die erwarteten Wanderungsströme gar nicht eintreffen werden, weil die Arbeitschancen in den Regionen im Osten Europas kurz-, mittel- und langfristig sehr viel höher sein werden als im Westen.

- *Eine schwerfällige Planungs- und Entscheidungsmechanik:* Die Mechanik, die Berlin verwaltet und plant, sowie die Gremien, die in Berlin entscheiden, scheinen noch komplexer und schwerfälliger zu sein als in anderen Metropolen Europas. Nicht nur, dass es in Berlin selbst zwei Ebenen gibt, die der 11 Bezirke und die des Landes Berlin. Es gibt trotz Wiedervereinigung und auch nach 15 Jahren noch einen Osten und einen Westen. Daraus ergibt sich ein kaum durchschaubares und sehr empfindli-

ches Geflecht von personellen Netzen und Bündnissen, von Rücksicht- und Vorurteilen, von Vorurteilen, Argwohn und Eifersüchteleien. Dieses politische Umfeld macht es der Stadt extrem schwer, flexible, zukunftsweisende Politik zu betreiben (vgl. Schäfer-Omari 2003). Hinzu kommt das nicht ganz störungsfreie Verhältnis zwischen dem Land Berlin und dem Land Brandenburg, nachdem ein Volksentscheid am 5. Mai 1996 die erhoffte und sachlich unbestrittene und notwendige Fusion der beiden Länder vereitelt hat. Schliesslich hat auch noch der Bund in Berlin berechtigtes Interesse an einer Hauptstadt, die die Republik nach aussen schmückt. Doch wenn im Inneren des Hauses nicht alles geregelt ist, ist es schwer, die dynamische zukunftsorientierte Aussenpolitik zu betreiben, die die Stadt braucht, um sich in Europa Geltung zu verschaffen.

- *Subventionen und mentale Altlasten:* Die interessengeleiteten Auseinandersetzungen um den Sparhaushalt der Stadt, die zu Beginn des Jahres 2004 den Senat über Wochen hinweg beschäftigt haben, und der Rücktritt des SPD-Vorsitzenden und Senators für Stadtentwicklung im Frühjahr 2004 haben gezeigt, wie schwer es für die politisch Verantwortlichen in der Stadt ist, eine ausgewogene Stadtentwicklungspolitik zu betreiben. Nach Meinung der Medien und vieler Bürger ist das politische Umfeld gekennzeichnet durch einen sehr grosszügigen, geradezu verschwenderischen Umgang mit öffentlichen Mitteln, den Mangel an Transparenz und einen enormen politischen Klientilismus. Beide Teile von Berlin erhielten in den Jahren vor der Wiedervereinigung erhebliche Subventionen dafür, dass sie in Zeiten des Kalten Krieges ihre Sonderrollen für den Westen wie für den Osten übernehmen konnten. Nach der Wiedervereinigung hat das Land Berlin aus Bundesmitteln zwischen 1989 und bis Ende 2002 insgesamt 140 Milliarden Euro erhalten (Der Tagesspiegel 2004a). Dies hatte ein Umfeld der Erwartungshaltung geschaffen, das nur schwer wieder abgebaut werden kann. Und diese Erwartungshaltung hat sich auch nicht geändert. Hinzu kommt, dass die Personalausgaben des Landes Berlin und sei-

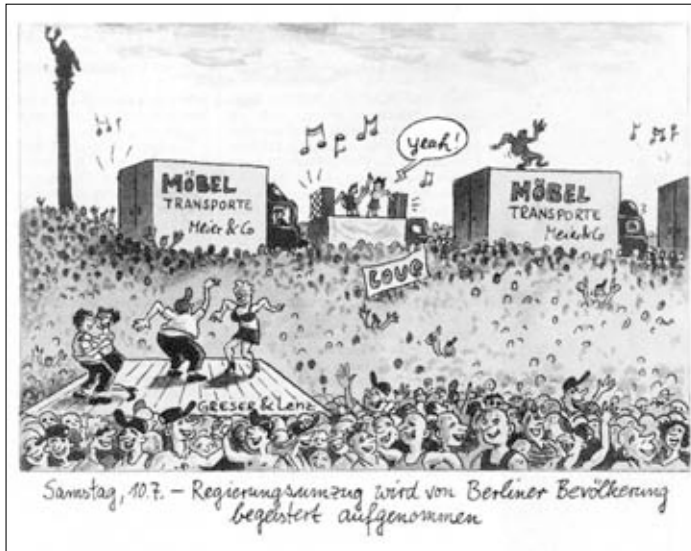


Aus: Der Spiegel, 36/1999.

ner Berliner Bezirke immens sind. Doch Stellen im öffentlichen Dienst zu streichen ist gerade in Berlin kein leichtes Unterfangen. Das Land Berlin gibt dafür 41% mehr pro Kopf der Bevölkerung aus als andere Bundesländer.

- *Die Innenorientierung der Berliner Printmedien:* Bis heute hat kein Berliner Printmedium internationale Bedeutsamkeit erreicht. Die vier Berliner Tageszeitungen (Berliner Morgenpost, Berliner Zeitung, Der Tagesspiegel, TAZ) sind im Wesentlichen auf eine Berliner Leserschaft ausgerichtet. Ausserhalb der Stadt werden sie nur von wenigen gelesen. Die geplante Zusammenlegung von Berliner Zeitung und Tagesspiegel wurde vom Kartellamt verhindert. Die Berliner Seiten der Frankfurter Allgemeinen, die für ein paar Jahre einen sehr anregenden Berliner Diskurs pflegten, wurden im Jahre 2003 aus Kostengründen wieder eingestellt. Das kreative Umfeld der Stadt hat nach der Wiedervereinigung der Stadt zwar viele neue Zeitungs- und Zeitschriftenprojekte hervorgebracht, doch sie sind eher Nischenprojekte für ausgewählte deutsch lesende Zielgruppen als Medien, die ausserhalb der Stadt breite Wirkung entfalten.

- *Film-Mythos Berlin:* Der Mythos von der Metropole Berlin hat viel mit der Geschichte des Films zu tun. General Lu-



Aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 157/1999, S. 10. Greser/Lenz.

dendorff hatte sehr früh die Macht von Bildern erkannt und im Jahre 1917 die Gründung einer Firma in Berlin angestossen, die Propagandafilme produzieren sollte (Die Chronik Berlins 1986). Später sind dann die Studios in Babelsberg entstanden, die in den 1920er-Jahren Filme wie «Metropolis» und «Der blaue Engel» produzierten – Filme, die Berlin weltbekannt gemacht haben. Auch wenn die Städte Berlin und Potsdam sich heute sehr darum bemühen, in den Studios von Babelsberg an diese Traditionen anzuknüpfen, die Filmproduktion in Berlin hat in einer globalisierten Medienwelt lange nicht mehr diese Bedeutung. Sie kann weder mit Hollywood noch mit Bollywood konkurrieren, noch billigere Produktionskosten als in Mexiko, Osteuropa oder Südafrika anbieten. Trotz einiger, auch im Ausland inzwischen bekannter und erfolgreicher Filme, die in Berlin spielen («Himmel über Berlin», «Lola rennt» oder «Good Bye, Lenin»), ist die Stadt noch lange nicht die neue (alte) deutsche Hauptstadt des Films, schon weil München und Köln als Standorte für Fernsehproduktionen auch nach der Wiedervereinigung nichts von ihrer Bedeutung eingebüsst haben.

Die hohen Kosten der Wiedervereinigung und die generell schlechte wirtschaftliche Lage zu Beginn des neuen

Jahrhunderts machen es der Bundesregierung sehr schwer, Berlin stärker unter die Arme zu greifen und der Stadt einen grösseren Teil der Kosten der Umstrukturierung abzunehmen. Und noch etwas kommt hinzu: Im erbitterten Kampf um globale Märkte scheint die anglo-amerikanische Form des Kapitalismus die Oberhand zu gewinnen, während die in staatlicher Verantwortung gestaltete soziale Marktwirtschaft als Modell an Einfluss verliert. Alle diejenigen Staaten, die auf dem europäischen Kontinent über Jahrzehnte hinweg sozialen Ausgleich durch ständiges wirtschaftliches Wachstum schaffen konnten (wie Frankreich, Italien oder Deutschland) sind nun gezwungen, den Wohlfahrtsstaat neu zu definieren und Einschnitte in das soziale Netz zu machen. Für eine Stadt wie Berlin mit all ihren sozialen Problemen ist dies besonders schmerzhaft (vgl. Häußermann und Strom 1994; Rada 1997; Häußermann und Kapphann 2002.)

4. And the winner is... Bonn (at least so far)!

Der vorläufige Gewinner des «Hauptstadt Wettbewerbs» 15 Jahre nach der Wiedervereinigung ist also Bonn. 15 Jahre nach der unerwarteten Vereinigung hat die alte (neue) Hauptstadt Bonn jedenfalls sehr viel weniger Pro-

bleme, geringere finanzielle Sorgen und auch sehr viel weniger soziale Probleme als die neue (alte) Hauptstadt Berlin. Der direkte Vergleich der Städte ist allerdings nicht ganz fair, da Berlin ein Bundesland ist, und Bonn «nur» eine Stadt, wenn auch eine mit einem besonderen Status. Der Vergleich der Kennziffern (vgl. Tabelle 1) macht dies zusätzlich deutlich.

Selbst wenn die noch verbleibenden Hauptstadtfunktionen im Laufe der nächsten beiden Jahrzehnte doch, und wider alle Versprechungen, von der Stadt am Rhein abgezogen werden, bleibt Bonn sicher das Los so mancher Goldgräberstädte in Nordamerika erspart. Da ihre sozialen Probleme schon vor der Wiedervereinigung sehr viel geringer waren, weil die Bevölkerungsstruktur der Stadt eine ganz andere war (und ist!), sind auch die Aufwendungen für den Erhalt und die Modernisierung der sozialen und kulturellen Infrastruktur im Vergleich zu Berlin gering. Die Stadt am Rhein hat jedenfalls mit ihrer geschickten Konzentration auf Wissen und Information den besten Grundstein für die Zukunft gelegt. Und auf dieser Basis kann sie vergleichsweise optimistisch in die Zukunft sehen, vor allem dann, wenn die Universität Bonn in dem inzwischen ausgerufenen Wettbewerb der deutschen Hochschulen um die besten Forschenden und Studierenden weiter an der Spitze mitmischen kann (vgl. Emnid 1998).

5. Berlin hat trotzdem eine Perspektive!

Bonn hat den (teilweisen) Verlust der Hauptstadtfunktion sehr gut überstanden, ja viel besser als dies nach der knappen Entscheidung im Juni 1991 vorherzusehen war. Und es gibt gute Gründe anzunehmen, dass diese Stadt eine neue Zukunft hat und dass sie weiterhin so geschickt ihre alten Potenziale nutzt und neue darauf aufbaut. Aber wie geht es mit Berlin weiter?

Die Stadt wird sich von der wirtschaftlichen Krise erholen, in der sie sich gegenwärtig befindet. Zwar wird es dabei manche Verlierer des schrittweisen Wandels von der reaktiven larmoyanten

Subventionsstadt zu einer proaktiven und selbstbewussten Metropole geben, aber die Korridore der Hoffnung, auf denen Berlin Zukunftsperspektiven aufbauen kann, unabhängig davon, ob der Zusammenschluss von Berlin und Brandenburg im zweiten Anlauf gelingen wird – und zu Beginn des Jahres 2004 sieht es nicht danach aus –, werden langfristig die Stadt in die europäische Normalität zurückführen. Welches sind diese Korridore der Hoffnung? Welche Korridore stärken langfristig die wirtschaftliche Basis der Stadt und schaffen und sichern die Arbeitsplätze, die Berlin auf neuen postindustriellen Wirtschaftsfeldern benötigt?

- *Wissensindustrien:* Auf Grund ihrer besonderen Traditionen und ihrer umfangreichen Potenziale ist die Stadt sehr gut in der Lage, ihre Wissensindustrien zu einem der Pfeiler ihrer Wirtschaft zu machen. Aus internationaler Perspektive ist Berlin ein interessanter Standort für Studierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der ganzen Welt. Ihr internationales Image, die Standortgunst und die hohe Lebensqualität in der Stadt erleichtern es, dieses Handlungsfeld auch noch viel besser zu nutzen. Dazu bedarf es einer sehr umfassenden hochschulübergreifenden und arbeitsteiligen Strategie zur Erhöhung der Zahl internationaler Studierender und hoch qualifizierter Wissensarbeiter. Sie kommen sicher gerne nach Berlin, um hier zu studieren, zu forschen und zu arbeiten, wenn sie nicht vorher Deutsch lernen wollen und müssen. Wenn sie dann drei Jahre hier sind, können sie es trotzdem.

- *Tourismus und Entertainment:* Berlin ist ein einziger Themenpark, ein Museum der Demokratie, aber auch eines der Kunst und der Architektur. Die Stadt ist jung, liberal und multikulturell. Sie hat Szenen und Lifestyles. Sie ist voller Musik und Bilder: Sie bietet Kultur zu bezahlbaren Preisen und Luxus für den, der das Mondäne in der Stadt sucht. Die Stadt hat Promenaden, Boulevards, Passagen und Laufstege für Flaneure. Sie hat Salons, Clubs und Paraden. All das macht Berlin zu einem attraktiven Ziel für junge wie für alte Stadt- und Kongress Touristen, für junge Menschen

aus dem Osten, die hier den Westen suchen, und für junge Menschen aus dem Westen, die hier den Osten suchen. Schon heute ist Berlin, nach Paris und London, und noch vor Rom die am meisten besuchte Stadt Europas. Für Touristen aus Osteuropa ist die Stadt schon heute «fun-shopping mall» und Las Vegas. Dieses Potenzial gilt es zu nutzen, zu pflegen und der Entwicklung ständig anzupassen. Jeder Tourist, der nach Berlin kommt und sich hier wohl fühlt, kommt wieder, vielleicht sogar um auch in der Stadt zu leben und zu arbeiten.

- *Kreative Industrien:* Das kreative Umfeld der Stadt ist ein ausgezeichnete Nährboden für die überall in Europa immens wachsenden kreativen Industrien, also all die Wirtschaftsaktivitäten im Spannungsbogen von innovativen Problemlösungen und Design, die am besten in einer Metropole voller ästhetischer Umbrüche und sozialer Widersprüche gedeihen. Berlin bietet dafür ein Umfeld mit immensen traditionellen kulturellen und interkulturellen Anregungen. Und beste Produktionsbedingungen: ein breites Spektrum von informellen und formellen Produktionsstätten, einen umfassenden Pool von qualifizierten, engagierten und flexiblen jungen Menschen und ein Wohnumfeld, das den unterschiedlichen Ansprüchen der «kreativen» Klasse entgegenkommt. Es bietet aber auch die Käuferschaft und Konsumentinnen und Konsumenten für diese Produkte, die in solchen kreativen Milieus erdacht, entwickelt, produziert und vertrieben werden. Ein im Vergleich zu anderen Metropolen Europas äusserst attraktiver Immobilienmarkt ist für «kreative Cluster» ein weiterer Grund, sich in der Stadt niederzulassen oder von hier aus den Sprung in den Markt zu wagen.

- *Ost-West-Kulturaustausch:* Als europäisches Zentrum für den Austausch von materiellen Gütern und Ort für die Inanspruchnahme von traditionellen Dienstleistungen (Versicherungen, Banken) ist Berlin trotz seiner günstigen geografischen Lage unter den geschilderten Bedingungen in Deutschland nicht entwicklungsfähig. Was die Stadt aber auf Grund ihrer Geschichte, ihrer «human resources» und ihrer geopolitischen Lage tun kann, ist, sich wieder zu einem

Zentrum des geistig-kulturellen Austausches von Ost und West zu entwickeln, in dem Kulturindustrien gedeihen, die aus dem Transfer von Wissen und Ideen von Antwerpen nach Minsk oder von Prag nach Uppsala Nutzen ziehen. Nirgendwo in Europa stossen die unterschiedlichen Welten von Ost- und Westeuropa so unmittelbar aufeinander, und nirgendwo finden sie ein so neugieriges urbanes Umfeld wie in Berlin. Hier ist das «alte» Europa in seiner Gesamtheit und kulturellen und sprachlichen Vielfalt gegenwärtig.

Auf den ersten Blick unterscheiden sich drei dieser Korridore wenig von denen, die London oder Paris, München oder Lyon verfolgen. Es sind die Handlungsfelder, die alle grossen Städte in der Welt zu Beginn des 21. Jahrhunderts auf ihre Fahnen geschrieben haben. Und als geistiges Ost-West-Zentrum steht Berlin natürlich mit Wien und Prag in Konkurrenz. Aber vielleicht hat Berlin auf Grund seiner besonderen Geschichte einige Standortvorteile, die es der Stadt erleichtern, im harten Wettbewerb um internationale Aufmerksamkeit einen Spitzenplatz einzunehmen.

Eine Reihe von Initiativen haben sich in den letzten Jahren, im Auftrag der Stadt oder unabhängig davon, darum bemüht, «blue prints» und Szenarien für die Zukunft von Berlin zu schreiben (vgl. Der Regierende Bürgermeister 2002; Brake und Iversen 2004). Sie alle betonen die grosse Bedeutung von Wissenschaft und Kultur für die Zukunft der Hauptstadt. Erst vor kurzem hat der Senat der Stadt eine überwiegend politisch zusammengestellte Zukunftskommission eingesetzt (deren personelle Zusammensetzung erst, wie in Berlin üblich, nach längeren Aushandlungsprozessen zu Stande gekommen war). Diese Zukunftskommission wird, wenn sie nicht das Rad neu erfinden will, alle in der Stadt schwebenden Ideen auf ihre Machbarkeit prüfen und dann Vorschläge machen, wie sich Berlin auf die Zukunft besser vorbereiten kann. Es ist also Bewegung hinter den Kulissen der Tagespolitik und neben den rituellen und taktischen Verhandlungen mit der Bundesregierung um Hauptstadtvergünstigungen und -vergütungen.

Als der deutsche Bundespräsident am 15. März 2004 die Ehrenbürgerwürde der Stadt Berlin entgegennahm (grundsätzlich wird jeder Bundespräsident am Ende seiner Amtszeit Ehrenbürger von Berlin), gab er offen zu, dass er seinerzeit (weil er damals Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen war) dafür plädiert hatte, Bonn als Hauptstadt zu belassen. Bonn habe den Wandel gut bewältigt, Berlin habe aber, entgegen aller Befürchtungen, nicht zu mehr Zentralismus geführt. Und er bat in seiner Rede, Berlin doch mehr zu unterstützen. Berlin sei nicht nur die Hauptstadt des Bundes, sondern aller Bundesländer. Nur wenn die Länder dies als Vorteil erkennen, habe Berlin eine Chance (Rau 2004).

Berlin hat grosse Potenziale. Das Warten auf den Bund wird die Nutzung dieser Potenziale nicht beschleunigen. Auch nicht die Hoffnung, dass Artikel 22 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland geändert wird, damit Bund und Länder die Kosten für die bundesstaatlichen Aufgaben und die «Repräsentation des Gesamtstaates» in Berlin übernehmen (Tagesspiegel 2004b).

Bonn ist (noch) der Sieger des innerdeutschen Hauptstadt Wettbewerbs!

Literatur

- AIR FRANCE (2003): Horaires au départ de Paris. Paris.
- BERLINER ZEITUNG (2001): Hauptstadt! Eine Metropole im Werden. Ausgabe vom 20. Juni 2001.
- BERLINER ZEITUNG (2004a): IHK: Berlin spielt in der zweiten Liga. Ausgabe vom 30. März 2004.
- BERLINER ZEITUNG (2004b): Jetzt kommt die Klagewelle. Ausgabe vom 30. März 2004.
- BRAKE, Klaus; IVERSEN, Sven (2004): Ideen für Berlin, oder: Was Berlin aus sich machen kann. Eine Synopse strategischer Entwicklungsvorschläge für Berlin. Konrad Adenauer-Stiftung, Berlin.
- BUNDESGESETZBLATT (1994): Gesetz zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollen- dung der Einheit Deutschlands Berlin/Bonn.
- BUNDESSTADT BONN, AMT FÜR WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG (Hrsg., 2003): Jahreswirtschaftsbericht 2003.
- CAPITAL 2/2003: 20–28.
- DER REGIERENDE BÜRGERMEISTER VON BERLIN, SENATSKANZLEI (Hrsg., 2000): Die BerlinStudie: Strategien für die Stadt. Regio Verlag, Berlin.
- DER SPIEGEL (2004): Nr.15/5: 24–41.
- DER TAGESSPIEGEL (2004a): Hauptstadt Berlin in neuer Verfassung. Ausgabe vom 22. Januar 2004: 7.
- DER TAGESSPIEGEL (2004b): Hauptstadt-Klausel: CDU und FDP lehnen Wowereits Idee ab. Ausgabe vom 23. Januar 2004.
- DER VERTRAG ZUR DEUTSCHEN EINHEIT (1990): Insel Verlag, Frankfurt.
- DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR IMMOBILIENFONDS DEGI (Hrsg., 2004): Neue Perspektiven, Marktreport 2004.
- DEUTSCHER BUNDESTAG (Hrsg., 1991): Berlin–Bonn: Die Debatte. Kiepenheuer & Witsch, Köln
- DIE CHRONIK BERLINS: Chronik Verlag, Dortmund: 328.
- EMNID (1998): Berlin im Kopf. Eine Studie der Kohtes & Kiewes Konferenz zum Profil der Hauptstadt Berlin aus nationaler und internationaler Sicht. Emnid Institut für Marktforschung, Meinungsforschung, Sozialforschung, Bielefeld.
- GENERAL-ANZEIGER (2001): Rau: Bonn ist ein idealer Standort. Ausgabe vom 20. Juni 2001: 1.
- HÄUBERMANN, Hartmut; KAPPAN Andreas (2002): Berlin: Von der geteilten zur gespaltenen Stadt? Leske + Budrich, Opladen (2. Auflage).
- HÄUBERMANN, Hartmut; STROM, Elizabeth (1994): Berlin: The Once and Future Capital.
- INTERNATIONAL JOURNAL OF URBAN AND REGIONAL RESEARCH: Vol. 8, Nr. 2: 335–346.
- HERLES, Helmut (Hrsg., 1991): Die Hauptstadt-Debatte. Bouvier, Bonn/Berlin.
- KAISER, Sina (2004): Der Himmel über Bonn. In: RAG: Das Magazin Essen: 8–15.
- KRAMER, Jane (1999): Living with Berlin. In: The New Yorker, July 5: 49–64.
- KUNZMANN, Klaus R. (1991): (Keine) Hauptstadt Berlin. Arbeitspapier Nr. 97, Institut für Raumplanung, Universität Dortmund.
- KUNZMANN, Klaus R. (1992): Berlin im Zentrum europäischer Städtetze. In: SÜSS, Werner (Hrsg.) Hauptstadt Berlin, Bd. 1, Nationale Hauptstadt – Europäische Metropole. Berlin Verlag, Berlin: 233–246.
- KUNZMANN, Klaus R. (1999): Berlin: A Metropolis on the Waiting List. Vortragsmanuskript. University of Southern California, Los Angeles, 3. Dezember.
- KUNZMANN, Klaus R. (2002): Die Stadtregion Berlin-Brandenburg im Netz europäischer Metropolen. In: ZÖPEL, Christoph (Hrsg.): Brandenburg – 2025 in der Mitte Europas. Verein «Forum Zukunft Brandenburg 2025 in der Mitte Europa». Potsdam: 193–201.
- NEUMAIER, Eduard (1969): Bonn, das Provisorische Herz. Gerhard Stalling Verlag, Oldenburg und Hamburg.
- PROJEKT F06/00 (2001): Berlin-Ansätze zur Lösung der Finanz- und Planungskrise. Dortmunder Beiträge zur Raumplanung P/22, Dortmund.
- RADA, Uwe (1997): Hauptstadt der Verdrängung. Berliner Zukunft zwischen Kiez und Metropole. Verlag Schwarze Risse, Berlin.
- RAU, Johannes (2004): Rede anlässlich der Verleihung der Ehrenbürgerwürde der Stadt Berlin. Bundespräsidialamt.
- RHEIN.SIEG-KREIS (2003): Presseinformation vom 21. August 2003: 230.
- SCHÄFER-OMARI, Gislela (2003): Berlin: Stadt der «grossen Unbekannten». In: das Rathaus, Heft 10, 56. Jg.: 301–303.
- SÜSS, Werner; RYTLEWSKI, Ralf (Hrsg., 1999): Berlin. Hauptstadt. Vergangenheit und Zukunft einer europäischen Metropole. Nicolai Verlag, Berlin.
- SÜSS, Werner (Hrsg., 1995): Hauptstadt Berlin; Band 1–3. Berlin Verlag.
- TROMMER, Sigurd (2002): Stadt Bonn und Region – Gedanken zu einem erfolgreichen Strukturwandel. In: Bauen und Wohnen, 4. Jg.: 20–21.
- TROMMER, Sigurd (2003): Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler. In: ADAMASEK, Bernd; PRÖHL, Marga (Hrsg.): Regionen erfolgreich steuern. Verlag Bertelsmann Stiftung.

Prof. Dr. Klaus R. Kunzmann
 Universität Dortmund
 Fakultät Raumplanung
 Fachgebiet Europäische Raumplanung
 Postfach 500500
 D-44221 Dortmund
 krkunzmann@t-online.de

Continued Division through Obstructionist Institutionalism

The City-Region of Berlin and Brandenburg 15 Years on

In this article, we examine Berlin as a city-region and the nature of the relationships between the city and its neighbouring local and regional governments. Berlin is an administrative island surrounded by the Land government of Brandenburg, a situation made more complicated by Berlin's dual status as a local and a Land government. We examine the failure of co-operation between Berlin and Brandenburg over the first decade or so after reunification.

In the first part of the article, we give some background to the particular challenges facing the Berlin city-region and outline institutional arrangements. Next, we track the weaknesses in the co-operation between Land governments and between local governments. At these two scales, we distinguish two sets of problems. Firstly, there is the constitutional and political separation of the Land governments and the constitutionally autonomous local authorities (Kommunen) surrounding the Land of Berlin. Secondly, both Lands and local governments face considerable financial pressure. The financial costs of rebuilding a capital city, the phasing out of federal subsidies from the Cold War era, and the collapse of the regional economy following reunification concentrated the attention of political leaders at Land and local levels on their immediate economic interests.

In this article, we examine Berlin as a city-region and the nature of the relationships between the city and its neighbouring local and regional governments. Berlin is an administrative island surrounded by the Land government of Brandenburg, a situation made more complicated by Berlin's dual status as a local and a Land government. The West German federal model of government was imposed on the east following the fall of the Wall, while seeking to accom-

modate pre-communist territorial structures. As a result, new 'old' administrative geographies continue to separate the city from its hinterland. We examine why co-operation between Berlin and Brandenburg both at the regional (Land) and local level, i.e. between Berlin and its numerous smaller local government neighbours, has been difficult.

Intergovernmental co-operation may be an elusive goal for all large city-regions (Sellers 2002; Scott 2002), but the lack of co-operation in the Berlin city-region has had important consequences for the development of the region. In the early 1990s, non-co-operation was a problem because the suburban area attracted economic development, but administrative divisions failed to manage the related cross-border shifts of people, jobs and the demands for daily services, such as education, shopping, medical care or leisure pursuits. Development brings tax income to sub-national governments and effectively rewards any lack of co-operation. This exacerbated fiscal competition and the problems faced by this relatively poor part of the country. Intergovernmental competition thus posed considerable challenges for regional development. During the 1990s, growing perceptions of the need for city-regions to be competitive in a European economy (Moulaert et al. 2003) gave a new impetus to the search for better co-ordinated and less competitive intergovernmental relationships.

We examine the failure of co-operation between Berlin and Brandenburg over the first decade or so after reunification. Over this period, the city-region has become a particular object of study in economic and political geography. City-regions are now seen by many commentators as the motors of a globalised economy (Scott 1998, 2001, 2002; Brenner 2000; MacLeod 1999, 2001), and it is argued that these new city-regional economies need more effective and appropriate forms of governance. In a changing European polity, regional identities also play an important role (Keating 1998). Comparative studies suggest compelling reasons for better intergovernmental co-operation

(Heinz 1998, 2000; BBR 1999; Seller 2002). Heinz (1998) suggests three main reasons for better intergovernmental co-operation between core cities and their environs: (1) The functional dispersal of urban activities that spread beyond central city boundaries requires institutional and policy co-ordination; (2) European Commission funding programmes require horizontal co-operation; and (3) competition driven by increasing economic globalisation. Effective regional governance should be able to concentrate expenditure on promoting the strengths and overcoming the weakness of city-regions. The alternative fragmented authority leads to intra-regional place wars.

However functionally necessary effective regional government may appear to be, few city-regions seem to have solved their institutional problems. Proposed reforms in Amsterdam and Rotterdam failed in the mid-1990s, and these central cities continue to dominate decision-making. In London, the new institutions of mayor and assembly only encompass the population and economy of Greater London whose boundaries were defined in 1963. There is a perceived lack of co-ordination across the functional urban region that accommodates important economic sectors, growth zones and transport infrastructure (Newman and Thornley 2004). Effective city-regional institutions may be necessary to support 're-territorialised' economies (Scott 1998; Brenner 2000) but one of the challenges facing contemporary urban and regional studies is understanding the dynamics of the relationships between the multiple scales of governance that limit such functional imperatives. The case of Berlin-Brandenburg with its weak arrangements for co-ordination offers interesting insights into wider concerns about trends in city-regional governance.

In the first part of this article, we give some background to the particular challenges facing the Berlin city-region and outline the institutional arrangements. Next, we track the weaknesses in the co-operation between Land governments and then between local governments. At these two scales, we distinguish two sets

of problems. Firstly, there is the constitutional and political separation of the Land governments and the constitutionally autonomous local authorities (Kommunen) surrounding the Land of Berlin. Government within the wider Berlin city-region is fundamentally shaped by the fact that a state boundary runs through that region separating two administrative-governmental and institutional regimes, each with their own electoral considerations. Secondly, both Land and local governments face considerable financial pressures. The financial costs of rebuilding a capital city, the phasing out of federal subsidies from the Cold War era (Berlin Aid), and the collapse of the regional economy following reunification concentrated the attention of political leaders at both Land and local levels on their immediate economic interests. New development brings direct financial rewards through increased tax revenue and diminishes the incentive to cooperate and share revenue with rival governments. During our research into these questions, we spoke to a range of actors in local planning departments and economic development units in Brandenburg, Berlin and some of the outer administrative divisions of the city, i.e., boroughs. We also interviewed actors in the joint Berlin-Brandenburg planning body (Gemeinsame Landesplanungsabteilung), in the Chambers of Commerce (IHK) and the Berlin Marketing Agency.

The New Divisions

In the first years after reunification, the financial benefits of intergovernmental co-operation and policy co-ordination were readily apparent, and the German Institute of Economic Research (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) estimated a potential administrative savings of DM 1 billion from a merger of the two Land governments (Geppert and Vesper, 1995). A merger between the two Lands of Berlin and Brandenburg was rejected by voters in a referendum in 1996. The voting revealed differences between 'east' and 'west' and strong differences of attitude in the Berlin and Brandenburg populations.

Memory of the traditionally dominant role of Berlin as the capital of East Germany (GDR) and the national capital before that played a part (Benz and Koenig, 1995). But the new independence of local governments in Brandenburg was also shaping new identities and a strong desire for autonomy.

During most of the second half of the last century, both East and West Berlin remained economically and administratively separated from the surrounding Brandenburg region. The 'west' was isolated in East Germany and the government in the east did not want a greater Berlin to develop (Benz and Koenig 1995). Lack of investment in transport infrastructure reflected the insular situation of the city.

However, on reunification, two powerful trends began to reshape the city-region. A building boom in the city centre seemed evidence of a 'world city' in the making, but limitations to such high-flying aspirations soon became evident (Häußermann and Simons 2003). In addition, new private investment and the functional changes needed substantial investment in transport and other infrastructure, which added to the strain on Berlin's finances. The world city aspiration seemed short-lived and the city has found a regional rather than global role (Cochrane and Jonas 1999; Heeg 1998, 2001; Lenhardt 1998; Krätke 2000).

The other site of strong change was on the border with Brandenburg. The first wave of private investment in the hinterland targeted greenfield-sites, especially for large retail centres. Business and leisure parks developed along the main arterial roads to western Germany (Hassemer 1995), while there was much less investment in the other directions. Residential development followed these trends. Being aware of the suburbanisation problems in other city-regions and the wider regional implications of large development projects, the city-state of Berlin tried to exercise some influence on the developments in surrounding Brandenburg. One of the main concerns was to protect the surrounding countryside as an area of recreation for an expected more congested metropo-

lis. However, there was resistance among the Brandenburg municipalities and the state government who felt that Berlin, yet again, wanted to extend control beyond its boundaries solely to its own advantage.

Berlin's world-city ambitions, including provisions for the new quarters of the national government, imposed considerable direct and indirect costs. Merging with Brandenburg could offer administrative savings and create a stronger lobby with the federal government and the other Lands. Brandenburg is largely rural with a few small cities that cannot compete with the pull of the capital. This economic asymmetry encourages a degree of paranoia in the region of presumed usurping ambitions by the city. Brandenburg's other neighbours, Poland and three 'new' Lands, have their own economic problems and little support for Berlin's development can be expected. Thus, future economic development depends first and foremost on the city itself, and co-operation to raise additional opportunities or achieve cost savings thus seems the best option. A merged Berlin-Brandenburg could compete more effectively for new investment as a 'global region' (Berliner Zeitung, 10 June 1999).

Co-operation Between the Land Governments

Failure of the referendum on a merger of the Land governments in 1996 spurred political leaders to agree to a series of cooperative arrangements as substitutes. But subsequently little genuine progress was recorded (SWB 1997, 1998, 1999) despite repeated statements of positive intentions. However, two concrete institutionalised forms of co-operation were created in 1996. A joint Berlin Brandenburg Regional Planning Body (Gemeinsame Landesplanungsabteilung) was established in offices in Potsdam, Brandenburg's capital city just outside Berlin's boundaries. The administrative unit, with staff delegated from both Land governments, was to focus on a ring of outer suburbs around Berlin and produce a regional development plan taking account of the func-

tional connectivity of this area with the city. This task was made more complex by the fact that there are five sector shaped 'planning regions' in Brandenburg, radiating out from Berlin to the edge of the Land. Concentric and sectoral development models thus overlap adding yet more dividing lines. On the Brandenburg side of the equation, there were six players engaged in regional development planning. The emphasis on parity and equality of representation of interests within the Planning Body meant that decisions could only be made by mutual agreement, slowing down decision-making and strategic responses. The different underlying political interests by the two governments, and the planning body's position outside the official institutional planning hierarchy, have, not surprisingly, caused some of the planners there (interviews conducted in 1998 and 1999) to view the Planning Body as a mere talking shop. This is not helped by inherent, deep suspicions about the planning body's impartiality, leading to repeated accusations of bias towards one or the other of the two Lands (interview July 1999). In the absence of any statutory powers to implement policies, both parties modify agreements to their own advantage.

In addition to the planning agency, a joint employment office was created to improve access to regional jobs. Some additional 'soft' co-operation ('soft' areas of co-operation do not have financial implications and can easily be terminated) developed around tourism marketing, but where financial resources are involved co-operation has been weak. For example, the initial agreement on how to interpret guidelines for retailing in the regional development plan, especially for out-of-town locations, was abandoned. According to the Berlin Chamber of Commerce (IHK), financial implications are the Achilles heel of any potentially closer voluntary co-operation between the two Lands (IHK 1998).

Development planning and economic policy inevitably cross administrative borders, be they those of local authorities or a neighbouring Land. As a consequence, planning and economic pol-

icy issues demand inter-governmental co-operation and co-ordination or else they define battlegrounds between competing jurisdictions. One such battleground has been retail planning, in particular of factory outlet centres (FOCs) in Brandenburg, usually located next to the motorway just outside the Berlin city limits. The Land Development Plan for Brandenburg designated growth centres, i.e., larger towns in the neighbourhood of Berlin, as the only locations for such large-scale retail centres. But since the Land Development Plan was slow to be completed, many local plans were de jure in place already, some in obvious contradiction of the new plan's aims and objectives. Many such FOC projects are still in the pipeline and can only be cancelled with substantial compensation from the Land, so that the regional planning aims seem more a conceptual scenario than a practical reality.

Berlin's attempt to challenge such FOC developments in the courts because of their contradiction to the new planning regulation (Berliner Zeitung, 17 January 2000) had little effect. The challenge was based on the fact that many of the new developments were on greenfield-sites next to small villages and were not designated as future growth centres in the joint Berlin-Brandenburg regional development plan. Berlin feared that its own still developing retail economy would be undermined (Berliner Zeitung, 23 December 1999) and used a technocratic argument to protect its interests. This attempt was somewhat futile vis-à-vis the fact that in 1997 Brandenburg already possessed eleven major shopping centres, each with more than 20,000 square meters of retail space, and all located near Berlin to capitalise on its customer potential. Brandenburg thus clearly seeks economic benefits without considering the possible effects on Berlin's already difficult retail structure with overcapacity resulting from too rapid an increase in retail space. Some 69% of retail development in the central Berlin borough were not rented out in 1997, yet many more shopping areas were still under construction (Cochrane and Jonas 1999:159).

Berlin's somewhat desperate attempts to protect its interests are thus understandable. But so are Brandenburg's, which did not want to restrain development and 'remain a nature park' purely to please Berlin (Berliner Morgenpost, 28 May 1999). With such contrasting and self-centred interests, there was little evidence of co-operation between the two Lands (Berliner Zeitung, 30 July 1998). Rather, evidence of looming economic difficulties is set to heighten competition between the two Lands and could make it fiercer and more confrontational. In 1998, the prospect of tax revenue from shopping development may have encouraged self-interest and overrode previous arrangements between the two to restrict the development of FOCs (Berliner Zeitung, 30 July 1998). The Joint Land Planning Body, with its egalitarian, mediating brief, objected to these FOCs on grounds of regional development issues, but, lacking substantial planning powers, it had to allow individual Land interests to prevail.

In February 2000, the cabinet of Brandenburg agreed that the co-operation between the two states had to be directed more to the development of the whole city-region to strengthen its competitive standing (see Land Brandenburg 2000). They came to the critical conclusion that the contractual relationships with Berlin, especially the treaties, dealt mostly with side issues outside the major areas of conflict. The resolutions of the meeting were to improve the co-operation between their development agencies, and to establish a place on the agencies' supervisory boards for the minister/senator of economic affairs of the respective Land governments. Exactly the same plan had been announced in 1995 by the Brandenburg Minister for Economic Affairs and his Berlin counterpart, but was never implemented. During the five years between these announcements, Berlin and Brandenburg repeatedly accused each other of non-co-operation while at the same time continuously announcing their 'good will' and co-operative successes. Berlin lost several hundred firms (Berliner Morgenpost, 10 October 1997)

to Brandenburg, because, in the eyes of Berliners, Brandenburg wooed them away from the city (Berliner Morgenpost, 25 September 1997). Brandenburg, on the other hand, retorted by accusing Berlin of bribing firms with attractive packages to make them stay. Up to 1995, Berlin paid more subsidies to firms locating in East Berlin than Brandenburg did in the areas just outside Berlin (Berliner Zeitung, 18 April 1995). The push factors to leave Berlin included both much higher local business tax rates and property prices than in Brandenburg, and a reputation for slow decision-making in the city's administration. Against this background, it may seem somewhat far-fetched for Berlin's government to accuse the Brandenburg administration of unfair play simply because Berlin was inherently disadvantaged by higher business tax and fewer Land resources (Berliner Morgenpost, 10 October 1997).

If the two Land governments could not agree on planning and economic development policy, it was even less likely that they could co-operate on fiscal issues. Following the failed merger, Brandenburg's First Minister Stolpe pointed out, that "nevertheless, we have to be clear about one thing: Brandenburg and Berlin will compete more strongly than both could wish – for investors, who bring jobs and taxes, as well as for tax paying residents" (inaugural speech as First Minister of Brandenburg, 22 May 1996). The mayor of Berlin expressed similar views.

Tax-paying residents and businesses are vital both for local and Land public finances. For Berlin, this is of particular importance because its budget combines local government and Land government finances. Despite some Federal equalisation of resources between the states, both Land governments have high deficits necessitating substantial borrowing. Berlin's financial problems started with the reduction of federal subsidies once the border between East and West Germany had opened in the assumption that new economic growth would provide more than adequate replacement. The end of subsidies meant a loss of half of Berlin's previous rev-

enue. Within just two years, between 1992 and 1994, most of the subsidies were phased out as a 'unification dividend'. Some compensation was provided by including Berlin in the inter-Land fiscal equalisation transfers, but the city still faced a shortfall of DM 8 billion compared with the previous finance regime. Further problems were caused by the decline of Berlin's old industries, leading to a loss in business and personal income tax revenue. Between 1990 and 1994, 57% of manufacturing jobs were lost in Berlin as a whole, and over 80% in East Berlin (Cochrane and Jonas 1999:147). The national economic downturn in the second half of the 1990s impacted on nearly all sources of revenue. In the mid-1990s, it was estimated that a loss of 20,000 inhabitants would reduce Berlin's annual income by some DM 60 million (DIW, 1997). In addition, lower head counts also mean reduced revenue from VAT and from block grants, which are based on population numbers.

Increasing expenditures were needed for infrastructure renewal and social investment. Tax paying residents and business thus became all the more important. Therefore, any business relocation to Brandenburg, coupled with an economic downturn, weakened Berlin's fiscal standing. Obviously, migration losses for Berlin are gains for Brandenburg, at least from a short-term revenue perspective (Herschel 2001). Given these dependencies, the statements by the two heads of government about the inevitability of increased competition are only too understandable.

Both Land governments tried to reduce their personnel costs. Berlin closed down a range of cultural, educational or child-care facilities or reduced their staff levels. Also, the core public administration was slimmed down to save costs: some 27,000 full-time jobs were shed between 1992 and 1996. Nevertheless, Berlin still has more public administration employees than the other two city states in Germany, Hamburg and Bremen. This is a legacy from the time when West Berlin used the public sector to create jobs in an isolated local labour market, and when the GDR's

administrative and governmental functions were concentrated in East Berlin (Heeg 1998; Strom 1996). Unification brought efficiency gains through the merger of the two administrations of the divided city. Brandenburg faced similar problems and cut public sector employment by 27% (DIW 1997). But, there are limits to such cut-backs because they affect services, are politically difficult and burden the Land budget with unemployment and pension payments.

Given the tight economic and fiscal situation, it is not surprising that both Lands were chasing every potential investor promising to create new jobs. It is also perhaps understandable that Berlin would resent non-residents using its expensive, already over-stretched public infrastructure without financial compensation. By the end of the 1990s, there were more than 109,000 commuters coming from Brandenburg and there were many more using Berlin's museums, concert halls, education facilities etc. These figures were counterbalanced by the some 51,000 Berliners commuting into Brandenburg (Der Tagesspiegel, 13 July 1999).

Fiscal and Planning Issues at Local Scale

The fiscal disincentives to co-operation found at the Land level also operate at the local level. Local authorities in Brandenburg are focused on attracting business and residents as sources of additional, locally controlled income. In addition, the central government block grants, which amount to 41% of the average local fiscal income, are almost entirely based on the size of the resident population (Brandenburg Home Affairs Office, Press Release No. 46/98, 8 July 1998, and No. 15/99, 22 February 1999). Maintaining population numbers is therefore critical for fiscal health. Local business taxes (Gewerbesteuer) are for most authorities a major source of local revenue, yielding some 50% of all locally levied taxes in western Germany (Karrenberg and Münstermann 1994). In eastern Germany, however, the share so far has been much lower, reflecting the economic problems of

transformation. 15% of personal income tax goes to local authorities. Given the low rate of business activity in Brandenburg, personal income tax is for many local authorities the more important source of locally controlled revenue. Seeking to become a commuter village may well be a financially more rewarding (and, possibly, realistic) policy goal than trying to attract substantial new business. The local income situation thus clearly encourages competitive rather than co-operative thinking.

New suburban residential or business developments also offer politically useful signs of achievement and 'progress'. So it is not entirely surprising that in the eastern part of the city-region of Berlin alone, 500 hectares of business sites were developed on greenfield-sites after unification (interview EDU Berlin Zehendorf, July 1999). This, of course, does not necessarily mean that these sites will all be filled with new businesses. The financial subsidies that local authorities received for this purpose were substantial, irrespective of the long-term viability, or desirability, of these developments. Consequently, with demand low and capital stuck in unsold sites, many local authorities had to sell land at substantially below cost just to recover some of their investment.

Given their financial circumstances and the institutionalised fiscal arrangements, it is not surprising that municipalities seek to gain their own advantage before considering co-operation. The only example of co-operation between local authorities is the building of sewerage systems, encouraged by large subsidies from the Land government and explicitly requiring inter-local collaboration. Interestingly enough, there is also evidence that Berlin's local administrations, the *Bezirke*, are also joining the fray and increasingly beginning to compete for investors. Remarkably enough, this is not to boost their revenue, as elsewhere, but entirely to enhance their political image and standing and to demonstrate their usefulness vis-à-vis the population. They receive fixed financial allocations from the city government and that makes them financially independent from success or failure in at-

tracting new businesses or residents. There are local political pressures arising from the considerable social costs of high unemployment and therefore the image-enhancing appeal of a successful shopping development or other new investment is inevitably attractive. This political reason, too, indicates there is little immediate incentive to co-operate.

The Future of Co-operation

The Berlin case suggests that there is likely to be considerable institutional lag in the adjustment of city-regional governments to the new regional economic imperatives that have developed over the last few years. Eliciting co-operation can be a long-term political process and is more likely to develop where controversial issues are avoided and 'win-win' opportunities are perceived. Flexible, 'open' co-operation with varying partners thus seems to be the format most acceptable. Whilst the potentially negative impacts of place wars may be apparent to local governments, they also need to perceive tangible benefits from regional co-operation to present to their electorate. In the planning and development battleground around the city of Berlin and in calculating and balancing local best interests, co-operation has been weak. The financial rewards or penalties for certain policies, especially economic development, have set the parameters for collaboration at the local level, suggesting a strictly pragmatic, essentially short-term approach. The evidence of the first decade after reunification therefore does not make one hopeful, but in this final part of the paper we discuss possible changes in the balance of decision-making within the competitive framework.

There are some signs of changing attitudes. We mentioned the perception of a wider European context in the introduction. This has changed markedly over the last decade or so in its economic and spatial structure. In the early years of unification, the priority was linking Berlin to western Germany and the EU to allow it to act as a growth pole for eastern Germany. Since then, expansion of the EU to the east has shifted

strategic perspectives, placing Berlin in the context of a new European political and economic geography. Thus, for instance, the governments of Berlin and Brandenburg are involved in various EU funded initiatives encouraging co-operation in central Europe and in the Baltic region. Berlin is also co-operating with Hamburg in developing responses to the threat presented by economic growth in the Øresund region of Copenhagen and southern Sweden. And this context of strategic relationships sits within the development of the European Spatial Development Perspective with its emphasis on 'polycentric' growth and urban networks as means of managing competition. In the longer term, there may be a stronger, higher level context for strategic planning in Berlin-Brandenburg.

In time, regional planning may also become stronger. The initial joint regional plan was weakened by the often ad hoc development commitments made by local governments in the early phase of marketisation in eastern Germany. As plans are updated and commitments revised, a stronger regional framework could be imposed, or voluntarily subscribed to, because the new post-unification economic structures and likely future development trends have become clearer. This includes some disillusionment and scaling back of initially over-ambitious, as it now seems, expectations which, in turn, encouraged 'going it alone' to reap all the expected fruit of 'westernisation'. Informal planning between *Kommunen* (communes) in Brandenburg and neighbouring Berlin *Bezirke* (boroughs) may appear the more realistic and promising option over time and thus develop stronger forms of co-operation in the region.

The Joint Planning Authority sees itself as a source of new regional visions. The planners claim some success in promoting regional consciousness and argue that, in the face of proposed regional development frameworks in which not all communes win, initial strong local opposition is lessening. Tentative experiments in informal planning co-operation have been started in areas that overlap the Berlin Brandenburg boundary. The Joint Planning Authority pro-

moted 'regional parks' as designated areas to protect the open countryside, while also allow localities to include revenue generating developments. The regional parks offer multiple tangible benefits for each participating local government, including greater visibility from outside the region. For local governments, there is also mounting evidence of the failure of non-co-operation, such as the mounting maintenance costs of overly ambitious local infrastructure projects. But, whilst the potentially negative impacts of place wars may be apparent to local governments, they also need to perceive tangible benefits from regional co-operation to present to their electorate.

The culture of mistrust between the city and its surrounding areas and between local and higher levels of government, has its roots in the post-war history of the city-region. The new structures of government imposed on the 'East' following the fall of the Wall, divided local and regional interests, at times continuing the animosities inherited from the socialist period. This institutionalised prescription for localism, coupled with the economic pressures felt by Land and local governments, undermined the logic of regional co-operation that was visible to all from the start of the 1990s. We can thus see the historical and institutional structures setting down a path for development that 'locks in' the sub-national government levels of Land and municipality to sub-optimal decisions (see Woodlief, 1998). Throughout the 1990s, incentives to greater intergovernmental co-operation were not strong enough to encourage Land and local governments to break out of self-interested and localist habits. High, often unrealistic, expectations about future development prospects after the end of state socialism encouraged such localist attitudes. In many cases, these expectations had to be revised downwards, making co-operation a more attractive, even vital, option – or necessity.

At the Land level, there are signs of changing political attitudes. Experiences in the Berlin-Brandenburg region since the failed merger attempt in 1996 have changed political and, eventually,

public mindsets. The PDS (Party of Democratic Socialism), the reconstructed former socialists of East Germany, performed a political U-turn and now favours such a move. A merger, it is hoped, will strengthen the region's position in the light of the eastward expansion of the EU, and help protect it from the threat of competition from other city-regions. The overall lacklustre economic development in eastern Germany added to the change of view. This change lends support to the proclaimed intentions of the heads of government of the two Lands for a merger. Much of the caution is based on concerns about the financial implications, and sorting out the local and Land finances prior to any merger is seen as a *sine qua non* (DPLG and OSZ 2000). These concerns are reflected among the Brandenburg population in a three-way split between proponents of 'joining now', 'merging in 2010', and 'staying separate'. Berliners have shown less financial concern, with just over half happy with an immediate merger, and the other half split between 'merge later until 2010' and 'stay separate' (DPLG and OSZ 2000). The situation is not so clear cut among businesses. A survey by the Berlin-Brandenburg Chamber of Commerce (IHK) among their members found a considerable majority expecting no positive impact of a merger on their businesses, although they could see the advantages for the competitive standing of the region as a whole.

Any move towards a merger, as the heads of the two Land government emphasise, can only follow a satisfactory arrangement for fiscal equalisation between all the Lands in Germany, so that the joint state would not be any worse off financially than the current two states today. Required federal reform takes the potential for merger out of the hands of local political leaders even if they can now agree on its necessity. Political backing for co-operative regionalism is thus an important factor. The competitive strength of the city-region depends to some extent, such as scope and willingness for co-operation, on higher levels of government, including the EU.

The story of fragmented local govern-

ments and the absence of higher-level intervention is not unique to the German case. Similar issues arise in other city-Regions, for example, in the reformed Toronto region (Wolfson and Frisken 2000). But the details of the Berlin-Brandenburg case reminds us that regionalisation continues to develop unevenly in different contexts creating a 'variety of new regionalisms' (Jonas and Ward 2002:397). In accounting for the present lack of co-operation in the Berlin-Brandenburg case, we emphasise the limited choices available to local decision-makers. These choices are structured by the institutional framework of regional and local government and by the economic circumstances of the Lands and individual localities. In the immediate future, we may see more informal regional alliances where there are sufficient material incentives to form coalitions of interests for a limited time and with easy get-out clauses and some building on the joint planning work of the last decade.

Acknowledgement

We would like to thank Iris Hauswirth (London School of Economics/UN) for her work on this project and on an earlier version of this paper.

References

- BBR Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (ed., 1999): *Regionen der Zukunft. Regionale Agenden für eine nachhaltige Raum- und Siedlungsentwicklung*. Wettbewerbszeitung, no 2.
- BENZ, A.; KOENIG, K. (1995): *Der Aufbau einer Region: Planung und Verwaltung im Verdichtungsraum Berlin-Brandenburg*. Baden-Baden: Nomos.
- BERLINER MORGENPOST (1997): *Scharfer Protest gegen Firmenabwerbung*, 25 September 1997.
- BERLINER MORGENPOST (1997): *Berlins Kampf um Firmen und Arbeitsplätze*, 10 October 1997.

- BERLINER MORGENPOST (1999): Strieder fürchtet Konkurrenz durch märkischen Fabriksverkauf, 28 May 1999.
- BERLINER ZEITUNG (1999): Berlin will gegen Eichstädter Factory-Outlet klagen, 23 December 1999.
- BERLINER ZEITUNG (1998): Land will den Bau von Factory-Outlet-Centern einschränken, 30 July 1998.
- BERLINER ZEITUNG (1995): Brandenburger füttern den Speckgürtel, 18 April 1995.
- BERLINER ZEITUNG (1999): Wissenschaftler raten zu Länderfusion bis 2025, 10 June 1999.
- BERLINER ZEITUNG (2000): Berlin geht gerichtlich gegen Bau des FOC vor, 17 January 2000.
- BRENNER, N. (2000): Building Euro-Regions. Locational Politics and the Political Geography of Neoliberalism in Post-Unification Germany. In: *European Urban and Regional Studies*, vol 7, no 4, pp 319–345.
- COCHRANE, A.; JONAS, A. (1999): Re-imagining Berlin. World City, National Capital or Ordinary Place? In: *European Urban and Regional Studies*, vol 6, no 2, pp 145–164.
- DER TAGESSPIEGEL (1998): IHK hält Länderfusion auf der politischen Tagesordnung, 30 January 1998.
- DER TAGESSPIEGEL (1999): Eine Länderfusion Berlin/Brandenburg bleibt nach wie vor aktuell, 13 July 1999.
- DIW Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1997): Überlegungen zu den künftigen Leitlinien der Wirtschaftspolitik Brandenburgs. Vorrang für die Wachstumspolitik. DIW Wochenberichte 6/97 (www.diw.de/diwwbd/97-06-01.html).
- DPLG Deutsche Paul-Lazarsfeld-Gesellschaft; OSZ Otto-Stammer-Zentrum an der FU Berlin (2000): Die Haltung der Bevölkerung in Berlin und Brandenburg zur Länderfusion. Selected questionnaire results for the press conference, 8 December 2000.
- GEPPERT, K.; VESPER, D. (1995): Länderfusion begünstigt wirtschaftliche und finanzpolitische Aspekte einer Vereinigung von Berlin und Brandenburg. DIW Wochenbericht 10/1995.
- HASSEMER, V. (1995): Landesentwicklungsplanung im Raum Berlin-Brandenburg. Ansprüche und Konzepte für die deutsche Hauptstadtregion aus Berliner Sicht. In: SUESS, W. (ed.): *Hauptstadt Berlin*, vol 2, Berlin: Berlin Verlag, pp 349–363.
- HÄUßERMANN, H.; SIMONS, K. (2003): Facing Fiscal Crisis: Urban Flagship Projects in Berlin. In: MOULAERT, F. et al. (eds.): *The Globalized City*. Oxford: Oxford University Press, pp 107–124.
- HEEG, S. (2001): Politische Regulation des Raumes. Metropolen – Regionen – Nationalstaat. Berlin: Edition Sigma.
- HEEG, S. (1998): Vom Ende der Stadt als staatliche Veranstaltung. Reformulierung städtischer Politikformen am Beispiel Berlins. In: PROKLA, vol 28, pp 5–23.
- HEINZ, W. (1998): Co-operative Approaches between Core Cities and their Environs. Occasional Papers of Deutsches Institut für Urbanistik (DIFU). Berlin: DIFU.
- HEINZ, W. (ed., 2000): *Stadt & Region – Kooperation oder Koordination? Ein internationaler Vergleich, Berlin/Stuttgart*: DIFU/Kohlhammer, pp 19–28.
- Herrschel, T. (2001): Population Shifts and Local Democratic Representation in Eastern Germany. In: *Geo Journal*, vol 50, nos 2–3, pp 213–223.
- JONAS, A.; WARD, K. (2002): A World of Regionalisms? Towards a US-UK Urban and Regional Policy Framework Comparison. In: *Journal of Urban Affairs*, vol 24, no 4, pp 377–401.
- KARREBERG, H.; MÜNSTERMANN, E. (1994): Kommunale Finanzen. In: ROTH, R.; WOLLMANN, H. (eds.): *Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen, pp 194–210.
- LAND BRANDENBURG (2000): Ressortbericht "Zum Stand und zu den Perspektiven der Zusammenarbeit der Länder Brandenburg und Berlin", 9 February 2000.
- LENHARDT, K. (1998): Bubble-politics in Berlin. In: PROKLA, vol 28, pp 41–66.
- MACLEOD, G. (1999): Place, Politics and 'Scale Dependence': Exploring the Structuration of Euro-Regionalism. In: *European Urban and Regional Studies*, vol 6, no 3, pp 231–253.
- MACLEOD, G. (2001): New Regionalism Reconsidered: Globalization and the Remaking of Political Economic Space. In: *International Journal of Urban and Regional Research*, vol 25, no 4, pp 804–829.
- MOULAERT, F.; RODRIGUEZ, A.; SWYNGEDOUW, E. (eds., 2003): *The Globalized City. Economic Restructuring and Social Polarization in European Cities*. Oxford: Oxford University Press.
- NEWMAN, P.; THORNLEY, A. (2004): *Planning World Cities*. London: Palgrave.
- SCOTT, A. (1998): *Regions and the World Economy*. Oxford: Oxford University Press.
- SCOTT, A. (2001): Globalization and the Rise of City-Regions. In: *European Planning Studies*, vol 9, no 7, pp 813–826.
- SCOTT, A. (ed., 2002): *Global City-Regions. Trends, Theory, Policy*. Oxford: Oxford University Press.
- SELLERS, J. (2002): *Governing from Below. Urban Regions and the Global Economy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- STROM, E. (1996): The Political Context of Real Estate Development: Central City Rebuilding in Berlin. In: *European Urban and Regional Studies*, vol 3, no 1, pp 3–17.
- SWB Senatsverwaltung für Wirtschaft und Betriebe (1997, 1998, 1999): *Wirtschaftsberichte (Reports on the Economy) 1997, 1998, 1999*.
- WOLFSON, J.; FRISKEN, F. (2000): Local Response to the Global Challenge: Comparing Local Economic Development Policies in a Regional Context. In: *Journal of Urban Affairs*, vol 22, no 4, pp 361–384.
- WOODLIEF, A. (1998): The Path-Dependent City. In: *Urban Affairs Review*, vol 33, no 3, pp 405–443.

Dr. Tassilo Herrschel
Centre for Urban and Regional Governance
University of Westminster
309 Regent Street
London W1B 2UW
UK
T.A.Herrschel@westminster.ac.uk

Dr. Peter Newman
Centre for Urban and Regional Governance
University of Westminster
309 Regent Street
London W1B 2UW
UK
P.Newman@westminster.ac.uk

Der entfesselte Gulliver

Berlins Zukunft

Berlin is like Gulliver: a colossal urban center that is economically depressed and entangled in a stifling web of special interest politics. With an economy not nearly competitive enough to support jobs for its population of 4 to 5 million people, the city region of Berlin is faced with challenges on an almost epic scale. These include the reestablishment of a market economy, the creation of conditions for the successful fusion of two populations from vastly different socio-economic systems into a single productive society, and the removal of a deeply engrained mentality of dependence. Reunification represented a complete structural schism that attracted tremendous attention to Berlin. Yet the city can only succeed in the long term by mobilizing its potential. Berlin must make use of its position as a gateway to Eastern Europe, develop a dynamic tertiary sector (strong universities, content industries, etc.), take advantage of its social and cultural distinctiveness, and drop its status as a separate Bundesland (state) to become a regular municipality.

Berlin's economy must be newly rebuilt from the bottom up. Emphasis must be placed on overcoming the dependence mentality nurtured by years of subsidies and socialist rule, so as to finally encourage individual risk taking as the engine of social development.

Since reunification, over a million people have left Berlin, while an equal amount of mainly young people has moved into Berlin. This new and younger generation of citizens represents an opportunity to introduce a new and more dynamic mentality, and finally move the process of social reform forward.

Wie ist Berlin?

Berlin ist ein wenig wie Gulliver: ein Koloss, am Boden liegend und gefesselt.

Der Koloss Berlin ist ein kompakt gegliederter Agglomerationsraum, strukturiert aus grossen Teilstädten, verknüpft durch ein Schnellbahnsystem, das einmal auf doppelt so viele Menschen wie heute ausgelegt war.

Sozioökonomisch gesehen liegt Berlin am Boden. Auf der Ebene der Individu- alschicksale gibt es in Berlin mit zirka 300 000 Arbeitslosen – für die Jugend liegt die Quote sogar bei 19% – und mit 250 000 Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern unerhört prekäre Lebenssituationen. Örtlich bildet sich eine Segregation mit zum Teil ungewohnter Härte in einzelnen Stadtteilen heraus. Und wirtschaftlich findet die Stadt – mit hoher Insolvenzrate und mit einem Umsatz-/Export-Output, der weit hinter dem bundesweiten Schnitt bleibt – noch viel zu schleppend zu einem tragfähigen Niveau.

Schon eher unter dem Boden befindet sich Berlin, was die Finanzlage angeht: mit unvorstellbaren 50 Milliarden Euro Schulden ist die öffentliche Kasse bodenlos und der Handlungsspielraum stranguliert.

Gefesselt ist Berlin noch immer in seinen Klientelstrukturen aus den – in Ost und West gleichermaßen zelebrierten – Versorgungs- und Subventionszeiten: Seilschaften, Hand-Aufhalten und Unprofessionalität des Regelns politischer Vorhaben wirken noch immer und behindern eine problemorientierte, aufgeklärte und Bürgerinnen und Bürger motivierende Politik.

Die Lage erscheint aussichtslos – wie manche meinen.

Was ist Berlin?

Berlin ist eine Stadt mit stabil knapp 3,5 Millionen bzw. eine relativ kompakte Stadtregion mit 4,5 bis 5 Millionen Einwohnern. Berlin braucht, woran es am meisten mangelt: genügend Arbeit als Quelle von Wohlstand im weitesten Sinne, von individuellem und institutionellem Einkommen. Die Wirtschaft – zumal die marktorientierte – ist nicht hinreichend wettbewerbsfähig; die historischen Gründe liegen in atypischen Rahmenbedingungen und Strukturen, die im Grunde mit der «Arisierung» und Kriegs-

bewirtschaftung der Nationalsozialisten begannen und sich erst nach der Wende verflüchtigten.

Was für ein Stadttyp ist Berlin? Ohne besondere naturbedingte Begabungen hinsichtlich Rohstoffen oder Lagegunst ist Berlins Metier «Veredelung», indem Vorprodukte weiterverwendet und Wertschöpfungsketten fortgeführt werden. Grundvoraussetzung hierfür ist Austausch im weitesten Sinne, und genau diesem verdankt Berlin seine Existenz. Historisch war Berlin neben einer Ackerbürger- und Handwerkerstadt denn auch eine Handelsstadt und eine Residenzstadt. Damit hat es eine Wirtschaftsstruktur herausgebildet, die schon früh durch Weiterverarbeitung und durch deren vor- und nachgelagerte Dienstleistungen geprägt ist: in Form von Vermarktungsberatung (wie seinerzeit schon Messen, Qualitätssicherung, Transport etc.) über das Versicherungs- und Bankwesen bis hin zu Wissenschaft und den schönen Künsten. Als «Labor» von Ideen und Unternehmungsgeist entfaltete sich Berlin in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zur innovativsten – und grössten – Industriestadt Europas: als einem Ort von Wissen, Anwendungsmöglichkeiten und einer Umsetzungsinfrastruktur (aus Politik, Finanzen etc.).

Berlin existiert im Zusammenhang mit den speziellen Urbanisationsvorteilen von Agglomeration: Die Stadt ist ein Standort hoher Qualifikationen – und damit auch vergleichsweise hoher Kosten. Berlin muss diesen Wirkungszusammenhang (re)vitalisieren, d.h. nicht etwa einseitig auf Niedrigqualifikationen bzw. -kosten setzen.

Aktuell steht Berlin vor ganz besonderen Herausforderungen. Zum einen vor Herausforderungen, mit denen im Prinzip alle Städte im aktuellen und epochalen weltweiten Strukturwandel konfrontiert sind. Dieser wird – schlagwortartig charakterisiert – durch Globalisierung der Aktionssphären, Flexibilisierung der (Re-)Produktionsmodi und Deregulierung von Kooperationsmustern im Zusammenhang weiterer Tertiärisierung geprägt und setzt folgende Herausforderungen auf die Tagesordnung:

- **Bevölkerung und Arbeit:** Demografischer Wandel und Flexibilisierung be-

fördern eine Heterogenisierung von Arbeit, Zeit, Status und Lebensstilen, was eine ganz neuartige Verständigung über die «Arbeitsgesellschaft» erfordert.

- **Soziale Kompetenz:** Polarisierungstendenzen aktualisieren den historischen Anspruch auf Integration als soziokulturelle Handlungsfähigkeit von Menschen und ihren Städten.

- **Kulturelle Vielfalt:** Zunehmende Migration verweist Städte – als klassische Ziele – darauf, Zustrom als kulturelle und ökonomische Bereicherung zu begreifen.

- **Wettbewerb:** Der Umgang mit zunehmender Standortkonkurrenz bedeutet eine Steigerung der eigenen komparativen Kompetenz und Aktionsfähigkeit und die Stärkung des lokalen/regionalen Bewusstseins und Leistungspotenzials.

- **Partizipation:** Gesellschaftliche Differenzierungen sind gekoppelt mit vielfältigen neuen Initiativ- und Verantwortungsformen und erfordern neue Politikstrukturen und Kompetenzen eines veränderten Verhältnisses von Staat und Individuum.

- **Zukunftsverantwortung:** Der Drang zu offensiverer Ressourcenausnutzung macht auch deren haushälterischen Umgang zum Thema. Grosse Städte können ihre Potenziale eines schonenden Ressourcenumgangs infolge hoher Dichte dafür nutzen, die Gesamtheit ihrer Standortqualitäten zu optimieren.

Zugleich steht Berlin vor ganz spezifischen Herausforderungen:

- Berlin muss den (zumal überraschenden) Wiedereinstieg in die Marktwirtschaft meistern – wie alle Städte auf dem Gebiet der früheren DDR;

- Berlin muss das Wirken zweier Gesellschaftssysteme im gemeinsamen Stadtgebiet produktiv bewältigen wie sonst keine Stadt der Welt; und – verknüpft mit alledem – muss

- Berlin einen Mentalitätswandel schaffen von einer Versorgungsstadt, wie sie historisch zwar erklärbar ist, zu einer «Initiativstadt», wie sie zukunftsorientiert aber notwendig ist.

Die Wende, d.h. der Start (oder besser: der Sturz) einer Subventionsstadt in die Marktwirtschaft war ein totaler Zusammenbruch aller ökonomischen Struk-

turen und eine grundlegende Umwertung der sozialen, kulturellen, politischen und auch baulichen Strukturen der Stadt – mit dem Resultat (oder auch dem Charme) einer elementaren Offenheit: Hier kann man sich entfalten, indem man neue Strukturen noch mitprägt – das ist wohl die Grundlage für Berlins Attraktion für junge Menschen aus aller Welt, die nämlich kreative «Freiräume suchen» (ZEIT 5/2004, S. 53).

Wohin soll Berlin?

Wohin soll Berlin? Ideen dafür sind Legion. Die Vorschläge, was Berlin in Zukunft einmal sein soll, von welchen Merkmalen es geprägt werden und welche Qualitäten es aufweisen soll – d.h. Bilder von Berlin bzw. Leitideen für die Entwicklung der Stadt, schwanken zwischen Träumen und Rezepten, zwischen Visionen und Szenarien. Manchmal verknüpfen sie auch hoch gesteckte Möglichkeiten mit aktivierenden Massnahmen. Im besten Fall bieten sie eine Strategie an.

Die konkreten Vorschläge (vgl. Brake et al. 2004) heben einerseits oft eher singuläre Aspekte hervor, wie etwa «Ost-West-Drehscheibe» oder «Dienstleistungsmetropole» und geben oft nicht hinreichend bekannt, wie daraus – ausser dass es dafür einen Trend, eine Disposition gibt – auch ein sozioökonomischer Benefit für Berlin werden kann. Andererseits werden auch übergreifende Begriffe gewählt, wie z.B. «Rückkehr zur Normalität» oder «Berlins Zweite Zukunft», womit bereits auch Prozesse gemeint sind, die sich mit bestimmten Entwicklungsqualitäten verbinden.

Eher programmatisch ist die Einbettung in Ideen der Nachhaltigkeit im Sinne der Agenda 21, womit sich die Leitbildvorstellung (etwa der Enquete-kommission Zukunftsfähiges Berlin) auf die Nachhaltigkeitsregeln im Allgemeinen und weniger auf die spezielle Berliner Situation bezieht. Ebenfalls nur rahmensteckend ist die Orientierung (der OECD) auf Leitbilder wie «Gateway zum Osten», «Gründer-Mekka», «Wissensökonomie», «kulturelles Kreativzentrum».

Ein mehrdimensionales Leitbild wird (von der BerlinStudie) mit sechs Elementen angeboten: drei für die allgemeine Richtung («wettbewerbsfähig aus eigener Kraft», «offen und sozial gerecht», «ökologisch attraktiv und verantwortungsvoll»), zwei Leitbildelemente für die Ressourcen («Stadt des Wissens», «Ost und West zugleich») und eines für den Weg («zivilgesellschaftlich»).

Selten wird ein Leitbild auf einen einzelnen Begriff gebracht, der ebenso klar wie auch übergreifend transportiert, worum es – zumal mit der Strategie bzw. «Philosophie» – jeweils gehen soll. In diese Richtung etwa zielen die Vorschläge «Brückenstadt Berlin» (Bündnis 90/Die Grünen, 2. Enquetekommission), «Berlin als Venture Capital» (Kahlenborn u.a.) oder «Initiativen-Stadt» (BerlinStudie).

Ideen für Berlin, die das begründet Wünschenswerte mit dem verbinden, was erreichbar erscheint, wenn man sich anders verhält als gewohnt, haben im besten Falle eines gemeinsam: sie lassen sich von der desolaten Ausgangslage Berlins nicht mutlos und handlungsunfähig machen und fokussieren vor allem auf die Potenziale, die Berlin mobilisieren kann.

Was hat Berlin?

Worauf kann Berlins weitere Entwicklung aufbauen, woran anknüpfen?

Potenziale

Die Potenziale Berlins für seine Entwicklung werden in folgenden Bereichen gesehen:

- **Wissen:** Gemeint ist Wissen in einem sehr breiten Verständnis. Über Wissenschaft und Forschung hinaus geht es um Kultur und auch um Alltags- und Erfahrungswissen. In diesem Bereich ist Berlin grandios ausgestattet, und zwar sowohl quantitativ wie auch qualitativ: In Berlin trifft somit ein gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Trend auf profiliertes endogenes Potenzial, dessen unterdurchschnittlichen synergetischen und sozioökonomischen Effekte allerdings überwunden werden müssen.

- **Hauptstadt:** Berlin ist das Zentrum politischer Entscheidungen Deutschlands.

Deren Vorbereitung wird von föderalen Beratungen in (inter)nationalen Netzwerken begleitet: Berlin wird deren Forum und ein Kommunikationszentrum erster Qualität. Experten und Eliten kommen nach Berlin, ihre Sichtweisen geben Anregungen für neue Ideen. Berlin kann sich als föderale Bühne, als Zentrum für Politikberatung und Kommunikation qualifizieren, zumal im Hinblick auf (Beratungs-)Dienstleistungen, wofür Berlin im Netz deutscher Städte und europäischer Metropolen ausgesuchte Felder mit spezialisierter Kompetenz besetzen kann.

- **Kompetenzzentrum:** Berlin weist ein paar entwicklungsfähige Kerne wirtschaftlichen Handelns in ausgewählten Bereichen auf (Produktionstechnik, Verkehr/Mobilität, Pharma/Biotechnologie/Medizintechnik sowie Kommunikations- und Informationstechnologie). Darin Kompetenz zu steigern, kann Berlin zu einem ernst zu nehmenden Angebotsort für wichtige Leistungen und Produkte machen und damit seiner Ökonomie zu Wettbewerbsfähigkeit verhelfen. Zugleich sind dringend weitere Felder zu erschliessen, wie z.B. Beratungs- und andere Dienstleistungen, Kultur, Content Industries, insbesondere Medien, Verlage und Messen bzw. deren Kombination.

- **Urbanität:** Berlin verfügt über Dichte und Mischung in ungewöhnlicher Intensität und Ausdehnung; dies sowohl in Bezug auf bauliche Nutzungen wie auch in sozialstruktureller Hinsicht. Der vergleichsweise hohe Grad an Öffentlichkeit von Aktionsmöglichkeiten und die aussergewöhnliche Offenheit als eine neue Atmosphäre dieser Stadt bilden zudem das beste Anregungsmilieu für Kreative. Diese strukturelle Vielfalt bildet Standortqualitäten einer Wissensökonomie im Sinne eines «Labors». Gleichzeitig ist Berlin mit seinen differenzierten Lebensstilmöglichkeiten, als Politik- und Kulturzentrum und als Tourismusziel sehr attraktiv. Die Anwesenheit vieler bedeutender Zeitgenossinnen und -genossen aus aller Welt wirkt wie ein «Durchlauferhitzer»: Die Zufuhr von Erfahrungspotenzialen und von Kaufkraft kann Berlin bereichern – und sie sind als Vermittler neuer Ideen und ökonomisch zu nutzen.

- **Konzentration/Region:** Berlin ist die absolut grösste Stadt weithin inmitten eines sehr gering besiedelten Gebiets im östlichen Deutschland. Diese insgesamt monozentrisch gelagerte und in sich polyzentrale Agglomeration bildet mit der umgebenden (Kultur-)Landschaft ein starkes Spannungsverhältnis. Diese Gegensätze sind produktiv zu nutzen (vgl. auch Zöpel 2002). Ein arbeitsteilig-koperativer Handlungsraum (Wertschöpfungsketten) kann Berlin zum zentralen Ort über Ostdeutschland und Westpolen hinaus entwickeln.

- **Ost und West:** Berlin beheimatet tradierte wie auch wieder belebte sozio-ökonomische und -kulturelle Lebenswelten des Westens wie des Ostens Europas. Auch mit seinen spezifischen Kontakten aus RGW-Zeiten, einschliesslich entsprechender Sprachkenntnisse, ist Berlin ein wesentlicher Orientierungspunkt für Mittel- und Osteuropa. Hinzu kommen die Erfahrungen Berlins mit der Ost-West-Integration und mit Transformationsaufgaben: Sie können die Stadt zu einem kompetenten Angebotsort von Know-how-Dienstleistungen machen. Die EU-Osterweiterung bietet eine Chance, dies zu nutzen.

- **Menschen und Kulturen:** Berlin ist eine gelebte internationale Stadt. Seine Bürgerinnen und Bürger können vor Ort Weltoffenheit – als eine Kompetenz globalisierten Agierens – praktizieren.

Die auf den ersten Blick «schnoddrigen» Berlinerinnen und Berliner sind hellwache Grossstadtmenschen mit Seele und mit Erfahrungen im Umgang mit anderen. Auch Alltag, Beruf (Humankapital) und vor allem Krisen sind sie gewohnt zu bewältigen: sei das beim Kampf um die Republik, beim Wiederaufbau und der Isolierung bis zur Wende – und nun mit deren Bewältigung! Für neue Herausforderungen, die allerdings auch kommuniziert werden müssen, sind sie prinzipiell gut disponiert – und: Sie identifizieren sich mit der Stadt und mit ihrem Quartier.

Verstärker

Die Potenziale, die Berlin innewohnen, können in ein Verhältnis zu den Herausforderungen gesetzt werden, die unsere Zeit insbesondere für – zumal europäi-

sche – Städte stellt. Die grossen Strömungen des aktuellen Strukturwandels, die grundsätzlichen Einfluss auf die Entwicklungen in vielen Bereichen haben, schlagen sich unterschiedlich konkret in bestimmten Aufgaben auch für Berlin nieder. Damit werden weitere, eher ausserhalb Berlins liegende Potenziale für die Entwicklung der Stadt reklamiert und auf die Agenda gesetzt. Sie können als Verstärker genutzt werden, um die genuinen Potenziale Berlins noch besser zur Wirkung zu bringen.

- **Sich auf die EU-Erweiterung einstellen:** Dies ist die – inzwischen zweite (bzw. auch: letzte) – Chance, die besondere Begabung Berlins für eine Metropole Mittel-Osteuropas Erfolg versprechend zu aktivieren: aber nur mit konkreten Kooperationsprojekten kann sich Berlin dabei als Promoter eines mittel-osteuropäischen Städtetetzes profilieren.

- **Berlin als Einwanderungsstadt:** Um Berlins Austausch mit der Welt zu reaktivieren, um Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft der Stadt mit den Erfahrungen anderer zu bereichern, um Offenheit zu kultivieren und um Menschen und Standort transkulturell kompetent zu machen, braucht die Stadt eine offensive, an eigenen Entwicklungsinteressen orientierte Zuwanderungs- und Integrationspolitik.

- **(Weiter-)Bildung in der Wissensgesellschaft:** Ein erfolgreiches Agieren in der Wissensgesellschaft setzt Qualifikation und Bildung voraus. Dies bildet die Basis sowohl für Wissenstransfer und Arbeitsfähigkeit wie auch für Gestaltungskompetenz vor dem Hintergrund sozialer Brennpunkte: lebenslanges Lernen und «lernende Stadt(-Region)» gehören in diesem Kontext zusammen.

- **Chancen der Jugend:** Demografischer Wandel, Standortkonkurrenz, Innovationskraft und Zukunftsfähigkeit orientieren darauf, dass nur wer der Jugend eine Zukunft bietet, in Zukunft auch die Jugend hat: Berlin muss ein Magnet für junge Menschen sein.

- **Soziale Kohäsion:** Sollen soziale Differenzierungen nicht Synergien beeinträchtigen, unnötige Reibungsverluste erzeugen und Unsicherheit in der Stadt

bewirken, so müssen Kompetenzen und kommunale Aufgaben sozialer Kooperation entwickelt werden. Soziale Aktivierung vom Quartier aus kann Verantwortungsfähigkeit und Identität mit der Stadt fördern. Das Zusammenwirken sozial differenzierter Situationen in der Stadt ist nicht nur als eine Lösung von Problemen, sondern auch als Entwicklungspotenzial zu betrachten.

● *Zukunftsfähige Stadt(-Region)*: In der Welt(sicht) behauptet sich, wer identifizierbar und handlungsfähig ist. Globales Agieren korrespondiert mit lokaler Einbettung. Berlin ist von aussen gesehen eine Stadtregion. Darin realisieren sich ihre Qualitäten. Alle grossen Städte in Europa positionieren sich mit einer solchen Kulisse neu. Überzeugende Identität ist auch von innen her zu befördern: Mit einem kooperativen Gesamt- raum aus unterschiedlichen Teilen, die in ihren Vorteilen und Lasten ausgeglichen sind. In dieser Art können sich allgemeine Aufgaben für Städte als «Rückenwind» für die Entwicklung Berlins nutzen lassen, als Verstärker eigener Potenziale.

Diese inneren und äusseren Potenziale für die Entwicklung Berlins verweisen auf einen gemeinsamen Kern: Als wesentliche und ausbaubare Ausstattung hat Berlin vor allem Wissen im weitesten Verständnis (Wissenschaft, Forschung und Kultur). Gerade im Sinne von «Veredelung» verfügt Berlin aber auch «nur» über dieses Vorprodukt als Entwicklungspotenzial – und zwar reichhaltig und exzellent, aber bisher synergetisch und vor allem sozioökonomisch zu unergiebig. Dieser Umstand muss mit Blick auf Arbeit und Wirtschaft optimiert werden. Und dies wird die zentrale Aufgabe sein, um die desolote Situation Berlins zu überwinden.

Berlin hat dafür Potenziale, die als Entfaltungskräfte mobilisiert werden können – aber auch: müssen. Sie sind keine Selbstläufer. Einer der Vorteile dafür, sie zur Wirkung bringen zu können, liegt darin, dass die Potenziale eng mit den Urbanitätsqualitäten der Stadt und der Offenheit ihrer Situation zusammenhängen. Damit kann Berlin «etwas werden».

Was kann Berlin?

Für seine weitere Entwicklung als Standort und als Gemeinwesen und mit dem Ziel, sozioökonomisch wieder «auf die Füsse zu kommen», ist Berlin in einer besonderen Situation. Es gibt keine Kontinuitäten, auf die einfach gesetzt werden kann:

- Kein Nachholen des ansonsten üblichen und lange schon laufenden Strukturwandels: dafür fehlen hier die Zwischenstufen und deren Prozesselemente.
- Kein Zurückholen früherer – zumal wirtschaftlicher – Akteure: Sie beleben, ob Siemens oder Banken, inzwischen anderswo das föderale Deutschland.
- Kein Wiederholen früherer Erfolgsgeschichten: wie etwa die der «grössten Industriestadt Europas» (woraus aber das «Labor» zu lernen wäre) oder die der «Goldenen 20er-Jahre» (woraus jedoch Weltoffenheit zu lernen wäre).

Berlins (Sozial-)Ökonomie muss sich im Grunde also noch einmal ganz neu aufbauen. Dabei kann nicht einfach auf die grossen Players gewartet werden; dafür sind die Standortqualitäten noch nicht genügend attraktiv. Es wird zunächst bzw. parallel einen neuen Aufbau von unten geben müssen, und zwar in Form der Aktivierung der eigenen Potenziale.

Die Situation Berlins ist also – trotz seiner Entwicklungskräfte – sehr kompliziert. Ein nicht zu unterschätzender Lichtblick allerdings ist erst einmal eher atmosphärischer Art: die strukturelle Offenheit der Stadt und partiell die Aufbruchsstimmung nach dem Befreiungsschlag von der grossen Koalition, d.h. vom Politiksyndrom Westberlin. Damit wird der Blick frei auf einen entscheidenden Hebel: Angesichts der überkommenen, historisch zwar erklärlichen, für die Zukunft aber nichts als hinderlichen Subventions- und Versorgungsmentalität liegt das Heil der Stadt in einer tief greifenden Ertüchtigung der individuellen und institutionellen Akteure und ihrer Strukturen.

Die programmatische Orientierung auf Berlin als «Initiativen-Stadt» und d.h. auch auf bürgerschaftliches Engagement in einem anderen Verhältnis zum Staat, hat – als eine solche Ertüchtigung – viel zu tun mit Selbstständigkeit

des Handels, sowohl in Politik als auch bei Arbeitsbeschaffung; und mit Risikobefähigung, nämlich einer Übereinkunft des Gemeinwesens («Stadtvertrag»), zu Risiken ebenso bereit wie auch dafür qualifiziert zu sein, was eine Frage sozialer Gestaltungskompetenz ist.

Wie kann daraus etwas gemacht werden?

Wie wird Berlin?

Strategie

Der Ansatz, mit dem die Stadt Berlin das aus sich machen kann, was in ihr steckt, lässt sich zwischen drei zentralen Lösungen aufspannen (vgl. hierzu die Berlin-Studie):

- *Arbeit für mehr Menschen* – als Orientierung und als Ziel aller Aktivitäten für Berlin. Es geht um Arbeit, verstanden als Quelle von «Wohlstand» i.w.S. und es geht nicht primär um «Arbeitsplätze für alle» – ganztags und lebenslang etwa, und zudem noch in der produzierenden Wirtschaft: Das ist angesichts des Wesens des allgemeinen aktuellen Strukturwandels historisch unrealistisch, wäre politisch romantisch und wenig anregend für zukunftsfähige Strukturen.
- *Stadt des Wissens* – als das Potenzial, als die Ressource. Die Berliner Spezifika sind bereits erwähnt, der Entwicklungskontext wird es noch werden (s.u.).
- *Initiativen-Stadt* – als der Weg dahin, als das Medium dafür.

Diese drei Lösungen können strategisch ineinander greifen. Es bedarf allerdings ihrer zukunftssträchtigen Interaktion.

Motto

Eine zentrale Aufgabenstellung für Berlin ist demnach, «wie man aus Wissen Arbeit macht» (vgl. Brake 2004). Das knüpft auch daran an, dass es im Zuge weiterer Tertiärisierung erst recht um «Veredelung» geht – gerade für Städte. Durch den Strukturwandel werden sie in ihrer angestammten Motorfunktion infrage gestellt (vgl. Krämer-Badoni, Petrowsky 1997); zugleich reanimiert er ihre Milieuspezifika als Standortqualität reflexiver Tätigkeiten («Re-Urbanisierung») (vgl. Brake 2001). Es geht um

eine Verfeinerung bzw. Individualisierung bereits aufbereiteter Rohstoffe bzw. Vorprodukte. Dazu gehört auch Wissen, und zwar – soweit es zu spezifizieren wäre – dasjenige

- in Kultur, Technik, Naturwissenschaften, Sozialwissenschaften i.w.S. lebende und
- in Menschen, Institutionen und Strukturen aufgehobene
- Erkenntnis-, Erklärungs-, Erfahrungs-, Orientierungs- und Anwendungswissen.

Daraus ist neues Wissen, ja sind «Wissensvorsprünge» zu generieren für Ideen im Hinblick auf Leistungen und Produkte, die hier (an diesem Standort Berlin – und nicht anderswo) erbracht werden, die auf dem (Welt-)Markt wettbewerbsfähig sind und mit denen auf Bedürfnisse reagiert werden kann, wie sie im aktuellen Strukturwandel aufkommen und deren Befriedigung im arbeitsteiligen Austausch geschieht: Damit kann auch in Berlin Arbeit entstehen.

Zugespitzt geht es um diesen Zusammenhang der Generierung von Tätigkeiten und dem Umgang mit Wissen. Und Berlin trägt die metropolitanen Strukturen in sich, wie sie im Zusammenhang intensiverer Wissensorientierung von Bedeutung sind.

Als eine «Stadt des Wissens» kann Berlin erfolgreich sein, wenn es in folgenden Bereichen aktiv wird (vgl. Brake 2004): Erstens im Bereich des *Kommunalen Wissensmanagements* mit dem Kernprozess einer interaktiven Ideengenerierung, die blossen «Transfer» modernisiert und mit einer Infrastruktur, die sich an einem «wenn Berlin wüsste was es weiss – und wie es damit umgehen kann» (d.h. Wissensnetze, Seniorexperten, Wissensbestände online, Wissensatlas etc.) orientiert.

Zweitens im *Kontext* mit einer Kultur der «Wissensneugierde» als einer allgemeinen Grundstimmung und Qualifizierung (in) der Stadt, mit einer kommunikativen Aktivierung der vielen «Wissensorte» als Katalysatoren dafür und mit einer Qualifizierung von «Treffpunkten» für den Austausch von Ideen – insbesondere mit all denen, die von überall als Experten in die Stadt kommen: Die zunehmende Anzahl international ausgerichteter Wissenschafts- und Politikinsti-

tute und -kollegs in Berlin bietet dafür eine ergiebige Infrastruktur.

Und drittens braucht es einen *Rahmen* aus Verständigungen über die Bedeutung eines anregenden Stadtmilieus für Kontakte und Inspiration, über die Bedeutung von Erklärungswissen im Verhältnis zu ökonomisch-technischem Verwendungswissen und von Durchlässigkeit in Arbeits-, Qualifikations- und Lebenswelt, um selektiven oder polarisierenden Wirkungen einer wissensbasierten Sozialökonomie zu begegnen.

Tragend werden die Wissensmilieus der Stadt sein. Ihr springender Punkt ist die Kultur des Umgangs mit Wissen. Sie oszilliert zwischen handfestem «Transfer» und schillernder «Wissensneugierde».

Deutlich wird, dass in diesen Ansatz viele andere Potenziale der Stadt positiv mit hinein spielen: der «Treffpunkt», der Berlin sein kann – befördert auch durch seine Hauptstadtrolle – und der mit einer Einwanderungspolitik zu unterstützen, mit struktureller Urbanität sowie mit aktueller Offenheit der Stadt zu verknüpfen ist. Auf das Ineinandergreifen kommt es an. Wichtig ist die stadtgesellschaftliche Verständigung über derartige Orientierungen und über Verabredungen, was von wem – privat oder staatlich – zu tun ist.

Arena

Um die Potenziale zu entfalten, sind bestimmte Formen und Bedingungen wichtig, in denen agiert wird. Gemeint sind das Medium des Umgangs mit den Stärken Berlins oder auch die Wege ihrer Erächtigung. Sie liegen auf unterschiedlichen Ebenen:

- *Strategie kommunizieren*: Aus Berlin das zu machen, was in Berlin steckt, hat einen strategischen Grundgedanken: Erächtigung des Standortes und des Gemeinwesens durch die Verzahnung von Wettbewerbsfähigkeit und Verantwortungspraktizierung. Eine solche Strategie entfaltet ihre Wirkungen nur in der Masse, wie es darüber eine Verständigung vor Ort gibt: Sie muss öffentlich kommuniziert werden, um lebendig und bewegend zu werden.
- *Mentalitäten ändern*: Die Wende entzog der traditionellen Subventions- und Versorgungsmentalität, die Berlin in Ost

und West vierzig Jahre lang geprägt hat, den Boden. Zugleich harren repräsentative Demokratie, föderale Struktur und Sozialstaat generell einer Auffrischung durch Elemente selbst interessierten Engagements. Aufbruchsstimmung nach der Wende und die ausserordentliche Offenheit infolge des Strukturbruchs sind dafür nutzbar.

- *Zugänge eröffnen*: Praktizierte Verantwortung für die Stadt als Standort und als Gemeinwesen setzt bürgerschaftliches Engagement voraus. Bereitschaft und Befähigung dazu speisen sich aus den Alltagserfahrungen der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt. Diese nutzbringenden Kompetenzen und Interessen der Akteure sind ernst zu nehmen und zu unterstützen; ihnen müssen Angebote entsprechen, wie ein solches Engagement ausgeübt werden kann, eine gewisse «Professionalisierung» und eine Kultur der Anerkennung in der Stadt.

- *Rollen modernisieren*: Praktiziertes bürgerschaftliches Engagement setzt neue Kooperationsmuster zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern voraus. Zu klären und zu verabreden ist, «was des Staates ist»: als aktivierender Staat stärkt er die Selbstorganisationskräfte und definiert Subsidiarität neu. Inzwischen staatlich gewordene Aufgaben zur Disposition zu stellen und sie der Übernahme in die Verantwortung nichtstaatlicher Akteure zugänglich zu machen, diese neue Spielregel für kooperative Politik ist zu kultivieren.

- *Interaktionsforen erproben*: Kooperative Politik statt Klientelpolitik ist gefordert, die bürgerschaftliches Engagement für gesellschaftliche wichtige Aufgaben praktisch werden lassen, die den Sachverstand von «Laien» fruchtbar machen und die Verantwortungsteilung konkret ausgestalten will. Diese «partizipative Demokratie» braucht: Zugänglichkeit für alle Akteure, Transparenz in Sach- und Verfahrensfragen und angemessene Beratungs-, Umsetzungs- und insofern Entscheidungsstrukturen im Verhältnis zur repräsentativen Demokratie. Die Berliner Verwaltungsreform und Bezirksneugliederung ist um dezentralisierte Kommunalpolitik zu ergänzen.

● *Raum strukturieren:* Ertüchtigende Stadtpolitik muss sich der dafür passenden Aktionsräume vergewissern. Eine zunehmend entgrenzte Mobilität aktualisiert die Bedeutung des konkreten Ortes und der eigenen Verankerung; institutionelle Masstabsvergrößerungen aktualisieren Dezentralisierung als Pendant. Mit der Länderfusion mit Brandenburg muss sich Berlin auf das Agieren als Kommune einstellen; sowohl mit dem Umland als auch im Innern. Sollen die Impulse partizipativer Demokratie zur Wirkung gebracht werden, sind Strukturen zu entwickeln, in denen gelebte Stadterfahrungen und Reichweiten praktizierten Engagements für die Gesamtstadt nutzbar gemacht werden können. Für das Umland Berlins sind vielfältige Kooperationen zu entwickeln.

Die Arena des Agierens ist zugleich die der stadtesellschaftlichen Verständigung darüber, «wohin die Reise gehen soll» (zumal massiv gespart werden muss) und wer – in einem neu zu definierenden Verhältnis von bürgerschaftlichem und staatlichem Engagement – dabei welche Aktivitäten unternimmt bzw. welche Verantwortung übernimmt. Sich als Standort und als Gemeinwesen neu «aufzustellen», ist für Berlin besonders essenziell und korrespondiert mit dem neuen Ansatz strategischer Entwicklungskonzepte grosser Städte, wie es Deutschland etwa mit dem Wettbewerb «Stadt 2030» kennt und wie es in Europa inzwischen durchaus Konjunktur hat (vgl. Brake 2000).

Im Zusammenwirken von Potenzialen und Arena kann Berlin wieder «auf die Füsse kommen». Das wird – bei den historischen Vorbelastungen – ein zäher Prozess und wird sicherlich zwanzig bis dreissig Jahre Zeit benötigen. Sich auf solche Erfahrungen (etwa aus dem Ruhrgebiet) einzustellen, erfordert den berühmten langen Atem und eine hilfreiche Gelassenheit.

Was tut Berlin?

Zögerlichkeit

Spätestens mit der Ablösung der «grossen Koalition» (aus CDU und SPD) im Jahr 2000 gilt der «Mentalitätswandel»

als Programm: die Präambel der Koalitionsvereinbarung des neuen rot-roten Senats endet immerhin mit der Orientierung auf die «Initiativenstadt». Zur Grundlegung der Berliner Sozialökonomie – und dazu zählt natürlich auch der Schuldenabbau – gehören denn auch die Berliner «Hausaufgaben» als Unterpfeiler etwa für Bundeshilfe und als Ertüchtigung der Stadt selbst. In diese Richtung gehen auch Ansätze, Staatsaufgaben zurückzufahren und bürgerschaftliches Engagement zu stärken. Immerhin hat der Senat einen entscheidenden Durchbruch mit der Flexibilisierung der öffentlichen Tarif-/Anstellungsregeln geschafft – die Hauptstadt also einmal in der Rolle der Vorreiterin. Auch ist die Förderung bürgerschaftlichen Engagements zum Programmpunkt gemacht und hoch aufgehängt worden.

Die Umsetzung ist bisher bei weitem nicht so überzeugend. Es gibt erste Fortschritte, die stark zerklüfteten Kooperationsformen und oft mehrfachen Zuständigkeiten in der Stadt übersichtlicher zu gestalten und damit Voraussetzungen für Synergien von Akteuren zu schaffen. Die Wissenschaftspolitik lässt – zudem entkoppelt von der Wirtschaftspolitik – nicht erkennen, wie mit Wissen als dem Pfund Berlins gewuchert werden soll. Eine kooperative öffentlich-private Generierung von Ideen und Wegen für eine befriedigendere Entwicklungspolitik für Berlin bricht sich noch immer an der Beratungsresistenz von Politikerinnen und Politikern aus Zeiten der Klientelwirtschaft.

Mit der Idee und Konzeption einer Ertüchtigung aller individuellen und institutionellen Akteure und Strukturen Berlins ist die Stadt erst sehr zaghaft auf dem richtigen Weg.

Anknüpfungspunkte

Insbesondere auch eine Reihe zivilgesellschaftlicher Initiativen und Projekte versuchen Akteure und Strukturen zu qualifizieren. Darin bringen sich Bürgerinnen und Bürger, aber auch Verbände und Wirtschaft über die bisher üblichen klassischen Anlässe und Betroffenheiten hinaus mit Thesen und mit ihrem Renommee für Berlin ein.

● *Initiativen:* Wichtige Themen für Ber-

lin werden programmatisch, integrativ und vernetzend auf den Weg gebracht – beispielsweise zum Potenzial «Hauptstadt» mit einer Verständigung in Deutschland über Rolle und Leistungsfähigkeit einer Kapitale (Nationalstiftung). Dem Wissenschaftspotenzial der Stadt versuchen die Initiativen «an morgen denken. Wirtschaft und Wissenschaft für Berlin» programmatisch die angemessene Bedeutung bzw. die «Plattform Berlin – Stadt des Wissens: konkret» projektorientiert mehr Wirkungskraft zu verschaffen. Dialogorientiert will die «agenda@berlin» Anregungen aus aller Welt für Berlin thematisieren, projektorientiert die Initiative «Zukunft Berlin – Capitale Potenziale» (Konrad-Adenauer-Stiftung) bürgerschaftliches Engagement befördern. Die «Agenda 21 für Berlin» möchte Berlin darin qualifizieren, in neuer, kooperativer und verantwortungsbereiter Interaktion der Akteure in der Stadt mit sich und seinen Ressourcen zukunftsfähig umzugehen.

● *Projekte:* Auch die Entwicklung neuer Kompetenzen und Qualitäten Berlins wird mit konkreten Vorhaben angegangen. Etwa mit der Vernetzung hochwertiger Leistungsmöglichkeiten Berlins in den Bereichen Medizin, Kultur, Tourismus zu einer international attraktiven «Gesundheitsstadt» als einem weiteren Kompetenzzentrum. Oder mit dem Abbau von Hemmnissen einer Entfaltung der wissenschaftlichen Potenziale Berlins, indem konkrete Vorschläge und erste Massnahmen seitens interessierter Kooperanten in der «Initiative Wissen schafft Wohlstand für Berlin» gemacht werden – bis hin zur Steigerung der Kompetenzen «interkultureller Kooperation» in einem eigenen Netzwerk (IKIB). Auch mit dem Beitrag zur Qualifizierung partizipativer Demokratie in der Stadt – z.B. mit den Möglichkeiten eines «Bürgerhaushaltes für Berlin».

● *Diskurse:* Neben der öffentlichen Diskussion (in Veranstaltungen oder in der Presse) über einzelne aktuelle Themen Berlins (wie etwa Flughafen, Schulen, «Problem-Kieze», Kindertagesstätten etc.), die jeweils im Zusammenhang mit Berlins Zukunft stehen, gibt es auch Foren, die fokussiert der Zukunft Berlins gewid-

met sind. Etwa Serien in Tageszeitungen, in denen sich unterschiedliche Autoren äussern («Wege aus der Krise», «Meine Vision für Berlin», «Agenda 2020», «Heimlich stark» etc.). Oder Veranstaltungen in Medienpartnerschaft mit Radio-/Fernseh-Sendungen u. a. zu neueren Ansätzen für Berlins Entwicklung – wie beispielsweise zu den Themen Hauptstadt, Stadt des Wissens, bürgerschaftliches Engagement etc.

Solche Diskurse der Verständigung über die Zukunft der Stadt und des Austauschs von Erfahrungen sind allerdings immer nur temporär. Jenseits ihrer möglichen Vernetzung in der Stadt fehlt ein Forum, auf dem sowohl möglichst vieles gebündelt wird als auch – und das ist der springende Punkt – Verabredungen getroffen werden, wer (im bürgerschaftlichen bzw. im staatlichen Bereich) aktiv wird.

- **Politik:** Hierzu hat die Politik in ihrer – mindestens moderierenden aber eben auch aktivierenden – Funktion über Resortprojekte hinaus bisher noch kein adäquates Angebot.

Ein übergreifender öffentlicher und aktivierender «Berlin-Diskurs», der auch durch eine Neuauflage des früheren diskutierenden Stadt-Forums nicht kompensiert würde, fehlt noch immer. Selbst eine wirklich qualifiziertere dezentrale Politik, gekoppelt mit dem Programm «Bürgerschaftliches Engagement», wäre noch kein Garant für tragfähige partizipative Ertüchtigungsstrukturen. Zielen solche Ansätze auch in die richtige Richtung, so reicht doch auch ein Projekt wie «City Berlin» und das darin eingebettete «Bürgerportal» in seiner jetzigen Form noch nicht, d. h. ohne Moderation im Sinne eines Zukunftsdialoges der Stadt beispielsweise darüber, «wohin die Reise gehen soll».

Nun gibt es – als ein Reflex auf das Berliner Verfassungsgerichtsurteil über die konzeptionellen Mängel des Doppelhaushaltes der Stadt – gerade eine neue Enquetekommission des Abgeordnetenhauses. Mit ihrem programmatischen Titel «Eine Zukunft für Berlin» könnte gemeint sein, nicht nur Fiskalisches, sondern auch die Quellen für Wohlstand im weiteren Sinne zu thematisieren, wie diese zu beleben wären

und welche «Ideen für Berlin» es dafür gibt.

Auf diesem Wege könnte eine Diskussion möglich werden, mit der das blosse Haushaltsproblem Berlins aus der babylonischen Gefangenschaft einer Schuldenfalle herausgeführt werden könnte.

Was wird Berlin?

Was wird Berlin? Eine ganz normale Metropole in Europa. Und zwar eine mit Kompetenzen insbesondere für Mittel- und Osteuropa. Die institutionalisierte Gebietskulisse der Kapitale Deutschlands wird an Bedeutung – zu Gunsten der EU und Brüssels – nachlassen. Für eine – sich erst noch herausbildende – europäische Region kann Berlin zentraler Ort werden, indem es Know-how anbietet, wie es in einem Raum gebraucht wird, der durch neue und möglichst kooperative Wirtschaftsbeziehungen konstituiert wird.

Damit kann eine Sozialökonomie korrespondieren, die Berlin als eine Stadt des Wissens und als eine Stadt mit Leistungen und Produkten, die für den (Welt-)Markt erbracht werden sollen, sieht: Es werden im weitesten Sinne «wissensintensive» Tätigkeiten sein, d. h. Aktivitäten entwickelter Tertiärisierung im Zuge zunehmender Bedeutung aller die Fertigung (die ja keineswegs an Output abnimmt) umgebenden Tätigkeiten. Insofern handelt es sich zum einen um strategisch beratende Dienstleistungen, die inzwischen ja durchaus auch exportfähig sind: das reicht von Beratung öffentlicher bzw. privater Institutionen und Betriebe, wofür die politischen Entscheidungsprozesse in Berlin einen erheblichen Anstoss geben, über alles, was unter «content industries» gefasst werden kann (Medien, Werbung, Mode, Design etc.), bis hin zu Prozesssteuerungskonzepten und -technologien, wie etwa für den Automobilbau durch Firmen wie Gedas u. Ä. Und ebenso handelt es sich um «individualisierte» Fertigung, d. h. soweit sie prototypisch oder «massgeschneidert» ist: das reicht von Stabilisatoren für Hochhäuser (Gerb) bis Flugzeugmotoren (Rolls Royce) und Schnellbahnen (Adtranz).

Für alles gelten anregende Lebens-

und Arbeitsmöglichkeiten als förderlich, um besonders qualifizierte, kreative und leistungsmotivierte Leute zu gewinnen: für die beobachtbaren Ansätze einer Wiederinwertsetzung urbaner Standort-Qualitäten des Arbeitens und Wohnens («Re-Urbanisierung») bietet gerade Berlin beste Voraussetzungen; die Stadt kann auch diese allgemeinen Tendenzen von Stadtentwicklung als Verstärkung seiner neuen Entwicklung nutzen – und hat da auch schon Erfolge gezeitigt.

«Normal» wird die Metropole Berlin auch sein, indem sie strukturell stark differenziert ist: Sowohl was Lebensstile und soziale Lagen anbelangt, und durch ihre vielen Menschen verschiedener Kulturen, als auch was deren Segregation in höchst unterschiedliche Stadtviertel anbelangt. Entsprechende Polarisierungen nehmen inzwischen z. T. sehr problematische Züge an, sowohl mit sozialökonomisch desintegrierten Gebieten als auch mit Luxusmeilen als Orten jeweils von Verlierern oder Gewinnern. Vom Grundmuster her wird damit jedoch auch die Tradition grosser Städte fortgeführt, zumal – wie in Berlin – mit entwickelten Subzentren und «Kiezen». Vielleicht bleibt auch etwas vom «Verrückten», dem etwas Desolaten ebenso wie Extravaganten, was Berlin in unterschiedlicher Ausprägung bislang charakterisierte. Was früher einmal in dem Schlager «Du bist verrückt, mein Kind, du musst nach Berlin; wo die Verrückten sind, da gehörst hin» zum Ausdruck kam oder heute zu dem Eindruck führt, «keine Stadt verfügt über so viel Glanz, so viel Dreck» – und ist so anziehungskräftig für junge Leute und «produziert die meisten kreativen Talente». (ZEIT 5/2004, S. 53)

Und «normal» wird die Metropole Berlin des Weiteren sein, indem auch sie ihre individuellen besonderen Akzente setzt im Konzert anderer grosser Städte: sie wird stärker dienstleistungsstrukturiert sein und insbesondere mit den für die Zukunft wichtigen «content industries»; sie wird markant «östlich» geprägt auch durch die Auffrischung bereits traditioneller Kulturen; sie bleibt polyzentral ohne auszufasern, urban mit einmaligen (Kultur-)Landschafts-Räumen

bis in die Stadt hinein und wird eine relativ ausgewogen hohe Lebensqualität aufweisen.

Schliesslich wird Berlin auch eine ganz normale Stadt werden. Die Doppelrolle als Kommune und zugleich Bundesland wird so oder so beendet werden. Entweder im Zuge der Diskussionen über den Föderalismus in Deutschland und seine Hauptstadt oder im Zuge der Fusion der Bundesländer Brandenburg und Berlin, für die ein neuer Anlauf noch in diesem Jahrzehnt vorgesehen ist: Berlin wird sich dann als Kommune begreifen müssen – ein womöglich produktiver Anlass für eine zukunftsfähigere Politikultur.

Und die Essenz aus allem: Das Lebens- und Arbeitselixier Berlins kann wieder das eines «Labors» sein mit den Hauptingredienzien der Offenheit und der Risikobefähigung und damit der Option auf gesellschaftliche Reformen vor Ort, wobei Berlin anknüpfen könnte sowohl an Zeiten vor hundert Jahren wie auch an die 1970er-Jahre.

Danach sieht es unmittelbar zwar nicht aus, wenn man einen aktuellen Blick auf die Stadt wirft. Und selbst der Blick, der positiv ist, indem er sich auf die Menschen richtet und auf die Potenziale Berlins: er hilft allein noch nicht, aus der Stadt das zu machen, was in ihr steckt – wenn die Strategie der Ertüchtigung nicht ernst genommen und aktiv betrieben wird. Die neue strukturelle Offenheit der Stadt ist dafür die beste Milieuvoraussetzung; seit der Wende haben eine Million Menschen die Stadt verlassen – und ebenso viele sind neu hinzugekommen, vor allem jüngere: Das sind Aussichten auf einen Mentalitätswandel – und auf einen Anfang vom Ende der Gulliversituation Berlins?

Literatur

ABGEORDNETENHAUS VON BERLIN (Hrsg.) (1999): Enquetekommission «Zukunftsfähiges Berlin». Bericht der Enquetekommission «Zukunftsfähiges Berlin» – 13. Wahlperiode. Berlin.

ABGEORDNETENHAUS VON BERLIN (Hrsg.) (2001): Enquetekommission «Lokale Agenda 21, Zukunftsfähiges Berlin.» Bericht der Enquetekommission «Lokale Agenda 21, Zukunftsfähiges Berlin» – 14. Wahlperiode. Berlin.

BIEDENKOPF, Kurt u.a. (Hrsg.) (2003): Berlin – was ist uns die Hauptstadt wert? Opladen.

BRAKE, Klaus (2000): Strategische Entwicklungskonzepte für Grossstädte – mehr als eine Renaissance der «Stadtentwicklungspläne»? Überlegungen am Beispiel der «BerlinStudie». In: Archiv für Kommunalwissenschaften (AfK), 39. Jahrg., II. Halbjahresband.

BRAKE, Klaus (2001): Neue Akzente der Suburbanisierung. In: BRAKE, Klaus; DANGSCHAT, Jens; HERFERT, Günter (Hrsg.): Suburbanisierung in Deutschland – aktuelle Tendenzen. Opladen.

BRAKE, Klaus (2004): Berlin: Stadt des Wissens – Optionen und Handlungsansätze. In: MATTHIESEN, Ulf (Hrsg.): Stadtregion und Wissen. Opladen

BRAKE, Klaus et al. (Hrsg.) (2004): Ideen für Berlin – oder: was Berlin aus sich machen kann. Eine Synopse strategischer Entwicklungsvorschläge für Berlin. Berlin.

BURGER, Jürg (2004): «Kaputt, dreckig und voller Ideen – keine deutsche Stadt fasziniert Künstler, Musiker, Modelleute und Werber so wie Berlin». In: ZEIT 5/2004, S. 53.

DER REGIERENDE BÜRGERMEISTER VON BERLIN; SENATSKANZLEI (Hrsg.). (2000): Die BerlinStudie: Strategien für die Stadt. Berlin.

DIW BERLIN (2002): Bausteine für die Zukunft Berlins. Wochenbericht Nr. 10/2002. Berlin.

INVESTITIONSBANK BERLIN (Hrsg.) (1999): Kompetenzprofil Berlin, Berlin.

KAHLENBORN, Walter et al. (Hrsg.) (1995): Zukunft aus eigener Kraft. Ein Leitbild für den Wirtschaftsstandort Berlin. Berlin.

KRÄMER-BADONI, Thomas et al. (Hrsg.) (1997): Das Verschwinden der Städte – eine Einführung. Dokumentation des 16. Bremer Wissenschaftsforums. Bremen, S. 2–4.

MOMPER, Walter et al. (Hrsg.) (1999): Berlins Zweite Zukunft. Aufbruch in das 21. Jahrhundert. Berlin.

OECD (2003): Urban Renaissance Berlin – Towards an integrated strategy for social cohesion and economic development. Paris.

PFEIFFER, Ulrich et al.; EMPIRICA (1991): Berlin 2005. Bonn.

ZÖPEL, Christoph (Hrsg.) (2002): Brandenburg 2025 in der Mitte Europas (im Auftrag des Vereins «Forum Zukunft Brandenburg» als Bericht über dessen Veranstaltungsreihe 1997/1998). Berlin.

Prof. Dr. Klaus Brake
Duisburger Strasse 1
D-10707 Berlin
klaus.brake@berlin.de